

DAS ARGUMENT 146

Editorial	513
Konzeptions-Entwurf zum Marxismus-Wörterbuch	518
Zum Tode von Berlinguer (D. Albers) und Foucault (M. Jäger)	521
Erich Fried: Zwei Gedichte	524
Günther Anders: Abhaken!	526

Faschismus

J. Radkau: Die Zweideutigkeit des Kapitals gegenüber dem Faschismus	527
Jost Hermand: Faschistische Matriarchatskonzepte	539
Brita Rang: Sind Matriarchatskonzepte faschistisch?	555
Jan Rehmann: Die Kirchen und der deutsche Faschismus	559
Johannes Weyer: Soziologie im Faschismus	564

Wirtschaftspolitik der Alternativen

F.O. Wolf: Chancen und Illusionen grüner Wirtschaftspolitik	577
P. Heller und A. Seyfferth: Entwürfe ökologischen Wirtschaftens	586

<u>Dokumentation:</u> Portugiesische Landarbeiter; Medienpädagogen	597
--	-----

<u>Interventionen:</u> Th. Metscher: Stellungnahme zu Buhr	598
M. Weingarten: »Traditionsmarxisten« und »Alternative«	600

<u>Kongreßberichte:</u> Technologiepolitik der Grünen; Women's Worlds; Thalheimer; Faschismus in Österreich; 5. Historikerinnentreffen; Psychologie in der Mediävistik; Baudrillard; No First Use	602
---	-----

<u>Besprechungen:</u> Wissenschaftsgeschichte; Literaturtheorie; Kultur alternativ; Krieg und Frieden; Frauen in der Geschichte; Atomkriegsgefahr und Kalter Krieg	615
--	-----

DAS ARGUMENT

Zeitschrift für Philosophie und Sozialwissenschaften

Herausgegeben von Frigga Haug und Wolfgang Fritz Haug

Ständige Mitarbeiter: Wolfgang Abendroth (Frankfurt/M.), Heinz-Harald Abholz (Berlin/W), Detlev Albers (Bremen), Günther Anders (Wien), Hans-Ulrich Deppe (Frankfurt/M.), Bruno Frei (Wien), Klaus Fritzsche (Gießen), Werner Goldschmidt (Hamburg), Helmut Gollwitzer (Berlin/W), Heiko Haumann (Freiburg), Dieter Herms (Bremen), Klaus Holzkamp (Berlin/W), Urs Jaeggi (Berlin/W), Baber Johansen (Berlin/W), Arno Klönne (Paderborn), Thomas Metscher (Bremen), Reinhard Opitz (Köln), Wolfgang Pfaffenberger (Oldenburg), Helmut Ridder (Gießen), Dorothee Sölle (Hamburg), Karl Hermann Tjaden (Kassel), Erich Wulff (Hannover)

Redaktion: Dr. Dieter Borgers, Wieland Elfferding, Claudia Gdaniec, Dr. Karl-Heinz Götzte, Sibylle Haberditzl, Dr. Frigga Haug, Prof. Dr. W.F. Haug, Thomas Laugstien, Rolf Nemitz, Jo Rodejohann, Dr. Werner van Treeck

Autonome Frauenredaktion: Sünne Andresen, Ursula Blankenburg, Jutta Brückner, Anke Bünz-Elfferding, Dagmar Burgdorf, Claudia Gdaniec, Dr. Frigga Haug, Kornelia Hauser, Birgit Jansen, Ursula Lang, Hannelore May, Dr. Barbara Nemitz, Erika Niehoff, Dr. Sigrid Pohl, Renate Prinz, Nora Rätzhel, Dr. Brita Rang, Petra Sauerwald, Dr. Silke Wenk, Heike Wilke

Geschäftsführung: Helga Karl

Verlag und Redaktion: Argument-Verlag GmbH, Altensteinstraße 48a, D-1000 Berlin 33, Tel. 030/8314079 (montags bis freitags 10 bis 14 Uhr)

Anzeigen (o.Tausch): Runze/Casper, Jungfernstieg 20, 1 Berlin 45, Tel. 030/7722443
Argument-Vertrieb: Tegeler Str. 6, 1 Berlin 65, Tel. 030/4619061

Besprechungen

Philosophie

<i>Marx, Karl: Le Capital.</i> Hrsgg. v. J.-P. Lefebvre (<i>W.F. Haug</i>).....	615
<i>Münkler, Herfried: Machiavelli. Die Begründung des politischen Denkens aus der Krise der Republik Florenz (M. Jäger)</i>	617
<i>Fischer, Klaus: Galilei (H. Breger)</i>	620
<i>Ströker, Elisabeth: Theoriewandel in der Wissenschaftsgeschichte. Chemie im 18. Jahrhundert (H.-J. Rheinberger)</i>	621
<i>Fabian, Bernhard, und Wilhelm Schmidt-Biggemann (Hrsg.): Das achtzehnte Jahrhundert als Epoche (M. Blankenburg)</i>	622
<i>Fabian, Bernhard, Wilhelm Schmidt-Biggemann und Rudolph Vierhaus (Hrsg.): Deutschlands kulturelle Entfaltung / Die Neubestimmung des Menschen (M. Blankenburg)</i>	622
<i>Schneiders, Werner (Hrsg.): Christian Wolff 1679-1754. Studien zu seiner Philosophie und deren Wirkung (M. Blankenburg)</i>	622
<i>Regelmann, Johann-Peter: Die Geschichte des Lyssenkoismus (H. Breger)</i>	624

(Fortsetzung auf S. XIII)

ISSN 0004-1157

Das Argument erscheint 1984 in 6 Heften (alle 2 Monate). Jahresumfang 924 Seiten. — Einzelheft 12,80 DM; Stud., Schüler, Erwerbslose 9,80 DM. Jahresabo inkl. Versand 69,60 DM; Stud. etc. 55,80 DM. — Kündigung des Abos nur zum Jahresende bei Einhaltung einer Dreimonatsfrist. — Die Redaktion bittet um Mitarbeit, haftet aber nicht für unverlangt eingesandte Texte und Rezensionsexemplare. Aufsätze sollen höchstens 20, Rezensionen 2 MS-Seiten (1 1/2zeilig m.Rand) haben. Zitierweise wie in den Naturwissenschaften. — Copyright © Argument-Verlag GmbH. Alle Rechte — auch das der Übersetzung — vorbehalten. — Konten: Postscheck Berlin West 5745-108. BfG 11 14 40 13 00, BLZ 100 101 11. — Satz: Barbara Steinhardt. Druck: Fuldaer Verlagsanstalt. — 1.-7. Tausend Juli/August 1984. — Es gilt Anzeigenpreisliste Nr. 2.

Editorial

Zu diesem Heft

Seit einigen Jahren tritt in der Faschismusforschung die Geschichte des nationalsozialistischen Alltags in den Vordergrund, das Aufdecken des widersprüchlichen Ineinander von Widerstand und Anpassung, von vergessenen privaten oder subkulturellen Widerstandsformen, die Orientierung auf Regionalstudien, auf »Oral History« und Erinnerungsarbeit. Das Auftauchen dieser neuen Objekte scheint die geschichtsphilosophischen Erklärungsmuster zu sprengen, in denen sich die Wahrnehmung des faschistischen Herrschaftssystems lange bewegt hat — gleichgültig, ob es als Ausdruck der Ökonomie, einer bewußten Klassen-Politik oder eines dämonisierten Führer-Willens, einer autoritären Charakterstruktur oder eines falschen/manipulierten Bewußtseins gedeutet wurde. Können wir mit dieser Sichtweise einer »expressiven Totalität« (Althusser) brechen, in der die Trennung des »wissenschaftlichen« Niveaus der Faschismuskonversation gegenüber Volk und sozialen Bewegungen verfügt ist, ihre Segmentierung entlang den Fachgrenzen in historische, sozialwissenschaftliche, psychologische oder geistesgeschichtliche Ansätze und die ideologische Form der Austragung politischer Differenzen im Bereich der Wissenschaft (Beispiel: die Auseinandersetzung um die Zusammenhänge zwischen Faschismus und Kapitalismus Ende der 60er Jahre, die sich in der juristischen Kategorie der »Verantwortlichkeit« des Großkapitals bewegte, das wie vor einem unsichtbaren Tribunal zur Rechenschaft gezogen und durch historisches Beweismaterial be- oder entlastet wurde)? Wenn das Feld der Faschismusforschung und seine Einbindung in die ideologischen Formen dieser Gesellschaft in Bewegung gerät, eröffnet dies durchaus zwiespältige Perspektiven: Läßt sich die Theorie für neue Erkenntnisse und Erfahrungen öffnen, aber trotzdem festhalten an der Notwendigkeit einer allgemeinen Faschismustheorie für die Handlungsfähigkeit der sozialen Bewegungen gegenüber den heutigen Gefahren eines autoritären Populismus?

Die letzten Themenhefte (117/1979 und 121/1980) und Sonderbände (AS 60/62) des *Argument* zur Faschismuskonversation brachten den Vorschlag, Problemstellungen und Begriffsbildung neu zu orientieren an der Frage, wie sich ein wirksames, das heißt hegemoniales Bündnis unterschiedlicher Kräfte organisieren läßt. Das macht es notwendig, das Feld des Ideologischen in seinem komplexen Wirkungszusammenhang mit den ökonomischen und politischen Instanzen zu begreifen. Die Beiträge in diesem Heft untersuchen verschiedene dieser Bereiche und die Widersprüchlichkeit ihrer Einbindung in die faschistische Herrschaftsordnung, um so Eingriffsmöglichkeiten für politische Gegenstrategien sichtbar zu machen. *Joachim Radkau* insistiert gegenüber Tendenzen in der empirischen Geschichtsforschung, einen allgemeinen Faschismusbegriff aufzugeben, auf der Notwendigkeit einer umfassenden Erklärung für die Entstehung und Verhinderung von Faschismus. In einem Vergleich zwischen Nationalsozialismus und italienischem Faschismus werden Gesichtspunkte für eine allgemeine Faschismustheorie skizziert, die den nationalen Unterschieden Rechnung trägt. Gegenstand ist die Beziehung des Kapitals zum Faschismus; Radkau vermeidet dabei deterministische oder manipulative Vorstellungen dieser Beziehung, die das Kapital als souveränes Subjekt voraussetzen, und analysiert ein komplexes Bündnis, das sich gerade in den »ambivalenten« Beziehungen zwischen faschistischen Bewegungen, politischen Machtinstanzen, großem und kleinem Kapital, Agrar- und Industriekapitalismus herstellen konnte. Die anderen Beiträge haben verschiedene Regionen des Ideologischen zum Gegenstand. *Jan Rehmann* formuliert Thesen aus einer ideologietheoretischen Untersuchung des nationalsozialistischen Kirchenkampfes. Sie zielen auf die widersprüchlichen Formen von Widerstand und Zusammenarbeit zwischen den Kirchenapparaten, den politischen Instanzen und den in-

nerkirchlichen Widerstandsorganisationen. Im Zentrum steht die Frage nach einer erfolgreicherer Vernetzung des subversiven christlichen Potentials mit Formen des Volkswiderstands durch die sozialistische Arbeiterbewegung. Wie die sozialistischen Kräfte mit faschistisch besetzten Ideologemen umgehen sollen — dieses Problem ist auch der Auslöser für die Kontroverse zwischen *Jost Hermand* und *Brita Rang*. Hermand zeigt an einem reichen literaturgeschichtlichen Material die Eingliederung von mutterrechtlichen Vorstellungen in die Nazi-Ideologie. Wie konnte der Gegensatz dieser Matriarchatsmythen zu den patriarchalischen Elementen des Faschismus neutralisiert und ihre gleichfalls vorhandene sozialistische Rezeption (bei Engels, Lafargue, Bebel, später bei Benjamin oder Fromm) zurückgedrängt werden? Hermands Interpretation wird von Brita Rang mit dem aktuellen Problem eines sozialistischen Feminismus konfrontiert, daß mutterrechtliche Konzeptionen (anti-patriarchalisch artikuliert) in Teilen der heutigen Frauenbewegung wiederaufgelebt sind. Der Bericht über neuere Veröffentlichungen zur Soziologie im Faschismus von *Johannes Weyer* zeigt schließlich, welche Widerstände eine wissenschaftliche Disziplin gegen eine historisch-kritische Aufarbeitung ihrer Etablierung in den sozialen Herrschaftsverhältnissen mobilisieren kann. Brechts »Kongreß der Weißwäsher« scheint wieder aufgeführt zu werden in manchen der hier dargestellten Argumentationsstrategien — ob sie nun den Faschismus als das »Ende der Soziologie« bezeichnen oder die NS-Soziologie als »unsoziologisch«. Der Beitrag kann auch davor warnen, spontan von der Wissenschaft als »Subjekt« einer kritischen Faschismusanalyse auszugehen. — Der Themenschwerpunkt wird ergänzt durch den Bericht über einen Kongreß anläßlich des 50. Jahrestags der antifaschistischen Widerstandsaktionen der österreichischen Arbeiterbewegung und Rezensionen neuerer Veröffentlichungen über *Literatur/Ästhetik* und *Frauen im Faschismus*.

Nachdem im letzten Heft Chancen und Illusionen eines »linken Keynesianismus« diskutiert wurden, bringen wir nun zwei Beiträge zu den wirtschaftspolitischen Konzepten, die die alternativen Bewegungen den herrschenden Krisenbewältigungsstrategien entgegensetzen. *Frieder O. Wolf*, Mitglied der »Grünen im Europäischen Parlament«, überprüft kritisch die Bedingungen und Zielvorstellungen einer »grünen Wirtschaftspolitik«: Was kann überhaupt ihr Gegenstand sein, wenn doch ein eigenständiger Gegenstandsbereich der Wirtschaftspolitik erst durch die Perspektive eines keynesianistischen Staatsinterventionismus konstituiert wurde? Können »Ausstieg«, »Dezentralisierung«, »Dualwirtschaft« tragfähige Begriffe für eine alternative politische Strategie sein, die nicht in den ideologischen Formen von Parlamentarismus und etatistischer Politik befangen bleibt? *Peter Heller* und *Anne Seyffferth*, zwei Mitarbeiter des Freiburger Öko-Institutes, skizzieren eine Landkarte des verwirrenden Spektrums von theoretischen Positionen zur Frage einer ökologisch verträglichen Wirtschaftsweise. Eine ausführlichere Diskussion zu diesen Problemen bringt der neue Argument-Sonderband *Alternativen der Ökonomie — Ökonomie der Alternativen* (AS 104).

Zum 25. Geburtstag der Zeitschrift schlug Günter Anders vor, eine »linkslustige, -lustige, -lastige Ecke« unter dem Titel *Das lustige Argument* einzurichten. In diesem Heft bringen wir seinen zweiten Beitrag. Fortsetzungen folgen. T.L.

Beiträge aus der Argument-Faschismuskonversation (Auswahl)

- Gripenburg, Rüdiger, und Karl Hermann Tjaden, 1966: Faschismus und Bonapartismus. In: *Argument* 41
- Mason, Tim, 1966: Der Primat der Politik. Politik und Wirtschaft im Nationalsozialismus. In: *Argument* 41
- Czichon, Eberhard, 1968: Der Primat der Industrie im Kartell der nationalsozialistischen Macht. In: *Argument* 47
- Mason, Tim, 1968: Primat der Industrie? Eine Erwiderung. In: *Argument* 47
- Eichholtz, Dietrich, und Kurt Gossweiler, 1968: Noch einmal: Politik und Wirtschaft 1933-1945. In: *Argument* 47
- Abendroth, Wolfgang, 1970: Soziale Funktion und soziale Voraussetzungen des Faschismus. In: *Argument* 47
- Kühnl, Reinhard, 1970: Probleme der Interpretation des deutschen Faschismus. In: *Argument* 58
- Opitz, Reinhard, 1970: Fragen der Faschismuskonversation. In: *Argument* 58
- Kretschmer, Rainer, und Helmut J. Koch, 1970: Der Propagandaapparat des NS-Staates. In: *Argument* 58
- Friemert, Chup, 1972: Das Amt »Schönheit der Arbeit«. In: *Argument* 72
- Kühnl, Reinhard, 1973: Der deutsche Faschismus in der neueren Forschung. In: *Argument* 78
- Haug, Wolfgang Fritz, 1974: Faschismus-Theorie in antifaschistischer Perspektive. In: *Argument* 87
- Opitz, Reinhard, 1974: Über die Entstehung und Verhinderung von Faschismus. In: *Argument* 87
- Tomberg, Friedrich, 1974: Konservative Wegbereitung des Faschismus. In: *Argument* 87
- Priester, Karin, 1979: Faschismus und Massenbewegung. Kritik an Opitz. In: *Argument* 117
- Laclau, Ernesto, 1979: Faschismus und Ideologie. In: *Argument* 117
- Haug, Wolfgang Fritz, 1979 und 1980: Der Faschismus und die Organisation des Ideologischen. In: *Argument* 117 und 121
- Opitz, Reinhard, 1980: Zum Themenschwerpunkt »Faschismus und Ideologie«. In: *Argument* 121
- Brackel, Thomas, 1980: Die nationalsozialistische Linke. In: *Argument* 121
- Joachim, Dierk, und Uwe Naumann, 1980: Neofaschismus. Ein Literaturbericht. In: *Argument* 121
- Sziklai, László, 1982: Lukács' Faschismus-Kritik. In: *Argument* 132
- Lukács, Georg, 1982: Was bedeutet »Vernunft« für die Massen? In: *Argument* 132
- Ridder, Helmut, 1983: Die Kleinbürger suchen das Licht. In: *Argument* 137
- Hermand, Jost, 1983: Warum uns der Faschismus immer noch angeht. In: *Argument* 137

Die Beiträge Mason 1966, Czichon 1968, Mason 1968 und Eichholtz/Gossweiler 1968 sind nachgedruckt als *Argument*-Studienheft SH 6 (Faschismuskonversation I), die Beiträge Gripenburg/Tjaden 1966, Kühnl 1970, Opitz 1970 und Kühnl 1973 als *Argument*-Studienheft SH 79 (Faschismuskonversation II).



Projekt Ideologietheorie: Faschismus und Ideologie

Das Ideologische in marxistischen Faschismustheorien. Erziehung des faschistischen Subjekts. Opferritual und Volksgemeinschaftsdiskurs. Betriebsgemeinschaft. Gebauter Nationalsozialismus.

Argument-Sonderbände AS 60 und 62
17,60/f.Stud.14,60 DM (Abo: 14,60/12,60)

Verlagsmitteilungen

Immanuel Wallerstein: Der historische Kapitalismus

In diesem kurzen, gut lesbaren Buch entwickelt Wallerstein seinen Begriff des Kapitalismus als historisches Weltssystem: ausgehend von den Mechanismen der Weltwirtschaft, erklärt er den institutionellen Rahmen, der sie stützt: Staaten in einem interstaatlichen System, Klassen, Völker und Haushalte sowie die kulturellen und ideologischen Mechanismen — Rassismus, Sexismus und Universalismus. Wallerstein erläutert die historische Entstehung von systemfeindlichen Bewegungen und die strukturellen Schranken, an die sie stoßen. W.E.

Kritisches Wörterbuch des Marxismus. Band 2: C-F

Jochen Zimmer schrieb in der spw: »Vielleicht hilft uns das KWM, die Kulturschranken einzureißen, die wir zwischen die alten (Marx, Brecht, Gramsci) und die neuen sozialen Bewegungen haben aufbauen lassen.« Die Stichworte des jetzt erschienenen 2. Bandes gehen von »Cäsarismus« bis »Funktionär«, darunter »Demokratie«, »Diktatur des Proletariats«, »Dissidenz«, »Dogmatismus«, »Etatismus«, »Eurokommunismus«, »Exterminismus«, »Feminismus« und »Fraktionsbildungsrecht«. R.N.

Literatur im historischen Prozeß NF 10: Nachkriegsliteratur 2 (AS 116)

Die Beiträge zu *Autoren, Sprache, Traditionen* der Literatur zwischen 1945 und 1949 ergänzen die im *AS 83: Nachkriegsliteratur 1* erschienenen Aufsätze über *Schreibweisen, Gattungen, Institutionen*. »Die recht unterschiedliche Aufnahme von aus dem Exil heimgekehrten Autoren wie Döblin, Zuckmayer und Kolbenhoff gibt Auskunft über die anfängliche Verschiedenheit der literarischen Orientierungsversuche und der sich schon bald darauf durchsetzenden Konformität des kulturellen und politischen Lebens (...) Auch die Untersuchung zur öffentlichen Sprache dieser Jahre macht deutlich, daß sich das sprachliche Kontinuum als wesentlich mächtiger erwies als jene Kritik, die nach der 'Stunde Null' eine neue Sprache forderte ... [Dies] sollte jedoch nicht nur als versäumte Möglichkeit beklagt werden, sondern auch Anlaß sein, die offenkundige Widersprüchlichkeit in vielen Texten dieser Zeit historisch zu erkunden.« (Aus dem Vorwort) Die Herausgeber sind Jost Hermand, Helmut Peitsch und Klaus R. Scherpe.

Projekt Frauengrundstudium 3: Frauen und Moral (SH 61)

In der gegenwärtigen »Wende« spielen Frauenleben und »weibliche Wertorientierungen« eine besondere Rolle: Mütterlichkeit, Emotionalität, Opferbereitschaft und Verantwortlichkeit sollen Arbeitslosigkeit, Geburtenrückgang und Umweltzerstörung erträglicher machen. Widerstand in diesem Prozeß braucht Wissen über Moralkonstruktionen, über die Konstrukteure wie auch über Aneignung und wirkungsweise moralförmer Vergesellschaftung. Frauenprojekte aus verschiedenen Städten stellen ausgearbeitete Bausteine und neue Forschungsfragen vor: Rekonstruktion von Moralphilosophie, Alltagsgeschichten und Erinnerungsarbeit, die Aneignung von theoretischem Handwerkszeug wie Ideologietheorie und Kritische Psychologie. K.H.

Projekt Sozialistischer Feminismus: Frauenpolitik - Weiberräte - Frauenmacht (SH 66)

Der Vorschlag einer neuen Organisationsform, die Vielfalt und Heterogenität der Frauenbewegung bündelt, wird in mehreren Städten und in der alternativen Presse kontrovers diskutiert. Das Projekt schlägt eine Doppelstrategie vor: basisdemokratischer Zusammenschluß in der Kulturgesellschaft und verstärkte Platzeinnahme in Machtapparaten wie dem Parlament. Für das Ziel der größeren politischen Handlungsfähigkeit braucht es alle Politikweisen, die bisher (listig) eronnen wurden. K.H.

Gulliver 15: Englisch - alternativ. Hrsg. v. D. Herms und J. Kramer (AS 115)

»Ach, schon wieder Frieden« — »Ach, schon wieder Gruppenarbeit« — so oder ähnlich lauten vielfach die Reaktionen auf Versuche engagierter Lehrer, mit alternativen Inhalten und Arbeitsformen Interesse zu wecken. Treffen massenhafte (Lehrer-)Arbeitslosigkeit und Abschnürung der Bildungsreform »von oben« auf eine Situation »unten« vor Ort, in der Perspektivlosigkeit und Demotivation der Schüler die eigene Arbeitslosigkeit schon antizipieren? Die Beiträge dieses Bandes zielen darauf ab, diesen Teufelskreis zu durchbrechen. Vorgestellt werden u.a. drei praktisch erprobte Unterrichtseinheiten, das Modell eines integrierten Grundstudiums Englisch, Erfahrungen mit kooperativen Unterrichtsstilen und der Fremdsprachendidaktik. T.L./Editorial

Lars Lambrecht: Bürgerliche Revolution und Staat (SH 53)

Band 4 der Reihe *Einführung in die Politische Soziologie* ist zugleich historischer Überblick und vergleichende soziologische Analyse der bürgerlichen Revolutionen in England, Amerika, Frankreich und Deutschland und der Staatsformen, die sich in ihnen herausbildeten: der konstitutionelle Nationalstaat, der militärisch-bürokratische Obrigkeitsstaat (Bonapartismus und Wilhelminismus), das »System von Weimar« und der Faschismus, der moderne Parteien- und Sozialstaat und dessen gegenwärtige Krise. TL.

Edition Philosophie und Sozialwissenschaften

In dieser Reihe erscheinen wissenschaftliche Arbeiten, in der Regel Dissertationen. Die Reihe steht jedem offen. Den Inhalt der Beiträge verantworten ausschließlich die Autoren. Bisher sind erschienen:

Hermes Coassin-Spiegel: Gramsci und Althusser. Eine Kritik der Althusser'schen Rezeption von Gramscis Philosophie (EPS 1)

Ingo Borchers: Heterosexuelle Paare in der BRD (EPS 2)

Gert Holzapfel: Vom schönen Traum der Anarchie. Zur Wiederaneignung und Neuformulierung des Anarchismus in der Neuen Linken (EPS 3) T.L.

Aufruf: Solidarität mit Nicaragua

Die Regierung der Vereinigten Staaten will mit allen Mitteln Nicaragua unter ihre Herrschaft bringen. Die CIA finanziert die vorwiegend aus ehemaligen Somozisten gebildeten »Contras« der FDN, die von Honduras aus den Norden Nicaraguas terrorisieren. Sie läßt ihnen darüber hinaus logistische und direkte militärische Unterstützung zukommen. Die Verminung der nicaraguanischen Häfen wurde von CIA-Kommandos geplant und ausgeführt. Als der Internationale Gerichtshof daraufhin das Recht Nicaraguas auf Souveränität bestätigt und die Vereinigten Staaten auffordert, alle gegen Nicaragua gerichteten militärischen und paramilitärischen Aktionen einzustellen, erklärt die Reagan-Regierung, sie werde »für die nächsten Jahre« keine Entscheidung des Haager Gerichtshofes in Mittelamerika-Fragen anerkennen. Mit dem Versuch der Bildung einer einheitlichen konterrevolutionären Interventionstruppe unter US-Führung wird der Wille zur fortgesetzten Mißachtung des Völkerrechts demonstriert.

Ohne eine Ausweitung der internationalen Solidarität mit Nicaragua wird die Reagan-Regierung nicht zur Einhaltung völkerrechtlicher Normen zu zwingen sein. Direkte Solidarität leisten die vor allem in Landwirtschaft, Transportwesen und Gesundheitssystem eingesetzten internationalen Brigaden. Von den deutschen Gruppen haben besonders die Gesundheitsbrigaden gute Arbeit geleistet, über die der »Gesundheitsladen Berlin«, Gneisenaustraße 2, 1000 Berlin 61 (Telefon zwischen 17 und 20 Uhr: 030/ 693 20 90) laufend informiert. Wir fordern deshalb zu ihrer Unterstützung auf: *Sonderkonto Nicaragua, Postgiro 38513-105 Berlin-West.* T.S.

Wolfgang Fritz Haug

Richtlinien für Beiträge zum *Kritischen Wörterbuch des Marxismus* Zur Diskussion gestellter Entwurf

Vorbemerkung

Das im Argument-Verlag erscheinende *Kritische Wörterbuch des Marxismus** wird zwei Teile haben.

Der erste Teil umfaßt die siebenbändige Übersetzung des von Georges Labica herausgegebenen *Dictionnaire critique du marxisme*. Zwei Bände davon sind bisher erschienen; zur Zeit sind die Bände 3 und 4 in Arbeit.

Den zweiten Teil bilden die *Ergänzungsbände zur deutschen Ausgabe*. Die Entwicklung der Konzeption steht vor dem Abschluß. Bisher zeichnet sich ab, daß sich etwa hundert marxistische Wissenschaftler aus über zehn Ländern beteiligen werden. Von ihnen sind bisher 600 Stichwörter zur Aufnahme vorgeschlagen worden. Über die Hälfte davon füllen Lücken des französischen Erstwerks aus. Die übrigen Vorschläge zielen auf eine Neubearbeitung bereits vorhandener Stichwörter. Noch immer sind Vorschläge (Autoren, Stichwörter) willkommen.

Die Frage der Konzeption der Ergänzungsbände tritt nun in die entscheidende Phase. Im folgenden veröffentlichen wir einen Entwurf für Richtlinien, in denen die Kernpunkte der bisherigen Konzeption umrissen sind.

Ein Grundproblem ist die Frage, wie mit Auffassungsunterschieden umzugehen ist. Denn wie es bei einem primär wissenschaftlichen Kollektivwerk des Marxismus nicht anders sein kann, werden die Autoren unterschiedlichen theoretischen Traditionen und politischen Orientierungen innerhalb des Marxismus entstammen. Produktive Formen der Zusammenarbeit von Vertretern unterschiedlicher Auffassungen im Marxismus zu entwickeln, ist ein wichtiger Faktor für die Zukunft des Marxismus in unserem Land und in Westeuropa.

Die im folgenden (wie zuvor auf der Westberliner »Volksuni '84«) zur Diskussion gestellten »Richtlinien« sind daran zu messen, inwiefern sie dazu beitragen, daß die Offenheit unseres Konzepts nicht zu Lasten der Kohärenz und Brauchbarkeit des Resultats geht. Vor allem brauchen wir Kriterien für die Aufnahme von Stichwörtern, eine Verständigung über die Struktur der Artikel und über philologische Standards sowie über die Behandlung von Kontroversen im gegenwärtigen Marxismus.

Der Entwurf wird öffentlich zur Diskussion gestellt, damit alle die Möglichkeit zu Kritik und Änderungsvorschlägen haben. Im folgenden Argument-Heft (147) werden die rechtzeitig (bis 20.8.84) eingehenden Stellungnahmen veröffentlicht. Am Ende wird eine überarbeitete Fassung der Richtlinien herauskommen, als verbindlicher Konsens der Mitarbeiter. Auch wird sich die redaktionelle Bearbeitung der Artikel daran orientieren. Erst im Anschluß daran entscheiden wir definitiv über die Aufnahme bestimmter Stichwörter und ihre Vergabe an bestimmte Autoren.

Im übrigen soll während der gesamten Zeit der Arbeit am KWM im Rezensionsteil dieser Zeitschrift verstärkt einschlägige Literatur kritisch besprochen werden.

Stichwörter

Das KWM ist als Begriffswörterbuch angelegt. Personennamen werden nicht als Stichwörter aufgenommen, wohl aber von Eigennamen abgeleitete Richtungsamen (z.B. *Trotzkismus, Mao-Dsedong-Ideen, Brecht-Linie*).

* Vgl. dazu *Argument* 141/1983, 645-50, und *Argument* 144/1984, 271-74.

Die Beiträge einzelner Autoren zum Marxismus sollen unter den entsprechenden Begriffen abgehandelt werden (z.B. Ernst Bloch zur *Utopie*). Ein Personenregister wird den Bezug auf Personen erschließen helfen.

Historische Ereignisse und geographische Bezeichnungen werden im allgemeinen nicht aufgenommen, es sei denn, daß sie zu Begriffen für strategische Probleme geworden sind (z.B. *Winterpalais*).

Neue Begriffe, die den marxistischen Traditionen unbekannt waren oder noch kein allgemeines Heimatrecht darin gefunden haben, werden vor allem dann aufgenommen, wenn sich in ihnen neuartige Problematiken und Ansprüche artikulieren und sie dazu anhalten, bisher marginale Seiten des Marxismus ins Zentrum zu rücken (z.B. *Ökologie, Diskurs, Feminismus*).

Metaphern, Bilder, Redeweisen werden dann aufgenommen, wenn sie für die Artikulation theoretischer und strategischer Gedanken wichtig geworden sind (*Mautwurf, Oberfläche/Tiefe*).

Der Aufbau der Artikel

Die Artikel folgen einem einheitlichen Aufbauschema. Sie bestehen in der Regel aus folgenden Elementen:

1. *Das Stichwort*. Neben dem deutschen Begriff werden die chinesischen, englischen, französischen, russischen und spanischen Äquivalente verzeichnet.

2. *Historischer Teil*

2.1 Vorkommen und Entwicklung der entsprechenden Begrifflichkeit bei Marx und Engels im Kontext der damit artikulierten Problematiken. Gegebenenfalls werden die Traditionen vermerkt, die Marx und Engels aufnehmen.

Dieser Teil dient der Erschließung des Werks von Marx und Engels. In erster Linie fungieren die (ergänzten) Marx/Engels-Werke (MEW) als Referenz-Ausgabe; daneben, gegebenenfalls parallel, die neue Marx/Engels-Gesamtausgabe. Nur wenn in keiner dieser Ausgaben bis dato die betreffenden Stellen erscheinen, dürfen andere Ausgaben zitiert werden.

Ein wichtiger Gebrauchswert des KWM wird darin bestehen, daß die Leser zum Nachschlagen in den Schriften der Klassiker angeregt werden und dazu die nötigen Nachweise in die Hand bekommen. Da jegliches brauchbare Register für die MEW fehlt (vgl. meine Rezension des MEW-Registers in *Argument* 143/1984, 115-17, und die des letzterschienenen MEGA²-Bandes und seines Registers in *Argument* 145/1984, 452-56), ist dies besonders notwendig.

2.2 Weiterführung im Marxismus der II. Internationale bis 1914 (Kautsky, Bernstein, Luxemburg, Labriola u.v.a.m.).

2.2.1 Besondere Berücksichtigung Lenins.

2.3 Weiterführungen in den nach 1914/1917 aufgespaltenen Linien (Kommunisten und Sozialdemokraten; die wichtigsten Differenzierungen beider großer Richtungen, wobei dem Austromarxismus ein besonderes Gewicht zukommt als marxistischer Linie innerhalb der Sozialdemokratie. Die wichtigsten schöpferischen und kontroversen Differenzierungen in der kommunistischen Linie sollen berücksichtigt werden, nicht zuletzt auch der jugoslawische Weg. Ein wichtiger Akzent soll auch auf die Beiträge aus den großen westlichen kommunistischen Parteien gelegt werden.

Schließlich sollen auch die Denk- und Strategieentwicklungen weiterer politischer und theoretischer Linien einbezogen werden. (*Trotzkismus, Kritische Theorie* usw.).

2.4 Die außereuropäischen Entwicklungen des Marxismus (vor allem China, Indien und Vietnam; Lateinamerika mit Mariátegui, Castro usw.; Afrika mit Cabral usw.).

3. *Aktuelle Problematik.* Hier soll ein Problemfeld gezeigt werden mitsamt einem Überblick über unterschiedliche oder kontroverse Ansätze. Auch divergierende Lesarten theoretischer Konzepte können hier dargestellt werden. Wichtig ist vor allem, reale praktische Problematiken zu zeigen, auf die bestimmte Begriffe und Theoreme antworten sollen.

4. *Bibliographie.* Weiterführende Literatur, vorwiegend — aber nicht nur — deutschsprachige Titel. Daneben vor allem englischsprachige Titel, gegebenenfalls Titel aus anderen Welt Sprachen.

5. *Querverweise auf andere Stichwörter.*

Umfang der Artikel

Die Aufschlüsselung in einzelne Begriffe führt zu einer großen Zahl von Stichwörtern. Die einzelnen Artikel sollen dementsprechend kurz sein. Drei Gruppen von Artikeln lassen sich unterscheiden: 1) »Kleine« Stichwörter (bis zu einer Druckseite); 2) »normale« (bis zu vier Druckseiten); 3) »große« (bis zu acht Druckseiten).

Beziehung aufs DCM

Überschneidungen mit Artikeln des *Dictionnaire critique du marxisme* (DCM) zum selben Stichwort lassen sich nicht vermeiden, sollen aber aufs Minimum beschränkt werden.

Die deutschen Ergänzungsbände werden viele Stichwörter enthalten, die das DCM nicht enthält. Daneben finden sich »Parallel-Stichwörter«, das heißt solche, die im DCM bereits bearbeitet sind; diese werden durch ein Sternchen gekennzeichnet.

Die im DCM bereits angeführten Klassikerzitate sollen nicht in extenso wiederholt werden. An entsprechenden Stellen wird auf die DCM-Parallel-Artikel verwiesen. Gravierende Auffassungsunterschiede im Verhältnis zum französischen Parallel-Artikel sollen ausdrücklich verzeichnet werden.

Behandlung von Kontroversen

Wie es schon Labica fürs DCM formulierte, verpflichten sich die Mitarbeiter zu einer in erster Linie informativen Darstellung von Kontroversen. Das Begleichen alter Rechnungen, Schulstreitigkeiten, persönliche Angriffe etc. haben im KWM keinen Platz.

Der Akzent liegt vielmehr darauf, daß hier von Vertretern unterschiedlicher Strömungen ein für alle Strömungen benutzbarer »Werkzeugkasten« erstellt wird.

Der letzte Teil jedes Artikels gibt Platz für einen Überblick über kontroverse Ansichten zu einer bestimmten Problematik.

Die Bibliographie soll die Leser dazu befähigen, sich über unterschiedliche Positionen vertiefend zu informieren.

Kein Autor braucht seine Parteilichkeit zu verleugnen; konkurrierende Positionen müssen fair dargestellt werden. Die Stichwörter dürfen nicht wie Festungen in einem Stellungskrieg behandelt werden.

Dadurch, daß verwandte Begriffe oft von Vertretern unterschiedlicher Strömungen bearbeitet werden, ergibt sich ohnehin ein »stereoskopischer« Effekt.

Nachruf auf Enrico Berlinguer

Mit Enrico Berlinguer hat die westliche Linke einen ihrer bedeutendsten Köpfe verloren. Welcher andere Marxist der selbsternannten »Ersten Welt« hätte mit seinem Tode ein ähnliches Maß an Betroffenheit ausgelöst, im eigenen Land, in Europa und weit darüber hinaus? Soll man die mehr als eine Million Menschen erwähnen, die am Begräbnis teilnahmen, die ungezählten Repräsentanten der verschiedensten Parteien und Organisationen, die Anwesenheit des »zweiten Mannes« der KPdSU und des chinesischen Ministerpräsidenten, oder soll man auf das spektakuläre Wahlergebnis der KPI bei den jüngsten Europawahlen verweisen? Das eine wie das andere sind nur Symbole, »Augen-Öffner«, Momentaufnahmen für den Stand des gesellschaftlichen Befreiungskampfes; aber es verdeutlicht doch auch, wie sehr es dem italienischen Kommunisten Berlinguer an der Spitze seiner Partei gelungen ist, die Hoffnung auf eine radikale, sozialistische Wende in den Zentren des alten Systems lebendig zu halten.

Antonio Gramsci, Palmiro Togliatti, Enrico Berlinguer — diese Namen werden künftig noch unübersehbarer als ein Zusammenhang kommunistischen Denkens (und, soweit möglich, Handelns) hervortreten, der seine Wurzeln im Oktober 1917 nicht verleugnet, seine Aufgabe jedoch immer unabhängiger als Beitrag zur »Revolution im Westen« bestimmt. Berlinguer hat diesem Zusammenhang Impulse gegeben, die mit einer bloßen Modernisierung und Fortschreibung des Vorgefundenen nicht zu erfassen sind. Gerade weil sie immer wieder auf das Verarbeiten einschneidend neuer Erfahrungen der Arbeiterbewegung im letzten Drittel dieses Jahrhunderts drängten, behielten sie ihre ausgeschöpfte, weitertreibende Wirkung auch dann noch, wenn sie das unmittelbare Resultat des politischen Tageskampfes zu widerlegen schienen.

»Man gelangt nicht mit einer Mehrheit von 51 Prozent zum Sozialismus«, so lautete beispielsweise die Schlußfolgerung Berlinguers aus dem Putsch gegen Chiles demokratischen Präsidenten Salvador Allende. Auf diese Einsicht gründete er sein berühmtes Konzept eines »historischen Kompromisses« für Italien, das sich die Einbeziehung noch der Christdemokraten, und damit der übergroßen Mehrheit des italienischen Volkes, in eine sozialistische Übergangstrategie zum Ziel setzte. Der Versuch scheiterte nach anfänglichen Erfolgen; er zwang seine Partei zu einem schmerzhaften Rückzug in die Opposition — aber hat damit die These, daß sozialistische Krisenauswege »im Westen« nur aus dem übermächtigen Konsens einer breiten Bevölkerungsmehrheit hervorgehen können, an Aktualität eingebüßt?

Und weiter. Berlinguer akzeptierte den ursprünglich polemisch gemeinten Begriff »Eurokommunismus«, wurde förmlich zu seiner Inkarnation. Er verdichtete und radikalisierte damit die Teilstücke der strategischen Überlegungen seiner Partei, vom nationalen Weg zum Sozialismus, der »Revolution in der Demokratie« (Togliatti) bis zur Überwindung des Leninismus als geschlossenem Lehrgebäude und zur Leitidee des »Dritten Weges«. Und zugleich gab er ihnen mit dem Bezug auf die europäische Identität, auf die »Eurolinke«, in der auch die anderen auf Gesellschaftsveränderung drängenden Kräfte ihren gleichberechtigten Platz finden, die Konturen einer neuen, Ost und West erreichenden Herausforderung. Gewiß, weder die französische noch die spanische KP vermochten dem Elan von 1976 zu folgen; der Eurokommunismus entging sowenig wie alle anderen Formationen der Linken einer Krise. Aber kann man so oberflächlich sein, damit den Anstoß für Theorie und Praxis, der ihm zugrunde liegt, für verloren zu geben? Und besteht nicht der Rang des Beitrags Enrico Berlinguers in seinen letzten Lebensjahren wesentlich darin, die Vitalität, die Überlebensfähigkeit dieses Anstoßes zu sichern?

Der kurzfristige Erfolg auch anderer seiner Impulse ist nicht größer zu nennen. Die Forderung nach »Moralisierung der Politik« als genuin fortschrittlicher Maßstab für das

eigene Handeln wie jenes der politischen Gegner blieb vielfach ähnlich unbegriffen wie sein Vorstoß, Kriterien einer »revolutionären Sparpolitik« zu entwickeln; was Berlinguer Mitte der 70er Jahre vorschwebte, um einer hegemonialen Arbeiterbewegung seines Landes wie des Westens das Aufkommen für koloniale Erbe und die Ausplünderung der Dritten Welt zu ermöglichen, das ist heute nicht weniger radikal auf die globale Verantwortung der sogenannten Ersten Welt für die ökologische Krise zu erweitern. Schließlich konnte sein Weg einer kritischen Verarbeitung der sowjetischen Erfahrung, ihrer realen Politik nach innen und außen, bis hin zum »Riß« nach der Verhängung des Kriegsrechts in Polen, nicht ohne Widerstand in den eigenen Reihen bleiben.

So ist das Vorankommen noch im Scheitern, das Erobern neuer Provinzen für die sozialistische Idee noch in Zeiten der Defensive zu einem Merkmal des politischen Wirkens Enrico Berlinguers geworden. Er teilt es mit den größten Vorkämpfern der internationalen Arbeiterbewegung. Sich die Bedeutung eines solchen Beispiels für die gemeinsame Sache bewußt zu machen, seine vorwärtstreibende Kraft anzuerkennen und für den eigenen Kampf zu nutzen, das ist gerade auch für linke Sozialdemokraten und Sozialisten aus dem Lebenswerk des italienischen Kommunisten Berlinguer zu lernen.

Detlev Albers

Trauer über Foucaults Tod

Ohne Foucault würden viele von uns noch immer naiv fragen, wie man der »Wahrheit« zur »Macht« verhelfen könne. Endlich die Gesetze des Klassenkampfes begreifend, hatten wir uns auf den langen Weg der Beseitigung der Irrtümer und der Besiegung der Feinde begeben. Dabei war uns das Vertrackte der Korrekturen und Siege nicht verborgen geblieben: es erwies sich als schwierig, anzugeben, was »Ideologie« sei, und als unmöglich, die Formel von der »Diktatur des Proletariats« im Interesse ihres gemeinten Sinns aufrechtzuerhalten. Aber wer hätte uns gelehrt, daß die Suche nach »der Wahrheit« selbst schon der erste Irrtum ist, wenn ihre Kehrseite in der Konstruktion von Ausschließungssystemen besteht? Daß die Systeme der Ausschließung, Kontrolle und Spaltung nichts anderes sind als die Systeme der Macht; daß die Macht nicht in der Person der Mächtigeren haust — denn sie formt ihre Opfer nicht weniger als ihre Profiteure —, daß wir uns also der Mächtigeren nicht entledigen werden, wenn wir uns nicht auch der Macht entledigen? Und daß man eine Formel nicht beseitigt außer durch eine andere Formel — die wir noch nicht gefunden haben —, da es keinen Sinn gibt außer auf der Oberfläche des Signifikanten? In unseren Weg zur klassenlosen Gesellschaft ist ein anderer eingemündet, ohne den wir nicht mehr vorankämen, weil wir jetzt erst verstehen, was wir eigentlich tun.

Die Rezeption Foucaults war für deutsche Marxisten nicht einfach. Dazu trugen zweifellos »Foucaults Schwächen« bei, aber auch ihr eigenes Nichtverstehenkönnen und -wollen. Manch einer wettet gegen den »Strukturalismus«, nicht um Marx zu verteidigen, sondern um ihn zur Verteidigung der Hermeneutik oder gar des Aristotelismus zu mißbrauchen. Andere haben vielleicht wie Kinder geschmolzt, weil Foucault seinerseits die Bedeutung der Marxschen Theorie verkannte (die Bemerkungen, die er in der »Ordnung der Dinge« über Marx fallen läßt, verraten, daß er Marx mit Ricardo gleichsetzt). Wichtiger ist aber, daß er die *Marxisten* keineswegs verkannte, als er ihnen in einem Interview vorwarf, sie verfügten über keine brauchbare Machtanalyse, und diesen Mangel als Ausgangsimpuls seiner eigenen Arbeit bezeichnete. Ob mit oder ohne Absicht, Foucault steht damit in einer Linie mit aller Ökonomismus-Kritik in der Marxschen Tradition. Inzwischen ist die Fruchtbarkeit seiner Arbeiten für diese Kritik durch die Foucault-Lektüre von Autoren wie Althusser (der umgekehrt auch Foucault inspiriert hat), Poulantzas, Pêcheux und Laclau, im deutschen Sprachraum etwa von Joachim Hirsch

(der sich auf »Überwachen und Strafen« bezog) und von verschiedenen Projekten im Argument-Umkreis, Frauen-, Ideologie-, Parteienprojekt (die von der Machtanalyse in »Sexualität und Wahrheit« ausgingen), unter Beweis gestellt.

Natürlich haben wir Foucault nicht unkritisch gelesen. Unser wichtigster Einwand ist, daß Foucault, indem er Gesamtordnung und bewegliche Einzelheiten in den Machtspielen relativ unvermittelt gegenüberstellte, der Tendenz Anderer Vorschub geleistet hat, von bedingungsloser, rhizomatischer Detailbeweglichkeit (des Sinns und der Handlungen) theoretisch zu träumen und darüber die andauernde, noch zunehmende, dennoch nicht unverwüsthche Existenz der großen starren Machtapparate in Ökonomie und Politik zu vergessen oder hinzunehmen. Es fehlt an einer »Dialektik von Festgelegtheit und Modifikabilität« für kollektive Widerstandsaktionen und Lernprozesse. Dies hängt mit Foucaults Annahme zusammen, daß man »der Macht« nicht entrinnen könne, die unseren zweiten Einwand herausfordert. Nicht aus flachem Optimismus, sondern weil sie unbegründet und unklar ist, widersprechen wir ihr. Sehen wir nicht den Preis dieser Unklarheit bei gewissen Schülern Foucaults, die, weil sie über das sowjetische Gefängnisssystem in verständliche Wut geraten, nun ihrerseits wie Platzhirsche nach einer Seinslichtung im »unentrinnbaren« Machtspiel gieren? Mit der Folge, daß sie uns (wie André Glucksmann) unter dem Titel einer »Philosophie der Abschreckung« empfehlen, wir sollten die Kriegsvorbereiter zu ihrem Atombombenbesitz beglückwünschen?

Foucault war noch lange nicht fertig; der Hauptpunkt seines wuchernden Programms, das er in der »Ordnung des Diskurses« umriß, blieb unbearbeitet — der Versuch, die Verquickung von Wahrheit und Macht in statu nascendi, nämlich in der »Epöche der Sophistik und ihrer Debatte mit Sokrates beziehungsweise mit der Platonischen Philosophie« zu studieren und womöglich aufzulösen, eine Verquickung, durch die wir für das Machtphänomen blind geworden sind, obwohl wir das Wort Macht im Munde führen, und durch die alles wahre Reden entweder zweideutig oder wortlos wurde. Jetzt können wir nur noch von ihm lernen, wie man sich Mut zuspricht, wenn der Lehrer zu früh verstummt. Die nie gesagten Worte des toten Jean Hippolyte, die Foucault an sich gerichtet wünschte, sind tatsächlich Worte für uns: »'Man muß weiterreden, ich kann nicht weitermachen, man muß weiterreden, man muß Wörter sagen, solange es welche gibt; man muß sie sagen, bis sie mich finden, bis sie mich sagen — befremdende Mühe, befremdendes Versagen; man muß weiterreden; vielleicht ist es schon getan, vielleicht haben sie mich schon gesagt, vielleicht haben sie mich schon an die Schwelle meiner Geschichte getragen, an das Tor, welches sich schon auf meine Geschichte öffnet (seine Öffnung würde mich erstaunen).'«

Michael Jäger



Detlev Albers:
Zur politischen Theorie des Marxismus.
Bauer und Gramsci

Vergleich ihrer Positionen zur
revolutionären Strategie im Westen, in der
Perspektive eines »integralen Marxismus«
192 S., frz. Br. DM 24,-/Ln. DM 34,-

Erich Fried — Zwei Gedichte

Krank

für David Cooper

Wer gegen die Gesetze dieser Gesellschaft
nie verstoßen hat und nie verstößt
und nie verstoßen will
der ist krank

Und wer sich noch immer nicht krank fühlt
an dieser Zeit
in der wir leben müssen
der ist krank

Wer sich seiner Schamteile schämt
und sie nicht liebkost und die Scham
anderer die er liebt nicht liebkost ohne Scham
der ist krank

Wer sich abschrecken läßt
durch die die ihn krankhaft nennen
und die ihn krank machen wollen
der ist krank

Wer geachtet sein will
von denen die er verachtet
wenn er den Mut dazu aufbringt
der ist krank

Wer kein Mitleid hat mit denen die er mißachten
und bekämpfen muß um gesund zu sein
der ist krank

Wer sein Mitleid dazu gebraucht
die Kranken nicht zu bekämpfen
die um ihn herum andere krank machen
der muß krank sein

Wer sich zum Papst der Moral
und zum Vorschriftenmacher
der Liebe macht
der ist so krank wie der Papst

Wer glaubt daß er Frieden haben kann
oder Freiheit
oder Liebe
oder Gerechtigkeit

ohne gegen seine eigene Krankheit
und die seiner Feinde und Freunde
und seiner Päpste und Ärzte zu kämpfen
der ist krank

Wer weiß daß er weil er gesund ist
 ein besserer Mensch ist
 als die kranken Menschen um ihn herum
 der ist krank

Wer in unserer Welt
 in der alles nach Rettung schreit
 keinen einzigen Weg sieht zu retten
 der ist krank

Genug gevert, Gefährten!

Die Erkenntnis läßt sich nicht länger verzögern :
 Was wir einmal zu tun versäumen
 das ist dann zersäumt und zertan
 Zergeblich zersuchen wir die Zergangenheit zu zerändern
 Die Menschen von damals bleiben zerraten zerkauf und zerloren
 schon bevor die Papiere zergilben
 in denen ihr Schicksal zerzeichnet ist

Denn es ist ein Zerhängnis
 wie Menschen miteinander zerkehren
 in ihren zerschiedenen oder eng zerknüpften Bereichen
 Es ist schon fast einerlei
 ob sie einander zerbissen zerurteilen
 oder zerhältnismäßig freundlich einander zerzeihen wollen

Da hilft kein Zerbot des Papstes
 und kein Machtwort der Zereinigten Staaten
 keine zertragliche Zersicherung oder Zerfügung eines Amtes
 und keine Zerbesserung oder Zeränderung der Zerfassung
 Denn die Menschen sind nicht sehr zerläßlich
 auch dann nicht wenn sie vieles gemeinsam zerlebt
 und vielleicht sogar einiges davon zerstanden haben :
 Sie zerfallen den Zerirrungen die sich zermehren

Zum Beispiel : Zerliebt zerlobt zerheiratet
 Zermutlich auch eines dem anderen dieses und jenes zersprochen
 vielleicht voller Zuzersicht
 aber dann einander zerbraucht
 zerwundet und zuletzt zerzweifelt zerlassen
 noch dazu mit zerlogenen Argumenten
 und selbst nicht zerstanden wie sie dabei zerkommen sind

Denn sie haben doch auf ihr wohlzerdientes Glück gerechnet
 Und ehe sie sichs zersahen
 sind sie zerstorben
 und zerschartt und sogar von ihren Würmern zergessen

Diese Gedichte erscheinen im Herbst 1984 in Erich Frieds Gedichtband *Beunruhigungen* bei Wagenbach, Berlin.

Das lustige Argument

Abhaken!

»Können Sie sich vielleicht entsinnen«, fragte der Erzengel, der gerade wieder einmal von der Erde heimgekehrt war, »gelegentlich sogenannte ...« (er blickte zur Sicherheit in seine mitgebrachte Liste) »sogenannte ... Religionen geschaffen zu haben?«

»Sogenannte was?« fragte der Herr zurück.

»Religionen. — Vielleicht versehentlich?«

»Nicht daß ich wüßte. Aber man schafft so vieles!«

»Hatt' ich's doch gedacht.«

»What's the name?«

»Religionen!« schrie der Erzengel.

»Buchstabieren!« verlangte der Herr.

Das tat der Engel.

Der Herr versuchte nun, das Wort nachzusprechen. Offensichtlich fand er es höchst merkwürdig. »Auf Wörter kommen die!«

»Vielleicht meine Schuld?«

»Und wozu sollen diese ... *what's the name?*«

»*Religionen*«, brüllte nun der Engel.

»Und wozu sollen die gut sein?« fragte der Herr endlich.

»Woher soll *ich* denn das wissen? Aber *den* Betrieb sollten Sie einmal sehen!«

»Betrieb machen kann ich alleine«, brummte da der Herr.

»Abhaken! Nächster Punkt!«

Günther Anders

Joachim Radkau

Die Zweideutigkeit des Kapitals gegenüber dem Faschismus

Einige Gedanken zum Verhältnis von Geschichtsforschung und Faschismustheorie und zum Vergleich zwischen Deutschland und Italien*

1. Faschismusforschung und Faschismus-Theorie:

Die Gefahr der Betriebsblindheit und des Aneinander-Vorbeiredens

Am 6. August 1932 schrieb Eckart Kehr an Wolfgang Hallgarten — beides damals junge Historiker, die als Pioniere in der Erforschung ökonomischer Zusammenhänge der Geschichte innerhalb der Historikerzunft auf verlorenem Posten standen: »In 30 Jahren werden wir ja auch genug Material haben, hoffe ich, um im einzelnen zeigen zu können, was Adolf und seine ganzen 13 Millionen wildgewordener Idiotenbürger für Huren der Thyssen etc. waren.«¹ Die dreißig Jahre sind längst vergangen. Kehr starb schon 1933; Hallgarten blieb zeitlebens isoliert.² Noch heute wären die allermeisten Historiker über den Kehrschen Vorsatz, die Nazis als »Huren der Thyssen etc.« zu enthüllen, gewiß peinlich berührt. Kaum daß die Beziehungen zwischen Industrie und Faschismus um 1970 herum ein etwas intensiveres wissenschaftliches Interesse gefunden hatten, wurde es schon wieder Mode, das Thema als »modisch« abzutun.

Dennoch wurde während der 70er Jahre von der Geschichtsforschung ein immer dichteres Netz von Querverbindungen zwischen faschistischer Politik und industriellen Strategien aufgedeckt — mitunter sogar dann, wenn die erklärte Absicht bestand, die aller Ökonomie spottende Eigendynamik des Faschismus zu demonstrieren.³ Nach und nach — wenn auch vielfach nicht klar begriffen — stellte sich heraus, daß selbst dann, wenn man ganz ohne kritisch-theoretische Ambitionen einfach die Quellen durchackerte, das Gewicht ökonomischer Bedingungen bei der Etablierung des NS-Systems kein bloßer Randaspekt, sondern eine gewichtige Determinante war. Aber die theoretische Aufarbeitung hat mit der empirischen Forschung nicht Schritt gehalten. Das Gesamtbild der Geschehnisse ist bislang eher verwirrender geworden. Zwar ist die Masse der Belege über Affinitäten zwischen Kapital und Faschismus beträchtlich gewachsen, ebenfalls jedoch die Zahl der Beobachtungen, die auf ein schwankendes und mehrdeutiges Verhalten der Wirtschaftsführer gegenüber den Faschisten hinweisen. Den Gipfel der Verwirrung bescherte kürzlich die Dissertation von Neebe, der nachwies, daß ab 1932 ausgerechnet Silverberg — der Braunkohlenindustrielle jüdischer Herkunft, der bislang als Oberhaupt einer republikfreundlichen Industriefraktion gegolten hatte — zielstrebig die Kanzlerschaft Hitlers betrieb, während die Spitze des Reichsverbandes der Deutschen Industrie Ende 1932 entgegen verbreiteter Annahme an Schleicher festhielt.⁴

* Wesentliche Anregungen verdankt dieser Beitrag einer zum Thema »Faschismus« unternommenen Italien-Exkursion mit Kollegen und Studenten der Universität Bielefeld und einem dabei abgehaltenen Kolloquium »Italienischer und deutscher Faschismus im Vergleich« mit Historikern und Politikwissenschaftlern der Università degli Studi di Perugia (Oktober 1982).

Oder gestatten die neu erschlossenen Fakten doch allgemeinere Deutungen? Aber es fehlt ein Rüstzeug an Theorie, das dem Stand der empirischen Forschung entspricht. Die große Zeit des Theoretisierens über »Faschismus und Kapitalismus« waren die späten 60er und frühen 70er Jahre; aber für die Geschichtsforschung gingen diese Gedankenflüge zu schnell und zu hoch. Jene scheinbar gegeneinander abgegrenzten Phänomene der Theorie-Diskussion — hie Basis, da Überbau, hie Ökonomie, da Politik — erschienen in der konkreten Geschichte weithin überlappt. Die Beziehung Kapitalismus/Faschismus wirkte in der historischen Realität viel unordentlicher als in der Theorie.

Dennoch haben sich vom Forschungsstand her die Chancen für eine Begegnung zwischen historischer Empirie und politisch-ökonomischer Faschismus-Theorie erheblich verbessert. Gerade Tim Mason, der einst im *Argument* in vielbeachteter Weise den »Primat der Politik« gegen den »Primat der Ökonomie« — jedenfalls für die Zeit nach 1936 — verfochten hatte,⁵ präsentierte in den 70er Jahren besonders umfangreiches Material, das eher zu einem Primat der Ökonomie paßte.⁶ Das in der bundesdeutschen Intelligenz verbreitete Vorurteil, historischer »Positivismus« komme am Ende doch immer konservativen Positionen zugute, wurde nicht bestätigt. Aber empirische Forschung und theoretische Reflexion operierten aneinander vorbei. Die längst fällige große Diskussion über die ökonomischen Zusammenhänge des Faschismus blieb innerhalb der Historikerschaft in einer immer gereizteren Kontroverse über die Bedeutung des »Führers« für die NS-Geschichte stecken. Unter Historikern zeichnet sich eine Art Kompromiß ab, daß zwar ein nicht unbedeutender Anteil der Industrie an der Zerstörung der Weimarer Republik zugegeben, eine wesentliche Rolle der Wirtschaft beim Sieg des Faschismus jedoch nach wie vor bestritten wird. Aber was soll man von einem solchen Auseinanderdividieren von historisch unlösbar miteinander verquickten Vorgängen halten?

2. Welches Maß an Identität und Zwangsläufigkeit besitzt Faschismus? Mögliche Forschungsimpulse durch den Vergleich mit Italien

Schon auf den ersten Blick zeigt der Vergleich zwischen Nationalsozialismus und italienischem Faschismus, daß man sich Faschismus keineswegs als ein unveränderliches, in einer bestimmten Phase der ökonomischen Entwicklung zwangsläufig siegendes und zwangsläufig einen bestimmten katastrophalen Verlauf nehmendes Phänomen vorstellen darf. Diese Feststellung ist fast banal — dennoch wetteifern ein Großteil der Faschismustheorie ebenso wie der empirischen Forschung miteinander in dem Bemühen, die gesamte NS-Geschichte möglichst gründlich zu determinieren.⁷ Die wissenschaftliche Leistung scheint sich daran zu bemessen, wie perfekt einer nachweisen kann, daß Faschismus kommen *mußte* — während doch in Wahrheit der Ehrgeiz dahin gehen sollte, herauszubekommen, wie sich der Sieg des Faschismus hätte *verhindern* lassen und in Zukunft verhindern läßt. Es ist merkwürdig, wie exotisch diese simple Erkenntnis im üblichen Wissenschaftsbetrieb wirkt.

Der Vergleich zwischen den deutschen und den italienischen Vorgängen wäre ein gutes Mittel, um diese deterministische Denkweise aufzubrechen: Aber vielleicht ist eben dies einer der Gründe, weswegen solche Vergleiche bis heute

nicht allzu beliebt sind. Dabei versteht es sich fast von selbst, daß Gesetzmäßigkeiten des Faschismus nicht allein durch Betrachtung des NS-Regimes zu ermitteln sind, sondern zumindest noch der italienische Faschismus als weiteres »klassisches« Exempel hinzugezogen werden sollte. Dennoch waren von 1933 bis heute »Faschismus-Theorien« ganz überwiegend Theorien über den Nationalsozialismus. Seitenblicke auf Italien blieben oft beiläufig und lediglich illustrativ; nur selten wurde der Vergleich intensiv und als Weg zu neuen Erkenntnissen betrieben.⁸

Vom Standpunkt der empirischen Geschichtsforschung aus wäre die Anwendung der vergleichenden Methode noch dringender als vom Standpunkt der Theorie. Wolfgang Schieder wundert sich mit Recht über die Vernachlässigung des Vergleichs zwischen Deutschland und Italien;⁹ aber auch der von ihm herausgegebene Sammelband »Faschismus als soziale Bewegung — Deutschland und Italien im Vergleich« enthält nur Beiträge *entweder* zu dem einen *oder* zu dem anderen Land. Schieder selbst tat in der Folge den über Italien hinausgreifenden »Faschismus«-Begriff als »sinnlosen Allerweltsbegriff« ab.¹⁰ Unter Historikern ist die Meinung verbreitet, die eklatanten Unterschiede zwischen dem italienischen und dem deutschen Faschismus seien ein deutlicher Beweis dafür, daß der allgemeine »Faschismus«-Begriff Humbug sei. Aber nicht einmal ein derartiger Gegenbeweis ist bisher ernsthaft geführt worden.

Kein Zweifel, ein Vergleich der Faschismen stellt das Bemühen um eine generelle Faschismus-Theorie vor erhebliche Probleme, und zwar gerade dann, wenn die Theorie eine ökonomische Substanz haben soll: Denn die Wirtschaftsstrukturen Deutschlands und Italiens weisen erhebliche Unterschiede auf. Den Allgemeinbegriff »Faschismus« überhaupt fallenzulassen, würde freilich bedeuten, sich in einen engen Definitionsrigorismus zu verrennen, dem, wenn man konsequent weiterginge, auch viele andere unentbehrliche Begriffe der Sozialwissenschaften zum Opfer fallen müßten. Dennoch besteht der Wert des Faschismus-Vergleichs nicht zuletzt darin, daß er darauf hinweist, daß die Frage noch zu klären ist, welchen Grad von Eindeutigkeit, Identität und innerer Stringenz man von »Faschismus« erwarten darf, und wieweit es sinnvoll ist, »Faschismus-Theorie« als einen Denkansatz eigener Art auszubilden. Togliatti legte in seinen »Lektionen über den Faschismus« um 1934 großen Wert darauf, »daß man den Faschismus niemals als etwas definitiv Feststehendes betrachten darf, sondern daß er immer in seiner Entwicklung gesehen werden muß«¹¹: Das war eine Erkenntnis, die aus der praktischen Erfahrung des antifaschistischen Kampfes kam und ihren praktischen Wert in der Folge unter Beweis stellte. Die Wandelbarkeit von Faschismus sollte bei allem faschismustheoretischem Interesse nicht übersehen werden: Man würde sonst eine Lehre aus der Geschichte vergessen, die auch in Zukunft wieder praktische Bedeutung gewinnen könnte.

Der Vergleich mit Italien weist nicht zuletzt auch darauf hin, daß es eine Sackgasse ist, den Faschismus einem ganz bestimmten Stadium der kapitalistischen Entwicklung — und gar noch innerhalb dieses Stadiums einer bestimmten »Kapitalfraktion« — zuordnen zu wollen. Als eine Sackgasse erscheint daher auch das beliebte Rätselraten, ob Faschismus etwas mit »archaischen« Re-

siduen oder eher etwas mit »Modernisierung« oder gar mit der vielzitierten »Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen« zu tun hat. Ob man Deutschland und Italien als »Spätkommer« oder als frühreife Staaten auffaßt, hängt ganz davon ab, welche Länder der Erde man als Maßstab wählt. Die direkten und kurzfristigen Bedingungen der historischen Faschismen waren offenbar wesentlich außerökonomischen Ursprungs: Sie bestanden in dem Ersten Weltkrieg und seinen Folgen. Die langfristigen ökonomischen Bedingungen für Faschismus und verwandte Phänomene können jedoch in Konstanten der kapitalistischen Entwicklung bestehen, die nicht an bestimmte Phasen gebunden sind.

Zunächst ist das italienische Beispiel geeignet, *Spannungen und Widersprüche* in den ökonomischen Zusammenhängen des Faschismus anschaulich vor Augen zu führen; ähnliche Antagonismen waren auch in Deutschland vorhanden, traten dort aber nicht so bildhaft in Erscheinung. Das läßt sich heute klarer erkennen als noch vor einiger Zeit. Früher wurde der Vergleich zwischen den ökonomischen Zusammenhängen beider Faschismen durch den allzu ungleichmäßigen und fragmentarischen Forschungsstand gehemmt; aber diese Situation hat sich mittlerweile geändert: Während der 1970er Jahre ist auch in Italien die Erforschung dieses lange im Zwielficht befindlichen Bereiches ein gutes Stück vorangekommen.¹²

Mehr als in Deutschland läßt sich in Italien aus der Beziehung zwischen Industrie und Faschismus eine erzählbare Story mit einem Hin und Her von Aktion und Gegenaktion machen. In Italien ist diese Beziehung, aufs Ganze gesehen, direkterer Art als in Deutschland und mehr durch bestimmte Personen, Worte und Aktionen vermittelt; sie ist daher besser mit der üblichen quellenorientierten Vorgehensweise des Historikers zu fassen. In der Zeit vor dem »Marsch auf Rom« ist die finanzielle Abhängigkeit Mussolinis von industriellen Geldgebern und die prompte Art und Weise, wie sich der künftige »Duce« für Hilfe in der Not erkenntlich zeigte, manchmal so augenfällig, daß die gemeinhin als »vulgärmarxistisch« verschriene »Agenten-Theorie« — der Faschismus als »Agent« des Großkapitals — mitunter plausibel wirkt.¹³ Für den bis 1920 politisch ganz isolierten, ewig in Geldnöten befindlichen Mussolini traten immer wieder kapitalkräftige Förderer — freilich nicht nur sie — als Retter in Erscheinung. Mussolini, eben noch ein wilder Anarchosyndikalist, bewies seine Dankbarkeit manchmal mit einer Direktheit, wie sie Hitler ferngelegen hätte: wenn er etwa 1918, unmittelbar nach einer Übereinkunft mit dem Rüstungskonzern Ansaldo zur Finanzierung des »Popolo d'Italia«, den Untertitel des Blattes von »Eine sozialistische Zeitung« in »Die Zeitung der Kämpfer und Produzenten« veränderte.¹⁴ 1921 verherrlichte Mussolini in diesem Blatt unverhohlen den Kapitalismus und verteidigte ihn gegen den »schwachsinnigen« Vorwurf, ein System der Ausbeutung und der »räuberischen Akkumulation von Reichtum« zu sein: Hitler wäre ein derart öffentliches und vorbehaltloses Bekenntnis zum Kapitalismus schlechthin nicht eingefallen. Dem »Marsch auf Rom« folgte unverzüglich ein pralles Geschenkpaket an die Großindustrie, so etwa der kostspielige Verzicht des Staates auf die eben noch geplante Nachbesteuerung überhöhter Kriegsgewinne und auf die Revision von

Lieferverträgen mit der Rüstungsindustrie.¹⁶ Die Beziehungen der Confindustria, des führenden Industriellenverbandes, zum »Duce« bekamen die Form einer »direkten Entente«.¹⁷ Auf dem Lande wüteten die faschistischen Squadri wie bezahlte Banden der Großgrundbesitzer und emporgekommenen Agrarkapitalisten.

Aber auch Animositäten zwischen den beiden Bündnispartnern äußerten sich immer wieder mit einer Direktheit, die aus deutscher Sicht verblüfft. In der Zeit der Fabrikbesetzungen wurde ein hilfeschender Industrievertreter, der finanzielle Gegenleistungen anbot, aus dem faschistischen Hauptquartier in Turin mit einem Tritt in den Hintern hinausgeworfen.¹⁸ Noch Jahre nach der Machtergreifung war Mussolini imstande, Gewerkschaften zum Streik zu ermuntern, um widerstrebende Industrielle unter Druck zu setzen¹⁹ — eine Methodik, die dem sonst in der Wahl seiner Mittel nicht eben wählerischen NS-Regime ganz ferngelegen hätte. Die Industrie gab ihrerseits ihre Unzufriedenheit mit bestimmten Tendenzen des Faschismus wiederholt unverblümt zu erkennen.

Auch der Interessenkonflikt zwischen den um ihre Ersparnisse bangenden Mittelschichten und der nach billigem Geld und exportfördernden Wechselkursen verlangenden Industrie wurde im faschistischen Italien — wo diese Konfliktfront anscheinend neu war²⁰ — offen ausgetragen: in dem Kampf um die Aufwertung des Lire, die »Quota novanta« (gemeint war der Wechselkurs des Lire gegenüber dem Pfund Sterling), der gerade in der Stabilisierungsphase der faschistischen Diktatur (1926/27) die italienische Öffentlichkeit erregte.²¹ Die »Quota novanta« war eine drastische und demonstrative Konzession des Regimes an die kleinbürgerlichen Sparer und Gehaltsempfänger und löste in Industriekreisen zunächst heftigen Widerspruch aus; die Industrie bekam jedoch vom Faschismus das Streikverbot beschert, dem prompt eine Welle von Lohnsenkungen folgte,²² und war bald fester denn je an das Regime gebunden.

Vergleichbare Spannungen zwischen Mittelstand und Großindustrie gab es auch in Deutschland: Es war ein Spannungsfeld von schlechthin fundamentaler Bedeutung für den Faschismus. Jene Nachkriegsinflation, die ihren grotesken Gipfel 1923 erreichte, hatte die Enteignung der mittelständischen Sparer zugunsten der Exportindustrie bedeutet; aber dieser Klassencharakter des Vorgangs war nicht durch Gegenwehr der Betroffenen offengelegt worden, sondern hatte nur eine hilflose Wut auf das »internationale Finanzkapital« hinterlassen. Nach 1933 erfolgte hier ein entscheidendes Arrangement hinter den Kulissen, im Innern der Ministerialbürokratie, und war selbst für die NS-Führung nicht ganz durchsichtig. In der Zeit der NS-Machtergreifung war die Frage, wie der Export wieder anzukurbeln sei, durch die trostlose Devisensituation äußerst dringlich geworden; ein von der Sache her naheliegendes Mittel wäre eine Abwertung der Reichsmark gewesen: Aber schon der bloße Gedanke daran wurde von dem Reichsbankpräsidenten und nachfolgenden Wirtschaftsminister Schacht als Verbrechen gebrandmarkt. Statt dessen knüpfte der »Finanzzauberer« Schacht ein Netz bilateraler Verrechnungsabkommen mit südosteuropäischen und lateinamerikanischen Ländern, das eine *versteckte* Ab-

wertung der Reichsmark erhielt, den Wirtschaftsministern zum Dirigenten ökonomischer Großraumpläne machte und einen Handelskrieg gegenüber den Westmächten eröffnete.²³

In den unterschiedlichen Stilen der Politik schlug die unterschiedliche politische Kultur Deutschlands und Italiens durch; die Strategie des deutschen Faschismus entsprach einer stärker industrialisierten und bürokratisierten Gesellschaft, die zur Bewältigung des Konfliktpotentials der hochkapitalistischen Ära bereits ihre Apparate entwickelt hatte. Die faschistischen *Bewegungen* beider Länder waren einander ähnlicher als die faschistischen *Staaten*: Auch der italienische Faschismus war als *Bewegung* totalitär, gewalttätig, kriegslustig und imperialistisch, konnte unter den italienischen Verhältnissen diese Tendenzen jedoch nur beschränkt ausleben. Wenn der gleichsam spontan entstandene italienische Faschismus in seinem *Ursprung* und seinem Aufstieg zur Macht als modellhaft gelten kann, so offenbart der Nationalsozialismus doch viel deutlicher die *Entwicklungsmöglichkeiten* von Faschismus, da hier die Bremswirkung kultureller Traditionen geringer, die technische Ausrüstung moderner war. Bezeichnenderweise findet sich bei neuerlichen neofaschistischen Schmierereien in Italien das Hakenkreuz viel häufiger als das Liktorenbündel.

Die Frage nach dem Eigengewicht der *Ideologie* im Faschismus ist in dieser Zeitschrift kontrovers diskutiert worden.²⁴ Im Nationalsozialismus besaß die Ideologie offensichtlich ein massiveres Gewicht als im italienischen Faschismus, wie überhaupt in Deutschland die Bedeutung von Ideologien größer war als in Italien, dessen politisches Leben noch stark von persönlichen Beziehungen geprägt wurde. Während der Nazismus seine Lehre als Rassenbiologie ausgab und mit wissenschaftlicher und weltanschaulicher Autorität versah, artikuliert sich der italienische Faschismus eher als eine Art Lebensphilosophie mit einer gewissen Unverbindlichkeit: Beides entsprach der politischen und sozialen Kultur der Länder. Das Ausmaß, in dem die völkische Ideologie schon lange vor 1933 die gesamte Atmosphäre der bürgerlichen Kultur in Deutschland prägte, war besonders aus außerdeutscher Perspektive auffällig;²⁵ der italienische Nationalkult, so exzentrische Blüten er auch trieb, scheint doch längst nicht so kompakt die Alltagsmentalität durchdrungen zu haben.²⁶ Dieser Unterschied sollte daran hindern, das völkische Brimborium zu sehr zu einem Kernstück von Faschismus-Theorie und zu einem logisch zwingenden Bestandteil von Faschismus zu machen. Das Verhältnis des Nazismus zu diesem seinem ideologischen Nährboden war zwiespältig; das NS-Regime versetzte dem völkisch durchtränkten Vereinswesen einen schweren Schlag; das Verhältnis der Hitler-Jugend zur Jugendbewegung war gespannt.²⁷ In Italien gab es ein Bündnis von Faschismus und moderner Kunst.²⁸ Auf kultureller Ebene ist die Identität von Faschismus offenbar nicht eindeutig. Auch hier hält der Vergleich mit Italien davon ab, den Faschismus mit zuviel Identität auszustatten: Und diese Zurückhaltung ist der Auseinandersetzung mit neuen Spielformen von Faschismus vielleicht sogar dienlicher als eine zu üppig ausgestaffierte Faschismus-Theorie.

3. Shen Te und Shui Ta: Das Doppelgesicht des Kapitalismus

Industrielle Sympathien für die NSDAP griffen seit Ende der 20er Jahre rapide um sich, blieben aber vielfach schwankend; eine breite und unzweideutige Front der Wirtschaft zugunsten eines Kabinetts Hitler kam erst 1932 zustande. Wie ist dieser Befund zu interpretieren? Wie weit müssen die Erklärungsmodelle zeitlich ausholen; sind die Ursachen in Ereignissen oder in fundamentaleren Strukturen zu suchen? Von den äußeren Vorgängen her betrachtet, wirkt die Entscheidung für die NSDAP in der Wirtschaft vielfach wie ein eher kurzfristiger Entschluß, der aus einem ziemlich plumpen und primitiven Kalkül und nicht aus umfassenden und systematischen Entscheidungsprozessen entsprang. Vor allem in dreierlei Hinsicht war die Unterstützung der NSDAP eine Reaktion auf Bedingungen der Weltwirtschaftskrise: (1) Die wachsende Arbeitslosigkeit wurde von der Industrie sogleich als Chance zu einem entscheidenden Schlag gegen die Gewerkschaften und ihre politischen Verbündeten begriffen,²⁹ und es rief in der Industrie förmlich Alarmstimmung hervor, als sich statt dessen Ende 1932 bei der neuen Regierung Schleicher die Strategie einer Krisenbewältigung durch Zusammengehen *mit* den Gewerkschaften abzeichnete.³⁰ (2) Seit dem New Yorker Börsenkrach von 1929, als sich der üppige Kreditstrom aus den USA in einen Gegensog verkehrte, der dem deutschen Kapitalismus alles Blut zu entziehen suchte, erschien die Fortsetzung der Öffnung nach Westen — bis dahin ein Lebensgesetz der deutschen Wirtschaftskonjunktur — als Verhängnis; einem Gutteil der vom Ruin bedrohten deutschen Wirtschaft war am Ende jedes Mittel recht, wenn man nur den drückenden Schuldenberg loswurde.³¹ Die Brüning-Politik, die eben mittels dieser Schulden das Interesse der USA an Deutschland wachhalten wollte, beschwor den Alptraum der Schuldenlast immer neu herauf; durch die von Hitler zu erwartende Außenpolitik dagegen, die nicht mehr von der Rücksicht auf das Ausland bestimmt wurde, versprach der Schuldenberg mit einem Schlage sein gefährliches Aussehen zu verlieren. (3) Ein liberal-kapitalistischer Expansionismus, der mit unauffälligen ökonomischen Mitteln die politischen Grenzen leichthin übersprang, hatte in der protektionistischen Welt der großen Krise keine Chance mehr. Stärker denn je erblickte nun ein Teil der an ihren eigenen Überkapazitäten erstickenden Großindustrie ihre Rettung in der Schaffung eines »Großwirtschaftsraumes«, der über »Mitteleuropa« nach dem Südosten ausgreifen sollte. Das Debakel der deutsch-österreichischen Zollunion von 1931, die sogleich durch massive Intervention der Westmächte zum Scheitern gebracht wurde, demonstrierte mit aller Deutlichkeit, daß die »Großwirtschaftsraum«-Pläne nur dann eine Chance hatten, wenn die Industrie eine kräftige Stütze bei einer starken Regierung fand, die ohne Rücksicht auf das westliche Ausland operieren konnte.³²

Soweit zu den kürzerfristigen, mehr ereignishaften Bedingungen für das Bündnis Industrie/Faschismus in Deutschland. Sie treffen nicht für Italien zu, wo der Faschismus lange vor der Weltwirtschaftskrise zur Macht gelangte. Im Hintergrund lassen sich jedoch längerfristige strukturelle Bedingungen erkennen, die auch für Italien gelten. Gemeinsam und fundamental war die Erfah-

rung des Ersten Weltkrieges: Damals offenbarten sich in noch nie dagewesenem Maße die ökonomischen Chancen des modernen Krieges: die lukrativen Möglichkeiten eines engen Zusammenspiels von Industrie und Staat sowie die Annehmlichkeiten einer Militarisierung der Massen für das herrschende System — einer Militarisierung, die freilich in Italien die Arbeiterschaft kaum erfaßt hatte. Wachsende Konzentration und die Erfordernisse des technischen Fortschritts wirkten gerade in der unruhigen Zeit nach dem Ersten Weltkrieg dahin, in Wirtschaftskreisen die Überzeugung zu verbreiten, daß die Zeit des unternehmerischen Individualismus vorbei sei und man sich, um zu überleben, in größere Organisationen fügen müsse — daß man überhaupt Abschied von manchen Behaglichkeiten des 19. Jahrhunderts nehmen und härter, kälter, disziplinierter werden müsse: Diese Form von Modernitätsbewußtsein scheint in Italien, dem Land des Futurismus, mindestens so ausgeprägt gewesen zu sein wie in Deutschland.

Noch ein weiterer Wandel in Mentalität und Methode ist von Bedeutung. In den 1920er Jahren begann sich die Industrie daran zu gewöhnen, den Bereich der Werbung, der »public relations«, nach amerikanischen Vorbild als besonderen Sektor mit eigenen Regeln und Ansprüchen zu betrachten.³³ Dieser Wandel der unternehmerischen Einstellung beeinflusste auch den Umgang mit der Politik. Während der Kapitalist des 19. Jahrhunderts aus seiner Distanz zu den Arbeitern keinen Hehl zu machen pflegte, grassierten jetzt produktivistische Ideologien, die die Betriebsgemeinschaft gegen den Klassenkampf auszuspielen suchten. Erst in dieser Situation wird ein Bündnis der Industrie mit einer Bewegung wie dem Faschismus möglich: einer Bewegung, die sich selber teilweise als Sozialismus ausgab und im übrigen geradezu besessen von der Sucht nach Propaganda war.

Aber seinen besonderen Beigeschmack bekam der Faschismus durch den Dunst von Gewalt, der ihn umgab, und Sympathisanten mußten sich nicht zuletzt hierdurch angezogen fühlen — ob sie es zugaben oder nicht. Das gilt auch für die Industrie.³⁴ Wie ist dieser entscheidende Aspekt zu interpretieren? Hier scheint das Bündnis Industrie/Faschismus — das in beiden Fällen seine Vollendung erst im Zuge der Durchsetzung der faschistischen Diktatur erlangte — eine historisch weit zurückreichende Schizophrenie des Kapitalismus zu spiegeln, die an das Doppelleben von Brechts »gutem Menschen von Sezuan« — an die gute Shen Te und den bösen Shui Ta — erinnert. Immer hatte der solide, vorsichtige, liberale, kultivierte Kapitalismus einen Doppelgänger besessen in einem abenteuerlichen, spekulativen, den Kulturnormen spottenden und mit brachialer Gewalt spielenden Kapitalismus. Dieser andere Kapitalismus kennzeichnet nicht nur frühneuzeitliche Phasen der »ursprünglichen Akkumulation«, sondern trieb auch in der Ära des Imperialismus ausgiebig sein Wesen; und man darf nicht vergessen, daß der Faschismus ganz wesentlich in der Nachfolge des Imperialismus steht und nicht zufällig in Situationen des verhinderten Imperialismus aufkam. Die Umkehr führender Industriekreise vom Liberalismus zum Faschismus, von Giolitti zu Mussolini oder von Stresemann zu Hitler, konnte sich ohne langwierigen Lernprozeß vollziehen, weil die Anlehnung an den starken Staat schon seit Jahrhunderten zu den Strategien des Ka-

pitalismus gehört hatte.³⁵ Aus der gleichen historischen Ambivalenz heraus war auch immer wieder rasch eine Distanz der Industrie zum Faschismus möglich.

Man sollte also diese Phänomene nicht zu sehr einer bestimmten Phase des Kapitalismus zuordnen (und sich daher auch nicht auf historistische Manier mit der Meinung beruhigen, eine Allianz Industrie/Faschismus sei mittlerweile durch die ökonomische Entwicklung überholt worden). Ein schwankendes Verhältnis zur Gewalt liegt in der kapitalistischen Wirtschaftsweise selbst begründet: Anders als etwa die feudale Mehrwertabschöpfung funktioniert sie als solche ohne brachiale Gewalt, führt dadurch aber immer wieder zu Situationen des Bedrohtheits, die nach einem gewalttätigen *deus ex machina* verlangen. — Der Kapitalismus begünstigt als solcher die Offenheit und Liberalität in mehrfacher Hinsicht: die freie Zirkulation von Waren, Arbeitskräften, Informationen. Da diese Offenheit jedoch immer wieder Gefahren heraufbeschwört, war der Kapitalismus nicht erst im 20. Jahrhundert mit Bewegungen verschwistert, die den bedrohlichen Perspektiven solcher Offenheit den Kampf ansagten: mit diversen Spielarten von Puritanismus und Protektionismus, mit Nationalismen und anderen fremdenfeindlichen Strömungen. Hier findet der Faschismus einen ausgedehnten historischen Zusammenhang.

Damit soll nicht jener Überdehnung des »Faschismus«-Begriffes das Wort geredet werden, die zeitweise Mode war und manchmal »faschistisch« schon fast zu einem Synonym von »beschissen« geraten ließ: Von »Faschismus« läßt sich sinnvollerweise nur dort reden, wo ein totalitärer Anspruch, eine Legitimation brachialer Gewalt, ein militanter Nationalismus und ein massenwirksamer Aktionsstil gegeben ist. Aber die Faschismus-Theorie sollte, um nicht eine isolierte Dämonologie zu werden, mehr an andere Theorieansätze angebunden und dafür vielleicht weniger in sich selbst perfektioniert werden. Als besonders vielversprechend erscheinen dabei jene Ansätze, die die Geschichte des Agrarkapitalismus aufzuarbeiten suchen.³⁶ Gerade hier ist der Vergleich zwischen Italien und Deutschland vielleicht noch anregender als auf anderen Ebenen.

4. Agrarkapitalismus und Faschismus

Der italienische Faschismus fungierte in den entscheidenden Jahren des Kampfes um die Macht — in der Zeit von 1920 bis 1922 — vor allem als ein Werkzeug der Grundherren: Durch deren Unterstützung wurde er vom bizarren Außenseiter zur beherrschenden Macht. Vor allem auf dem Lande und in den Kleinstädten entwickelte sich der faschistische Terror, der Stil der »Strafexpeditionen«. Selbst die marxistische Faschismusdeutung stand zeitweise ganz unter diesem Eindruck. Noch kurz nach dem Marsch auf Rom urteilte die Kommunistische Internationale: »Die Faschisten sind vor allem eine Waffe in den Händen der Großagrarien. Die Industrie- und Handelsbourgeoisie verfolgt angstvoll das Experiment einer gewaltsamen Reaktion, das sie als 'schwarzen Bolschewismus' betrachtet.«³⁷ Bis in die 60er Jahre konzentrierte sich die Literatur, die sich mit ökonomischen Hintergründen des italienischen Faschismus befaßte, vorwiegend auf die Agrarien.³⁸

Das Phänomen Faschismus insgesamt wurde durch das Gewicht der Agra-

rier geprägt; das gilt nicht zuletzt für die faschistische Sozialromantik. Das aus dem Mittelalter überkommene Halbpacht-System der Mezzadria, das die Landwirtschaft in weiten Teilen Nord- und Mittelitaliens bestimmte, wurde von den Faschisten zu einer Zeit, als es schon veraltet und in Auflösung begriffen war, neu befestigt und sogar in seinem Ausbeutungsverhältnis verschärft.³⁹ Die Faschisten hätten die Mezzadria sogar am liebsten über ganz Italien ausgedehnt und die Lohnarbeit auf dem Lande unterbunden, da man die Lohnarbeiter als aufrührerisches Element fürchtete. Eine solche Konsequenz widersprach der ökonomischen Rationalität und war nicht durchsetzbar; aber die Wiederbefestigung dieses Systems mitsamt seiner Einschränkung der Freizügigkeit bremste die Abwanderung von Landarbeitern in die Städte.⁴⁰ Unter der Parole der »Ruralisierung«, der Verländlichung Italiens nahm die faschistische Regierung nach der Regimekrise von 1924/25 eine Verlangsamung des Industrialisierungsprozesses bewußt in Kauf.

Aber dadurch wurde der Faschismus nicht antikapitalistisch. Die Bedingungen der faschistischen Herrschaft in Italien wurden vielmehr wesentlich dadurch bestimmt, daß traditionell zwischen Grundherren und städtischer Bourgeoisie eine enge Symbiose bestand. Zwischen der bürgerlichen Stadt und dem feudalen Land bestand — anders als vielfach angenommen — kein Gegensatz, sondern ein Komplementärverhältnis.⁴¹ Die faschistischen Squadri, die von den Städten aus das Land terrorisierten, handelten im Sinne der jahrhundertalten ausbeuterischen Herrschaft der Stadt über das Land.

In Deutschland ist die historische Szenerie andersartig; aber auch hier gilt, daß das Phänomen Faschismus viel mit dem historischen Gewicht von Agrarinteressen zu tun hat. Kernstücke der NS-Ideologie wie der Antisemitismus und die Blut-und-Boden-Mystik wurden Ende des 19. Jahrhunderts in der Demagogie des Bundes der Landwirte erstmals zu Parolen einer Massenorganisation.⁴² Ländliche Gebiete gehörten zu den ersten Hochburgen des Nationalsozialismus; Hugenberg wurde als Vorkämpfer agrarischer Interessen — nicht so sehr als Industrieführer — zum zeitweise mächtigsten Bundesgenossen der NSDAP. Das einst unter Bismarck geschlossene zollpolitische Bündnis zwischen Agrariern und Schwerindustrie wurde immer wieder als Bastion des Konservatismus zu reaktivieren gesucht.

Aber um 1933 war die ökonomische Grundlage dieser Allianz brüchig geworden: Gerade 1932 brachen zwischen den Exportinteressen der Großindustrie und den Protektionsforderungen der Landwirtschaft heftige Kämpfe auf.⁴³ Der Nationalsozialismus wurde im Laufe seiner Entwicklung zu einer Verkörperung dieser widersprüchlichen Interessen: In ihm vereinigten sie sich zu einem aggressiven Syndrom. Dem Expansionsdrang der Großindustrie entsprach das Streben der NS-Regierung nach einem »Großraum«; den Macht- und Protektionsinteressen der Agrarier dagegen entsprach die Entschlossenheit der NS-Regierung, sich auf die Dauer nicht mit wirtschaftlicher Einflußnahme zu begnügen, sondern den »Großraum« militärisch zu kontrollieren und direkt zu beherrschen. Die Entfesselung des Zweiten Weltkrieges besaß gewiß keine ökonomische Rationalität; aber sie ergab sich aus der Verquickung von Einzelinteressen, die in ihrem partikularen Gesichtskreis rational erschie-

nen. Eben weil der deutsche Kapitalismus kein »organisierter Kapitalismus« im perfekten Sinne, kein zu einem rationalen Interessen-Clearing fähiges System war, war die Eskalation des Zweiten Weltkrieges möglich.⁴⁴

Die faschistische Politik als Reflex von Ambivalenzen und Widersprüchen — für das Streben nach einer eindrucksvollen Faschismus-Theorie besitzt dieses Ergebnis etwas Unbefriedigendes. Aber es wäre ein Reflexionsansatz, der noch für weitere Entwicklungen offen wäre: für neue historische Erkenntnisse und gegenwärtige Erfahrungen. Und nicht zuletzt darauf kommt es an: Es entspricht wahrscheinlich nicht nur der historischen Wirklichkeit, sondern bietet auch eine bessere Ausgangsbasis für die gegenwärtige Auseinandersetzung mit jungem Neonazismus, wenn man dem Faschismus nicht zuviel geschlossene Identität — und sei es eine böse Identität — verleiht und es nicht zu sehr darauf anlegt, mit ihm — in der Theorie — ein- für allemal fertig zu sein.

Anmerkungen

- 1 In: J. Radkau und I. Geiss (Hrsg.): *Imperialismus im 20. Jahrhundert*. Gedenkschrift für G.W.F. Hallgarten, München 1976, 274.
- 2 Vgl. J. Radkau: G.W.F. Hallgarten, in: H.-U. Wehler (Hrsg.): *Deutsche Historiker VI*, Göttingen 1980, 103-118.
- 3 Vor allem H. Mommsen, D. Petzina, B. Weisbrod (Hrsg.): *Industrielles System und politische Entwicklung in der Weimarer Republik*, Düsseldorf 1974; G.W.F. Hallgarten und J. Radkau: *Deutsche Industrie und Politik von Bismarck bis heute*, Frankfurt/M. 1974; F. Forstmeier und H.E. Volkman (Hrsg.): *Wirtschaft und Rüstung am Vorabend des Zweiten Weltkrieges*, Düsseldorf 1975; T.W. Mason: *Arbeiterklasse und Volksgemeinschaft*, Opladen 1976; B. Weisbrod: *Schwerindustrie in der Weimarer Republik*, Wuppertal 1978; G.H. Seebold: *Ein Stahlkonzern im Dritten Reich*. Der Bochumer Verein 1927-1945, Wuppertal 1981. Selbst H.A. Turner (*Faschismus und Kapitalismus in Deutschland*, Göttingen 1972), der einen Generalangriff auf alle Vorstellungen von einem engen Zusammenhang zwischen Industrie und NS-Aufstieg führen wollte, liefert dabei doch manches aufschlußreiche Material, das eher in die entgegengesetzte Richtung weist. Vgl. hierzu D. Stegmann: *Kapitalismus und Faschismus in Deutschland 1929-1934*, in: *Gesellschaft. Beiträge zur Marxschen Theorie* 6, Frankfurt/M. 1976, 19-91.
- 4 R. Neebe: *Großindustrie, Staat und NSDAP 1930-1933*. Göttingen 1981.
- 5 T. Mason: *Der Primat der Politik. Politik und Wirtschaft im Nationalsozialismus*, in: *Das Argument* 41/1966, 473-494; Erwiderung auf einen Gegenartikel von Czichon in: ebd., 47/1968, 103ff.
- 6 S. Anm.3.
- 7 Ein Beispiel von an sich hohem Niveau ist A. Sohn-Rethel: *Ökonomie und Klassenstruktur des deutschen Faschismus*. Frankfurt/M. 1973. Im Vorwort (13) heben J. Agnoli, B. Blanke und N. Kadritzke hervor, daß Sohn-Rethel die ökonomische Zwangsläufigkeit der NS-Diktatur aufzeige. Etwas Makabres liegt jedoch darin, daß der berühmteste der Sohn-Rethelschen Aufsätze, »Die soziale Rekonsolidierung des Kapitalismus« (ebd., 165ff.) bei seiner Erstveröffentlichung in den »Führerbriefen« (1932) die Funktion hatte, die Hinwendung der Industrie zur NSDAP zu unterstützen! Sohn-Rethel ist heute von seiner damaligen Position abgerückt; vgl. M. Greffrath: *Die Zerstörung einer Zukunft*. Reinbek 1979, 249ff.
- 8 Eine Ausnahme blieb E. Nolte: *Der Faschismus in seiner Epoche*, München 1963; Nolte beschränkt sich im übrigen auf einen mehr geistesgeschichtlich orientierten Vergleich der Ideologie der faschistischen Führer.
- 9 In: W. Schieder (Hrsg.): *Faschismus als soziale Bewegung*. Hamburg 1976, 14f.
- 10 *Frankfurter Allgemeine Zeitung* v. 31.3.1980, 23.
- 11 Togliatti: *Lektionen über den Faschismus*, Frankfurt/M. 1973, 32.
- 12 R. Sarti: *Fascism and the Industrial Leadership in Italy 1919-1940*, Berkeley 1971; P. Melograni: *Gli industriali e Mussolini*, Milano 1972; V. Castronovo: *Il potere economico e il fascismo*, in: G. Quazza: *Fascismo e società italiana*, Torino 1972, 45-88; A. Lyttelton: *The Seizure of Power. Fascism in Italy 1919-1929*, London 1973; J. Petersen: *Faschismus und Industrie in Italien 1919-1929*, in: *Gesellschaft. Beiträge zur Marxschen Theorie* 7, Frankfurt/M. 1976, 133-189; P. Ciocca, G. Toniolo (Hrsg.): *L'economia italiana nel periodo fascista*, Bologna 1976.
- 13 Melograni 315; Petersen 151.
- 14 Lyttelton 206.
- 15 Castronovo 58.
- 16 Petersen 160.

- 17 Lyttelton 213; ähnlich Sarti 6.
 18 Sarti 30.
 19 Ebd., 70f.
 20 H.A. Winkler: Revolution, Staat, Faschismus. Göttingen 1978, 145.
 21 Sarti 99; Castronovo 72f.; Petersen 168f.
 22 L. de Rosa: La Rivoluzione industriale in Italia. Bari 1981, 61.
 24 K. Priester: Faschismus und Massenbewegung, in: *Das Argument* 116/1979, 655-666; E. Laclau: Faschismus und Ideologie, in: ebd., 667-677; Entgegnung von R. Opitz: Über vermeidbare Irrtümer, in: *Das Argument* 121/1980, 357-375; W.F. Haug: Der Faschismus und die Organisation des Ideologischen (I), *Das Argument* 116, 345-354; (II) ebd., 119, 352-356.
 25 Die Bücher von George L. Mosse (The Crisis of the German Ideology, 1964; The Nationalization of the Masses, 1975; beide inzwischen in deutscher Übersetzung), die diesen Hintergrund der NS-Bewegung stark betonen, wurden anscheinend in Italien stärker beachtet als in Deutschland.
 26 R. Michels: Italien von heute, Zürich 1930, 8ff.
 27 Über die Unvollkommenheit des Jugendmythos im Nationalsozialismus im Vergleich zum italienischen Faschismus vgl. J. Radkau: Die singende und die tote Jugend, in: Th. Koebner (Hrsg.): Mythos Jugend, Frankfurt/M. 1984.
 28 S.v. Falkenhäusen: Der Zweite Futurismus und die Kunstpolitik des Faschismus in Italien von 1922-1943, Frankfurt/M. 1979; Gli Anni Trenta. Arte e Cultura in Italia (Ausstellungskatalog), Milano 1982.
 29 Neebe 99; K. Borchardt: Wirtschaftliche Ursachen des Scheiterns der Weimarer Republik, in: K.D. Erdmann und H. Schulze (Hrsg.): Weimar, Selbstpreisgabe einer Demokratie, Düsseldorf 1980, 221.
 30 Das hebt auch Turner hervor (26).
 31 Sohn-Rethel 173; H. Brüning: Memoiren 1918-1934, Bd.2, München 1972, 468f.
 32 J. Radkau: Renovation des Imperialismus im Zeichen der »Rationalisierung«, in: Radkau/Geiss: Imperialismus im 20. Jahrhundert, 197-264.
 33 Diese Neuerung wird von Erik Reger, seinerzeit Pressereferent bei Krupp, in seinem ursprünglich 1931 erschienenen Schlüsselroman »Union der festen Hand« (Reinbek 1979, 225ff.) aus eigener Erfahrung geschildert.
 34 Hallgarten/Radkau: Deutsche Industrie und Politik, 279f.; zu Italien vgl. Melograni (s.o.): Die Industriellen seien mehr »Mussolinianer« als Faschisten gewesen. Von daher mußten sie die Tendenzen zur Diktatur des »Duce« im allgemeinen unterstützen.
 35 Vgl. etwa J. Tulard: Napoleon oder Der Mythos des Retters. Tübingen 1979, 515f.
 36 Expliziter Faschismus-Bezug bei B. Moore: Soziale Ursprünge von Diktatur und Demokratie. Die Rolle der Grundbesitzer und Bauern bei der Entstehung der modernen Welt. Frankfurt/M. 1974, 497ff.
 37 Petersen 161f.
 38 Castronovo 71 Fn.
 39 F. Bogliari: Il movimento contadino in Umbria dal 1900 al fascismo. Milano 1979, 180ff.
 40 Lyttelton 354; J. S. Cohen: Rapporti agricoltura-industria e sviluppo agricolo, in: Ciocca/Toniolo (s.o.), 379-407.
 41 Das ist eine Hauptthese von Ruggiero Romano in: ders. u.a.: Die Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen. Fünf Studien zur Geschichte Italiens. Frankfurt/M. 1980.
 42 Die Hochstilisierung der Landwirtschaft zum soliden Gegengewicht gegen die Unsicherheiten von Handel und Industrie hat bereits eine lange innerkapitalistische Geschichte; vgl. etwa R. Bentmann, M. Müller: Die Villa als Herrschaftsarchitektur. Frankfurt/M. 1970.
 43 J. Radkau, Entscheidungsprozesse und Entscheidungdefizite, 49f.; J.H. Fleming u.a.: Die Republik von Weimar, Bd.2: Das sozioökonomische System. Königstein 1979, 294ff.
 44 Hallgarten/Radkau, Deutsche Industrie und Politik, 301-432.



Frauenpolitik 2 Weiberräte — Frauenmacht

Pressedokumentation der Diskussion
um Weiberräte; Grüne Frauen in Bonn;
Parlamentarisierung der Frauen-
bewegung?

Argument-Studienheft SH 66, DM 7,-

Jost Hermand

Alle Macht den Frauen

Faschistische Matriarchatskonzepte

Als ich vor drei Jahren all jene 120 westdeutschen Romane zwischen 1945 und 1955 las, die auf utopische oder dystopische Weise fiktionale Bilder der Zukunft zu entwerfen suchen, war ich entsetzt über die ideologische Verblasenheit, die in den meisten dieser Werke herrscht. Einerseits dominieren hier offen regressive Vorstellungen einer Rückkehr zu Gott, eremitenhaften Einsamkeit oder höhlenhaften Verborgenheit, andererseits alptraumhafte Visionen eines Dritten, Vierten oder Fünften Weltkriegs, wenn nicht gar ungeheurer, alles Leben auf Erden vernichtender Atomkatastrophen.¹ Der einzige Roman unter all diesen 120, der etwas hoffnungsfreudiger, milieuhaf realistischer und zugleich politisch wesentlich konkreter wirkt, trägt den für das Jahr 1950 erstaunlichen Titel *Alle Macht den Frauen*. In ihm scheint sich tatsächlich eine neue Hoffnung, ein neuer Friedenswille, ein neues Verhältnis zur »Wirklichkeit« anzubahnen.

Und zwar spielt dieser Roman weitgehend in Berlin, das noch immer die Hauptstadt des ungespaltenen Deutschland ist. Da im Zweiten Weltkrieg so viele Männer gefallen sind, sind die Frauen zwangsläufig »in der Überzahl«², bilden eine Frauenpartei und kommen schließlich — unter der Führung von Helen Warbeck — auf legalem, parlamentarischem Weg an die Macht. Daß sie sich hierbei bewähren, wird auf ihren »Realismus« zurückgeführt, der sich wohlthuend vom »Romantizismus« der in überspannten Ideen- und Ideologespinnsten befangenen Männer abhebe.³ Für Christentum, Nationalsozialismus oder Marxismus, die als männliche Ideologien die eigentliche Wirklichkeit des Menschen verfehlt hätten, hat daher der Autor des Ganzen nicht viel übrig. Um so mehr preist er in diesem Roman das Wissen um jenes »Leben«, wie man es nur bei erfahrenen Frauen finde. Als die idealste Form des menschlichen Zusammenlebens erscheint ihm die ältere Großfamilie, wo sich die Fülle der »Lebenserfahrungen«, wie es heißt, in der Instinktsicherheit der wissenden Frauen, der Dominafiguren und Seelenführerinnen, manifestiere.⁴

Radikale Feministinnen, die einen Bolschewismus mit »weiblichem Vorzeichen« vertreten, werden deshalb in diesem Frauendeutschland nicht geduldet.⁵ Überhaupt scheint hier alles radikal Böse — trotz der mehrfach wiederholten Totalitarismusthese — weniger vom Faschismus als vom Kommunismus herzurühren. Und so landet der Verfasser dieses Romans letztlich bei recht konventionellen Ehe- und Familienkonzepten sowie einer biologisierten Sicht politischer Probleme, die deutlich in die dreißiger Jahre zurückweisen. Vor allem seine These, daß der Weisheit letzter Schluß für alle Frauen in der Erzeugung vieler Kinder bestehe, stimmt höchst verdächtig.

Doch das ist bei dem Autor dieser Utopie, der Paul Fechter heißt, nicht weiter verwunderlich. Schließlich stammt dieser Mann ideologisch aus dem breiten Strom der lebensphilosophischen und neokonservativen Bewegung der

zwanziger Jahre,⁶ war als nationalbewußter Theaterkritiker, Kunstjournalist und Publizist im Gefolge der »Machtergreifung« zu den Nazis übergegangen und hatte in seiner seit 1932 immer wieder aufgelegten Literaturgeschichte *Dichtung der Deutschen* nicht nur das »Lebendige« gegen »das Starre«, das »Organische« gegen das »Mechanistische«, das »Volkhafte« und »wesenhaft Blutmäßige« gegen das »Undeutsche« verteidigt, sondern auch die Schriften Hitlers und Rosenbergs als Meisterwerke deutscher Prosa und die Lieder der SA als Höhepunkte deutscher Lyrik gepriesen. Kein Wunder daher, daß ein solcher Mann 1955 zu seinem 75. Geburtstag das Große Bundesverdienstkreuz und eine Festschrift erhielt, zu deren Beiträgern unter anderem Wilhelm von Scholz, Rudolf Alexander Schröder, Romano Guardini, Gottfried Benn, Agnes Miegel, Peter Bamm, Friedrich von der Leyen, Bernt von Heiseler und ähnliche Edelfaschisten oder Vertreter einer höchst problematischen Inneren Emigration gehörten.⁷ In der DDR nahm damals Günther Cwojdrak⁸, in der Bundesrepublik Harry Pross⁹ diese Festschrift zum Anlaß, um in polemischer Form auf Fechters braune Vergangenheit hinzuweisen. So weit leuchtet alles völlig ein. Aber warum kleidet ein alter Völkischer und Nazi wie Paul Fechter in diesem Roman seine neokonservativen bis faschistischen Ideen ausgerechnet in Matriarchatsvorstellungen ein und unterstellt das neue Deutschland einer Frauenpartei? Beruhten nicht die neokonservativ-faschistischen Ideologien fast ausnahmslos auf militanten Männerbund-Konzepten oder zumindest handfesten patriarchalischen Gesinnungen, die keinen Zweifel an der weiterbestehenden Unterdrückung der Frauen ließen?

Das stimmt schon. Aber der Faschismus war eben keine logische, kohärente Ideologie, die nur auf dem Prinzip des »Entweder-Oder« beruhte. Zugegeben: Es gibt schon einige Kernpunkte der faschistischen Ideologie (wie etwa den Antisemitismus), an denen sich nichts deuteln läßt. Aber sonst? Waren nicht die Faschisten einerseits für die Beibehaltung des Christentums und andererseits für die Einführung einer Religion der Deutschgläubigkeit, feierten sie nicht Weihnachten und zugleich Julklapp, priesen sie nicht die bürgerliche Institution der Ehe ebenso energisch wie bewußt ehenezierende Anstalten wie »Lebensborn«, forderten sie nicht die Rückkehr zur Scholle und kurbelten dennoch einen rasanten Aufbau der deutschen Schwer- und Rüstungsindustrie an, der zu einer Landflucht ohnegleichen führte?¹⁰ Diese Ambivalenz hängt zum Teil mit der taktischen Erwägung vieler führenden Nationalsozialisten zusammen, die Mehrheit der Bevölkerung erst einmal mit konventionellen Vorstellungen an sich zu binden und sie erst später mit den wesentlich radikaleren Fernzielen des Faschismus vertraut zu machen. Doch diese Ambivalenz geht zugleich auf den zutiefst irrationalen Charakter der faschistischen Ideologiebildung zurück, die sich in ihrer aufdringlichen Betonung religiöser, schicksalhafter, ritueller, kultischer, sakraler, mythischer Elemente jeder rationalen Interpretation von vornherein zu entziehen suchte. Und in diesem Bereich des Kultischen, Ritualen und Mythischen ließ der Faschismus — bei aller Akzentuierung des Führerprinzips, der Männerbündelei und des Patriarchats — auch das Konzept des Matriarchats zu und versuchte, es in den Dienst seiner biologisierten Geschichtssicht und rassenzüchterischen Ideen zu stellen. Schließlich

eignete sich das Konzept des Matriarchats, das weitgehend aus der älteren, romantischen Mythenforschung hervorgegangen war, besonders gut, jede aufklärerische Hoffnung im Sinne eines möglichen Fortschritts in der Geschichte radikal in Frage zu stellen und an die Stelle progressiver Ideenkomplexe den Glauben an den ewig-einen Status quo zu setzen. Während Marx, der Hauptvertreter aller weltgeschichtlichen Fortschrittskonzepte, immer wieder erklärte, daß die »Gesellschaftsgeschichte des Menschen die wahre Naturgeschichte des Menschen« sei, daß also der Mensch im Laufe des von ihm in Gang gesetzten sozial-politischen Wandels auch seine eigene Natur ständig umgeschaffen habe, gab es für die Nazis, wie für alle konsequenten »Strukturalisten«, nur das Ewige, das Immergleiche, die seit Urzeiten unveränderte Naturbeschaffenheit des Menschen, der mythische Grundstrukturen wie Geschlecht, Rasse und nationale Eigenart zugrunde liegen.

Aus diesem Grunde war den Nazis alles recht, was auf den mythischen Urgrund der Geschichte, also auf das Blut, die Rasse oder den mütterlichen Urschoß zurückführte und damit an die Stelle linearer Geschichtskonzepte zyklische Geschichtskonzepte setzte. Wie auf vielen Gebieten griffen sie hierbei gern auf die Nostalgie für alles Urzeitliche, die nationale Identitätssuche und den geradezu mythischen Volksbegriff der älteren Romantik zurück, die — aufgrund ihrer Abneigung gegen den Rationalismus der Aufklärung — nach 1800 eine unverhohlene Sehnsucht nach dem Mittelalter, der germanischen Vorzeit, ja dem Mythisch-Mütterlichen entwickelt hatte. Bei dieser Suche nach dem religiösen Urgrund alles menschlichen Tuns war bereits die Romantik bis zum Ahnenglauben, bis zu Fruchtbarkeitsmythen, ja bis zu den chthonischen Elementen bei den sogenannten Urvölkern vorgestoßen. So hat sie etwa — im Gegensatz zu Winckelmann — immer wieder den mythisch-religiösen Charakter der antiken Kunst betont und das Interesse am Mythos stets über das Interesse an der Ästhetik gesetzt.¹¹ Dafür sprechen vor allem die Schriften von Josef Görres, Friedrich Creuzer, Friedrich Wilhelm Schelling, Wilhelm Grimm und K.O. Müller, in denen bei der Suche nach dem religiösen Mittelpunkt aller älteren Kulturen immer wieder auf den innigen Zusammenhang von Dichten und Glauben, ja auf die tiefe Verwurzelung dieser Kulturen im Urgrund des Heilig-Mythischen hingewiesen wird. Vor allem bei Görres wird hierbei der frühromantische Subjektivismus zusehends zugunsten eines anonymen Volksgeistes verworfen, der etwas rein Anonymes, Mythisches hat. Volk ist bei Görres nicht mehr ein Produkt der Natur, also natura naturata, sondern selber Natur, selber Quelle, selber mütterlicher Schoß, also natura naturans und somit etwas Weibliches. Und damit war einer Nationalisierung des mütterlichen Urschoßes und zugleich einer Vermütterlichung des nationalen Konzepts zwangsläufig Tür und Tor geöffnet.

Bevor sich jedoch diese Gleichsetzung von Weiblichem und Volkshaftem mit all ihren regressiven Tendenzen ins Völkische und Präfaschistische wirklich durchsetzen konnte, das heißt im Zuge der Neuromantik um 1900, schob sich auf diesem Gebiet erst einmal ein anderes Konzept des Matriarchats in den Vordergrund, auf das kurz eingegangen werden muß. Ich meine die grundlegende Studie *Das Mutterrecht. Eine Untersuchung über die Gynaikokratie der*

alten Welt nach ihrer religiösen und rechtlichen Natur, die der Schweizer Jurist und Mythenforscher Johann Jakob Bachofen 1861 vorlegte. Dieses Werk, das für alle späteren Arbeiten über das Matriarchat grundlegend wurde, stammt zwar geistig aus der deutsch-romantischen Tradition (so hatte Bachofen unter anderem bei Karl Friedrich von Savigny, dem Begründer der älteren historischen Rechtsschule, studiert, der sich bei der Erklärung der Rechtserzeugung ebenfalls vom romantischen Konzept des schöpferischen Volksgeistes leiten ließ), weist jedoch trotz aller volkhaften Züge keine Tendenz ins Deutsch-Nationale auf. Ja, Bachofen sieht — trotz seiner tiefen Verehrung des Urzeitlich-Mütterlichen — in der christlichen Religion und dem väterlich-römischen Imperium unleugbare Fortschritte in der allgemeinen Entwicklung der Menschheit. In diesem Punkt bleibt er gläubiger Protestant, Basler Patrizier und überzeugter Humanist. Allerdings betont Bachofen immer wieder, daß der männlichen Geschichte mit all ihren Vorzügen eine ebenso bedeutsame, aber historisch überholte weibliche Vorgeschichte vorangegangen sei. Innerhalb dieses mythisch-weiblichen Zeitalters unterscheidet er im Rahmen der Mittelmeerkulturen zwischen einer Periode der allgemeinen Promiskuität, also des Hetärismus, Aphroditismus und der Sumpfzeugung, einer gynaikokratischen Periode des friedlichen Ackerbaus, die im Zeichen der Demeter, des Fortschritts zu moralischer Gesittung und schließlich zum ehelichen Mutterrecht gestanden habe, und einer Periode des Amazonischen, die bereits einen Übergang zur männlichen Welt des Kriegerischen und Staatenbildenden darstelle. Die Ursachen solcher Wandlungen liegen für Bachofen rein im Religiösen. Überhaupt interessiert ihn vornehmlich die innere und nicht die äußere Geschichte, also die Geschichte des Gefühls, des rituellen und moralischen Verhaltens. Daher stellt sein *Mutterrecht* zwar in seiner Verklärung des Mütterlichen einen der Höhepunkte deutsch-romantischer Träumereien dar, drängt aber zugleich auf eine Objektivierung, ja Verwissenschaftlichung dieser Träume, indem es den Prozeß der männlichen Versenkung in die weibliche Urzeit primär als einen auf das Männliche zurückwirkenden und es veredelnden Prozeß beschreibt. Und so läuft Bachofens gesamtes geschichtsphilosophisches Denken letztlich auf eine Balance von Mutterrecht und Vaterrecht, von Mütterlichem und Sohnhaftem, von weiblicher Natur und männlichem Geist hinaus.

Welche Wirkung dieses Buch hatte, ist im einzelnen kaum abzusehen.¹² Daß Bachofens *Mutterrecht* im späten 19. Jahrhundert auch von den Linken rezipiert wurde, kann hier nur angedeutet werden. So hat vor allem Friedrich Engels in seiner Schrift *Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates* (1884) neben den Forschungen von Lewis H. Morgan auch die Arbeiten Bachofens herangezogen und sie im Hinblick auf die menschliche Vor- und Frühgeschichte als eine »vollständige Revolution« bezeichnet.¹³ Ähnlich lobend haben sich andere Linke wie August Bebel, Paul Lafargue und Heinrich Cunow über das von Bachofen entwickelte Konzept friedlicher und kommunistischer Mutterreiche geäußert, dabei allerdings wie Engels stets betont, daß nicht die Wandlungen innerhalb der Religion, sondern die Wandlungen innerhalb der materiellen Grundvoraussetzungen zu solchen Erscheinungen geführt hätten. Wohl die positivsten Bemerkungen über diese frühen Mütterreiche fin-

den sich in den nach 1885 erschienenen Auflagen des Buchs *Die Frau und der Sozialismus* (1879) von Bebel, wo es unter Berufung auf Bachofen heißt: »Die Geltung des Mutterrechts bedeutete Kommunismus, Gleichheit aller; das Aufkommen des Vaterrechts bedeutete Herrschaft des Privateigentums, und zugleich bedeutete es Unterdrückung und Knechtung der Frau.«¹⁴ Auch Bebel nennt darum die Machtergreifung der Mütter — im Anklang an Engels — die erste »große Revolution, die im Schoße der Menschheit vor sich ging«.¹⁵ Ja, in einigen Abschnitten seines Buches drückt er sogar die Hoffnung aus, daß es das Ziel des Sozialismus sein müsse, einen so friedlichen und gerechten Naturzustand einmal auf höherer, kultivierterer Ebene wiederherzustellen.¹⁶

Doch weitere Andeutungen einer möglichen linken Rezeption der Bachofenschen Mutterrechtskonzepte muß ich mir hier leider versagen. Seine zahlreichsten und lautstärksten Anhänger gewann Bachofen schließlich nicht unter den Sozialisten, so sehr manchen dieser Gruppen seine Verklärung des ursprünglichen Kommunismus auch gefiel, sondern unter den Rechten, vor allem den Neuromantikern, Neokonservativen, Völkischen und Präfaschisten der Jahrhundertwende. In diesen Kreisen herrschte — in Anlehnung an die ältere Romantik — ein scharfer Affekt gegenüber allen Manifestationen einer als technizistisch, materialistisch und logozentrisch aufgefaßten »Moderne« und eine durchgehende Nostalgie für alles Urzeitliche, das heißt Wesenserfüllte, Substanzhafte, Numinose, Tiefe, Irrationale, Religiöse, Mütterliche. Und im Rahmen solcher Vorstellungen wurden auch die Bachofenschen Matriarchatskonzepte als willkommener Anlaß begrüßt, vor allem Modernen oder Modernistischen ins betont Altertümliche auszuweichen.

Am Anfang dieser Richtung stehen zwei der sogenannten »Münchener Kosmiker«, nämlich Alfred Schuler und Ludwig Klages. Vor allem Klages hat sich mehrfach als Entdecker Bachofens hingestellt und in seinen Schriften geradezu unentwegt das Weiblich-Emotionale und Göttlich-Urhafte gegen das Rationalistisch-Moderne ausgespielt.¹⁷ Allerdings lehnt er in Bachofens *Mutterrecht* den christlichen Oberbau stets als »Kopfgedanken« ab und hebt dafür um so stärker den mythologischen und religiösen Unterbau als den eigentlichen »Herzgedanken« hervor. Das zeigt sich am deutlichsten in seiner Studie *Der kosmogonische Eros* (1922), wo Klages ausdrücklich betont, daß in Bachofens Werken jene »unterirdischen Quellen« zu rauschen begännen, die heute zu einer mächtigen Springflut des Mütterlich-Urhaften gegen den modernen positivistischen Wissenschaftsbetrieb, den allgemeinen Technik- und Fortschrittswahn, ja gegen das logozentrische Denken schlechthin angeschwollen seien. Bachofens Bedeutung besteht also für Klages vornehmlich darin, wieder einen Sinn für die Größe des Urzeitlichen und die erbärmliche Kleinheit aller modernen Errungenschaften geweckt zu haben. Dementsprechend heißt es an einer Stelle: »Allein, wer hat bis heute auch nur eine Ahnung davon, daß in Bachofen der vielleicht größte Erschließer jenes urzeitlichen *Bewußtseinszustandes* anzuerkennen sei, im Verhältnis zu dessen samt und sonders kultischen und mythischen Niederschlägen ausnahmslos alle Glaubenslehren der *geschichtlichen* Menschheit im Lichte der Verdünnungen und Zersetzungen des Urquells erscheinen.«¹⁸ Bachofen habe als einziger, schreibt Klages weiter, noch eine

Ahnung vom »mütterlich umfangenden Chthonismus« wie überhaupt für die sich »ununterbrochen wiederverjüngende« Kraft der »Magna Mater« gehabt. Erst durch ihn sei das ursprünglich magisch leuchtende Bild der Seele von der »Tünche der folgenden Jahrtausende« befreit worden,¹⁹ obwohl Bachofen selber, wie es einschränkend heißt, den Übergang zum Patriarchat noch als den Übergang zu einer höheren Stufe der Gesittung mißverstanden habe.

Eine ähnlich biotische Sicht der Geschichte herrscht bei dem von Klages hochverehrten Alfred Schuler. Auch er richtete im Kampf gegen die entgötterte Moderne ständig das Bild der Großen Mutter auf. Als die schlimmsten Zerstörer der alten Mythen empfand Schuler den monotheistischen Judentum sowie das an ihn anschließende Christentum. Das christliche Marterkreuz erschien ihm wie eine kastrierte Swastika. Schuler forderte deshalb unentwegt, endlich zum alten Lebenskreuz, das heißt zu Instinkt, Blut, Erde, Nacht, ja zum »Mutterdunke« zurückzukehren.²⁰ In jeder wirklichen Mutter sah er einen »Elektronenherd«,²¹ ein Kraftzentrum wahrer göttlicher Begnadung, was er mit vielen Hinweisen auf das Weiterwirken älterer Matriarchatsvorstellungen in der Antike, wie etwa der Anbetung der Pessinuntischen Göttermutter bei den Römern, nachzuweisen suchte. Schuler schloß sich hierbei gern an die von ihm hochverehrte Kaiserin Elisabeth von Österreich an, die einmal erklärt hat: »Frei sollen die Frauen sein; sie sind es oft würdiger als die Männer. Aber was die sogenannte Bildung betrifft, so bin ich dagegen. Je weniger die Frauen lernen, um so wertvoller sind sie, dann wissen sie alles aus sich selbst heraus. In jenen Ländern, wo sie wenig lernen, sind sie viel tiefere Wesen als unsere Blaustrümpfe.«²²

Mit solchen Affekten gegen die »moderne Frau« standen Klages und Schuler um 1922 selbstverständlich längst nicht mehr allein. Auch andere Vertreter der »Konservativen Revolution« wie Oswald Spengler und Hugo von Hofmannsthal bezogen sich in dieser Zeit gern auf mutterrechtliche Vorstellungen.²³ Nicht minder lebhaft war das Interesse an den Originaltexten Bachofens, von denen allein zwischen 1923 und 1926 sechs in Neuaufgaben erschienen. Wohl den wirkungsmächtigsten Ausdruck verlieh Alfred Bäumler diesen antiemanzipatorischen, neokonservativen und neuromantischen Gesinnungen, der 1926 einer dieser Neuausgaben der Bachofenschen Schriften ein Vorwort von 300 Seiten voranstellte.²⁴ In ihm wird Bachofen als der genialste Mythologe der deutschen Romantik gefeiert, der bei seinen Studien fast ausschließlich vom Konzept eines im Dunkeln wirkenden Volks- und Muttergeistes ausgegangen sei. »Des Volkes Art ist Weibes Art«, schreibt Bäumler hier, »anonym, ohne Person, unbewußt hervorbringend, still wirkend wie die Natur«.²⁵ Im Gegensatz zum 18. Jahrhundert habe Bachofen in der Frau weniger die Freundin, die Geliebte, das lockende Weib als die Mutter gesehen. Statt den Frauen zu irgendeiner oberflächlichen Emanzipation zu verhelfen, sei er ihnen wie ein Ritter, ein Aristokrat, ein Verächter der Demokratie entgegengetreten. Bäumler macht sich daher ausdrücklich über all jene gleichmacherischen, emanzipatorischen oder gar sozialistischen Bewegungen lustig, die Bachofen für sich zu vereinnahmen suchten. Im Gegensatz zu solchen »Flachköpfen« sei es Bachofen stets um Mythisches, Metaphysisches gegangen, was

er die »Mutterseite der Geschichte« genannt habe.²⁶ Doch ebenso scharf setzt sich Bäumler in diesem Vorwort von Klages ab, der allein vom Konzept des Chthonischen ausgehe und die Hochschätzung der väterlichen Religionen und Staatsbildungen bei Bachofen einfach als subjektive Begrenztheit hinstelle. Im Gegensatz dazu sieht Bäumler im Hetärisch-Aphroditischen, Demetrisch-Matriarchalischen, Amazonischen und Apollinisch-Vaterrechtlichen bis heute weiterwirkende Grundkonzepte, aus deren Wechselspiel sich erst die faszinierende »Fülle des Lebens« ergebe. Allerdings landet Bäumler auf diese Weise bei der gleichen biologisierten Sicht der Geschichte wie Klages, die keinen wirklichen Wandel, wie er behauptet, sondern nur den »Kampf« kenne.²⁷

Edgar Salin als Vertreter des »geheimen Deutschland«, also des George-Kreises, bedauerte noch im gleichen Jahr, daß es zu einem Streit zwischen Bäumler und Klages gekommen sei, deren Ansichten ihm im Hinblick auf eine zukünftige Gestaltung Deutschlands gleich wichtig erschienen. Salin sprach sich deshalb im Zeichen Bachofens nochmals gegen den liberalistisch-demokratischen Fortschrittswahn und Technikkult aus, die er als Formen einer verhängnisvollen »Irr-Religiosität« ablehnte.²⁸ Ja, solche Thesen gingen in den späten zwanziger Jahren allmählich in das allgemeine Vokabular der neokonservativen Bewegung ein, die sich im Zeichen des Irrationalen, Kultischen, Mütterlichen gegen die fortschreitende »Bolschewisierung« oder »Amerikanisierung« des Lebens, das heißt die sogenannte »Emanzipation« wandte. Auch viele der bürgerlichen Frauenrechtlerinnen schlossen sich dieser Bewegung an, da sie die Befreiung in den Kapitalismus, in die Entfremdung, in die gratifikationslose Tätigkeit in Büros und Fabriken und damit den Verzicht auf Kinder als die falsche Emanzipation empfanden.

Eins der interessantesten Beispiele solcher Reaktionen bildet das Buch *Mütter und Amazonen. Ein Umriß weiblicher Reiche* (1932) von Sir Galahad, hinter dem sich Bertha Eckstein-Diener verbarg. In Anlehnung an Bachofen, den Neokonservatismus und die moderne Ethnologie wird hier wiederum jenes Reich des Urmütterlichen beschworen, das im »magischen Blut- und Erdgeist« wurzelte und in dem noch eine »zauberhafte Brutwärme aus Magie und Gefühl« herrschte.²⁹ In den Ur-Müttern, Ei-Müttern, Schwarzen Müttern oder großen Spinnerinnen, die in diesen Reichen geherrscht hätten, sieht Eckstein-Diener die Hauptträgerinnen jenes »Mythos«, den man nicht rational analysieren dürfe, da jede Aufklärung notwendig »verdumme«. ³⁰ Ihr Buch klingt daher in einen Hymnus auf die zeitlos-mütterliche Frau aus, deren Existenz heute durch Phänomene wie Intellektualismus, Technikkult, Mittelmäßigkeit und »männlichen Sozialismus« bedroht sei. Um dieser Entwicklung entgegenzutreten und ein neues »Gemeingefühl« zu wecken, tritt auch sie für das »Primat des weiblichen Naturprinzips« ein, wovon sie sich die Herausbildung einer neuen mütterlichen »Elite« erhoffte.³¹

Daß dieser radikalen Biologisierung der Geschichte im Sinne des Geschlechtsspezifischen auch kritische Stimmen entgegentreten würden, war zu erwarten. Vielleicht genügt es in diesem Zusammenhang, auf Thomas Mann hinzuweisen, der bereits 1926 in seiner *Pariser Rechenschaft* die Frage aufwarf, ob es nötig sei, die Werke von Bachofen wieder in Erinnerung zu brin-

gen.³² Er sah darin lediglich den Versuch neokonservativer oder präfaschistischer Kreise, eine Rückkehr zum »Vordemokratischen« zu propagieren.³³ Mann griff darum den Gesamtkomplex der Görres- und Bachofen-Verehrung wiederholt als gefährliche »Nachtschwärmerei« an. Besonders Bäumlers Mutterrechtsmythos verurteilte er als eine »Fiktion voller Tagestendenz«, die sich auf dem Punkte befinde, »wo der Geist aufhört und die Politik beginnt«.³⁴ Anstatt bei einem so komplexen Phänomen wie der deutschen Romantik den »Utopismus« oder »Bewußtseinsrevolutionarismus« hervorzukehren, versuche die Reaktion heutzutage, schrieb Mann, gerade die Tendenz ins Älteste und Geistwidrige als das Positive an dieser Bewegung hinzustellen. All jene, die sich gegenwärtig als »Bewahrer einer scheinheiligen Frömmigkeit« ausgäben, erklärte er höhnisch, huldigten in Wirklichkeit der »Dummheitstreue« und »brutalen Rückwärtserie«.³⁵ In einer solchen Form des Bachofen-Kults konnte Thomas Mann, im Rahmen seiner ausgesprochen männlichkeitsbetonten Ideologie, lediglich eine faschistoide Attacke gegen all jene Werte sehen, die auf Vernunft, Aufklärung und Humanität beruhen.³⁶ Auch die gegen Ende 1926 begonnene Niederschrift seiner *Josephs-Romane*, welche die Entwicklung vom Hordendasein zur Individualität, vom Mythischen zum Rationalen schildern sollten, ist in mancher Hinsicht eine Antwort auf den Mutterkult bei Spengler und Bäumler.³⁷ Wohl am schärfsten trat Mann den neuromantischen Dunkelmännern und faschistoiden Mutterrechtsapologeten dieser Ära 1929 in seiner *Rede über Lessing* entgegen, in der es unter anderem heißt: »Wir haben es zur inferioren Lust aller Feinde des männlichen Lichts, aller Priester des dynamistischen Orgasmus im Irrationalen schon so weit gebracht, daß der natürliche Rückschlag böseartig lebensgefährlich auszusehen beginnt und nachgerade ein Rückschlag gegen den Rückschlag nötig erscheint, um das chthonische Gellichter, das allzu viel Wasser auf seine Mühlen bekommen hat, in sein mutterrechtliches Dunkel zurückzuseuchen.«³⁸

Ein solcher »Rückschlag gegen den Rückschlag« blieb jedoch, wie wir wissen, aus. Was nach 1930 immer stärker wurde, waren auch auf diesem Gebiet jene Ideologien des Irrationalen, die sich das neue Heil allein von einer Rückkehr zum Instinkthaften, Antirationalen, Urigen, Archaischen versprochen. Im Zuge der temporären Krise des Kapitalismus, die nach dem Schwarzen Freitag von 1929 immer offensichtlicher wurde, hatten plötzlich innerhalb der bürgerlichen Theoriebildung nicht mehr die Repräsentanten des männlich-rationalistischen, technologischen, logozentrischen Denkens, sondern jene Propheten den größten Zulauf, die ihren Anhängern eine Rückkehr zu Blut und Boden, in den bergenden Schoß der vorindustriellen Gesellschaft, vorgaukelten. Der steigende Haß auf das herrschende Wirtschaftssystem wurde so mehr und mehr in falsche Bahnen gelenkt und kam schließlich jener rechten Sammlungsbewegung zugute, aus der die NSDAP als die stärkste Partei hervorging.

Vor allem die Mehrheit der ohnehin zum Konservativen oder Religiösen tendierenden bürgerlichen Frauen, der man immer wieder das karikierte Schreckbild der »emanzipierten« Frau in Form des amerikanischen Girls oder der sowjetischen Traktoristin entgegengehalten hatte, suchte nach 1930 zusehends Zuflucht in Weltanschauungskomplexen, die ihr aus der Tradition vertrauter

waren und zugleich eine größere Geborgenheit versprachen. Und so wurde die echte Sehnsucht nach sinnvoller Regelung der ökonomischen und moralischen Verhältnisse zusehends ins Reaktionäre umgefälscht und die Mutterrolle als die höchste Aufgabe der Frau hingestellt. Während Mathilde Vaerting in ihren Studien *Die männliche Eigenart im Frauenstaat und die weibliche Eigenart im Männerstaat* (1921) im Hinblick auf das geschlechtsspezifische Verhalten noch von ökonomischen Gesichtspunkten ausgegangen war, um so die Gleichrangigkeit der Frau auf allen Gebieten zu beweisen, beriefen sich die Rechten jetzt eher auf ein Werk wie *Von deutscher Gottesmuttertschaft* (1919) von Margart Hunkel, das aus dem großen Reservoir der »fortschrittlichen Reaktion« der Jahrhundertwende stammt.³⁹ Nach Hunkel tendiert jede wahre Liebe nicht zur Lust, sondern zur Ehe, zur Zeugung, zur Mutterschaft. Sie propagierte daher eine »deutsche Frauenbewegung«,⁴⁰ bei der nicht das Emanzipatorische, sondern das im rassenzüchterischen Sinne Mütterliche im Vordergrund steht. Die sich auf solche Ideen stützenden Gruppen innerhalb der Frauenbewegung gingen nach 1933 nahtlos in die NS-Frauenschaft auf. So betont etwa Gertrud Bäumer in ihrem Buch *Die Frau und der Staat* von 1932, daß es bei der Gleichberechtigung der Frau nicht um Stimmrecht und Einschaltung in die äußere Apparatur der Staatslenkung, sondern primär um eine neue Sinnggebung von Ehe und Mutterschaft im Dienste des nationalen Gedankens gehe. Ähnliche Äußerungen finden sich bereits in Schriften wie *Inhalt und Wandel der Idee der Mütterlichkeit* (1926) von Ada Beil und *Der Ruf nach der mütterlichen Frau* (1928) von Else Hasse.

Doch als die wirkungsmächtigste Studie innerhalb dieser präfaschistischen Muttervercultung erwies sich das Buch *Erkenntnisgeist und Muttergeist. Eine Soziosophie der Geschlechter* (1932) von Ernst Bergmann. In ihm wird im anthropologischen Sinne die männliche Sexualität mit Suchtrieb, Schaustellungstrieb und Begattungstrieb, die weibliche Sexualität mit Empfängniswille, Wahlsinn und Muttergeist gleichgesetzt. Aufgrund dieser urchgeschlechtlichen Polarität erblickt Bergmann in der »maskulinisierten« Frau der Gegenwart einen »eklatanten Irrweg der modernen Kultur«.⁴¹ Die längst überfällige »biologische Revolution«, schreibt er weiter, müsse deshalb danach trachten, wieder eine richtige »Rollenverteilung« herbeizuführen.⁴² Nach einer langen Periode des Übergewichts der männlichen Ratio, die sich in der Philosophie als ein abstraktes Streben nach dem »absoluten Geist« und in der Religion als eine »Vermännlichung des Weltgeheimnisses« manifestiert habe, sei es heute an der Zeit, wieder zu den Urgründen des menschlichen Lebens, nämlich dem von Bachofen entdeckten Muttergeist, zurückzukehren.⁴³ Bergmann ereifert sich darum ständig gegen den männlichen Sozialismus und die männliche Bonzokratie und tritt statt dessen für Konzepte wie »Mutterreligion«, »Mutterehe« und »Muttersozialismus« ein.⁴⁴ Alle Männer müßten sich in Zukunft, erklärt er apodiktisch, wieder ihrer »Gottesmutterkindschaft« bewußt werden.⁴⁵ Doch das sei nur möglich, wenn die »monogame Dauerehe« abgeschafft werde, da sie als Institution nicht »zeugerisch« genug sei.⁴⁶ Bergmann fordert deshalb alle deutschbewußten Frauen auf, eine »Frauen- und Mutterpartei« zu gründen, um so der »Idee des Muttersozialismus auf dem Umweg über die

Parlamente, der nun einmal heute üblich ist, zum Siege verhelfen«.47 In dem »richtig gebauten Staat« der Zukunft, schreibt er weiter, müsse jedes Weib, »das nicht geboren hat«, als »unehrenhaft« angeprangert werden.48 Ja, den sogenannten »Mannweibern« von heute droht Bergmann an, daß man sie im erhofften »Dritten Reich«, wie es wörtlich heißt, »zwangsweise begatten« werde.49 Dieser Staat, schließt Bergmann prophetisch, werde endlich ein Staat der »Arthygienik«, das heißt der »strengsten Zuchtwahl« und zugleich der Unfruchtbarmachung aller »schlechten Erbträger« sein. Doch ein solches Wunder, schreibt er, könne nur erfolgen, wenn man sich zu einer allgemeinen Rückbesinnung auf ein deutschbewußtes Matriarchat entschließen würde.50

Nach der Machtübergabe an die Nazis im Januar 1933 war jedoch für all jene Schwärmer, die sich seit Jahren oder Jahrzehnten nach irgendeinem Dritten Reich gesehnt hatten, plötzlich eine völlig neue Situation gegeben. Indem sich auch dieses Reich als ein regelrechter Staat mit den üblichen Verwaltungs- und Regierungsmechanismen etablierte, ja mit bisher verbal befehdeten Mächten, wie dem Großkapital und der katholischen Kirche, sofort großzügige Bündnisse und Konkordate schloß, waren viele der alten Völkischen, Arierfanatiker oder auch Mutterrechtler und Mutterrechtlerinnen schnell enttäuscht. Sie hatten sich dieses neue Reich viel radikaler, wilder, archaischer, mythischer, dynamistischer, mutterrechtlicher vorgestellt. Schließlich traten auf staatlichem, moralischem und rassenhygienischem Gebiet, wenn man von den Maßnahmen gegen die Juden einmal absieht, kaum revolutionär-tiefgreifende Veränderungen ein. Statt das Mythische, Archaische, Mutterrechtliche zu akzentuieren, wie manche dieser völkischen Fanatiker und Fanatikerinnen gehofft hatten, blieb es auf den meisten Gebieten bei höchst konventionellen, das heißt männlich-dominierten Konzepten, die weitgehend in Richtung auf Patriarchalismus, Führerkult, Männerbündelei oder irgendwelche elitären, gralshaften Erwähltheitsvorstellungen zielten. Selbst Alfred Bäumler, der 1926 den von mutterrechtlichen Schauern ergriffenen Bachofen noch über den oberflächlich psychologisierenden Nietzsche gestellt hatte,51 vollzog daher nach 1933 eine Korrektur und bekannte sich immer offener zum ausgesprochenen »maskulinen« Nietzsche.52

Der mit dem Nationalsozialismus sympathisierende Flügel der bürgerlichen Frauenbewegung reagierte auf dieses Hervortreten des »männlichen« Prinzips auf zweierlei Weise. Der eher »feministisch« orientierte Teil protestierte. Dies gilt vor allem für den Kreis um Sophie Rogge-Börner, der ab 1933 die Zeitschrift *Die deutsche Kämpferin* herausgab. Rogge-Börner hatte sich bereits 1932 in ihrer Antwort auf Bergmanns Buch *Erkenntnisgeist und Muttergeist* scharf dagegen gewehrt, die deutsche Frau zu einem reinen Muttertier herabwürdigen zu wollen.53 Nach 1933 protestierte sie vor allem gegen die einseitige Bevorzugung des Männlichen im Rahmen der NSDAP und des neuen Reiches, die zu einer realen Benachteiligung der Frau auf fast allen Gebieten führe.54 Im Gegensatz zu allem männerbündlerischen Denken wehrte sie sich dagegen, daß man Frauen einfach zu »Gegenständen«, das heißt zu Objekten eines rassenzüchterischen »Mutterrechts« erniedrigen wolle.55 Rogge-Börner wurde daher nicht müde, an den deutschen Frauen immer wieder die Gleichrangigkeit,

ja die Befähigung zu führenden Positionen hervorzuheben.⁵⁶ Und zwar bezog sie sich in diesem Zusammenhang gern auf die frühgermanische »Zweieinigkeit« der Geschlechter, die es endlich wiederherzustellen gelte.⁵⁷ Damals seien auch die Frauen noch wehrhaft, kämpferisch, denkerisch gewesen und hätten dem Mann in nichts nachgestanden. Und dieser Zustand, schreibt sie, müsse heute wieder eingeführt werden, anstatt ständig jene »Mütterlichkeit« zu beschwören, über die noch »nie soviel geschrieben und gesprochen« worden sei wie im »gegenwärtigen« Moment.⁵⁸

Doch solche Konzepte waren von Anfang an zum Scheitern verurteilt, da weder die männliche Führungsspitze der NSDAP noch ihre weiblichen Unterorganisationen an einer forcierten Wehrhaftigkeit und Gleichrangigkeit der Frau interessiert waren. So wandten sich etwa die Führerinnen der NS-Frauenschafter, denen man im Rahmen ihrer Organisation eine relative Autonomie zugestand, sowohl gegen die Idee des Matriarchats als auch gegen die Idee der Gleichrangigkeit und erklärten, daß sich die Frauen unter dem Schutz der Männer stets am wohlsten gefühlt hätten. Man lese etwa, was Lydia Gottschewsky, die eine führende Position in der NS-Frauenschafter innehatte, in ihrem Buch *Männerbund und Frauenfrage* (1934) gegen alle bisherigen Matriarchatstheorien ins Feld führt, die sie als völlig aus der Luft gegriffen hinstellt.⁵⁹ Ähnliche Tendenzen liegen den Büchern *Aufstieg durch die Frau* (1933) von Mina Weber und *Die ewige Frau* (1934) von Gertrud von le Fort zugrunde, in denen die Hauptqualität der Frau ebenfalls nicht im Denkerischen, Wehrhaften oder Führerischen, sondern vornehmlich im Innenbereich des mütterlich Bergenden und Umsorgenden gesehen wird.

Dennoch wurden auch in den folgenden Jahren gewisse ins Archaische tendierende Konzepte einer matriarchalen Mütterlichkeit von der NSDAP nicht ganz verworfen, da es den Nazis, wie gesagt, nicht nur um die Aufrechterhaltung der bürgerlichen Konventionalität, sondern auch um eine Indienstnahme des Irrationalen und Mythischen zu ihren Zwecken ging. Und zu dieser Wendung ins Mythische, Geschichtslose, Numinose eignete sich nun einmal der Gedanke einer Rückkehr zum Nächtlichen, Erdhaften, Mütterlichen auf eine besonders eindringliche Weise. Die für den Faschismus als Gesamtbewegung so typischen Widersprüche, ja seine ideologischen Eklektizismen sind darum gerade auf diesem Gebiet besonders eklatant. Obwohl also der Faschismus eindeutig ins Männliche, Patriarchalische, Führerhafte zielte, hielt er dennoch an einer geradezu mythischen Verklärung der Frau fest, die manchmal fast bis an die Grenze des Mutterrechtlichen geht. Da sein ideologisches Gesamtsystem nicht auf einer rationalen Analyse, sondern auf Glauben, Vorsehung und innerer Ergriffenheit beruhte, sah der Faschismus selber in diesem Gegensatz keinen wirklichen Widerspruch. Alles, was sich in den Dienst seiner Ideologie stellen ließ, war ihm gleich bedeutungsvoll.

Neben der geradezu kultischen Verehrung der Frau im bäuerlichen Bereich, wo die Frau immer wieder als kinderreiche Erbhofbäuerin, ja als Erd- oder Urmutter erscheint, zeigt sich das wohl am deutlichsten im Bereich der faschistischen Rassenzuchtideologien.⁶⁰ Auf diesem Gebiet wurde der deutschen Frau als ihre heiligste und größte Aufgabe die Reinerhaltung des arischen Bluts auf-

getragen. So schreibt etwa August Mayer, einer der führenden Frauenärzte im Rahmen der rassenhygienischen Bewegung, 1938 in seinem Büchlein *Deutsche Mutter und deutscher Aufstieg*, daß das deutsche Volk in der Weimarer Republik durch niedrigste Formen der Sexualität, durch Abtreibung oder Einschränkung der Kinderzahl moralisch fast in den »Bolschewismus« abgesunken sei und sich erst jetzt wieder zu einer positiven Mutterschaftsideologie bekenne. »Ein Volk ist soviel wert«, lesen wir hier, »als seine Frauen bereit sind, wertvolle Mütter zu werden. Darum brauchen wir erhabene *Mütterthronen*, vor denen die Männer in Ehrfurcht stehen. Deutschland muß wieder ein *blühendes Mutter- und Kinderland* sein, dann wird es ein mächtiges Vaterland werden.« Die Männer können noch so viel führen, schaffen oder verteidigen, heißt es bei Mayer, »über Sein und Nichtsein unseres Volkes entscheidet allein die Mutter.«⁶¹

Eine solcher Szenen, wo die Männer den Frauen ihre Ehrfurcht erweisen, findet sich in der faschistischen Utopie *Im Jahre 2000 im Dritten Reich* (1933) von Schmid, wo auf dem Höhepunkt des Festzuges zu Ehren des zweiten Führers des Dritten Reichs, des Herrn König, plötzlich die nordisch-blonden Mütter auftreten, die ihre Säuglinge und milchgefüllten Brüste mit einem solchen Stolz vorzeigen, daß der alte Herr König ergriffen gesteht: »Ihr seid unser teuerstes Heiligtum!«⁶²

Doch als Gesamtutopie erscheint dieses Konzept lediglich bei Ernst Bergmann, dem Autor von *Erkenntnisgeist und Muttergeist*, der 1933 das Buch *Deutschland das Bildungsland der neuen Menschheit* herausbrachte, in dem er seine Forderung nach einer völkischen »Frauen- und Mutterpartei« plötzlich aufgibt und sich der NSDAP anschließt. Um Deutschland wieder rassisch höherzuführen und damit zum Führungsland der Erde zu machen, schlägt Bergmann hier drei Dinge vor: »Abriegelung, Ausmerze und Auslese.«⁶³ Und zwar setzt er bei dieser »Eugenik« oder »Aristogenik«, die an die Stelle der bisherigen »Kakogenik« (Schlechtestenauslese) treten sollte, seine Hoffnung weiterhin auf deutschbewußte, jetzt nordische Frauen, deren arische Urinstinkte es neu zu wecken gelte. Von jeder rassebewußten Frau, schreibt Bergmann hier, müsse man in Zukunft mindestens sechs Kinder erwarten. Und zwar sollten sich die Frauen ihre Partner, ob nun einen oder sechs verschiedene, selber wählen. Während der Mann, selbst der nordische, vornehmlich auf den unmittelbaren Geschlechtsgenuß aus sei und daher auch um minderwertige Frauen buhle, wähle die nordische Frau, der es weniger um den Geschlechtsgenuß als um die Mutterschaft gehe, wie Bergmann erklärt, ihre Partner nur im Hinblick auf die »hochwertigen Erbeigenschaften dieser Männer« aus.⁶⁴ Er entwirft deshalb einen »Hundertjahrplan der Nationalhygiene«, der in aller Offenheit ins Altgermanisch-Matriarchalische und zugleich Ariosophische tendiert.⁶⁵ Nach all diesen wahnwitzigen Spekulationen über einen arischen Muttersozialismus folgt auf den letzten dreißig Seiten dieses Buchs plötzlich ein Blick in die Zukunft des Dritten Reiches im Jahr 1960. Deutschland ist hier wieder ein Bauern- und vor allem Kinderland geworden, in dem das »Weizenblonde« den Ton angibt. Im Zentrum der neuen Hauptstadt, die Heldenaue heißt, befindet sich eine riesige neogotische Odalskirche, in der das von allen verehrte Bild der »germani-

schen Mutter« steht, deren Sohn ein arischer »Heilsbringer« und »Deutschchristus« ist.⁶⁶ Und vor diesem Bild wird jener Kult der »providentiellen Maternität« zelebriert, den Bergmann schon vor 1933 herbeigesehnt hatte.⁶⁷ Ja, in seinem Buch *Die deutsche Nationalkirche*, das Bergmann ebenfalls 1933 herausbrachte, malt er diesen Mutterkult in noch glühenderen Farben aus, indem er in dem Kapitel »Vom Mysterienprinzipat der Frau« die nordische Mutter, die »Mutter Germania«, zur höchsten Priesterin im »anbrechenden Ostermorgen eines rassenbiologischen Zeitalters« erhebt.⁶⁸ Wie bei Bachofen wird hier nochmals die Forderung aufgestellt, daß sich jeder Mann von Zeit zu Zeit in das Bild der »ewigen Mutter« vertiefen müsse⁶⁹, um nicht irgendwelchen naturwidrigen Spekulationen oder Abstraktionen anheimzufallen.⁷⁰

Noch weiter in der Propagierung solcher Matriarchatsvorstellungen ging der Nordist und Urgeschichtler Herman Wirth, der bereits in den frühen zwanziger Jahren Hitler, Heß und Rosenberg für seine höchst spekulative »Allmutter-Gottes«- und »Urgermanen-Matriarchats-Theorie« zu gewinnen suchte⁷¹ und in seinem Buch *Was heißt deutsch? Ein urgeistgeschichtlicher Rückblick zur Selbstbesinnung und Selbstbestimmung* (1931), das er der »deutschen Frau und Mutter und dem kommenden deutschen Volke« widmete, in Bildern wie »Mutternacht«, »Mutterschoß« und »Mutterwasser« schwelgte.⁷² Wirth wurde aufgrund seines Arierfanatismus 1933 als Professor nach Berlin berufen, mit der Errichtung eines urgermanischen Freilichtmuseums beauftragt und als Protégé Himmlers zum ersten Direktor der »Stiftung Ahnenerbe« ernannt. Nach seinen Theorien, die sich ebenfalls weitgehend auf Bachofen stützen, hat man im urgermanischen Bereich als höchste Werte vor allem die Odal-Heimat und den Frieden geschätzt. Die Garantinnen dieser Werte seien jene »göttlichen Mütter« oder »Volksmütter« gewesen, die man auf den sogenannten »Frauenbergen« verehrt habe.⁷³ Der Zusammenbruch dieser »Mütterreiche«, behauptete Wirth, sei während der »Bruchzeit« der Völkerwanderung erfolgt. Erst zu diesem Zeitpunkt hätten die germanischen »Heerkönige« mit ihrem Wotan-Odin-Gott die älteren »Volksmütter« aus ihren führenden Positionen verdrängt, wodurch jene »Männerwelt der Macht und Gewalt und des Unfriedens« entstanden sei, die bis heute andauere.⁷⁴ Das Heil der Zukunft versprach sich auch Wirth allein von einer Rückkehr zur mütterlichen »Urgemeinschaft«, die im Zeichen der »Wahrsagerinnen und Hüterinnen der Heimordnung« oder zumindest einer »Synthese« dieser beiden Weltanschauungen stehe.⁷⁵

Die von Bergmann und Wirth mit faschistischem Pathos vertretenen Mutterrechtsthesen scheinen bei der NSDAP auf keine allzu große Gegenliebe gestoßen zu sein. Jedenfalls wurden sie von keinem ihrer führenden Vertreter an exponierter Stelle aufgegriffen. Bergmann wandte sich darum nach 1934 in seinen Büchern anderen Themen zu. Wirth wurde 1938 nicht nur als Direktor der »Stiftung Ahnenerbe« abgesetzt, sondern überhaupt in seinen Wirkungsmöglichkeiten mehr und mehr eingeschränkt.⁷⁶ Was in diesen Jahren im Vordergrund stand, war die altbewährte Verklärung des Weiblichen ins Mythisch-Mütterliche, ohne daß daraus politisch oder moralisch irgendwelche »revolutionären« Konsequenzen gezogen wurden. Die Wirklichkeit des Dritten Rei-

ches sah eben auch auf diesem Gebiet ganz anders aus als die Idee. So arbeiten im Jahr 1939, und zwar vor Ausbruch des Zweiten Weltkriegs, bereits 37 Prozent der weiblichen Bevölkerung, also wesentlich mehr Frauen als in der Weimarer Republik, in den verschiedenen Zweigen der Produktion.⁷⁷ Ihren sogenannten Hauptberuf als Mutter konnten darum gut ein Drittel der deutschen Frauen im Dritten Reich nur als Nebenberuf wahrnehmen. So wie es in den gleichen Jahren in der Landwirtschaft, trotz der lauthals propagierten »Rückkehr zur Scholle«, zur zahlenmäßig größten Landflucht in der deutschen Geschichte kam, erwies sich auch die »Rückkehr zur Mütterlichkeit« als leere Formel. Doch das scheint einige Vertreter der faschistischen Führungsspitze, die solche Statistiken sicher auch kannten, nicht gestört zu haben. Während die idealistisch gestimmten Nazis an ihre Ideen tatsächlich glaubten, genügte es ihnen offenbar, daß auf diesem Gebiet wenigstens der Schein des Kultischen, Religiösen, Mutterrechtlichen gewahrt blieb. Und so ist auch hier — wie auf vielen Gebieten der Naziideologie und Nazipraxis — zwischen eiskaltem Kalkül und einem ins Irrationale züngelnden Fanatismus kaum zu unterscheiden. Das spezifisch Nationalsozialistische scheint mir gerade in diesem komplexen Ineinander zu bestehen.⁷⁸

Anmerkungen

- 1 Vgl. Jost Hermand: Unbewältigte Vergangenheit. Westdeutsche Utopien nach 1945. In: Nachkriegsliteratur in Westdeutschland 1945-1949. Hrsg. von Jost Hermand, Helmut Peitsch und Klaus Scherpe. Argument-Sonderband 83, Berlin/West 1982, 102, 128.
- 2 Paul Fechter: Alle Macht den Frauen. Gütersloh 1950, 16.
- 3 Ebd., 28.
- 4 Ebd., 178.
- 5 Ebd., 490.
- 6 Vgl. Günter Cwojdrak: Der Fall Fechter, Berlin/DDR 1955, 9ff.
- 7 Dank und Erkenntnis. Festschrift für Paul Fechter. Hrsg. von Joachim Günther. Gütersloh 1955.
- 8 Vgl. Anmerkung 6.
- 9 Harry Pross: Der neue deutsche Quietismus. Das Exemplarische an der Affäre Fechter. In: Texte und Zeichen 2/1956, 321-333.
- 10 Vgl. Jost Hermand: The Agrarian Ideology. Fascism as Utopia and Hypocrisy. In: University of Dayton Review, Winter 1975, 93-98.
- 11 Vgl. zum folgenden Alfred Bäumler: Bachofen als Mythologie der Romantik. In: Der Mythos von Orient und Okzident. Eine Metaphysik der alten Welt. Aus den Werken von J.J. Bachofen. Hrsg. von Manfred Schroeter. München 1926, IX Cff.
- 12 Vgl. hierzu das Buch Materialien zu Bachofens »Das Mutterrecht«. Hrsg. von Hans-Jürgen Heinrichs. Frankfurt/M. 1975.
- 13 Friedrich Engels: Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats. Berlin/DDR 1969, 14.
- 14 August Bebel: Die Frau und der Sozialismus. Berlin/DDR 1959, 567f.
- 15 Ebd.
- 16 Vgl. meinen Aufsatz »Ganze Tage unter Bäumen. Ökologisches Bewußtsein in den Utopien des ausgehenden 19. Jahrhunderts.« In: Jost Hermand: Orte. Irgendwo. Formen utopischen Denkens. Königstein 1981, 21-45.
- 17 Vgl. Hans-Jürgen Heinrichs: Einleitung. In: Materialien, 12ff., und Gerhard Plumpe: Das Interesse am Anfang. Zur Bachofendeutung. In: Materialien, 206ff.
- 18 Ludwig Klages: Sämtliche Werke, Bd.3. Bonn 1974, 494f.

- 20 Alfred Schuler: Fragmente und Vorträge aus dem Nachlaß. Hrsg. von Ludwig Klages. Leipzig 1940, 142.
- 21 Ebd., 215.
- 22 Ebd., 68.
- 23 Ernst Howald: Wider Johann Jakob Bachofen. In: Materialien, 87.
- 24 Vgl. Anmerkung 11.
- 25 Bäumler: Bachofen als Mythologie der Romantik, CXX.
- 26 Ebd., CLXXX.
- 27 Ebd., CCXCIV.
- 28 Edgar Salin: Bachofen als Mythologie der Romantik. In: Schmollers Jahrbuch 50/1926, 839-848.
- 29 Sir Galahad: Mütter und Amazonen. Ein Umriss weiblicher Reiche. München 1932, XI.
- 30 Ebd., 20.
- 31 Ebd., 302ff.
- 32 Vgl. Heinz Friedrich: Ein Paläontologe der menschlichen Seele, in: Materialien, 172, und Monique Peltre: Thomas Mann und J.J. Bachofen, in: Materialien, 235ff.
- 33 Thomas Mann: Gesammelte Werke, Berlin/DDR 1956, XII, 46.
- 34 Ebd., XI, 204.
- 35 Ebd., XI, 209 und 214.
- 36 Vgl. Helmut Koopmann: Vaterrecht und Mutterrecht. Thomas Manns Auseinandersetzungen mit Bachofen und Bäumler als Wegbereitern des Faschismus. In: Text & Kontext 8, 2/1980, 266-283.
- 37 Ebd., 280.
- 38 Thomas Mann: Adel des Geistes. Berlin/DDR 1956, 21.
- 39 Vgl. Richard Hamann und Jost Hermand: Stilkunst um 1900. Berlin/DDR 1967, 52ff.
- 40 Margart Hunkel: Von deutscher Gottesmutterchaft. Sontra 1919, 81.
- 41 Ernst Bergmann: Erkenntnisgeist und Muttergeist. Eine Soziosophie der Geschlechter. Breslau 1932, 95.
- 42 Ebd., 99.
- 43 Ebd., 105f.
- 44 Ebd., 333 und 369.
- 45 Ebd., 368.
- 46 Ebd., 387.
- 47 Ebd., 396.
- 48 Ebd., 404.
- 49 Ebd., 404.
- 50 Ebd., 447.
- 51 Bäumler: Bachofen als Mythologie der Romantik, CCLVff.
- 52 Bäumler: Studien zur deutschen Geistesgeschichte. Berlin 1937, 341ff.
- 53 Sophie Rogge-Börner: Zurück zum Mutterrecht? Studie zu Prof. Ernst Bergmanns »Erkenntnisgeist und Muttergeist«. Leipzig 1932.
- 54 Vgl. hierzu Nancy Vedder-Shults: Motherhood for the Fatherland: The Portrayal of Women in Nazi Propaganda. Diss. Wisconsin 1982, 175ff.
- 55 Die deutsche Kämpferin 1/1933, 1, und 2/1934, 7.
- 56 Ebd.
- 57 Ebd., 1/1933, 30.
- 58 Ebd., 1/1933, 81.
- 59 Lydia Gottschewski: Männerbund und Frauenfrage. München 1934, 37.
- 60 Vgl. zum folgenden auch meinen Aufsatz »Ultima Thule. Völkische und faschistische Zukunftsvisionen«. In: Orte. Irgendwo, 77ff.
- 61 August Mayer: Deutsche Mutter und deutscher Aufstieg. München 1938, 38.
- 62 Schmid: Im Jahre 2000 im Dritten Reich. München 1933, 68.
- 63 Ernst Bergmann: Deutschland, das Bildungsland der neuen Menschheit. Eine nationalsozialistische Kulturphilosophie. Breslau 1933, 22.
- 64 Ebd., 39.
- 65 Ebd., 43 und 64.

- 66 Ebd., 138f.
 67 Ebd., 151.
 68 Bergmann: Die deutsche Nationalkirche. Breslau 1933, 347, 368 und 381.
 69 Ebd., 380.
 70 Zu den wenigen, die damals — nach Thomas Mann — den Zusammenhang zwischen Faschismus und Matriarchatsvorstellungen erkannten, gehören Benjamin und Fromm. Vgl. Walter Benjamin, Johann Jakob Bachofen (1934), in: *Materialien*, 57-74, und Erich Fromm: *Die sozialpsychologische Bedeutung des Mutterrechts* (1934), später in: *Analytische Sozialpsychologie und Gesellschaftstheorie*. Frankfurt 1970, 107f.
 71 Vgl. hierzu Friedrich Wilhelm Haack: *Wotans Wiederkehr. Blut-, Boden- und Rasse-Religion*. München 1981, 174.
 72 Hermann Wirth: *Was heißt deutsch?* Jena 1931, 27.
 73 Wirth: *Die Frage der Frauenberge — eine europäische Gegenwartsfrage*. Marburg 1972, 5.
 74 Ebd., 8.
 75 Ebd., 8.
 76 Vgl. Wirth: *Um den Ursinn des Menschseins*. Wien 1962, 84.
 77 Vgl. Tim Mason: *Women in Germany 1925-1940. Family, Welfare and Work*. In: *History Workshop* 1/1976, 74-113, und 2/1976, 3-32, sowie Annemarie Tröger: *Die Frau im weensgemäßen Einsatz*. In: *Mutterkreuz und Arbeitsbuch. Zur Geschichte der Frauen in der Weimarer Republik und im Nationalsozialismus*. Hrsg. von Frauengruppe Faschismusforschung. Frankfurt/M. 1981.
 78 Dieser Vortrag wurde zuerst auf englisch auf der von Helen Fehervary veranstalteten Konferenz *Women, Fascism, and Everyday Life* im April 1983 in Columbus (Ohio) gehalten.



Stephan/Weigel (Hrsg.)

Feministische Literaturwissenschaft

Historische Forschungen zur Literatur des 18., 19. und 20. Jahrhunderts; Beiträge zu einer »Kulturgeschichte des Weiblichen«.

Argument-Sonderband AS 120, 1984
 17,60/f.Stud.14,60 DM (Abo: 14,60/12,60)



Geschlechterverhältnisse und
 Frauenpolitik

Internationale Marxismus-Feminismus-Diskussion; Probleme einer autonomen sozialistischen Frauenpolitik; Familie und Politik der Arbeiterbewegung.

Argument-Sonderband AS 110, 1984
 17,60/f.Stud.14,60 DM (Abo: 14,60/12,60)

Brita Rang

Sind Matriarchatskonzepte faschistisch?

Zu Jost Hermand

»Wir brauchen nicht anzunehmen, die Ansprache ans Gefühl sei charakteristisch für jene, die in Richtung Faschismus streben, während sich die demokratische Propaganda auf Vernunft und Beherrschtheit zu begrenzen hat. Wenn Angst und Destruktivität die wichtigsten emotionalen Quellen des Faschismus sind, gehört Eros hauptsächlich zur Demokratie.«

(Adorno u.a. 1950, 976)

Wer heute über die geschichtliche Wirkung und faschistische Nutzung von Matriarchatskonzepten schreibt, beschäftigt sich nicht einfach mit Vergangenenem. Das Wiederaufleben mutterrechtlicher Vorstellungen in der gegenwärtigen Frauenbewegung, ja auch der Nachdruck eines der von Hermand als typisch für den neokonservativen Irrationalismus am Ende der Weimarer Republik beschriebenen Bücher (Sir Galahad, Mütter und Amazonen, München 1975) drängen gleichsam dazu, vergangene Diskussionen im Lichte der heutigen Erfordernisse zu sichten. Gibt Hermands Artikel über »Faschistische Matriarchatskonzepte« (in diesem Heft) dafür einen überzeugenden Leitfaden?

Seine Kritik zumindest scheint unmißverständlich eindeutig: Für ihn eignet sich das »Konzept des Matriarchats« bedauerlicherweise — eben deshalb griffen die Faschisten es seiner Ansicht nach auf — »besonders gut, jede aufklärerische Hoffnung im Sinne eines möglichen Fortschritts in der Geschichte radikal in Frage zu stellen.« (541) Die politische Folgerung für die gegenwärtige Diskussion in der Frauenbewegung hieße demnach: Stellt euch dieser Art mutterrechtlicher Gegenaufklärung entgegen, entlarvt sie, damit ihr wahres Gesicht für alle sichtbar wird, und klärt so die mit Matriarchatsproblemen beschäftigten Frauen über ihre latent oder manifest dem Faschismus in die Hände (oder Ideologie) arbeitenden Hoffnungen auf.

Doch ganz so einfach liegen offensichtlich die Dinge nicht. Nicht nur deshalb, weil man mit dieser Art der Aufklärung die Angesprochenen nur selten erreicht. Es bleibt vor allem das für Sozialistinnen irritierende Problem, daß viele Frauen mit den von Hermand kritisierten Matriarchatsvorstellungen die Hoffnung auf positive Veränderung verbinden. Veränderung nämlich in Richtung auf Verbesserung der Frauensache. Das aber ist zunächst kein Wunsch, der rückwärts weist, vor dem Sozialisten sich fürchten, den sie zurückweisen müßten. Und eben dies haben Sozialisten ja auch in der Vergangenheit gar nicht immer getan. Ich sehe hier von den beiden bekanntesten, heute auch von Frauen diskutierten Protagonisten Engels und Bebel ab, greife vielmehr zurück auf Walter Benjamin und Erich Fromm, und zwar auf die von ihnen 1934 veröffentlichten Beiträge »Johann Jakob Bachofen« und »Die sozialpsychologische Bedeutung der Mutterrechtstheorie«. Dies scheint mir für das Umgehen mit Hermands Analyse insofern hilfreich, weil bei beiden die faschistische In-

dienstnahme der Matriarchatskonzepte — aktuell erfahren — die eigenen Überlegungen bestimmte. So benennt denn auch Jost Hermand Benjamin und Fromm als Zeugen für den »Zusammenhang zwischen Faschismus und Matriarchatsvorstellungen« (vgl. Anm.70). Aber sind sie das so umstandslos? Jedenfalls — so scheint mir — nicht in dem von Hermand unterstellten Sinne. Sie sind vielmehr Zeugen für die Ambivalenz, Widersprüchlichkeit, Heterogenität mutterrechtlicher Ansätze, insbesondere der Bachofenschen Position. Sie gehen dem irritierenden Problem nach, daß »die begeisterte Zustimmung zur matriarchalischen Theorie aus zwei weltanschaulich und politisch völlig entgegengesetzten Lagern kam« (Fromm 1934, 196). Fromm führt dazu aus: »Die schroffe Gegensätzlichkeit dieser Gruppen ... weist darauf hin, daß in der Mutterrechtstheorie selbst wie in dem Gegenstand, den sie behandelt, ganz heterogene Elemente vorhanden sein müssen, von denen die eine Gruppe die einen, die andere davon verschiedene als entscheidend empfindet und zur Basis ihrer Vorliebe für die Matriarchatstheorie macht.« (197)

Was Sozialisten am Mutterrecht interessierte — das, so Fromm, »vitale gesellschaftliche Interessen« berührte (196) —, war nach Walter Benjamin nicht nur »la notion du communisme primitif«, sondern auch »le bouleversement du concept d'autorité qu'elle amène« (Benjamin 1934, 231). Für Benjamin machte die Wirkungsgeschichte der Matriarchatsthese deutlich, »quelles couches profondes de l'individu lui-même sont mise en jeu par ces questions.« (Ebd.) Und für Fromm wird mit ihnen — und durch sie — die »Relativität der bürgerlichen Gesellschaftsstruktur« deshalb sichtbar, weil hier die patriarchalische Familie als eine der wichtigsten »Produktionsstätten der für die Stabilität wirksamen seelischen Haltungen« (211) zur Diskussion gestellt wird. Eben deshalb sind die Faschisten für Fromm nicht die wahren Erben der Matriarchatshoffnungen. Sie haben zwar zeitweise bestimmte Elemente aus jenen Vorstellungen sich anzueignen und ideologisch zu nutzen verstanden; aber zugleich standen die Krisenentwicklungen und -kämpfe der 20er und beginnenden 30er Jahre gerade auch für den Nationalsozialismus im Zeichen der Zurückdrängung von substantiellem Matriarchatsvorstellungen. Da es zur faschistischen »Lösung« der Wirtschaftskrise gehöre, dem Kapitalismus wieder auf die Beine zu helfen, brauche man auch ein wichtiges Stück von dessen ideologiepraktischer Basis, den Patrizentrismus. Für die kapitalistisch-faschistischen Fraktionen »(bedeutet) der patrizientrische Komplex eine ebenso wirksame Produktivkraft wie der matrizientrische für den Sozialismus.« (226)

Fromm und Benjamin machen also 1934 im Gegensatz zu Jost Hermand 1984 den Nationalsozialisten streitig, eine substantielle Beziehung zu zentralen Elementen der Matriarchatskonzepte überhaupt haben zu können. Hermand hingegen hält offensichtlich das befreiende Element der Mutterrechtsthese für so verschwindend gering, daß es nicht nur hinter der Massivität seiner ideologisch-rückschrittlichen Potentiale verschwindet, sondern auch mit dem schamlosen faschistischen Zugriff unwiderruflich zum Bestandteil der Gegenauflärung wird (vgl. 541). Eben dadurch aber bekommt seine Analyse — besonders auch unter dem Aspekt gegenwärtigen politischen Handelns — eine eigentümliche Abstraktheit. Es entfällt, in welche ideologisch-praktischen Zu-

sammenhänge auch die berechtigten Bedürfnisse, Sehnsüchte, Wünsche, Hoffnungen der Menschen in der Regel eingebunden sind. Hermand unterstellt, daß das Nichtfaschistische schon qua eigener Qualität für sich bleibe und dem Faschismus nur zufalle, was selbst zuvor schon faschistisch war. Aber bringt uns diese scheinbar radikale Vorstellung wirklich weiter? Wissen, Hoffnungen, Wünsche, die sich mit Matriarchatsthesen verknüpfen, sind zwar nicht völlig freischwebend, aber sie sind — wie gerade deren Geschichte im Faschismus zeigt — in ihrer Heterogenität umkämpfte »Verfüngsmassen«. Dabei spielen nicht nur Fragen wie »wohin damit« eine wichtige Rolle, sondern auch Probleme ihrer Einfügung in anderes, der Auswahl von Teilelementen, des Unterdrückens von anderen. Diese Fragen (Probleme) bleiben bei Hermand undiskutiert. Er sieht nicht, daß jene »vitale gesellschaftliche Interessen berührenden Hoffnungen« (Fromm) von hegemonialer Vereinnahmung bedroht sind, ja, daß sie auch von den größten Widersachern einkassiert werden können und dennoch in ihrer Substanz Widerhaken zu behalten vermögen. Also: Nicht weil mutterrechtliche Vorstellungen von sich aus eindeutig dem Faschismus zustrebten, sind sie von diesem unterdrückerisch genutzt worden, sondern deshalb, weil der Faschismus in einem bestimmten historischen Augenblick unangefochten auch mit Elementen mutterrechtlicher Konzeptionen Zustimmung erzeugen konnte. Dabei haben sich die Nationalsozialisten sehr wohl die Zwieschlächtigkeit matriarchalischer Konzepte zunutze gemacht: Sie haben von Mütterherrschaft gesprochen, wo es gerade auch um Unterwerfung ging; sie haben Machtübernahme der Frauen in deren »wesensgemäßen Bereichen« empfohlen und Hinnahme damit gemeint; sie haben die Stärke der mütterlichen Gefühle gepriesen und deren Schwäche ausgenutzt. Zugute kam ihnen, daß diese Widersprüche in jenen Konzepten bereits selber vorgeprägt waren. Denn in ihnen findet man nicht nur *Gynaikokratie* und die Kraft von Liebe und Mitleid, sondern ebenso Züge »passiver Hingabe an die Natur und die ausschließliche Anerkennung aller natürlichen, biologischen Werte im Gegensatz zu geistigen« (Fromm 1934, 200). In und mit diesem Widerspruch haben die Faschisten gearbeitet. Sie haben hinnehmende Zustimmung erzeugt für eine hauptsächlich von Männern angeleitete Politik; für ein Herausgehen der Frauen aus beruflich anspruchsvollen Positionen und Ausbildungsgängen; für eine unbeirrte Gebärfreudigkeit. Was sie den Frauen damit ließen, das war die Mütterherrschaft im Reproduktionsbereich, die ewig alte und nun neu glorifizierte. Daß aber von Mütterherrschaft sprechen und Frauenunterdrückung meinen auch Nationalsozialistinnen nicht völlig befriedigte, benennt Hermand unter Hinweis auf Sophie Rogge-Börner selbst. Sie beharrte auf politischer und sozialer Gleichrangigkeit im Namen frühgermanischer »Zweieinigkeit« (549).

So scheint denn auch nicht ganz verwunderlich, daß die Nazis sich nicht auf Dauer mit dem zwieschlächtigen Mutterrecht abgegeben haben. Auch das zeigt Hermand auf (vgl. 551). Aber er zieht daraus keine Konsequenzen, befragt nicht die Matriarchatsthesen selbst auf das aufgeklärt Widerständige in ihnen, sondern betont kritisch allein deren genaueklärerische Tendenz. Das mag auf den ersten Blick genügen — auf den zweiten jedoch nicht. Wenn Frauen

aus dem, was mit Matriarchatskonzepten im Faschismus gemacht worden ist, lernen wollen, dann ist ihnen mit gutgemeinter Pauschalkritik nur wenig gedient. Denn die Allgemeinheit dieser Kritik läßt das wichtige Besondere, das wir in diesem Falle (hier) lernen könnten, unter den Tisch fallen — nämlich: daß man umkämpfte Wünsche (und das ist jeder Wunsch, der über inhumane Beschränktheiten dieser Gesellschaft hinausdrängt) nicht für etwas halten darf, woran man sich die Finger verbrennt, weil auch die Faschisten ihre Hände danach ausgestreckt haben. Viel belangreicher ist die menschliche Entwicklungen befördernde *Potenz* jener Konzepte. Sie liegt nicht nur in dem historisch tatsächlich über mutterrechtliche Gesellschaften zu ermittelnden Wissen, sondern ebenso auch in dem, was sich damit an voranweisenden Ansprüchen und Hoffnungen verknüpft hat. In welche Richtung das weist, benennt Fromm unmißverständlich: »Indem Bachofen ... ausdrücklich auf den klassenmäßigen Hintergrund der matriarchalischen Struktur [d.i. hier die unbeschränkte Demokratie! B.R.] und auf den Zusammenhang zwischen sexueller und politischer Emanzipation hinweist, bedarf es von unserer Seite her kaum mehr eines Kommentares zu der sich hieraus ergebenden Stellungnahme der Sozialisten.« (214)

Literaturverzeichnis

- Adorno, Theodor Wiesengrund, u.a. 1950: The Authoritarian Personality. New York, Evanston, London
- Benjamin, Walter, 1977: Johann Jakob Bachofen, in: ders., Gesammelte Schriften, hrsg. v. R. Tiedemann und H. Schweppenhäuser. Frankfurt/M., 219-233 (geschrieben 1934/35, Erstveröffentlichung 1952/54)
- Fromm, Erich, 1934: Die sozialpsychologische Bedeutung der Mutterrechtstheorie, in: Zeitschrift für Sozialforschung Jg.3, 196-227 (Reprint München 1980)



Frauengrundstudium 3 Frauen und Moral

Die Moral ist zweigeschlechtlich wie der Mensch; Moraltheorie und Klassenerfahrung; Fürsorglichkeit — Ein Forschungsthema?

Argument-Studienheft SH 61, DM 8,00

Jan Rehmann

Die Kirchen und der deutsche Faschismus

Zwölf Thesen*

1. In der deutschen Geschichte haben die Herrschenden den Kampf um das Religiöse gewonnen und die münzterische Tradition erfolgreich abgedrängt. In der Weimarer Republik fehlt die Entwicklung eines Christentums von unten, das mit den sozialen Bewegungen verknüpft und als Bestandteil einer demokratischen Volkskultur anerkannt ist. Das Christentum funktioniert in erster Linie als *religiöse Ideologie*: die Unterstellung unter den Gott-Vater wird verbunden mit der Unterordnung unter die »weltliche Obrigkeit«. Der sozialistischen Bewegung gelingt es nicht, eine eingreifende Strategie zu entwickeln, die das Religiöse als widersprüchliches Feld begreift und die soziale Sprengkraft des Christentums mit den populären Protestbewegungen verbindet. Während die SPD in das Ensemble der ideologischen Mächte integriert wird, ohne es wirksam transformieren zu können, rennt die KPD von außen gegen dieses »gestaffelte Grabensystem« der bürgerlichen Gesellschaft (Gramsci 1967, 346) an. Der Frontalangriff der Linken auf die Religion als »Opium für's Volk« erleichtert die faschistische Besetzung des religiös artikulierten Protestpotentials (z.B. in der Jugendbewegung): »Als der Vulgärmarxismus ... die deutschen Bauernkriege ... vergessen hatte : strömten die Nazi in die leergewordenen, ursprünglich münzterischen Gebiete.« (Bloch 1967, 200)

2. Mit dem kaiserlichen Staat bricht in der Revolution 1918/19 auch die evangelische Kirche als *Staatskirche* zusammen: Sie wird von den Machtzentren des Staatsapparats abgedrängt. Der sprunghafte Anstieg der Kirchengaustritte dokumentiert ihre mangelnde Verankerung vor allem in den unteren sozialen Schichten. Dies führt zu einer tiefgreifenden ideologischen Krise bei Kirchenleitungen, Pastoren und kirchentreuen Gläubigen, in die der Faschismus wirksam intervenieren kann (vgl. die Autobiographie Niemöllers, in: Niemöller 1934). Dagegen hat die katholische Kirche über ihre Partei, ihre Verbände und die Bewegung der »Katholischen Aktion« in verschiedenen Schichten starken Einfluß. Diese interklassistische Bindungsfähigkeit bringt sie in Konkurrenz zur aufsteigenden faschistischen Bewegung. Gekämpft wird um die Führungsposition in einem antisozialistischen und antiliberalen Block. Während die evangelischen Kirchenleitungen sich auf eine Verurteilung des radikalen NSDAP-Flügels beschränken, verurteilen einige katholische Bischöfe zu Beginn der 30er Jahre die NSDAP-Programmatik als »Irrlehre«.

3. Die in der kirchlich orientierten Geschichtsschreibung übliche »Entlarvung« des Faschismus als kirchenfeindliche Irrlehre, die durch demagogische Verführung in die Kirche eingebrochen sei, verfehlt den Kern des Problems: Zwar gibt es in der evangelischen Kirche einen radikalen Flügel der »Deut-

* Die Thesen werden weitergeführt in einem Aufsatz mit gleichem Titel im Argument-Sonderband 80: Projekt Ideologietheorie: Ideologische Mächte im deutschen Faschismus. Faschismus und Ideologie 3 (erscheint im Herbst 1984).

schen Christen« (DC), der zur »Revolution« gegen die »reaktionären« Kirchenleitungen aufruft, aber er wird 1933 vom staatskirchlich orientierten DC-Flügel zurückgedrängt. Auch die Mehrheit der »bekenntnistreuen« DC-Gegner unterstützt die Machteinsetzung des Faschismus, die Zerschlagung der Arbeiterbewegung, die Auflösung der bürgerlichen Parteien und die ersten Schritte der Judendiskriminierung. In der katholischen Kirche gibt es zu keinem Zeitpunkt eine kirchenpolitische Fraktion der NSDAP. In Erwartung einer Offensive gegen den Bolschewismus und als Gegenleistung zur Garantie katholischer Stellungen in der Kulturgesellschaft läßt der Vatikan zwischen Januar und März 1933 die katholische Partei, das Zentrum, fallen. In beiden Kirchen gewinnt der Faschismus die Mehrheit der Kirchenbeamten für ein Bündnis gegen die Arbeiterbewegung und die parlamentarische Demokratie. Eine aufrichtig um Erkenntnis bemühte Vergangenheitsbewältigung sollte sich daher auf die Analyse der *normalen* ideologischen Funktionsweise der Kirchen konzentrieren.

4. Die ökonomische Krise ab 1929 führt zu einer Krise des Parteiensystems. Die politische Repräsentation des Volkes durch die Parteien erweist sich als das schwächste Kettenglied der bürgerlichen Hegemonie. Gegen Ende der Weimarer Republik wächst daher in den Kirchen die Hoffnung, daß sich mit der Einsetzung einer starken antidemokratischen Regierung das Schwergewicht der ideologischen Vergesellschaftung vom Politischen wieder auf das Religiöse verlagert. Die im Januar 1933 eingesetzte Reichsregierung stellt den Kirchen die Rückgewinnung ihrer führenden Stellung in der Volkserziehung in Aussicht. Nach der faschistischen Machteinsetzung werden die Parteien zerschlagen und der Einfluß der Kirchen zunächst gestärkt (z.B. Wiedereinführung von Bekenntnisschulen, Organisation einer Kircheneintrittsbewegung, SA-Massentrauungen). Die Kirchen beanspruchen den Status einer freien Macht »neben dem Staat und innerhalb des Staates« (Dibelius 1927, 236). Sie konkurrieren gegeneinander um Stellungen im faschistischen Staat und versuchen, an der ideologischen Formung der »Volksgemeinschaft« mitzuwirken. Kirchlicher Widerstand entsteht erst, als der Faschismus von seiner hegemonialen Kirchenpolitik abweicht: a) indem er versucht, die Kirchen aus ihren Stellungen in der Kulturgesellschaft zurückzudrängen (vor allem in den Jugendverbänden und in der Schulerziehung), b) indem er versucht, die evangelische Kirche über die DC gleichzuschalten.

5. Der kirchliche Widerstand wendet sich nicht gegen die faschistischen Machtzentren im Staat, sondern bewegt sich weitgehend *innerhalb* des ideologischen Gewebes faschistischer Herrschaft. Widerstand und Zusammenarbeit sind ineinandergelagert: Ideologische Verknüpfungen der Nazis werden in den kirchlichen Diskurs eingearbeitet und umakzentuiert. In den Auseinandersetzungen mit faschistischen Massenorganisationen und Regierungsinstanzen versuchen die Kirchen nachzuweisen, daß sie in der freiwilligen Unterstellung des Volkes unter den Staat eine unverzichtbare Rolle spielen. Sie stellen sich auf den Standpunkt »des Staates« und appellieren an die Reichsregierung, die antikirchlichen und damit »staatsfeindlichen« Fraktionen im Staat auszuschalten (z.B. Rosenberg). Sie verzichten darauf, das Volk gegen die Menschenrechts-

verletzungen der Regierung außerhalb der Kirche zu mobilisieren. Nur einmal, bei der Ermordung »unwerten Lebens«, verurteilen sie öffentlich das Verbrechen der Regierung im Namen des christlichen Tötungsverbots. Die Wirkung dieses öffentlichen Protests ist so durchschlagend, daß das Euthanasieprogramm im August 1941 offiziell gestoppt werden muß. Bei der Ermordung der Juden gibt es einen solchen öffentlichen Protest nicht. Kirchliche Hilfsorganisationen leisten in zahlreichen Einzelfällen lebensrettende Hilfe. Für die Mehrheit der Kirchenbeamten und Gläubigen aber gilt: die Unterstützung der »von Gott eingesetzten Obrigkeit« (Röm 13,1) dominiert über die christliche Fähigkeit zur Nächstenliebe und mauert sie in die Nischen des faschistischen Herrschaftssystems ein.

6. Die Sicherheitsbehörden betrachten die katholische Kirche als gefährlichen Konkurrenten des Faschismus: wegen ihres internationalen Charakters, ihres zentralistischen Aufbaus, ihrer Kampferfahrungen mit antikatholischen Regierungen und ihrer interklassistischen Bindungsfähigkeit. Tatsächlich kann sich der Katholizismus im Kirchenkampf auf eine stärkere Verankerung im Volk stützen als die Bekennende Kirche: Die katholischen Jugendverbände können sich zum Teil bis 1938 behaupten, die moralische Diskreditierung der katholischen Kirche als Sittlichkeitsmacht (Devisen- und Sittlichkeitsprozesse) mißlingt, der Kampf gegen den katholischen Einfluß in der Schulerziehung ab 1935 entwickelt sich zu einem langwierigen Stellungskrieg. Als die Nazis versuchen, im Münsterland die Kruzifixe aus den Schulzimmern zu entfernen, entsteht in der katholischen Bevölkerung ein militanter Widerstand, der das Ministerium zum Nachgeben zwingt. Auch dieser Widerstand ist eingelagert in eine grundsätzliche Bejahung der faschistischen Innen- und Außenpolitik.

7. Der evangelische Kirchenkampf vollzieht sich hauptsächlich innerhalb des Kirchenapparats. Gestützt auf ihren Wahlerfolg, besetzen die Deutschen Christen 1933 die meisten Gremien der evangelischen Kirche und schalten einen Großteil des alten Beamtenapparats aus. Gleichzeitig verstoßen sie durch die Übertragung des Arierparagraphen auf die Kirche und die Forderung nach Abschaffung des Alten Testaments gegen *Schrift* und *Sakramente*, aus denen die Kirche ihre Identität als spezifische ideologische Macht ableitet. Dieser doppelte Angriff auf den Apparat und den ideologischen Wertbestand der Kirche scheidert: Die gleichen Pastoren, die die neue Regierung politisch unterstützen, werden durch die Angriffe auf das, was ihnen heilig ist, in den Widerstand gedrängt. Die evangelische Kirche bricht in drei Organisationen auseinander: die deutsch-christlichen Kirchenbehörden, die »intakten« (d.h. nicht von der DC besetzten) Landeskirchen Bayerns, Württembergs und Hannovers, die später den konservativ-staatstreuen Flügel der Bekenntnisfront anführen, und schließlich die bruderrätliche Bekennende Kirche, die sich innerhalb der zerstörten DC-Landeskirchen als Widerstandskirche formiert.

8. Der evangelische Kirchenkampf bewirkt eine Neuorientierung von Teilen des protestantischen Bürgertums. Hierin — und nicht in der Organisation eines wirksamen Volkswiderstands — liegt die spezifische Leistung der Bekennenden Kirche. Durch den Angriff auf die kirchlichen Sakramente werden die Unterstellung unter den Staat und die Unterstellung unter Gottes Wort ausein-

andergetrieben und geraten in einen Gegensatz, der als qualvolle »Gewissensnot« gelebt wird. Aus dieser Gewissensnot heraus entsteht unter dem Einfluß der Theologie Karl Barths ein neues Kirchenverständnis: Die Kirche hat nicht mehr die Aufgabe, die Christen der Obrigkeit zu unterstellen, sondern ist nur noch dem in der Heiligen Schrift bezeugten Wort Gottes unterstellt. Die traditionellen Verbindungen des Religiösen mit Elementen anderer ideologischer Formationen (z.B. Thron — Altar, Nation — Gott, Rasse — Vorsehung) werden als Verfälschungen des christlichen Glaubens verurteilt. Das staatsstreu »Bindestrich-Christentum« gilt als Aufruhr des Menschen gegen die Alleinherrschaft Gottes. Aus dieser ausschließlichen und bedingungslosen Unterstellung unter Gottes Wort bezieht die Bekennende Kirche ihre Kompromißlosigkeit gegenüber der faschistischen Kirchenpolitik. Der deutsche Protestantismus hat sich hier mehr als je zuvor aus seiner Verklammerung mit den anderen ideologischen Mächten des Staates herausgedreht.

9. Die Organisation der DC zerbricht am Widerstand der Bekennenden Kirche. Das Reichskirchenministerium unter Kerrl entwickelt daraufhin 1935 eine neue Strategie der »Befriedung«: Die Kirchenorganisation soll staatlicher Kontrolle unterstellt, das »Bekenntnis« aber soll pluralistisch freigegeben werden. Dadurch wird der kirchliche Widerstand gespalten. Die meisten »bekenntnistreuen« Pastoren geben ihren Widerstand auf, soweit sie ohne staatliche Einmischung »Gottes Wort« frei verkünden können. Der staatsstreu Flügel der Bekenntnisfront (in der Kirchengeschichtsschreibung bezeichnet man ihn gern als »gemäßigt«) wird in die faschistische Kirchenpolitik re-integriert. Die Reichsregierung konzentriert sich bis 1945 auf die Zerschlagung der radikalen bruderrätlichen Bekennenden Kirche, die die Trennung von Kirchenorganisation und »Bekenntnis« verweigert. Die »dahlemitische« Richtung der Bekennenden Kirche tritt als die alleinige Kirche des Wortes Gottes auf und fordert den Ausschluß der kirchenpolitischen Gegner als »Ketzer«. Im Kampf gegen diesen »unduldsamen Fanatismus« wird das Reichskirchenministerium punktuell von den »intakten« Kirchen unterstützt (z.B. 1938 anlässlich der Friedensliturgie der Bekennenden Kirche).

10. Bei der Theologie Barths stoßen wir auf eine paradoxe ideologische Leistung: einerseits entmachtet sie unter Berufung auf die göttliche Alleinherrschaft die Irdischen gegenüber dem Göttlichen, andererseits stärkt sie gerade dadurch den aufrechten Gang der Bekenntnistreuen gegenüber der faschistischen Kirchenpolitik. Ihre »ahumane Grotteske« (Bloch 1979, 1406) schützt das Christentum vor der faschistischen Umdeutung und die Kirchenorganisation vor der Gleichschaltung. Viele der humanistischen Zeitgenossen Barths, die ihm »Fanatismus«, »Unmenschlichkeit«, »unchristliche Unduldsamkeit« vorwarfen, haben ihren Frieden mit der »gemäßigten« Kirchenpolitik des Reichskirchenministeriums geschlossen.

11. Aber zur Entwicklung eines Volkswiderstands gegen die Verbrechen der faschistischen Regierung hat die Bekennende Kirche kaum beigetragen: Der faschistischen Einbindung attraktiver religiöser Elemente setzt sie die karge Perspektive einer ausschließlichen und bedingungslosen Unterstellung entgegen. Sie orientiert auf das Ausharren in einer umzingelten Festung:

»Ein jeder sein Gesichte
In ganzer Wendung richte
Steif nach Jerusalem!« (Barth 1933, 7)

Nach 1935 widersteht die Bekennende Kirche als defensive, auf die Verteidigung kirchlicher Einrichtungen und Werte beschränkte Minderheitsbewegungen kleiner Kerngemeinden. Zu Recht kritisiert Bonhoeffer in den letzten Briefen vor seiner Hinrichtung:

»'Jesus' entschwindet dem Blick. Soziologisch: keine Wirkung auf die breiten Massen; Sache der Klein- und Großbürger. Starke Belastung mit schweren, tradierten Gedanken. Entscheidend: Kirche in der Selbstverteidigung. Kein Wagnis für andere.« (Bonhoeffer 1958, 259)

12. Nach der Zerschlagung des Faschismus kämpfen die nicht deutschchristlichen Richtungen um die Neugestaltung der evangelischen Kirche. Es droht eine Kirchenspaltung zwischen lutherischer und Bekennender Kirche, die sich zugunsten der Bekennenden Kirche auswirken könnte. Eine von unten nach oben organisierte Gemeindekirche, die durch ihren »Fanatismus« die Verbindungen zur ideologischen Reproduktion der Gesamtgesellschaft abgeschnitten hätte, stünde der Restauration des antisozialistischen bürgerlichen Staates nach 1945 im Wege. Der Übergang vom antifaschistischen Grundkonsens zum Kalten Krieg, die deutsche Spaltung und Remilitarisierung erfordern ein elastisches Zusammenspiel der ideologischen Mächte. Als die Pfarrer der bruderrätlichen Bekennenden Kirche von der Front oder aus der Gefangenschaft zurückkehren, sind die entscheidenden Positionen in den kirchlichen Gremien schon von der konservativen Strömung der Bekenntnisfront besetzt. Während zum Beispiel Martin Niemöller von den amerikanischen Truppen festgehalten wird, bis er am 21. Juni 1945 seine Freilassung durch einen Hungerstreik erzwingt (vgl. Niesel 1978, 312), läßt sich der ehemalige Generalsuperintendent Dibelius schon in den letzten Kriegstagen zum Bischof von Berlin-Brandenburg ausrufen (ebd., 303). Die Bekennende Kirche wird in eine geistige Bewegung zurückverwandelt und als Minderheitsströmung in die Behördenkirche re-integriert. Ein Teil wendet sich nach links und sucht das Bündnis mit der Arbeiterbewegung. Ausgangspunkt für die Reorganisation der evangelischen Kirche sind nicht die Bruderräte, sondern die kirchlichen Behörden der Zeit vor 1933, die durch ihre Zustimmung zur »nationalen Regierung« die Machteroberung des Faschismus mit ermöglicht hatten.

Literaturverzeichnis

- Barth, Karl, 1933: Lutherfeier 1933. In: Theologische Existenz heute, H.4. München
- Bloch, Ernst, 1967: Der Faschismus als Erscheinungsform der Ungleichzeitigkeit. In: Nolte 1976, 182-205
- Bloch, Ernst, 1979⁶: Das Prinzip Hoffnung, Bd.1-3. Frankfurt/M.
- Bonhoeffer, Dietrich, 1958⁸: Widerstand und Ergebung. Briefe und Aufzeichnungen aus der Haft. Hrsg. v. E. Bethge. München
- Dibelius, Otto, 1927: Das Jahrhundert der Kirche. Berlin
- Gramsci, Antonio, 1967: Philosophie der Praxis. Hrsg. v. Ch. Riechers, Frankfurt/M.
- Niemöller, Martin, 1934: Vom U-Boot zur Kanzel. Berlin
- Niesel, Wilhelm, 1978: Kirche unter dem Wort. Der Kampf der Bekennenden Kirche in der alt-preussischen Union 1933-1945. Göttingen
- Nolte, Ernst, 1967: Theorien über den Faschismus. Köln, Berlin/West

Johannes Weyer

Soziologie im Faschismus

Ein Literaturbericht

1. Einleitung: Die Geschichte eines Tabus

1945 gab es für die deutsche Soziologie genügend Anlaß für eine Neubesinnung und eine Analyse der Vergangenheit, war doch das »Versagen [der Soziologie] vor dem Prozeß der Faschisierung« (Maus 1948, 51) sowie ihre bereitwillige Unterordnung unter den faschistischen Herrschaftsapparat und die Instrumentalisierung der Wissenschaft für dessen Zwecke offensichtlich. Heinz Maus, der mit solchen Vorwürfen 1946 auf dem ersten Nachkriegssoziologentag auftrat, fand jedoch kein Gehör bei den versammelten Fachkollegen, die sich auf die eine oder andere Weise mit dem Apparat arrangiert hatten und nun nach Möglichkeiten suchten, erneut ein Arrangement zu finden, das ihre Soziologie — und ihre Lehrstühle — unangetastet ließ.

Die Mehrheit der Soziologen hatte ein »reine(s) Gewissen« (Papcke 1980, 18), und ihr Repräsentant, Leopold von Wiese, wies Maus' Vorwürfe energisch zurück. Wie wenig von Wiese bereit war, sich von seiner nicht gerade makellosen Vergangenheit zu distanzieren, beweist schon das Vorwort, das er als erster Nachkriegspräsident der Deutschen Gesellschaft für Soziologie (DGS) dem Verhandlungsprotokoll des Soziologentages voranstellte. Dort zitiert er kommentarlos eine seiner Anbiederungen an den Faschismus aus dem Jahre 1936: »Das, was hier mit Schaden gemeint ist, betrifft lediglich die Frage, ob der Aufbau des deutschen nationalen Volks- und Staatslebens die Mitarbeit der allgemeinen Soziologie entbehren kann.« (v. Wiese 1946, 3)

Eine Profession, die mit solch ungebrochenem Selbstvertrauen wieder an die Arbeit ging, traf in Westdeutschland nach 1945 auf für sie günstige Konstellationen, war doch ihre antikommunistische Ausrichtung bald wieder gefragt. Unter dem Schutz der amerikanischen Besatzungsmacht konnte sich ein Fach re-etablieren, das glaubte, eine Auseinandersetzung mit seiner Vergangenheit nicht führen zu müssen (vgl. Weyer 1984a). Auch die zu stark belasteten Soziologen, die vorübergehend in anderen Bereichen »untergeschlüpft« (Kern 1982, 214) waren, konnten mit der Zeit wieder auftreten und ihre Ansprüche auf Repräsentation des Faches anmelden. Sie taten dies — ermuntert durch das Klima des Kalten Krieges und die Rechtstendenzen in den 50er Jahren — mit einer Vehemenz, die liberal eingestellte Kollegen, vor allem René König, erheblich beunruhigte und zu Gegenmaßnahmen veranlaßte, die nach verschiedenen Eklats innerhalb der DGS mit einem zaghaften Versuch der Vergangenheitsbewältigung Ende der 50er Jahre endeten. Diesen mußte die »liberale« Fraktion aber bereits aus einer Defensivposition führen, zu stark waren die — nun wieder mit Lehrstühlen oder Instituten ausgestatteten — »Rechten«. Dies waren keineswegs günstige Bedingungen für eine schonungslose Diskussion der »Soziologie im Faschismus«, so daß die — teilweise hinter verschlossenen Türen abgehaltenen und nicht protokollierten — Debatten dieser Zeit wenig zur Er-

hellung der Thematik beitragen.¹ Symptomatisch ist für diese Phase der 1959 von Heinz Maus verfaßte Überblicksbericht über die Soziologie im Faschismus, der zeigt, wie stark sich selbst dieser Kritiker anpassen mußte. Seine sehr materialreiche und lange Zeit einzigartige Dokumentation ist im Ton moderat; er versucht, durch Aufdecken von Forschungsnischen die Existenz auch unbelasteter Soziologie neben der NS-Soziologie nachzuweisen (Maus 1959).

Auch die in den 60er Jahren von der Studentenbewegung ausgelösten Diskussionen über die »braune« Vergangenheit der deutschen Universitäten haben zur Geschichte des geschichtslosen Faches Soziologie kaum fundierte Ergebnisse gebracht.² Ende der 60er Jahre schien sich das Problem von selbst zu erledigen: Eine neue, vom Faschismusverdacht freie Generation jüngerer Soziologen begann, das Bild des Faches zu prägen und sich den von der sozialliberalen Reformpolitik thematisierten Aufgaben zuzuwenden. Dennoch rückte schon ein Jahrzehnt später der Komplex »Soziologie und Faschismus« wieder in den Mittelpunkt des fachpolitischen Interesses, weil die als krisenhaft empfundene Situation der bundesdeutschen Soziologie die Frage nach den sie tragenden personellen und institutionellen Strukturen aufkommen ließ. Unter anderem der Verlauf der Institutionalisierung des Faches — von führenden Vertretern der Profession mit wachsendem »Unbehagen« (Kern 1982, 247) betrachtet — verweist zurück auf die nach 1945 gefällten Grundentscheidungen. Anders als in früheren Zeiten wird heute deutlich gesehen, daß 1945 kein Nullpunkt war,³ sondern die Entwicklung der bundesdeutschen Soziologie nur verständlich wird, wenn man ihre vielfältigen Traditionslinien zurückverfolgt. Eine wichtige Traditionslinie bildet dabei die während des Faschismus betriebene Soziologie, kann doch heute nicht mehr verschwiegen werden, daß die personelle und institutionelle Struktur der bundesdeutschen Soziologie in den 50er Jahren — ein Zeitraum, in dem bis heute nachwirkende Grundentscheidungen über die Richtung der Fachentwicklung gefällt wurden — zum Teil aus der Zeit des Faschismus stammt, sei es in Form von Instituten, die — teilweise unter neuem Namen — nach dem Krieg mit ähnlichen Forschungsschwerpunkten weiterbetrieben wurden, sei es in Form von Personen, die während des Faschismus wissenschaftlich sozialisiert worden waren und akademische Karriere gemacht hatten.⁴ Die zeitliche Distanz und die damit geringer gewordene Notwendigkeit zur Zurückhaltung erlaubt es der gegenwärtigen Forschung, der historischen Wahrheit näher zu kommen, als dies zuvor möglich war, und so die über dreißig Jahre tradierten Klischees zu widerlegen. Daß aber auch hinter der heutigen Diskussion um die Soziologie im Faschismus handfeste fachpolitische Interessen stehen, werden die folgenden Darstellungen zeigen.

2. Mosaiksteine zur Rekonstruktion der Fachgeschichte

Über dreißig Jahre lang konnte sich in der bundesdeutschen Soziologie die Vorstellung einer Nicht-Existenz der Soziologie im Faschismus halten, wie sie bereits kurz nach dem Krieg von v. Wiese behauptet worden und in den 50er Jahren von fast allen führenden Fachrepräsentanten — wenn auch in unterschiedlichen Nuancierungen — bekräftigt worden war.⁵ Der schon in den 50er Jahren offenkundige Widerspruch, daß König zwar einerseits behauptete, die

Soziologie sei »um 1933 brutal zum völligen Stillstand gebracht« (1958, 14) worden, zugleich aber das »Wiedereindringen zahlloser erwiesener Nationalsozialisten in den akademischen Lehrbetrieb« (1980, 189) energisch bekämpfte, fiel damals merkwürdigerweise niemandem auf. Als prototypisch für diese Form der Eliminierung einer zwölfjährigen Periode aus der Fachgeschichte und zugleich als Auslöser der heutigen Debatte kann ein 1979 veröffentlichter Aufsatz von M. Rainer Lepsius gelten.

2.1 Lepsius 1979: Traditionelle Klischees

Lepsius stellt in seinem ganz der traditionellen Fachgeschichtsschreibung verbundenen Aufsatz die These einer »faktische(n) Auflösung der Soziologie als wissenschaftliche(r) Disziplin in der Zeit des Nationalsozialismus« (26) auf und nennt dafür im wesentlichen drei Argumente: Erstens seien durch Emigration und Zwangsemeritierung zwei Drittel der Soziologie-Dozenten von den Hochschulen vertrieben und die fünf Zentren der Soziologie vor 1933 bis auf Leipzig somit »aufgelöst« (27) worden. Da zudem »kaum wissenschaftlicher Nachwuchs herangebildet werden konnte« (26) und »keine neuen sozialwissenschaftlichen Lehrstühle eingerichtet« (28) wurden, war der Soziologie das institutionelle Gerüst weitgehend genommen. Zweitens hätten sowohl die Fachzeitschriften als auch die akademische Standesvertretung DGS bald nach 1933 ihre Wirken einstellen müssen. Drittens habe der verbliebene Rest, der »angepaßte Soziologie« unter dem Titel »'völkische' und 'deutsche' Soziologie betreiben« wollte, letztlich den »Wissenschaftscharakter der Soziologie ... aufgelöst« (27). Lepsius versucht nachzuweisen, daß die vertretenen Konzepte ein Soziologieverständnis beinhalten, das schlicht als »unsoziologisch« bezeichnet werden kann: »Eine nationalsozialistische Soziologie ist jedoch nicht entstanden, und sie konnte schon deswegen nicht entstehen, weil der rassistische Determinismus der nationalsozialistischen Weltanschauung das Gegenprogramm einer soziologischen Analyse darstellte.« (28)

Lepsius' definitorische Ausklammerung der Soziologie im Faschismus beruht auf einer Reihe von fragwürdigen Voraussetzungen; denn zum einen rubriziert er unter Soziologie ausschließlich den akademisch institutionalisierten Teil dieser Disziplin, was zur Mißachtung aller nicht in diesem Kontext stattfindenden Sozialforschung — besonders in Forschungsinstituten — führt. Daraus resultiert unter anderem auch die Paradoxie, daß — so Lepsius — es nach Kriegsende »zwar keine Soziologie mehr, ... aber noch eine Reihe von Soziologen« (29) gab. Zum anderen mißt er die im Faschismus existierende Soziologie an einer Wissenschaftsdefinition (»Soziologie als Einzelwissenschaft der Strukturbedingungen des menschlichen Zusammenlebens«, 28), deren Legitimität nicht geklärt wird, die aber ebenso dazu dienen könnte, Soziologen wie René König (er sprach sich in den 50er Jahren gegen die Ermittlung von Gesellschaftsstrukturen aus) oder Theodor W. Adorno (er verstand Soziologie nie als Einzelwissenschaft) und andere aus dem disziplinären Kontext zu verweisen.

Hätte Lepsius vor zwanzig Jahren sich für die Zusammenfassung der gängigen Klischees des Beifalls seiner Kollegen gewiß sein können, so präsentierte

sich die bundesdeutsche Soziologie um 1980 ungewohnt debattierfreudig: Von verschiedenen Seiten wurden Einwände vorgebracht, wobei vor allem Schelskys heftige Replik großes Aufsehen erregte. Erste Hinweise kamen aus der Universität Münster, wo schwerpunktmäßig über die »sozialtechnologische ... Rolle der Soziologie im Dritten Reich« (Papcke 1980, 11) geforscht wurde.

2.2 Papcke 1980: Kritik der Legende

Sven Papcke war der erste, der neuartige Thesen zum Verhältnis von Soziologie und Faschismus vortrug und dabei das Selbstbild der Profession empfindlich ankratzte. Er zeigte anhand des 8. Soziologentages 1946 das Versagen der westdeutschen Soziologie vor ihrer jüngsten Vergangenheit. Schon auf diesem ersten Nachkriegssoziologentag dominierte die »Taktik des Reinwaschens« (7), so daß statt einer kritischen Diskussion über die Soziologie im Faschismus bald wieder deren (thematische wie personelle) Rehabilitierung betrieben wurde. Bereits 1946 habe sich gezeigt, daß »man nahtlos an die soziologischen Traditionen und ihre wissenschaftstheoretischen Grundmuster anknüpfen wollte« (8). Hatte Papcke so die Annahme einer grundlegenden Zäsur im Jahre 1945 in Frage gestellt, so bezweifelte er auch die These einer Vertreibung der Soziologie nach 1933: »Denn weder wurde die Soziologie in Deutschland verboten, noch läßt sich ... ableiten, daß alle Emigranten auch politische Gegner der Entwicklung im Lande gewesen seien ...« (9)⁶ Tatsächlich habe die Soziologie nach 1933, sofern sie »'systemkonform' auftrat« (10), weiterexistieren und sich für die Gesellschaft nützlich machen können; die damit verbundene »Indienstnahme« (10) durch den Faschismus sei der Soziologie nicht zum Problem geworden, da sie in ihrer gesamten (spezifisch deutschen) Tradition durch die »Betonung ihrer praktischen Unverbindlichkeit«, durch »realitätsferne Fragestellungen« (15) und die »Enthaltensamkeit gegenüber drängenden Tagesproblemen« (16) gekennzeichnet gewesen sei.

Papckes Ausführungen sind ein Plädoyer für eine Verankerung der Soziologie in demokratischer Verantwortung, um das Fach davor zu bewahren, zum Lieferanten von Sozialtechnologie für totalitäre Systeme zu werden (18f.). Daß die Soziologie im Faschismus in dieser Weise agierte, behauptet er mit bis dahin beispielloser Vehemenz, ohne allerdings lückenlose Belege zu liefern. So stellt er zum Beispiel fest, »daß die Soziologie, wenn auch oft unter anderer Bezeichnung, während des Dritten Reiches in vielen Bereichen der gesellschaftlichen Planung, Ordnungssicherung oder auch 'Sinnstiftung' voll in das System eingebunden worden ist« (11). Papckes Thesen, daß die deutsche Soziologie trotz ihrer irrationalen Tendenzen »ihre Rolle als sozialtechnologisches Werkzeug« (17) ausüben konnte und daß die »selbstverordnete 'Werturteilsenthaltensamkeit'«⁷ nebst dem daraus resultierenden untrübbar »gute(n) Gewissen« (18) Charakteristikum auch der westdeutschen Soziologie nach 1945 blieb, sind von einer Brisanz, die das bis dahin vorherrschende Selbstverständnis der bundesdeutschen Soziologie grundlegend in Frage stellen mußte. Von daher ist es plausibel, daß Helmut Schelsky als einer der Repräsentanten der Nachkriegssoziologie, der, anders als die beiden Emigranten Adorno und König, in die von Papcke geschilderten Prozesse selbst verweben war — und des-

halb von Lepsius auch attackiert worden war —, sich noch im selben Jahr zu Wort meldete, um das neue Geschichtsbild zu korrigieren.

2.3 Schelsky 1980: Vorwärtsverteidigung eines Betroffenen

Die naheliegende Vermutung, daß Schelsky seine Replik auf Lepsius dazu nutzen würde, alle Vorwürfe durch ein Wieder-Zudecken der Vergangenheit zu entkräften, erwies sich als falsch. Schelsky, der schon in früheren Publikationen mit erstaunlicher Offenheit auf die Existenz und die Leistungen der Soziologie im Faschismus hingewiesen hatte (1950, 1959), wählte den Weg der Offensive, wobei er weder fachliche Kontinuitäten noch die Existenz einer NS-Soziologie verschwieg. Seine Ausführungen sind, da sie eine Vielzahl von persönlichen, kaum jemals dokumentierten Erinnerungen enthalten, materialreich und informativ.

Schelskys Kontroverse mit Lepsius wurzelt bereits im methodischen Ansatzpunkt: er hält diesem eine Beschränkung »auf eine Vereins- und Lehrstuhlgeschichte des Faches ‘Soziologie’« vor, die »wichtige Tatbestände außer acht« (12) lasse. Zudem sei die Existenz einer wissenschaftlichen Disziplin Soziologie vor 1945 eine Fiktion, die aus der Rückübertragung des heutigen, professionellen Fachverständnisses in vergangene Phasen resultiere. Konsequenterweise müsse hieraus eine falsche Analyse der Soziologie in der Zeit von 1933 bis 1945 folgen.

Schelskys Aussagen weisen allerdings eine eigentümliche Widersprüchlichkeit auf: Einerseits rekurriert er auf seine 1959 geäußerte These, »daß die Thematik unserer Soziologie zu dieser Zeit [vor 1933, J.W.] selbst am Ende war (5) und der Faschismus daher das ohnehin »belanglos(e)« (13) Fach schlicht habe eingehen lassen. Andererseits steht neben dieser Behauptung der Belanglosigkeit der Soziologie der Versuch einer positiven Würdigung vor allem der Leistungen der »Leipziger Schule«,⁷ womit sich auch eine persönliche Rechtfertigung verbindet. Lepsius hatte eine Schrift Schelskys zitiert und so den Eindruck erweckt, dieser gehörte der »deutschen« (sprich: dem Faschismus ergebenen) Schule der Soziologie an (Lepsius 1979, 55). Schelsky, der aus seinem »Bekenntnis zum Nationalsozialismus als Student nie einen Hehl gemacht« (Schelsky 1980, 34) hat, sieht sich durch dieses Wiederaufwärmen einer Jugendsünde verleumdet und versucht, das so entstandene Bild seiner Person wie auch der deutschen Soziologie zu korrigieren, wobei er sich auf das Leipziger Institut und dessen Leiter Hans Freyer konzentriert. Neben den von Schelsky so titulierten »Scharfmachern« (15) Gunter Ipsen und Reinhard Höhn, die mit Vehemenz die Gleichschaltung der Soziologie betrieben, steht Freyer in diesen Beschreibungen in vergleichsweise positivem Licht. Seine persönliche Integrität sei schon dadurch bewiesen, daß er die Chance, die »Führerschaft« der (DGS-) Soziologie zu übernehmen, ungenutzt ließ und somit Schlimmeres verhinderte. Schelsky behauptet, »daß es ohne die sehr persönliche Entscheidung Hans Freyers eine ‘nationalsozialistische Soziologie’ gegeben hätte« (29). Freyer sei zudem bereits 1938 in die »innere Emigration« (ebd.) gegangen. Die besondere Leistung der Leipziger Schule — in diesem Zusammenhang weist Schelsky auf die Rolle Arnold Gehlens hin — sei jedoch die nach 1933 vollzogene »Zäsur

von der idealistischen Philosophie zur empirischen Anthropologie und Soziologie« (20) gewesen. Durch diese bisher kaum anerkannte Modernisierungsleistung seien »innerdeutsche Voraussetzungen der Eingliederung [der bundesdeutschen Soziologie, J.W.] in die 'internationalisierte' Soziologie nach 1945 längst geschaffen« (20) worden.

Schelsky hat mit diesen Ausführungen insofern Vorwärtsverteidigung betrieben, als er nicht nur die Angriffe Lepsius' — und indirekt auch Papckes — zurückgewiesen, sondern zugleich die Gelegenheit genutzt hat, dem sich entwickelnden historisch-kritischen Geschichtsbild eine Interpretation entgegenzustellen, die das während des Faschismus Geleistete als positive Fachtradition zu integrieren versucht. Königs Vermutung, »daß Schelsky von neuem eine Diskussion 'provizieren' wollte« (1982, 548), um daraus möglicherweise eigenen fachpolitischen Gewinn zu schlagen, erscheint somit nicht ganz abwegig. Betrachtet man den mit Schelskys Publikation erreichten Diskussionsstand, so wird deutlich, daß neben persönlichen Erinnerungen, Lehrstuhltabellen und Kontinuitätsthesen auch Informationen über die Inhalte der während des Faschismus betriebenen Soziologie vonnöten waren, wollte man sich ein klares Bild verschaffen. Einen ersten Anlauf zur systematischen Sichtung des Materials unternahm eine Göttinger Autorengruppe um Michael Neumann, deren Publikation trotz ihrer Umstrittenheit einen wichtigen Entwicklungsschritt der Debatte markiert.

2.4 Bergmann und andere 1981: Provokante Thesen

Waltraud Bergmann u.a. lehnen es ab, die Soziologie im Faschismus »als unwissenschaftlich abzutun« (11), weil der Charakter dieser Soziologie »sich nicht im 'völkischen' Vokabular« (22) erschöpfe. Sie legen ihrer Analyse vielmehr die Einschätzung zugrunde: »Wie der Faschismus eine extremistische Form bürgerlicher Herrschaft darstellt, so ist die Soziologie im Faschismus eine Form der bürgerlichen Wissenschaft.« (11) Auf dieser Grundlage bestimmen sie thesenartig die politische Funktion der Soziologie, »Herrschaftswissen« (22) bereitzustellen und die Machtverhältnisse ideologisch zu legitimieren (22f., 51f.). Ein kurzer Rückblick zur Entwicklung vor 1933 soll illustrieren, daß in der deutschen Sozialwissenschaft schon lange vorher Tendenzen angelegt waren, die sie in diesem Sinne »gleichschaltbar« (19) machten und den »nahtlose(n) Übergang« (22) in den Faschismus ermöglichten.

Wie die deutschen Soziologen sich in den Dienst des Faschismus stellten und wieweit sie dabei auf Vorarbeiten aus der Zeit vor 1933 zurückgreifen konnten (etwa in der Volkskunde, 40f.), zeigen die Autoren in fünf Kapiteln, in denen verschiedene Arbeitsschwerpunkte der Soziologie vorgestellt und die entsprechende Primärliteratur analysiert wird. Die Einschätzungen zur Person Freyers sind denen Schelskys vollkommen entgegengesetzt: Freyer erscheint hier als Repräsentant einer Soziologie, »deren wissenschaftliche Programmatik darauf abzielte, Ideologie und Politik des Nationalsozialismus zu unterstützen, ja 'wissenschaftlich' zu belegen« (38). Gezeigt wird, wie Freyer die »Mythologisierung des Bauerntums« (33) mitbetrieb oder wie er Konzepte zur »politische(n) Erziehung im Sinne des Nationalsozialismus« entwarf. Auch seine

Teilhabe an der Konstruktion des »Führermythos« (59) und an dem Versuch, »Herrschaft als Naturtatsache« (60) zu begründen, stellt Freyer in eine Reihe mit all den Soziologen, deren Interesse es war, »faschistische Politik zu legitimieren« (52). Dies sind sicherlich Thesen, die noch genauer belegt werden müßten, als es in dieser das Thema bewußt nur »aufschließend(en)« (21) Publikation möglich sein konnte. Zum Teil haben Bergmann u.a. es ihren Kritikern zu leicht gemacht; beispielsweise ist der Versuch, den produktivitätssteigernden und integrationistischen Charakter der Arbeitswissenschaft nachzuweisen, nur bedingt gelungen (72ff.).

2.5 Klingemann 1981: *Detaillierte Recherchen*

Hatte Schelsky die immanenten Widersprüche von Lepsius' Argumentation aufgedeckt, so bildet Carsten Klingemanns Untersuchung »einer ganzen Phalanx von apodiktischen Urteilen« (273) eine materialreiche und scharfsinnige Widerlegung vor allem der Schelskyschen Thesen. Durch Gegenüberstellung verschiedener Schelsky-Zitate gelingt es ihm, die »Unhaltbarkeit« der These nachzuweisen, die Soziologie sei 1933 selbst am Ende gewesen. Klingemann macht demgegenüber eine »ungebrochene Potenz der deutschen Soziologie« (282) vor 1933 aus, die deren — auch von Schelsky gerühmten — Leistungen während des Faschismus erklären hilft. Er zeigt ebenfalls, wie schon »lange vor 1933« die »ideologisch-politische Selbstentsicherung der deutschen Soziologie gegenüber der totalen Mystik und Realpolitik« (289) vonstatten ging, die einen reibungslosen Übergang zum Faschismus ermöglichte.

Klingemann präsentiert eine Reihe von Fakten, die ein Interesse des faschistischen Staates an der Soziologie dokumentieren, die allerdings noch nicht ausreichen, um die »Annahme eines tendenziell größeren Bedarfs an sozialwissenschaftlicher Forschung und Lehre und deren politisch-administrativer Anwendung im Dritten Reich« (277) abschließend zu belegen.⁸ Er zeigt aber, daß es nicht nur eine »Weiterexistenz sozialwissenschaftlicher Forschung« (274) gab, sondern daß zudem eine Reihe neuer Institute gegründet wurde (z.T. überdauerten sie das Jahr 1945), die sich in den Dienst des Faschismus stellten, ohne daß dadurch — wie Lepsius behauptete — der Wissenschaftscharakter der Soziologie aufgegeben wurde. Vielmehr habe sich ein »unvermeidbarer innerwissenschaftlicher Modernisierungsprozeß« (283) vollzogen, der schließlich sogar die »Amerikanisierung« der westdeutschen Soziologie nach 1945 »beschleunigte« (294).⁹ Klingemann kann — gegen Lepsius und Schelsky — behaupten: »Es hat eine nationalsozialistische Soziologie gegeben ...« (287). Interessant ist auch hier die Wertung Freyers, dem Klingemann »Affinität zum Nationalsozialismus« (288) bescheinigt und den er als »Mentor« (279) des »berühmt-berühmte(n)« (287) Karl-Heinz Pfeffer vorstellt.

Es ist verständlich, daß auf die Thesen der Göttinger Gruppe und Klingemanns eine Reaktion erfolgen mußte, zu deutlich waren das Image des Faches wie auch die Glaubwürdigkeit bisheriger Fachgeschichtsschreibung angeschlagen.

2.6 Lepsius 1981: Korrektur des lädierten Fachprofils

Noch in derselben Sammelpublikation, in der Klingemanns Beitrag erschienen ist, unternahm Lepsius als Herausgeber neuerliche Kursbestimmungen. In Opposition zu Schelsky behauptet er, daß die Soziologie gegen Ende der Weimarer Republik keineswegs am Ende war, sondern im Gegenteil »eine lebhaft und breite Entwicklung« (I, 17) zeigte. Schelskys »Nichtwahrnehmung der neuen Impulse am Beginn der dreißiger Jahre« sei »eine Fehleinschätzung der Wissenschaftsgeschichte« (II, 468). Der Faschismus habe durch die massive Vertreibung von Sozialwissenschaftlern die Soziologie »besonders stark« (I, 17) getroffen und den »Abbruch« (II, 456) bestimmter Wissenschaftstraditionen bewirkt. Insofern begreift Lepsius »die politische Intervention« als eine »Selektion wissenschaftsgeschichtlicher Orientierungen« (I, 17), als deren Resultat zwar eine »Soziologie unter dem Nationalsozialismus« (I, 19) entstand — Lepsius nennt diese Feststellung neuerdings »trivial« (18) —, die sich aber durch »'anti-soziologische' Erkenntnisprogramme« (19) auszeichnete. Unter erneuter Zugrundelegung seiner exklusiven Soziologiedefinition (I, 18) kann Lepsius wiederum die NS-Soziologie als unsoziologisch klassifizieren, weil sie paradigmatisch »einseitig beschränkt« war und die »im engeren Sinne sozialwissenschaftlichen Paradigmen ... verfielen« (II, 468). Lepsius behauptet — im Gegensatz zu Klingemann —, daß die NS-Soziologie durch eine »Abwehr der Modernisierung« (I, 19) charakterisiert war und daß sie keine soziologische Analyse vertreten habe, denn: »Nicht alles, was sich der Beschreibung und Erklärung [sic!] sozialer Phänomene zuwendet, ist deswegen schon Sozialwissenschaft. Nicht der Gegenstandsbereich bestimmt eine Wissenschaft, sondern die Fragestellung.« (II, 468) Da aber die Fragestellung der NS-Soziologie sich nicht mit Lepsius' Erkenntnisprogramm deckt, kann er seine These wiederholen: »In diesem Sinne bedeutet die Machtergreifung des Nationalsozialismus auch das Ende der Soziologie.« (Ebd.)

Betrachtet man die Beiträge des Sammelbandes, so ist eine Tendenz zur Verharmlosung unverkennbar, wenn etwa Elfriede Übner — ganz der Faszination Freyers und seiner Gedankenwelt erlegen — dessen Einordnung »als Wegbereiter faschistischen Denkens« (151) auf ein Problem der »Semantik wissenschaftlicher Begriffe« (152) und daraus entstehende Unklarheiten zurückführt. Prototypisch für den von Schelsky initiierten neuen Stil des Umgangs mit der Soziologie im Faschismus ist jedoch der Beitrag von Hans Linde zur Leipziger Soziologie.¹⁰

2.7 Linde 1981 und Schelsky 1981: Rehabilitation der Leipziger Schule

Hans Linde versucht, mit Hilfe von persönlichen Erinnerungen aus seiner Leipziger Studienzeit Material zusammenzutragen, das Freyer entlasten und entstandene »Mißverständnisse und Irrtümer« (117) aus dem Weg räumen soll. Freyers »Distanz« (120) zur »völkischen« Soziologie — die vor allem von seinem Assistenten und späteren Lehrstuhlvertreter Karl-Heinz Pfeffer propagiert wurde — wie auch zum NS-System insgesamt zeige sich beispielweise an der Tatsache, daß er Heinz Maus 1937 bei der Gestapo »herausgepaukt« (112) habe. Anhand solcher Details zeichnet Linde ein neues Profil Freyers, der

demnach den NS-Staat innerlich abgelehnt habe, aufgrund seiner Persönlichkeitsstruktur zur letzten Konsequenz aber nicht fähig gewesen sei (124). So habe Freyer sich nach 1933, als die Soziologie sowohl den »Verlust ihrer Identität« als auch »die Amputation des soziologischen Denkens« (115) hinnehmen mußte, enttäuscht aus der Soziologie und aus Leipzig zurückgezogen. Damit sei er zugleich — offensichtlich an ihn herangetragen — »eindeutig ideologischen Erwartungen und Ansinnen« (116) ausgewichen. Neben dieser Abstinenz Freyers gegenüber einem von Linde nicht näher charakterisierten Angebot¹¹ soll auch Freyers wissenschaftstheoretische Orientierung den Beweis seiner Integrität erbringen. Linde behauptet, »daß die ältere Leipziger Soziologie ... — Freyer, Ipsen, Fischer — in erster Linie Soziologie in der Nachfolge von Hegel und/oder Marx war« (111) und die völkische Terminologie lediglich eine durch äußere Umstände aufgezwungene »Transkription« (112) Marxscher Thesen in den »Jargon der Zeit« (121) darstellte.¹² Die »Leipziger Soziologie Freyers« habe durchaus »aktuellen Stellenwert« (125), den es wiederzuentdecken und für die heutige Fachdiskussion nutzbar zu machen gelte, um »die Soziologie aus [der] Sackgasse herauszumanövrieren« (126).

Hatte Linde damit eine weitgehende Rehabilitation Freyers vollzogen, so geht Schelsky noch einen Schritt weiter, indem er einen direkten Vergleich von Freyer und Helmuth Plessner¹³ vornimmt. Die leitende Fragestellung ist dabei: »Wer hat denn nun, unabhängig von politischen Äußerungen und ihrer aktuellen politischen Verwertung, eigentlich 'Demokratie' gelebt ...?« (139) Plessner erscheint in Schelskys Darstellungen als »völlig 'undemokratischer' Autokrat« (139), der, »hätte ihn seine jüdische Abkunft nicht daran gehindert, ein wissenschaftlich autokratischer Vertreter der nationalen Wissenschaftsherrschaft geworden wäre« (143). Zweifellos ein grober Klotz.

Dagegen wird Freyer als ein Mann dargestellt, der »wissenschaftliche Toleranz« (143) walten ließ und als »unauffällige Autorität« (144) wirkte. Als »totaler Nicht-Aktivist« (149) habe er, obwohl »wichtigste(r) Ratgeber für die deutsche militärische Repräsentanz in Budapest«, zu der er in »vertrauensvollem Kontakt« (150) stand, nie Verbindungen zur SS oder zur NSDAP aufgenommen (151) und so in seiner »Funktion des 'Bremsers' nazistischer Radikalität« (152) Ungarn vor dem Schicksal einer Besetzung durch die SS bewahrt. Diese ungläublichen Kapriolen sind absurd.

Die Vermutung, daß Schelskys Angriffe auf Plessner eigentlich auf René König zielten und somit eine neue Runde der Auseinandersetzungen zwischen diesen beiden Fachrepräsentanten einläuteten, wird dadurch erhärtet, daß König stellvertretend für Plessner reagierte.

2.8 König 1982: *Antifaschist in Aktion*

René Königs Anliegen, das er nur »nach langem Zögern und Nachdenken« vorbringt, ist es, Plessner gegen die »grobe Entgleisung« von Schelsky in Schutz zu nehmen und »den Zeichen der nationalsozialistischen Legendenbildung nachzugehen« (538), um rechtzeitig vor möglichen Fehlentwicklungen zu warnen. Er macht auf die »Ungenauigkeiten« (539) der Schelskyschen Ausführungen und seinen Messen mit »zweierlei Maßen« (541) aufmerksam und

wirft ihm vor, in »böartige(r) Absicht« (541) das Bild Plessners verfälscht zu haben. — Während König sich in seinem Beitrag zu Lepsius' Sammelband von 1981 noch weitgehend aus der Debatte herausgehalten hatte, kämpft er nun mit harten Bandagen. In dem Begriff »Erfolgsverweigerung«, mit dem Schelsky die erzwungene Emigration Plessners begründet, sieht König einen »unerträgliche(n) Zynismus«; Schelskys Aussagen seien »beleidigend« und »würdelos« (545). Freyer attestiert er für die Zeit von 1933 bis 1945 »ein feiges Ausweichen vor der Wirklichkeit« (ebd.). Indirekt wird Schelsky sogar mit Nazi-Ideologien in Verbindung gebracht (546). Königs grobe, aber sicherlich nicht unberechtigte Polemik hat ihre Gründe: Ihm ist Schelsky als derjenige in Erinnerung, der die Ex-Nazis nach 1945 propagierte und »fast alle hintenherum wieder in akademische Lehrstellen gebracht« hat (1980, 189). Es ist kaum zu bezweifeln, daß König ein zuverlässiges Gespür für die demokratische Qualität der bundesdeutschen Soziologie besitzt. Wenn er sich genötigt sieht, seinen Artikel mit dem Titel »Die alten Geister kehren wieder« zu überschreiben, so sollte dies Anlaß zum Nachdenken über den gegenwärtigen Stand und die Perspektiven der bundesdeutschen Soziologie sein.

2.9 Jaeggi und andere 1983: Soziologen — Täter oder Opfer?

Ein solches Nachdenken über Entwicklung und Stand der bundesdeutschen Soziologie findet sich in dem von Urs Jaeggi herausgegebenen Sammelband. Jaeggi bezeichnet in dem von ihm beigesteuerten Essay »Unordnung und Symmetrie« die »Rückerinnerung« an die Phase 1933 bis 1945 als »notwendig, weil ein Fach zu früh, zu rasch und ohne triftige Gründe heute entweder instrumentalisiert oder ausgebrannt scheint« (19), formuliert diese These allerdings wie vieles andere in Frageform. Seine eigene Rückbesinnung — als Angehöriger der Nachkriegs-Soziologengeneration — bezieht sich jedoch im wesentlichen auf die Phase nach 1968, in der er selbst Soziologie als den »Versuch, verzweifelte Antworten auf die eigene Zerrissenheit und die Zerrissenheit der Gesellschaft ... zu finden« (33) erlebte.

Wir konzentrieren uns auf den Beitrag von Thomas Hahn »Industriesozio-
logie als Wirklichkeitswissenschaft?«, der sich ausführlich mit der Entwicklung der industriellen Sozialforschung bis 1933 und den Konsequenzen des nationalsozialistischen Arbeitsethos für die Gegenstandswahl der Betriebssoziologie befaßt. Am Beispiel von Götz Briefs zeigt er dessen »Eklektik gegenüber dem Nationalsozialismus« (202), die ihn »anfällig« (204) für die Nazi-Versprechungen einer neuen sozialen Betriebsordnung machte. Da die Nazis mit einem »Sinnstiftungsversprechen« auftraten, das die positive Lösung bestehender sozialer Probleme anbot, konnte Briefs »kaum den manipulativen Charakter der Sinnstiftung ... erkennen« (250). Überdies mußte die Industriesozio-
logie auf ihre »klassischen ... Arbeitsbereiche« (253) verzichten, weil der Nationalsozialismus mittels seiner Ideologie eine »politische Vorgabe des Erkenntnisobjektes« (251) vornahm und mit diesem »paradigmatische(n) Eingriff« (ebd.) Themen der Soziologie definierte und andere ausgrenzte. Er tat dies unter anderem deshalb, um die aufklärerische Funktion der Soziologie auszuschalten (256) — Faschismus und Wissenschaft stehen sich somit partiell unversöhnlich gegen-

über (vgl. 227). Gegen die Gefahr, daß die Soziologie angesichts der realen Verhältnisse im Faschismus kritische Analysen hätte vorbringen können, hatte sich das System also »mit wissenschaftspolitischen Vorgaben zur Deutung der gesellschaftspolitischen Entwicklung schon frühzeitig abgesichert« (251).

Der Befund ist problematisch: In seiner Konsequenz erscheinen die Soziologen eher als Opfer denn als Täter; problematisch ist auch die Genese des Befunds: Hahn hat nach eigenen Angaben die Situation der Betriebssoziologie während des Faschismus »nicht materialhinreichend überprüfen können« (255), was erklärlich macht, daß seine Überlegungen kaum aus Primärmaterial gewonnen sind (wie auch die Darstellung der faschistischen Betriebssoziologie nur wenige Seiten des voluminösen Artikels umfaßt) und somit eher den Charakter von Hypothesen tragen. Der Schwerpunkt des Artikels liegt vielmehr auf der Darstellung des nationalsozialistischen Arbeitsethos, während die Verbindung zur Soziologie nur an wenigen Stellen angedeutet wird (225, 231 u.a.).

3. Resümee: Stand und Ertrag der Debatte

Es ist deutlich geworden, daß die Auseinandersetzung über die Soziologie im Faschismus zu einem großen Teil von fachpolitischen Motiven geleitet wird. Das nicht mehr zu unterdrückende Wissen über die Existenz und den politischen Charakter der faschistischen Soziologie hat zu einer Gegenoffensive der Kräfte geführt, die an einer Rehabilitation der einschlägigen theoretischen Orientierungen und ihrer Vertreter interessiert sind. Aufgabe fortschrittlicher Soziologen ist es in dieser Situation, die von einer »Wende« im gesamtgesellschaftlichen Maßstab begleitet wird, die aktuelle politische Funktion solcher theoretischen Orientierungen herauszuarbeiten, die sich am Vorbild Freyers und anderer orientieren. Zum anderen muß es Aufgabe bleiben, die Geschichtsverfälschungen durch detaillierte Recherchen zu widerlegen und mit fundiertem Wissen sich aktiv an der Debatte zu beteiligen.

Anmerkungen

- 1 So fand z.B. Ende Oktober 1960 im Jagdschloß Niederwald eine interne Arbeitskonferenz statt, zu der nur führende Fachvertreter geladen waren. Aufgabe dieser Aussprache war es — so Otto Stammer, der damalige DGS-Vorsitzende — »die in unserer Gesellschaft [der DGS, J.W.] aufgetretenen Spannungen, die sowohl politisch-ideologischer als auch wissenschaftstheoretisch-bildungspolitischer Art sind, zu mildern« (Tätigkeitsbericht, Mitgliederversammlung der DGS, 20.10.1961, 1f.). Hierzu siehe ausführlich: Weyer 1984a.
- 2 Siehe Haug 1977; dort weitere Literaturangaben.
- 3 Die Nullpunkt-These wird u.a. vertreten bei Neuloh 1978, 36f., und Lepsius 1979, 29.
- 4 Nur einige wenige Beispiele: Das Frankfurter Soziographische Institut existierte bereits seit 1940 (vgl. Klingemann 1981, 287), die Dortmunder Sozialforschungsstelle baute auf schon ab 1935 bestehenden Vorgängerinstituten auf (vgl. Weyer 1984b). Personell sind Kontinuitäten u.a. bei Schelsky, Pfeffer, Gunter Ipsen, Karl Valentin Müller festzustellen (vgl. Braunreuther/Steiner 1962, 49ff.).
- 5 Von Wiese 1946, 3f.; v. Wiese 1959, 18f.; Adorno 1959, 257; König 1958, 14.
- 6 Das bekannteste Beispiel für eine Zwangs-Emigration trotz politischer Übereinstimmung mit dem Faschismus ist Theodor Geiger, vgl. Braunreuther/Steiner 1962, 54.
- 7 Dieser Begriff ist nicht ganz unproblematisch, zur Kennzeichnung der unter Freyers Lei-

- tion am Leipziger Institut betriebenen Soziologie trotz deren — möglicherweise — partieller Inkohärenz aber durchaus praktikabel.
- 8 Klingemanns neueste Publikation (1984) kommt mit ihrem Materialreichtum diesem Ziel bereits einen wesentlichen Schritt näher.
 - 9 Zur Modernisierungsthese siehe auch Bartsch/Schuster 1984 und Klingemann 1984. Etwas irreführend ist in diesem Zusammenhang die Verwechslungsmöglichkeit mit der Dahrendorfschen These, der Faschismus als solcher habe durch seine soziale Revolution den Sprung in die Modernität bewirkt (siehe Dahrendorf 1974, 415ff.). Klingemann und Bartsch/Schuster meinen mit Modernisierung hingegen eine durch die Produktivkraftentwicklung gegebene objektive Notwendigkeit zur Weiterentwicklung des wissenschaftlichen Instrumentariums, die — im Gegensatz zu bisherigen Behauptungen — auch während des Faschismus nicht außer Kraft gesetzt worden sei. Die Verwendung des Begriffes »Modernisierung« für beide Kontexte ist daher etwas unglücklich.
 - 10 Um ein mögliches Mißverständnis auszuräumen: Ich will keineswegs behaupten, daß alle Artikel von dieser Tendenz geprägt sind. Das Interview mit Ernst Manheim (308ff.) zeigt z.B. andere Seiten Freyers, obwohl dieser auch dort gegen den Vorwurf in Schutz genommen wird, er sei Wegbereiter des Faschismus gewesen (313). Königs — sich teils in Nebensächlichkeiten verlierender — Bericht über die Berliner Soziologie um 1930 (24ff.) kann ebenfalls nicht unter die beschriebene Tendenz subsumiert werden, präsentiert er doch — ungewollt — ein plastisches Bild des Versagens der Soziologie vor dem Faschismus.
 - 11 Wenn es die DGS-Führerschaft gewesen sein sollte, so sei darauf hingewiesen, daß Freyer noch 1936 als Führer der DGS auftrat; vgl. Klingemann 1981, 288.
 - 12 Dieses Argument ist auf der Ebene der Terminologie schlecht zu widerlegen; beweiskräftig ist in diesem Fall nur eine detaillierte Inhaltsanalyse, die etwa im Fall der Freyerschen »Revolution von rechts« (1931) kaum zu den Ergebnis kommen kann, daß hier in fremde Wort-hülsen verkleidete Marxsche Gedankengänge vorliegen.
 - 13 Plessner, von Hause aus eher Philosoph als Soziologe, war Professor in Köln gewesen, bevor er 1936 nach Holland emigrieren mußte. 1951 kehrte er auf einen Lehrstuhl nach Göttingen zurück. Von 1955 bis 1959 war er Vorsitzender der DGS.

Literaturverzeichnis

- Adorno, Th.W., 1959: Zum gegenwärtigen Stand der deutschen Soziologie. In: KZS 1959, 257ff.
- Bartsch, M., und H. Schuster 1984: Industriesoziologie im Nationalsozialismus. In: SW 1/1984.
- Bergmann, W., u.a. 1981: Soziologie im Faschismus 1933-1945. Darstellung und Texte. Köln
- Braunreuther, K., und H. Steiner 1962: Zur Situation der bürgerlichen Soziologie in Westdeutschland. In: K. Braunreuther (Hrsg.), Zur Kritik der bürgerlichen Soziologie in Westdeutschland. Berlin/DDR 1962, 9ff.
- Dahrendorf, R., ³1974: Gesellschaft und Demokratie in Deutschland. München
- Freyer, H., 1931: Revolution von rechts. Jena
- Haug, W.F., ⁴1977: Der hilflose Antifaschismus. Zur Kritik der Vorlesungsreihen über Wissenschaft und NS an deutschen Universitäten. Köln
- Hinrichs, P., 1981: Um die Seele des Arbeiters. Arbeitspsychologie, Industrie- und Betriebssoziologie in Deutschland 1871-1945. Köln
- Jaeggi, U., u.a. 1983: Geist und Katastrophe. Studien zur Soziologie im Nationalsozialismus. Berlin/West
- Kern, H., 1982: Empirische Sozialforschung. Ursprünge, Ansätze und Entwicklungslinien. München
- Klingemann, C., 1981: Heimatsoziologie oder Ordnungsinstrument? Fachgeschichtliche Aspekte der Soziologie in Deutschland zwischen 1933 und 1945. In: Lepsius 1981, 273ff.
- ders., 1984: Vergangenheitsbewältigung oder Geschichtsschreibung? Unerwünschte Traditionsbestände deutscher Soziologie zwischen 1933 und 1945. In: S. Papcke (Hrsg.), Ordnung und Theorie. Beiträge zur Geschichte der Soziologie in Deutschland. Darmstadt
- König, R. (Hrsg.), 1958: Soziologie (Fischer-Lexikon). Frankfurt/M.
- ders., 1980: Leben im Widerspruch. Versuch einer intellektuellen Autobiografie. München
- ders., 1982: Die alten Geister kehren wieder ... Helmuth Plessner zum 90. Geburtstag am 4. September 1982. In: KZS 1982, 538ff.

- Lepsius, M.R., 1979: Die Entwicklung der Soziologie nach dem Zweiten Weltkrieg 1945 bis 1967. In: G. Lüschen (Hrsg.), Deutsche Soziologie nach 1945 (Sonderheft 21 der KZS), Opladen
- ders. (Hrsg.), 1981: Soziologie in Deutschland und Österreich 1918-1945. Materialien zur Entwicklung, Emigration und Wirkungsgeschichte (Sonderheft 23 der KZS). Opladen
- ders., 1981a: Einleitung. Die Soziologie der Zwischenkriegszeit: Entwicklungstendenzen und Beurteilungskriterien. In: ders. 1981, 7ff. (im Text als I bezeichnet)
- ders., 1981b: Die sozialwissenschaftliche Emigration und ihre Folgen. In: ders. 1981, 461ff. (im Text als II bezeichnet)
- Linde, H., 1981: Soziologie in Leipzig 1925-1945. In: Lepsius 1981, 102ff.
- Maus, H., 1948: Geschichtsphilosophie und Soziologie. In: L.H.Ad. Geck u.a. (Hrsg.), Studien zur Soziologie. Festgabe für L.v.Wiese, Mainz, 49ff.
- ders., 1959: Bericht über die Soziologie in Deutschland 1933 bis 1945. In: KZS 1959, 72ff.
- Neuloh, O., 1978: Die Sozialforschungsstelle Dortmund als Modell für die Entwicklung der sozialwissenschaftlichen Forschung seit 1945. In: Gesellschaft zur Förderung der Sozialforschung in Dortmund e.V., Dortmund, 33ff.
- Papcke, S., 1980: Die deutsche Soziologie zwischen Totalitarismus und Demokratie. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament B 20/80 (17. Mai 1980), 3ff.
- Schelsky, H., 1950: Lage und Aufgaben der angewandten Soziologie in Deutschland. In: SW 1950/51, 3ff.
- ders., 1959: Ortsbestimmung der deutschen Soziologie. Düsseldorf, Köln
- ders., 1980: Zur Entstehungsgeschichte der bundesdeutschen Soziologie. Ein Brief an Rainer Lepsius. In: ders., Rückblicke eines »Anti-Soziologen«. Opladen 1981, 11ff. (wird wegen der Erstveröffentlichung in der KZS 1980 hier als Schelsky 1980 zitiert)
- ders., 1981: Die verschiedenen Weisen, wie man Demokrat sein kann. Erinnerungen an Hans Freyer, Helmut Plessner und andere. In: ders., Rückblicke eines »Anti-Soziologen«, Opladen, 134ff.
- Weyer, J., 1984a: Die Entwicklung der westdeutschen Soziologie von 1945 bis 1960 in ihrem institutionellen und gesellschaftlichen Kontext. Berlin/West
- ders., 1984: Die Forschungsstelle für das Volkstum im Ruhrgebiet (1935-1941). Ein Beispiel für Soziologie im Faschismus. In: SW 1/1984
- ders., 1984c: Die Last der Vergangenheit. Neuere Publikationen zur Geschichte der deutschen Soziologie. In: Leviathan
- Wiese, L.v., 1946: Erstes Vorwort, in: Verhandlungen des Achten Deutschen Soziologentages vom 19. bis 21. September in Frankfurt/M., Tübingen 1948, 1ff.

Abkürzungen:

KZS = Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie

SW = Soziale Welt



Ökonomie der Alternativen — Alternativen der Ökonomie

Diskussion um eine rot-grüne Wirtschaftspolitik. Mit Beiträgen von Bahro, Beckenbach, Berger, Prieue, Voy

Argument-Sonderband AS 104, 1984
17,60/f.Stud.14,60 DM (Abo: 14,60/12,60)

Frieder O. Wolf

Ausstieg, Umgestaltung oder Umwälzung?

Chancen und Illusionen grüner Wirtschaftspolitik

»Grüne Wirtschaftspolitik« ist schwer zu fassen. Sie ist weder als eine *Praxis* in fertiger Gestalt greifbar, noch gibt es eine theoretisch umrissene *Programmatik* für eine solche Praxis. Sie ist aber auch keineswegs die beliebig formbare Kopfgeburt einer Anzahl zunächst wachstums- und technokratiekritischer Intellektueller (und der von ihnen hervorgebrachten theoretischen Literatur, vgl. Berger u.a. 1982), als die sie sowohl von Exponenten als auch von Kritikern immer wieder begriffen wird.¹ Es geht auch nicht an, durch imaginär ausgeklügelte — etwa »ökosozialistische« — Synthesen eine solche fertige Gestalt grüner Praxis und Programmatik vorzuspiegeln, ohne die materiellen Faktoren und Tendenzen untersucht zu haben, die die bisherige Entwicklung von Praxen und Programmatiken in diesem Problemfeld bestimmt haben.

1. Der Gegenstand einer »grünen Wirtschaftspolitik«

Eine solche Untersuchung — deren Gegenstand nichts anderes wäre als der unter unseren Augen sich praktisch vollziehende Prozeß der Spaltung und Verknüpfung unterschiedlicher naturwüchsiger gesellschaftlicher Oppositionsbewegungen gegen die Krisenlösungsstrategien des herrschenden kapitalistischen Weltsystems² und die Wirkungsweise zentraler ideologisch-politischer Einsätze sowohl der dominanten ideologischen Mächte als auch der subversiven ideologischen Prozesse — kann den nicht unwichtigen Umstand zum Ausgangspunkt nehmen, daß die These von der Existenz eines Gegenstandsbereiches, für den der Begriff »Wirtschaftspolitik« steht, selbst bereits ein grundlegender politisch-ideologischer Eingriff ist: Einen eigenständigen Gegenstandsbereich der Wirtschaftspolitik »gibt es« erst in der Perspektive des militärisch-keynesianischen »Staatsinterventionismus« (vgl. Altwater 1972). Weder für die ungebrochen neoliberale Ideologie eines »Kapitalismus *sans phrase*« — für den es »private Unternehmerinitiative« und »Marktkräfte« gibt — noch für die Zielvorstellungen des klassischen Kommunismus — für den sich in der »klassenlosen Gesellschaft« *alle* Politik in eine »Verwaltung von Sachen« auflöst (vgl. Balibar 1983), macht die Vorstellung einen Sinn, einen Gegenstandsbereich zu gestalten, der die Einwirkung des Staates auf die autonomen Entscheidungsprozesse der kapitalistischen Unternehmungen zum Inhalt hat.

Wenn wir also nicht von vornherein den Gegenstand unserer Untersuchung in unzulässiger Weise verkürzen wollen, können wir auch nicht ohne weiteres unterstellen, daß die »fertige Gestalt« an Programmatik und Praxis, auf die hin sich die »grüne Wirtschaftspolitik« letztlich entwickelt, selbst wiederum eine positive, staatsinterventionistische »Wirtschaftspolitik« im Sinne des reformkapitalistischen, keynesianischen Paradigmas sein werde. Im Gegenteil spricht das vielfältig — sowohl von der »Kosten«- (vgl. Lekachman 1981) als auch von der »Steuerungs«seite (vgl. Scharpf 1979) — greifbare Scheitern der

keynesianischen Wirtschaftspolitik eher dafür, daß auch das, was sich gegenwärtig noch in den Auseinandersetzungen um eine grüne Wirtschaftspolitik recht vielfältig und proteushaft darstellt, längerfristig zu einer »negativen Wirtschaftspolitik« werden muß. Und zwar *entweder* zu einer prokapitalistisch-regressiven »Wirtschaftspolitik« der Zerstörung aller »marktstörenden« gesellschaftlichen Strukturen und staatlichen Einrichtungen, in denen sich der »keynesianische Klassenkompromiß« materialisiert hat, *oder* aber zu einer antikapitalistischen »Wirtschaftspolitik« des Übergangs, der Umwälzung aller kapitalistisch bestimmten Produktionsverhältnisse. Das heißt — um auch noch die Schlüsselbegriffe auszusprechen —, ob eine Alternative der Grünen gegenüber dem etablierten Modell der Wirtschaftspolitik nach der Logik einer radikalliberalen (vgl. die »radikale« Bewegung in Frankreich zu Anfang des 20. Jahrhunderts) »Entstaatlichung« oder aber nach der *entgegengesetzten* Logik der »Außerstaatlichkeit« (wie sie vor allem in der antistalinistischen Selbstkritik innerhalb der kommunistischen Bewegung herausgearbeitet worden ist; vgl. Wolf 1983a und 1983b) funktionieren wird.

Gegenwärtig ist grüne Wirtschaftspolitik weder Fisch noch Fleisch. Auch wenn sie aufgrund der Effekte der institutionellen Ideologie der Parlamente — die als zentrale Bausteine des »ideologischen Staatsapparates« Politik systematisch die Illusion erzeugen: wenn die Politiker nur den richtigen *Willen* hätten, könnten sie auch jegliche wünschbare *Politik machen* — und aufgrund der Effekte des keynesianischen Institutionensystems in den Sog eines auf Krisenbedingungen zurückgestuften »pragmatischen Staatsinterventionismus« geraten, sind sich die unterschiedlichsten Repräsentanten grüner Politiker doch zumindest verbal darin einig, daß »das nicht alles gewesen sein« kann. Umgekehrt geben selbst diejenigen, die angesichts der widersprüchlichen Situation, in der sich die Grünen als parlamentarische Partei mit subversiven Ansprüchen befinden, unter dem Titel der »Fundamentalopposition« den Rückzug auf das Hochhalten moralischer Prinzipien propagieren, inzwischen durchaus zu, daß Politikenthaltung keine mögliche Strategie darstellt — nur sei die Zeit für eine eigene grüne Politik jetzt noch nicht gekommen, sondern erst wenn die Partei stärker sei und die Sozialdemokratie noch mehr abgewirtschaftet habe.

In dieser Situation erscheinen innerhalb der politischen Debatte der Grünen politische Konzeptionen als besonders attraktiv, die einen »Formelkompromiß« möglich machen, durch den sich gleichzeitig politische Alternativen verdecken (und damit Entscheidungen hinausschieben), weitreichende Visionen propagieren und eine pragmatische Tagespolitik rechtfertigen lassen, die sich den ideologischen Mechanismen des Parlamentarismus widerstandslos überantworten. Drei verbreitete Schlüsselbegriffe der wirtschaftspolitischen Debatte der Grünen — der Begriff des »Ausstiegs«, der Begriff der »Dezentralisierung« und die Konzeption der Dualwirtschaft — verdanken meines Erachtens ihre Beliebtheit eben der Leichtigkeit, mit der sie diese Funktion erfüllen. Gerade dies hat dann allerdings zur Folge, die Fähigkeit grüner Politik zu einer radikalierenden Artikulation gesellschaftlicher Oppositionsbewegungen tendenziell zu schwächen — und damit die einzig mögliche Perspektive einer *eigenständigen* Stabilisierung des politischen Projektes der Grünen gegenüber ei-

ner auf Sicht neoliberalen Regierung und einer ebenso absehbar reformkapitalistisch-staatsinterventionistischen Opposition zu versäumen.

2. Zwei Scheinklarheiten: Ausstieg und Dezentralisierung

Diese beliebten Begriffe sind selbst nicht etwa willkürliche Erfindungen raffinerter »konzeptiver Ideologen«. Vielmehr tragen sie, so scheint es, den Stempel ihrer Legitimität gewissermaßen auf der Stirn: Es sind »Bewegungsbegriffe«. Sie haben sich in sozialen Bewegungen aufgedrängt, durchgesetzt und sind in der politischen Debatte um eine »neue Politik« vielfältig aufgegriffen worden. Aber offenbar reicht das dann noch nicht zur Begründung tragender Begriffe einer politischen Strategie.

Denn wenn wir soziale Bewegungen nicht einfach mehr nach dem Modell der »Prophetie« als in sich selbst begründet (vgl. Touraine 1982, Habermas 1981, aber auch etwa v.Mohl 1983) begreifen, sondern als selbst noch widersprüchliche Projekte zur Bewältigung von Aufgaben bzw. zur Bekämpfung von wirklichen gesellschaftlichen Entwicklungen, dann wird eben auch die Möglichkeit denkbar, daß ein Begriff, eine Konzeption, gerade deswegen die in Bewegung geratenen Subjekte »anspricht«, in der Bewegung »ankommt«, weil er dazu beiträgt, Widersprüche und Probleme zu *verdrängen* — und das heißt, eben weil er einer *wirklichen* »Selbstverständigung unserer Zeit über ihre Kämpfe und Wünsche« entgegenwirkt. Das mag in bestimmten Phasen der Entwicklung unvermeidlich sein — etwa wenn eine Bewegung sonst unter dem Druck ihrer Widersprüche zusammenbrechen würde, noch bevor sie überhaupt in Gang gekommen ist. Aber eine vorantreibende Politik innerhalb der Bewegungen wird immer eine wesentliche Aufgabe darin finden, derartigen Verdrängungstendenzen und -mechanismen entgegenzutreten. Und angesichts des wachsenden Problemdrucks, vor dem sich die unterschiedlichen gesellschaftlichen Oppositionsbewegungen aufgrund der anhaltenden Strukturkrise des kapitalistischen Weltsystems sehen, wird es heute dringlich, innerhalb der grünen politischen Debatte die Verdrängungsmechanismen zu kritisieren, die eine *offene Auseinandersetzung* zwischen den gegen die Unternehmerautonomie gerichteten Forderungen der Ansätze einer neuen Arbeiterbewegung, den beginnenden Kämpfen gegen die Kolonialisierung des weiblichen Arbeitsvermögens, der Kritik von Teilen der Friedensbewegung an Rüstungsproduktion und Militarisierung der Gesellschaft als Elementen einer konkreten Kriegsvorbereitungsstrategie von US-Regierung und NATO und den Wünschen und Initiativen der zur »Alternativbewegung« stilisierten neuen Genossenschafts-, Selbsthilfe- und Lebensreformbewegungen immer noch behindern und blockieren.

Der »Ausstieg« ist kein Ausweg

Die Rede vom »Ausstieg« macht es innerhalb der politischen Debatte der Grünen heute noch möglich, zwei für grüne Politik geradezu konstitutive Widersprüche als nichtexistent zu behandeln: *Erstens* den längerfristig jedenfalls nicht zu umgehenden sozialen Widerspruch zwischen denjenigen Anhängern der Grünen, die aufgrund ihrer relativ privilegierten Stellung — als »neue Mit-

telschicht«, zum Beispiel als lohnabhängige Staatsdiener oder auch als »neue Selbstständige« — mit einigen oberflächlichen Korrekturen an einem System gesellschaftlicher Ausbeutung und politischer Herrschaft zufriedengestellt werden können, an dessen Fortexistenz sie selbst als Nutznießer grundsätzlich interessiert sind, und denjenigen Anhängern der Grünen in den von Ausgrenzung bedrohten Teilen der jungen Generation bzw. in den diskriminierten Sektoren der Lohnarbeiter (Frauen, Ausländer), die von ihren Interessenlagen her darauf verwiesen sind, das System selbst in Frage zu stellen. Und *zweitens* den heute schon tagespolitisch zu bewältigenden Widerspruch zwischen der Erwartungshaltung eines Großteils der grünen Wähler, eine Koalition der Grünen mit der SPD werde die angemessene politische Form für die Durchsetzung ihrer Forderungen bilden, und der sachlichen Unnachgiebigkeit *derselben* Wähler hinsichtlich möglicher politischer Konzessionen der Grünen, um — etwa durch Preisgabe des Ziels eines Ausstiegs aus der Atomenergie — eine derartige Koalition überhaupt erst *möglich* zu machen.

Die verallgemeinerte, nicht mehr auf eine bestimmte Lebensweise (wie im Fall des »Aussteigers«) oder auf eine bestimmte Linie der großtechnologischen Entwicklung bezogene Rede vom »Ausstieg«, den die »grüne Bewegung« zu organisieren hätte (vgl. Bahro 1983), eignet sich ganz hervorragend dazu, diese Widersprüche zu verdrängen — und damit eine produktive Auseinandersetzung darüber zu verhindern: Einerseits entwirft sie eine weitreichende Perspektive des *Bruchs* mit dem herrschenden »Industriesystem«, die vollkommen eigenständig »neu« ansetzt — und der dementsprechend die Analyse von immanenten Widersprüchen, Entwicklungstendenzen und Kräfteverhältnissen dieses »Systems« weitgehend gleichgültig sein können. Dieser Neuansatz ist aber *allein* über das individuelle Bewußtsein, den subjektiven Entschluß zum »Kommune wagen« begründet; politische Verbindlichkeit schafft er demgemäß nur für diejenigen »Aussteigergemeinschaften«, die sich zu diesem Bruch individuell entschlossen haben. Alle übrigen Individuen — also auch die politischen Repräsentanten der Grünen — werden durch dieses Projekt zu weiter nichts verpflichtet, als es zu *fördern*, — das heißt Finanzmittel für es frei zu machen und gewisse administrative Hindernisse aus dem Weg zu räumen. Im übrigen sind sie ja sowieso dem »System« verfallen und können gar nicht anders, als das zu tun, was sie systemimmanent ohnehin schon tun — Parlamentarier betreiben eben den üblichen parlamentarischen Kretinismus, Gewerkschafter drehen an der Lohnmaschine, BBU-Funktionäre pflegen eine abgehobene Funktionärspolitik, Lehrer funktionieren als Rädchen in einem entfremdeten Bildungssystem usw. usf. Und da das gar nicht anders geht — solange sie nicht auch sich dazu aufraffen, »Kommune zu wagen« —, ist dagegen eben auch gar nichts einzuwenden — solange sie nur die entsprechende »Förderung« der Aussteigergemeinschaften leisten. Hinsichtlich des sozialen Spannungsverhältnisses in der grünen Basis — das sich zum Teil auch als ein Widerspruch zwischen grünen Anhängern und grünen Aktiven darstellt — impliziert ein derartiges Spannungsverhältnis von aussteigender Vorhut und einer Nachhut innerhalb des Systems der institutionellen Politik in zwei Hinsichten eine Führungsrolle der Komponente der »neuen Mittelschichten«: Da der postulierte totale

Übergang in ein anderes System der Organisation von Arbeit und Leben auf Freiwilligkeit, auf subjektiver Einsicht und individueller Initiative beruht, funktioniert er nach der Logik der sogenannten »Chancengleichheit«. Das heißt, die ohnehin auf Führungsfunktionen hin sozialisierten und mit überdurchschnittlichen Qualifikationen ausgestatteten Teile der Bevölkerung werden diese formal »gleiche« Chance bevorzugt wahrnehmen können — und alle diejenigen, die in ihrem Leben konkreten gesellschaftlichen Machtverhältnissen unterworfen sind — ob der ökonomischen Macht eines einzelnen Kapitals, der ideologischen Macht des patriarchalischen Geschlechterverhältnisses oder auch der politischen Macht des Nationalstaates, der sie als Ausländer bzw. als Asylanten diskriminiert —, werden diese Chance eben faktisch *nicht* wahrnehmen können. Damit sich gerade für diese sozialen Kategorien etwas ändert, wäre dagegen der Einsatz von politischer Gegenmacht erforderlich, die in der Lage ist, auch dort Veränderungen zu erzwingen, wo subjektive Einsicht und individuelle Initiative dazu nicht ausreichen — gerade so wie jenes berühmte »Staatsgesetz«, das nach Marx' Analyse erst die Arbeiter daran hindert, »durch freiwilligen Kontrakt mit dem Kapital sich und ihr Geschlecht in Tod und Sklaverei zu verkaufen« (MEW 23, 320). Darüber hinaus bewirkt diese Ausstiegs-Ideologie auch noch — indem sie mit großer Geste das bestehende System »radikal« abschreibt — eine indirekte, aber hinreichend handgereehte Rechtfertigung der in den ideologischen Staatsapparaten insgesamt bestehenden Vorrangstellung der »neuen Mittelschichten«, die heute — so wie einst die »radikalen« Juristen und Freiberufler (vgl. Portis 1983) — zum entscheidenden personellen Träger des bestehenden Herrschaftssystems geworden sind. Wenn sich dieses System nicht verändern, sondern nur verlassen läßt, dann muß es in ihm eben weiter zugehen wie bisher — und jeder Gedanke daran, durch Einsatz entsprechender Gegenmacht gerade innerhalb dieses Systems anderen Praxen der Politik Raum freizusprennen, kann von Vertretern des Ausstiegsgedankens nicht minder weit von sich gewiesen werden als von den unmittelbaren politischen Repräsentanten des Systems.

Dieses Problem hat offenbar Reinhard Pfriem gesehen, indem er die Problematik eines politisch zu bewerkstellenden »Einstiegs in den Ausstieg« (Pfriem 1983) entfaltet hat. Nur ändert das meines Erachtens am Kern der Sache nichts: Solange der für die Ausstiegsideologie konstitutive Gedanke einer Absage an jede Veränderung der Gesellschaft, die nicht von einer Selbstveränderung »der Menschen« ausgeht, sondern über die Entfaltung und den Einsatz politischer Macht erreicht wird, beibehalten wird, kann eine Politik des »Einstiegs in den Ausstieg« allenfalls die Schärfe der von einer ernsthaft betriebenen Politik des »Ausstiegs« ausgehenden sozialen Diskriminierung *mildern*, ohne an der Tatsache dieser Fortschreibung der bestehenden gesellschaftlichen Machtverhältnisse etwas ändern zu können.

Aber die Ausstiegs-Ideologie vollbringt auch noch eine wichtige Leistung für die grüne Tagespolitik: Der Widerspruch, der in der Haltung der meisten Grünen-Wähler zwischen der Befürwortung einer Koalition mit der SPD und der Ablehnung irgendwelcher wichtigen Konzessionen an die SPD besteht, läßt sich auch nach der Richtung explizieren, daß diese Wähler noch nicht ahnen,

welche Schärfe der Auseinandersetzung, welche Intensität gesellschaftlicher Kämpfe notwendig sein werden, um ihre einfachen inhaltlichen Forderungen auch nur ansatzweise durchsetzbar zu machen. Ihnen allen bietet die Ausstiegsideologie den probaten Trost und die beruhigende Gewißheit, daß auch ohne solche gefahr- und mühevollen Wagnisse eine »Wende zum Guten« eingeleitet werden kann — und das vielleicht auch noch in einer Koalition mit der SPD, der das Zugeständnis von Geld, Land und rechtlichen Rahmenbedingungen für einige Kommune-Experimente (im Sinne der »Modellversuche« der 70er Jahre) bei nüchterner Betrachtung weit leichter fallen wird als eine konsequente Konversionspolitik gegenüber der Rüstungsindustrie, eine ernsthafte Entgiftung unserer Gewässer oder gar ein umfassender Abbau der Massenarbeitslosigkeit. Das heißt, die Ausstiegs-Ideologie bietet sich als ein taugliches Instrument an, um diesen Widerspruch systemstabilisierend zu neutralisieren, anstatt gerade an diesem Widerspruch zwischen inhaltlichen Forderungen und politischen Umsetzungsvorstellungen im Sinne einer fortschreitenden Radikalisierung der politischen Vorstellungen zu *arbeiten*.

Dezentralisierung ist kein tragfähiger politischer Kampfbegriff

Auch der Begriff der »Dezentralisierung« suggeriert eine politische Einheit, wo diese weder besteht noch überhaupt bestehen kann: Er verdeckt den Gegensatz zwischen einer Politik, die im Namen der »Dezentralisierung« die individuelle »Autonomie« — ob beim Abschluß eines »flexiblen« Arbeitsvertrages oder bei der Festlegung einer »profitablen« Unternehmensstrategie — gegenüber »zentralen« Regelungen (Tarifvertrag) und Mächten (Gewerkschaften) einfordert und sich damit in den Zusammenhang einer neoliberalen »Entstaatlichungs«-Strategie stellt (die sich ohne Bruch ihrer inneren Logik mit »anti-monopolistischen« Entflechtungs- und Flexibilisierungsforderungen gegenüber den Großkonzernen verknüpfen läßt) und einer subversiven Politik, die in der Perspektive eines »Absterbens des Staates« als schlußendlichem Effekt eines langen revolutionären Prozesses die Aufhebung aller gegenüber den unmittelbaren Produzenten des gesellschaftlichen Reichtums und der gesellschaftlichen Verhältnisse selbst hypostasierten Machtzentren fordert.

Dieser Effekt der »Verdeckung« ermöglicht nicht nur Scheinbündnisse zwischen »Dezentralisten« ganz gegensätzlicher Orientierung, die sich in der These des »small is beautiful« *verbal* treffen, er stützt auch — indem er die Frage nach den tragenden Machteffekten des kapitalistischen Herrschaftssystems durch den grundsätzlich irrationalen Gegensatz von »zentral« und »dezentral« bzw. sogar von »klein« und »groß« ersetzt — eine Illusion über den Systemcharakter der ökonomischen, ideologischen und politischen Mächte, die diese Gesellschaftsformation tragen. Diese Illusion besteht in der Vorstellung, der Staat (oder gar die Regierung) sei das wirkliche *Zentrum* der gesellschaftlichen Herrschaft und eine »Dezentralisierung« dieser politischen Macht würde bereits einen Prozeß der Ent-Machtung einleiten, an dessen Ende auch die Klassenherrschaft des Kapitals fallen müsse. Die Machtstrukturen, die dieses »System« tragen, sind dagegen in Wirklichkeit selbst polyzentrisch — so daß die Reproduktion der Herrschaft selbst bereits über einen beständigen Prozeß von

Zentralisierungen und Dezentralisierungen im Verhältnis von Kapital und Staatsmacht, im Verhältnis von Staatsmaschinerie und ideologischen Staatsapparaten, im Verhältnis von Zentren der Macht und »mikropolitischen« Subzentren vermittelt ist.

Jede Debatte, die sich von einer abstrakten Alternative von Zentralismus und Dezentralisierung bestimmen läßt, ist daher der beständigen Funktionalisierung durch entsprechende Machtstrategien der herrschenden Mächte ausgesetzt. Und umgekehrt ist die konkrete Frage nach der *angemessenen Größe* eines Produktionssystems oder eines Lebenszusammenhanges nicht aus allgemeinen Zentralisierungs- oder Dezentralisierungsforderungen ableitbar, sondern aus stofflichen Erfordernissen, die im Einzelfall zu untersuchen sind: Während etwa eine wirksame Bekämpfung der Verschmutzung von Luft und Wasser ein weltweites Netz von Kontrollstrukturen erfordern dürfte und die ökologisch verantwortliche Verwendung fossiler Energieträger allein durch eine Kooperation aller Regionen, die über entsprechende Vorräte verfügen, mit allen Verwenderländern zu gewährleisten sein sollte, ist etwa die Versorgung mit frischen und hochwertigen Brötchen der Sache nach nur in einem lokal überschaubaren Rahmen möglich.

Derartige Überlegungen, die dann zur Kritik der imperialistischen Autarkiepolitik der »Industrieländer« ebenso führen können wie zu einer Kritik an den tiefgekühlt-pappigen Fabrikbrötchen, sind aber keinesfalls einer Dezentralisierungs-Strategie unterzuordnen, wie sie die neoliberale, prokapitalistische Politik gegenüber den Institutionen des Staatsinterventionismus und den »Großorganisationen« der Arbeiterbewegung verfolgt. Dabei geht es gerade darum, die prinzipielle »Dezentralität« des Marktes sowohl gegenüber dem angeblichen »Zentralismus« des keynesianischen Staatsinterventionismus als ideologisches Kampfinstrument zu nutzen — und zugleich über eine Kritik des Zentralismus der *staatlichen* Planung jeden Gedanken an einen sozialistischen Übergang zu Formen gesellschaftlicher Planung (vgl. Lohmann 1983) aus dem Felde der möglichen Gedanken auszuschließen. Festzuhalten bleibt demgegenüber der Gedanke der Auflehnung, der Rebellion gegenüber Zentren der Macht — der aber durch eine Analyse ihrer spezifischen Funktionsweisen, Gegensätze und Komplizitäten zu konkretisieren ist, um eine Funktionalisierung dieser Rebellion durch ein Machtzentrum gegenüber anderen ausschließen zu können.

3. Grüne Wirtschaftspolitik als ideologische Kampfaufgabe

Ein Ausgangspunkt der Entwicklung grüner Politik — gegenüber der aufklärerischen Avantgardepolitik der alten ebenso wie der Neuen Linken der 70er Jahre — war die Einsicht in die Unmöglichkeit einer subversiven politischen Praxis an den subjektiven Motiven und Interessen der von unterschiedlichsten Formen gesellschaftlicher Unterdrückung Betroffenen vorbei. Das führt jedoch keineswegs notwendig zu einer Haltung der unkritischen Hinnahme und ideologischen Hypostasierung widersprüchlicher Interessenlagen und ambivalenter Motivbildungen sozialer Bewegungen durch politische Organisationen, die innerhalb dieser Bewegung arbeiten. Auch nicht, wenn wir — im Gegensatz zu allen Versuchen, durch totalisierende Gesamtkonzepte von vornherein

die zukünftigen Resultate gesellschaftlicher Kämpfe in den Griff bekommen zu können — von der These ausgehen, daß neue, effektiv subversive Rebellionen und Verknüpfungen von Widerständen nicht vorweg ausgedacht und den kämpfenden Bewegungen vorgezeichnet werden können, sondern in den Bewegungen selbst erst zu *finden* sind. Diese Auffassung führt nicht zu einer Idealisierung der Bewegungen, die — indem sie von ihren Schranken und Widersprüchen absieht und sie insofern darauf gerade fixiert — die Entwicklung dieser Bewegungen blockiert, die allein durch ein offenes, von innen heraus erfolgendes Austragen ihrer Widersprüche vorankommen können.

Hinsichtlich der Problematik einer grünen Wirtschaftspolitik wird in dieser Perspektive nicht die Aufgabe einer »realistischen« Gesamtprogrammatik in den Vordergrund rücken (die dann angesichts der Unfähigkeit der oppositionellen Kräfte, die zu einer Abkoppelung von den Hegemoniestrategien der USA oder auch nur zu der Verhinderung von Kapitalflucht erforderlichen gesellschaftlichen Kämpfe zu entfalten, ohnehin wieder »unrealistisch« wäre). Es geht vielmehr in erster Linie darum, *konkrete* Forderungen, an denen sich gesellschaftliche Kämpfe entwickeln, aufzugreifen, in ihrer Ambivalenz bzw. ihren möglichen Eingliederungen in eine modifizierte Herrschaftsstrategie zu analysieren und sie bewußt gerade nach den Seiten weiterzuentwickeln, die gegenüber einer solchen Reintegrationsstrategie am widerständigsten sind. Und dabei, in diesem Prozeß der Entwicklung von Kampforderungen innerhalb wirklicher Kämpfe, nicht nur die Illusion zu überwinden, es gäbe überhaupt eine *alternative* Wirtschaftspolitik, solange wesentliche gesellschaftliche und politische Machtstrukturen nicht zerbrochen seien, bzw. »Wirtschaftspolitik« sei etwas, was »die Regierung« machen könne, wenn sie nur wolle bzw. das richtige »Konzept« habe. Dazu helfen zentrale Kampf Begriffe der grünen Bewegungen — wie wir es am Beispiel von Ausstieg und Dezentralisierung diskutiert haben — gar nicht. Im Gegenteil blockieren sie nur die notwendige Arbeit an den Widersprüchen innerhalb und zwischen den gesellschaftlichen Oppositionsbewegungen. Das ist allerdings keineswegs ein Anlaß, deswegen noch hinter das Niveau der darin immerhin enthaltenen (imaginären) Rebellionen auf einen pragmatischen Vernünftigkeitanspruch im Sinne des technokratischen Staatsinterventionismus zurückzugehen, der das Machbare in einem vernünftigen Zeitrahmen zu machen verspricht — wie er allein zur Grundlage eines umfassenden »grünen Regierungsprogramms« werden könnte. Vielmehr wird sich eine bewußte grüne Politik auf dem Felde der Wirtschaftspolitik gerade auf ihre Kraftquellen in den Bewegungen zurückbeziehen müssen, wo sie zugespitzte und nur unter weiteren Kämpfen, die weit über die Sphären der institutionellen Politik hinausgehen, durchsetzbare Forderungen hervorgebracht haben: Keine Startbahn West!, Schluß mit der Einleitung von Schadstoffen in die Elbe!, Ausstieg aus der Atomenergie! Und sie wird darüber hinaus, um schrittweise die nötige gesellschaftliche Macht zu gewinnen, sich mit neuen Forderungen zu verbinden haben, an denen sich gesellschaftliche Kämpfe entfalten: Verkürzung der Wochenarbeitszeit auf 35 Stunden, Abbau der Frauendiskriminierung, volle soziale und politische Gleichstellung der ausländischen Arbeiter. Eine solche Vorgehensweise entzieht sich den Rationalitätskriterien einer tech-

nokratischen Sachzwangslogik ebenso wie den geläufigen Modellen einer »wissenschaftlichen Politik«. Nichtsdestoweniger bildet sie heute den einzig erfolgversprechenden Weg zur Lösung der entscheidenden Frage: der nach den Bedingungen der Herausbildung eines gesellschaftlichen Trägers, einer politischen Gegenmacht, die als »neuer Fürst« selbst die gesellschaftlichen Umwälzung in Gang bringen und fortführen könnte, die allein zu einem antikapitalistischen Ausweg aus der gegenwärtigen Strukturkrise des kapitalistischen Weltsystems werden kann. Und da es dabei letztlich auch darum geht, wie noch verhindert werden kann, daß dieses Weltsystem seine Strukturkrise erneut durch einen Weltkrieg austrägt und bewältigt, geht es dabei um weit mehr als um bloße *Wirtschaftspolitik*.

Anmerkungen

- 1 Das wird meines Erachtens besonders deutlich greifbar, wenn wir die sehr spezifische Entwicklung der Grünen in der BRD — die immerhin zu einem Ort der Bündelung gesellschaftlicher Oppositionsbewegungen geworden ist, der nicht von vornherein dadurch schon wieder zum Untergang verurteilt ist, daß die große SPD jetzt wieder als Oppositionspartei um die Integration aller oppositionellen Kräfte wirbt — mit der der sogenannten »grünen Parteien« in anderen politischen Konstellationen — wie etwa in Großbritannien oder in Frankreich — vergleichen.
- 2 Im Anschluß an die Untersuchungen von Michel Aglietta über die gegenwärtige Krise und von Michael Lucas über den US-amerikanischen »Militärkeynesianismus« haben wir versucht, diesen Punkt konkreter zu fassen (vgl. Lucas/Wolf 1983).

Literaturverzeichnis

- Altwater, E., 1972: Zu einigen Problemen des Staatsinterventionismus. In: Prokla 3
- Bahro, R., 1984: Für eine ökologische Antwort auf die Wirtschaftskrise, in: Alternativen der Ökonomie — Ökonomie der Alternativen, Argument-Sonderband 104. Berlin/West
- Berger, J., u.a. (Hrsg.), 1982: Materialien zum Kongreß »Zukunft der Arbeit«. Bielefeld
- Habermas, J., 1981: Theorie des kommunikativen Handelns. 2 Bde. Frankfurt/M.
- Lekachman, R., 1982: Die Reichen reicher machen. Reinbek
- Lohmann, K.-E., 1983: Was hat eine marxistische Theorie des Staatssozialismus zu erklären? In: Aktualisierung Marx'. Argument-Sonderband 100, Berlin/West
- Lucas, M., und F.O. Wolf, 1983: Ökologiebewegung und Klassenkampf. In: Moderne Zeiten 5
- Mohl, A.v., 1983: Karl Marx und die Selbstverständigung unserer Zeit über ihre Kämpfe und Wünsche. In: Prokla 50
- Pfriem, R., 1983: Der Einstieg in den Ausstieg. Köln
- Portis, L., 1983: Sorel zur Einführung. Hannover
- Scharpf, F., 1979: Die Rolle des Staates im westlichen Wirtschaftssystem: Zwischen Krise und Neuordnung. N.F. Bd.102
- Touraine, A., 1982: Die antinukleare Prophetie. Frankfurt/M.
- Wolf, F.O.: 1983a: Umwege. Hannover
- Wolf, F.O., 1983b: Diesseits und jenseits der Staats-Politik. In: Aktualisierung Marx', Argument-Sonderband 100. Berlin/West

Ökologische Wirtschaft — Theorien und Strategien

Ein Literaturbericht

Laut Erhard Eppler liegt »die Vermutung nahe, daß vernünftige Ökonomie und vernünftige Ökologie mehr miteinander zu tun haben könnten, als uns heute bewußt ist« (Eppler 1981, 181). Das klingt einfach, klingt machbar. Dem steht unser Unbehagen gegenüber im Blick auf das, was heute an Formen ökonomisch-ökologischer Vernunft auf den Märkten der Wissenschaft und Politikberatung gehandelt wird. Dieser Literaturbericht soll einen Weg schaffen durch die unübersichtliche Positionenlandschaft der bürgerlichen und alternativen Umweltökonomie; die disziplinären Grenzen werden oft überschritten, es kommen eine Anzahl NichtökonomInnen zu Wort. Die Schwierigkeit eines Einstiegs liegt zum einen an der Uneinheitlichkeit der verwendeten Begriffe, zum anderen an der fortlaufenden Vermischung dreier Diskussionsebenen: (1) einer volkswirtschaftlichen Perspektive, die die Problematik des Wirtschaftswachstums in den Mittelpunkt stellt; (2) einer wirtschaftspolitischen Perspektive, die sich mit der Frage der Durchsetzbarkeit ökologischen Wirtschaftens innerhalb oder außerhalb einer kapitalistischen Marktwirtschaft beschäftigt und (3) einer entfernt von der traditionellen Ökonomie entwickelten sozialetischen Perspektive, welche die Möglichkeiten eines »Umdenkens«, eines »neuen Lebensstils« erörtert. Diese drei verschiedenen Wege eines Zugangs zum Thema Ökologische Wirtschaft gliedern die Literaturübersicht. Zum Schluß noch ein Beispiel der aktuellen Diskussion: Als Mitglieder einer Arbeitsgruppe am Öko-Institut Freiburg stellen wir deren Projekt »Arbeit in einer ökologisch orientierten Wirtschaft« vor, von dem wir hoffen, daß es jene traditionellen Formen ökonomisch-ökologischer Vernunft um eine vernünftigere ergänzt.

I. Wirtschaftliche Entwicklung

Umweltzerstörungen großen Ausmaßes sind nicht neu, sind kein besonderes Produkt des Industriekapitalismus; die kahlen Küsten der Mittelmeerstaaten erinnern daran. Dennoch erreichen sie nach dem Sprung von der Versorgungs-(Subsistenz-)Wirtschaft zur Erwerbswirtschaft eine neue Qualität der Bedrohung: Die expansive Eigendynamik des Industriekapitalismus wird zur »Naturgewalt« (vgl. Polanyi 1978). Erst dieser von Marx bis zum Postkeynesianismus beschriebene Wachstumszwang der kapitalistischen Marktwirtschaft hat die Überlebensfähigkeit der lebendigen Natur dieses Planeten an ihre Grenzen getrieben. Seit der im Jahre 1972 veröffentlichten Studie des »Club of Rome« über die Grenzen des Wachstums (Meadows u.a. 1972) — eine Weiterentwicklung der Arbeiten Forresters (1971) —, ist »Umweltschutz und/oder Wirtschaftswachstum?« zur zentralen Frage geworden, die die Theoretiker der wirtschaftlichen Entwicklung beschäftigt. Drei Positionen sind hier abzugrenzen:

1. *Qualitatives Wachstum*. Der Begriff, 1972 auf der 4. Internationalen Ar-

beitstagung der IG Metall geprägt, ist schillernd geblieben; die Vorstellungen reichen von einem Wachstum der Produktion mit verringertem Energieeinsatz je Produkteinheit bis zur Ansicht, daß qualitatives Wachstum nur immateriell formuliert werden könne. Eine allgemeine Definition stammt von Binswanger (Binswanger u.a. 1981, 42ff.): Er versteht unter qualitativem Wachstum die dank der Erfindungsgabe des Menschen mögliche Erweiterung der von der Natur gesetzten Grenzen, ohne diese dabei zu sprengen. In der Sprache der neoklassischen Ökonomie: eine Ergänzung der Produktionsfunktion um den Produktionsfaktor »Natur« (so bei Strøm 1973; Solow 1978). Vier Leitideen werden aufgestellt: (1) Die natürliche Regenerationsfähigkeit der erneuerbaren Ressourcen (Boden, Wasser, Luft) ist durch eine entsprechend begrenzte Nutzung aufrechtzuerhalten. (2) Erschöpfbare Ressourcen (fossile Brennstoffe) sind so zu nutzen, daß ihr Wert für die Gegenwart gegen den Nutzen kommender Generationen abgewogen wird. (3) Für den Bodenbedarf ist eine langfristige Strategie anzustreben, die zwischen dem Siedlungsbedarf, dem landwirtschaftlichen Bedarf und dem Bedarf genügend protektiver Flächen (Wald, Weideland, Urlandschaft) für einen Ausgleich sorgt. (4) Der Umweltschutz ist nach dem Prinzip der »Vorsorge« zu gestalten. Binswanger tritt dafür ein, die bekannten »magischen Vielecke« der Wirtschaftspolitik (Preisniveaustabilität, Zahlungsbilanzausgleich, Vollbeschäftigung etc.) um das Ziel der »Umweltstabilisierung« zu erweitern (Binswanger 1979, 127-144). Damit zielt »qualitatives Wachstum« auf nichts anderes als eine Harmonisierung der das politische System destabilisierenden, sich kollektiv organisierenden Bedürfnisse nach lebenswerter Umwelt und den Imperativen eines unverändert profitorientierten Industriekapitalismus; der Sinn eines weiteren quantitativen Wachstums der Wirtschaft wird nicht angezweifelt. In der politischen Diskussion nimmt das »qualitative Wachstum« einen breiten Raum ein, neben einer Anzahl liberaler Ökonomen (Binswanger 1979; Frey 1972; Simonis 1982; Wicke 1982) vertreten es — zumindest programmatisch — der Deutsche Gewerkschaftsbund (1981) und die SPD (1981); Eplers Konzept des »selektiven Wachstums« (1981) geht in die gleiche Richtung.

2. *Ökologisches Wachstum.* Besser als der unglückliche Begriff des »Nullwachstums« vermag der Sammelbegriff »ökologisches Wachstum« alle Ansätze zu umfassen, die eine Einschränkung der materiellen Güterproduktion auf jenes Niveau fordern, das der natürlichen Regenerationsfähigkeit aller Ökosysteme entspricht. Die niveaupolitische Gretchenfrage wird umgangen (Wachstum ja oder nein?«), der Blick ist nicht starr auf eine Erhöhung oder Senkung des Bruttosozialprodukts gerichtet, dessen Fragwürdigkeit als Wohlstandsmaß genügend belegt ist (Steiger 1979). Vielmehr geht es um die Erreichung eines langfristig stabilen Verhältnisses von Natur und Produktion nach der »Entdeckung« der Endlichkeit der Erde als Ort materieller Produktion: die Ökonomie des kommenden »Raumschiffs Erde« (Boulding 1971). Setzt Boulding der Umweltzerstörung nur eine generalisierte Form der Recycling-Ökonomie entgegen, entwickelt die Gruppe um Daly ein umfassenderes Modell, die »steady-state economy«. Um die Stellung der Wirtschaft innerhalb der Natur zu beschreiben, setzt Daly die Analogie des Krebstumors im menschlichen Or-

ganismus: Sollen die ökologischen Kreisläufe möglichst unbelastet erhalten bleiben, sind Produktion, Konsumtion und Bevölkerungszahl unterhalb bestimmter Grenzwerte zu stabilisieren (Daly 1973). Ähnliche »bioökonomische« Varianten tauchen in den letzten Jahren im deutschsprachigen Schrifttum auf (Uhlig 1978; Zellentin 1979). Noch einmal ist auch die NAWU-Gruppe (NAWU — Neue Analysen für Wirtschaft und Umwelt) um Binswanger zu erwähnen, die langfristig ebenfalls ein ökologisches Wachstum anstrebt. Das »qualitative Wachstum« wird als Übergangsstrategie legitimiert, da weitergehende Forderungen kurzfristig nicht demokratisch durchsetzbar seien (Binswanger 1979, 117-126). In der politischen Diskussion liegt die Leitidee des ökologischen Wachstums, recht vage formuliert, dem Bundeswirtschaftsprogramm der *Grünen* zugrunde (1983): Die Rede ist vom »teilweisen Abbau und Umbau unseres Industriesystems« (6), um die Beziehung von Mensch und Natur nicht als Ausbeutungsverhältnis, sondern als »Partnerschaft« zu konstituieren.

Den angeführten Konzeptionen — Daly ausgenommen — ist eine im wesentlichen verbale Form der Analyse gemeinsam. Sie unterscheiden sich von denjenigen Modellen ökologischen Wachstums, die derzeit unter mathematischen Ökonomen sehr beliebt sind (Siebert 1981; d'Arge/Kogiku 1973; Bender 1976). Eine mathematische Verknüpfung ökologischer und ökonomischer Kreislaufprozesse führt hin zu Optimierungs- und Gleichgewichtsmodellen, die leicht in den herrschenden Theoriezusammenhang integrierbar sind. Doch selbst von naturwissenschaftlicher Seite her regen sich Zweifel, ob die durch die Mathematisierung der Biologie und die Biologisierung der mathematischen Ökonomie gelieferte Scheinexaktheit sinnvoll sein kann angesichts der Tatsache, daß die uns umgebende Natur seit Jahrtausenden von Menschen gestaltet, das heißt sozial konstituiert wird (dazu Böhme 1980, 245-270; ferner Moscovici 1982 und Methe 1981, 618-628, aus sozialwissenschaftlicher Perspektive). Die historische Bedingtheit unserer Umwelt als Kulturlandschaft, die auch im Konzept der NAWU-Gruppe ansatzweise gesehen wird (Binswanger 1979, 261-278), ist im »status-quo«-Denken der Optimierungskalküle systematisch ausgeblendet.

3. *Wirtschaftsschrumpfung*. Tauchen bei Daly oder dem Wirtschaftsprogramm der *Grünen* Überlegungen zur Reduzierung der ökonomischen Aktivität als Ganzer nur punktuell im Hinblick der Umweltverträglichkeit auf, entwirft Jaeger das »Konzept Wirtschaftsschrumpfung« als eigenständige Alternative, zieht die Summe aus Träumen, Erfahrungen und Erkenntnissen einer Deökonomisierung der Gesellschaft: »Das Wirtschaftswachstum ist eine Sackgasse gesellschaftlicher Entwicklung. In der Sackgasse stehenbleiben ist auch nicht lebbar: das Einfrieren der Wirtschaft im Nullwachstum ist eine Illusion. Der Zusammenhang von Geld und Staat, der die wirtschaftliche Entwicklung regelt, bricht auseinander, wenn er still steht. Das ist eine Erfahrung der Vergangenheit, die zu übersehen höchst gefährlich ist. Die Entfremdung von der Umwelt, in der wirtschaftliche Entwicklung stattfindet, wird ertragen in der Erwartung einer besseren Zukunft. Wenn diese Erwartung nicht mehr durch eine wachsende Wirtschaft genährt wird, ist die Ökonomisierung der Gesell-

schaft nicht mehr aufrechtzuerhalten: Die Aufgabe, das ökonomische System abzubauen, ergibt sich aus der Notwendigkeit, seinem Zusammenbruch zu entgehen« (Jaeger 1981).

II. Ökologische Marktwirtschaft?

Mehr als zwanzig Jahre vor dem Bericht des Club of Rome beschreibt Kapp den Zusammenhang von Umweltzerstörung und Wirtschaftssystem (Kapp 1950/1979). Seine Analyse der »Sozialkosten«, die den Begriff weit, bis in die »Pathologie des Alltagslebens« hinein, ansetzt, ist in ihrem Problembewußtsein unüberholt. Kapp ist der Ansicht, »daß der Markt als institutionalisiertes Entscheidungssystem eine inhärente Tendenz hat, jene negativen Effekte auf die Umwelt nicht zu berücksichtigen, die »außerhalb« der die Entscheidungseinheit selbst betreffenden Wirkungen liegen« (Kapp 1979, XIIIff.) Mit der Verankerung der drohenden Umweltzerstörung im öffentlichen Bewußtsein entstand ab Mitte der siebziger Jahre eine von der Wachstumsproblematik abgekoppelte Kontroverse, ob kapitalistisch organisierte Marktwirtschaften in der Lage seien, sich langfristig überlebensfähig innerhalb der sie umgebenden Natur zu organisieren. Wieder lassen sich drei Positionen abgrenzen: (1) Reformvorschläge, die auf eine Modifizierung des bestehenden Systems abzielen, ohne den Industriekapitalismus als solchen in Frage zu stellen; (2) dualwirtschaftliche Strategien, die eine allmähliche Transformation des ökonomischen Systems durch den Aufbau eines zweiten Wirtschaftssektors anstreben, der von alternativen Formen der Produktion bestimmt und mit dem traditionellen Sektor durch Austauschverhältnisse verzahnt ist; (3) an der Umweltproblematik aktualisierte sozialistische Positionen, die nur eine Umgestaltung des ganzen Wirtschaftssystems als Mittel sehen, den Zusammenhang von Leben, Arbeit und Natur langfristig zu humanisieren.

1. *Markt und Umweltschutz.* Basis aller konsequent marktorientierten Konzepte ist der in der herrschenden bürgerlichen Wirtschaftstheorie, der Neoklassik, entwickelte Begriff der »externen Kosten«: »... sie bestehen in einem durch die Existenz anderer Wirtschaftseinheiten entstandenen Nachteil, dessen Ausgleich finanzielle Aufwendungen erfordert« (Schumann 1980, 154). Dementsprechend ist die »Optimalität« des Marktergebnisses beeinträchtigt, wenn ein Heizwerk die Luft verpestet, ohne einen Pfennig für die Inanspruchnahme des »freien Gutes« saubere Luft zu zahlen. Die radikale Marktlösung besteht in der Vermarktung der »Eigentumsrechte« am freien Gut Umwelt: An regionalen Umweltbörsen gehandelte Emissionszertifikate geben dann die Knappheitspreise der Emissionsrechte (= Verschmutzungsrechte) in Form von Börsenkursen wieder (Bonus 1981); Produzenten kaufen die Umwelt an wie andere Rohstoffe. Etwas weniger haarsträubend sind die auf dem »Verursacherprinzip« aufbauenden Konzepte, weil zumindest die absolute Notwendigkeit der Schadensbeseitigung mitgedacht ist. Verursacherprinzip heißt, daß die entstehenden externen Kosten durch Gebühren »internalisiert« werden sollen: Die Unternehmen entrichten für die von ihnen verursachte Umweltverschmutzung einen Geldbetrag, der die Kosten der Schadensbeseitigung decken soll (Bullinger u.a. 1974). Umweltbelastende Produktion wäre so mit erheblichen Zusatz-

kosten belastet und das »suboptimale« Marktergebnis korrigiert. Im Gegensatz zur radikalen Marktlösung setzt dieser Vorschlag die Präsenz einer wirtschaftspolitisch aktiven Lenkungsinstanz voraus, die über Abgabepolitik Rahmenbedingungen stellt. Derartige Ideen umweltpolitischer »Globalsteuerung« besitzen in der gängigen wirtschaftspolitischen Diskussion das größte Gewicht, da sie den herrschenden Verhältnissen einerseits (weitgehende Beschränkung des Staates auf Abgaben- und Subventionspolitik), den Herrschaftsverhältnissen andererseits (rechtskeynesianische Wirtschaftspolitik von SPD bis CSU) am nächsten liegen. Neben einer Umweltbelastungssteuer sind noch die Konzepte zur Einrichtung einer speziellen Energiesteuer und der Schaffung einer Rohstoffsteuer zu erwähnen.

Binswanger stellt die am Verursacherprinzip orientierten Reformansätze in einen Gesamtzusammenhang ökologieverträglicher Wirtschaftspolitik: sein »Neues Ökonomisches System« (Binswanger 1981). Es enthält Elemente aus Monetarismus, Keynesianismus und Umweltökonomie. Die Geld- und Kreditpolitik sei nach monetaristischem Vorbild äußerst restriktiv zu gestalten, das heißt die Geldversorgung knapp zu halten, um einen Prozeß der »Renaturalisierung des Sozialprodukts«, eine Abkehr von der Geldwirtschaft und Hinwendung zum naturalen Warenverkehr zu begünstigen. An die Stelle des alten ökonomischen Knappheitsmessers Geld soll ein neuer treten: der Energieverbrauch. Das wirtschaftspolitische Optimum ist dann jeweils bei minimalem Energieverbrauch in bezug auf ein gegebenes Wohlfahrtsniveau realisiert.

2. *Dualwirtschaft*. Das Thema Dualwirtschaft ist in den letzten Jahren von Sozialwissenschaftlern als fruchtbares Feld schier endloser Textproduktion entdeckt worden. Fast ebenso viele Definitionen existieren über das, was Dualwirtschaft eigentlich heißen soll — einen knappen und guten Überblick gibt Berger (1982). Durch die Krise der Warengesellschaft rückte ein lange vergessener Bereich ökonomischen Handelns wieder ins Bewußtsein, bezeichnet als »informeller Sektor«. Er umfaßt »so verschiedenartige Tätigkeiten wie Mitarbeit in Bürgerinitiativen und Selbsthilfegruppen, ehrenamtliche Tätigkeiten in gemeinnützigen Einrichtungen ..., Nachbarschaftshilfe, Haus- und Gartenarbeit, Hobbies sowie Schwarzarbeit. (...) Die Tätigkeiten selbst sind wenig reglementiert und daher meist arbeits- und qualifikationsintensiv; der Kapital- und Rohstoffaufwand ist gering. Die Organisationsformen der Arbeit reichen von kleinen Organisationen ... über wenig formalisierte Gruppenzusammenhänge ... bis hin zu individuellen Betätigungen ... Ihr primäres Ziel ist nicht die Profitmaximierung, sondern gemischte Motive wie etwa die bedarfsgerechte Versorgung, Selbstverwirklichung durch eigenbestimmte Tätigkeiten usw.« (Heinze/Olk 1982, 15f.)

Das Konzept der Dualwirtschaft bringt nun den formellen, das heißt traditionellen, kapitalistisch organisierten Industrie- und Dienstleistungssektor mit dem informellen Sektor in eine Verbindung. Dem formellen System steht keine isolierte Alternativökonomie gegenüber: Gleichzeitig mit der Stärkung und Belebung des informellen Sektors soll der traditionelle derart reformiert und begrenzt werden, daß er den zweiten nicht länger »destruktiv beherrscht, sondern sich ihm umgekehrt organisch einfügt« (Huber 1979, 24). Ziel, sagt auch der

evangelische Pressedienst (1982), sei »die Abkehr vom bisher allein tauschwertorientierten Denken hin zu gebrauchswertorientiertem Denken«. Ihre spezifisch ökologische Bedeutung erhält das Modell der Dualwirtschaft durch das im informellen Sektor inkorporierte Ziel selbstbestimmter Arbeit. Sie leite — so die Hoffnung — »eine tiefgreifende Veränderung der Lebensweise bis hin zu ihrer materiellen Basis in der Produktion« ein (Vonderach 1982, 34). Genau auf dieser Ebene abstrakter, allgemein formulierter Wunschvorstellungen scheint aber die Diskussion zur Zeit zu stagnieren. Uns ist aus der Literatur kein Beispiel bekannt, das die Lösung der ökologischen Problematik vom dualwirtschaftlichen Ansatz her systematisch entwickelt. Die Ankoppelung des informellen an den formellen Sektor, vollzogen über Warenverkehr und monetäre Tauschbeziehungen (das heißt *auch* Konkurrenzbeziehungen), setzt den ersteren unter permanenten Druck, zur Selbsterhaltung Profitorientierung und Marktlogik übernehmen zu müssen, damit aufs neue entfremdet und korrumpiert zu werden — hinter einer idyllischen Fassade »alternativer« Produktion. Die Situation einer großen Zahl bestehender Alternativbetriebe erhärtet diese Zweifel. Die staatliche Förderung des informellen Sektors, wie in Berlin praktiziert, setzt die dualwirtschaftliche Strategie insgesamt der Gefahr aus, von der traditionellen Wirtschaftspolitik als neues »Instrument« geschluckt zu werden (als gelungene Satire auf die Lösung des Problems der Arbeitslosigkeit qua Dualwirtschaft s. Gretschmann/Kotz 1982).

3. *Sozialistische Ökologie.* Die dargelegten Probleme und offenen Fragen im Konzept der Dualwirtschaft haben die marxistisch sozialisierten Ökonomen zu eigenen Ansätzen geführt, mit der Umweltfrage umzugehen (die bisher einzige umfassende Darstellung des Verhältnisses von Ökologie und Marxismus liefert Methe 1981). Vieles ist fragmentarisch, weil aus der höchstens fünf Jahre alten Kontroverse um die Dualwirtschaft heraus entworfen. Eine Position betont die sozialpolitische Bedeutung gesamtgesellschaftlicher Planung gegenüber dem zentralismusfeindlichen Moment der dualwirtschaftlichen Strategie: »Eigenarbeit ist Arbeit auf geringem Vergesellschaftungsgrad, sie bleibt mehr oder minder vereinzelte Arbeit. Vereinzelte Arbeit kann auch Gebrauchswerte schaffen, allerdings begrenzt sie den gesellschaftlichen Reichtum und die Kultur. Ein großer Teil des Lebensprozesses der Gesellschaftsmitglieder wird durch »Eigenarbeit« ausgefüllt sein, die der Reproduktion dient; die stofflichen Bedingungen und die Zeit für freie Tätigkeit müssen notwendig gering bleiben. (...) Produktivkraft, Vergesellschaftung und Verwissenschaftlichung der Arbeit beziehen sich auf die Verkürzung des gesellschaftlichen Arbeitstages und die Vermehrung der disponiblen Zeit. Nur auf dieser Grundlage ... ist eine allseitige Entwicklung der Subjekte und ihrer Fähigkeiten möglich« (Bischoff/Menard 1982, 93f.). Da sich Vergesellschaftung der Arbeit über ökonomische Planung vollzieht, ist ein starker öffentlicher Sektor Voraussetzung der Umstrukturierung gesellschaftlicher Produktion: »Die Freiräume, welche die Individuen sich im Kapitalismus jenseits der Produktion erobert haben, können *nicht* mit der Forderung nach Eigenarbeit und kleinen Einheiten der Produktion verteidigt werden« (ebd., 95).

Eine andere Position, die aus der betriebswirtschaftlichen Perspektive

spricht, läßt »die gesellschaftliche Umgestaltung der Arbeit im formellen Sektor weiter im Zentrum emanzipatorischer Reformansprüche« (Pfriem 1982, 95); es geht um eine Strategie der sozialen und ökologischen Umstellung der vorhandenen Produktion: »Was könnte eine Belegschaft mit dieser Kapazität produzieren, das im gesamtgesellschaftlichen Interesse läge?« (Ebd.) Pfriem geht von einem Katalog sozialer und ökologischer Produktionsziele aus, um das Mensch-Mensch- und Mensch-Natur-Verhältnis im formellen Sektor zu humanisieren. Der Grundgedanke einer derartigen Produktionspolitik bildet den gemeinsamen Nenner der ökologisch-sozialistischen Konzepte: Eine marktorientierte Reform der kapitalistischen Wirtschaft oder deren Teilung in einen formellen und einen alternativen Sektor seien gleichermaßen unfähig, eine »Gebrauchswert-rationalität der Produktion« einzulösen, deren der Umgang mit der Naturzerstörung bedarf.

III. Anders leben

Exemplarisch stellen wir in diesem Kapitel einige Autoren vor, die abseits der ökonomischen Kontroversen wichtige Beiträge zur sozialphilosophischen Fundierung einer ökologischen Wirtschaft und Gesellschaft geliefert haben. E.F. Schumacher setzte für die aktuelle Diskussion einen Anfangspunkt: »Small is beautiful« (1973). Seine Vision einer »buddhistischen Ökonomie« übertrifft ähnliche Veröffentlichungen der frühen siebziger Jahre insofern, als sie über eine bloße Neuauflage des geistigen Erbes der utopischen Sozialisten hinausgeht, das heißt: die ökologische Katastrophe mitdenkt. Sparsamkeit im Rohstoffverbrauch, umweltverträgliche Produktion, Arbeit als Instrument sozialer Emanzipation und Entrationalisierung des wirtschaftlichen Handelns sind die Elemente der buddhistischen Ökonomie. Schumachers Abkehr von der utilitaristischen Rationalität, vom anthropozentrischen Weltbild überhaupt wird eine Rückkehr zur Religion: »Nächstenliebe und Gottvertrauen; eine Tapferkeit, die dem materiellen Wohl und Wehe mit einer gewissen Gelassenheit gegenübersteht; ein Großmut und eine Großherzigkeit, die der Kalkulation des eigenen Vorteils nur einen sehr bescheidenen Platz einräumt; vor allem aber ein den Menschen nie verlassendes Bewußtsein, daß er sich nicht selbst gemacht hat und daß er in einer Welt lebt, die er auch nicht gemacht hat und die ihn auf allen Seiten und zu allen Zeiten mit Wundern umgibt, die seine Fassungskraft um ein Unendliches übersteigen« (Schumacher 1974, 69). In der gegenwärtigen sozialetischen Diskussion um die menschliche Aneignung der Natur spielen religiöse Ganzheitslehren keine unbedeutende Rolle. Von Schumachers »buddhistischer Ökonomie« zu C.F.v. Weizsäcker's »asketischer Weltkultur« hat sich eine Front wider den »anthropozentrischen Funktionalismus« (Spaemann) gebildet (stellvertretend sei verwiesen auf Spaemann 1979 und Meyer-Abich 1981). Sie reicht von ernsthaften Versuchen einer philosophischen Neubegründung des Mensch-Natur-Verhältnisses (Jonas 1979) zu Prophetien, deren Spuren uns in der dünnen Luft eines endlosen Obskurantismus aus den Händen gleiten.

Die materialistische Gesellschaftstheorie findet ihren Anschluß an die ökologische Frage über die Reflexion des Gebrauchswertes der herrschenden Tech-

nologie. Arbeit als soziale Kategorie des Klassenkonflikts werde unter Einfluß der modernen Technologie transformiert und stelle nicht mehr den Kristallisationspunkt der Identität des Industriearbeiters dar (Gorz 1980). Die Entwicklung einer »Nicht-Klasse der Nicht-Produzenten«, die die Arbeiterklasse ablöst, macht den gesellschaftstheoretischen Gebrauch des Begriffs der Arbeit selbst fragwürdig. Auf der Produktionsseite korrespondiert damit ein technologischer Trend, der eine derartige Spezialisierung sozialer Funktionen erzwingt, daß deren negative Folgen jeden gesellschaftlichen Nutzen der Produktion selbst übersteigen. Illich greift diesen Gedanken auf und stellt ihn unter sozialetische Imperative: »Mir scheint eine neue Technik dann und nur dann einen Fortschritt darzustellen, wenn sie ein größeres Gleichgewicht zwischen zwei einander ergänzenden Arten der Gerechtigkeit ermöglicht: auf der einen Seite die Gleichheit im Zugang zu den Produkten und Ressourcen der Gesellschaft (gerechte Verteilung der knappen Mittel) und auf der anderen Seite, in gleichberechtigter Weise, einen gleichen Autonomiebereich aller in der Gebrauchswerte-Produktion selbst (partizipative Gerechtigkeit). Dagegen erscheinen mir technologische Fortschritte als politischer Rückschritt, wenn sie zwangsläufig eine Machtanhäufung in einer dieser beiden Gerechtigkeitsdimensionen mit sich bringen, das heißt, wenn die Sachzwänge einer Technologie entweder die gleiche Verteilung des Wohlstandes oder die Gleichheit in der Ausübung der Menschenrechte und bürgerlichen Freiheiten verunmöglichen.« (Illich 1979, 80f.) Das neue System gesellschaftlicher Unterdrückung manifestiere sich im Verhältnis von Schattenarbeit zu Lohnarbeit. Die Entkopplung der produktiven Tätigkeit von der Lohnarbeit fordert die Durchsetzung eines neuen gesellschaftlichen Anspruchs: dem »Recht auf schöpferische Arbeitslosigkeit« (Illich 1978). Schöpferische Arbeitslosigkeit wird zum Werkzeug einer gebrauchswertorientierten »Modernisierung der Subsistenz« (Illich 1979, 81), die die Schattenwirtschaft aus ihrer Vereinahmung lösen soll.

IV. Das Projekt »Arbeit in einer ökologisch orientierten Wirtschaft«

Im Rückblick auf die Literaturübersicht wird deutlich, daß eine *konkrete* systematische Analyse der Arbeit in einer ökologieverträglichen Ökonomie noch aussteht. Unser Interesse richtet sich dabei auf fünf zentrale Fragen: (1) Was heißt »ökologisch orientierte Wirtschaft«? Ist in hochindustrialisierten Ländern eine ökologisch verträgliche Wirtschaftsweise überhaupt möglich? (2) Was bedeutet ein ökologisch orientiertes Wirtschaftssystem für (a) die Menge der gesellschaftlich notwendigen Arbeit und damit für das Problem der Arbeitslosigkeit und (b) für die Gestaltung und die Inhalte der Arbeitstätigkeit? (3) Wie ist eine Umstrukturierung der Wirtschaft in Richtung auf eine ökologische Orientierung zu leisten? Braucht es ein höheres Volumen staatlicher Gelder? (4) Wie kann in einer ökologischen Wirtschaft eine stärkere Partizipation der betroffenen Arbeitnehmer an Entscheidungsprozessen realisiert werden? (5) Welches sind die Auswirkungen einer ökologisch orientierten Umstrukturierung der Wirtschaft in den Industrienationen auf die Länder der Dritten Welt? (S. auch die Projektbeschreibung in den Öko-Mitteilungen 5/1982, 35-39).

Das Gesamtprojekt soll in vier Teilabschnitten realisiert werden. Diese sind so konzipiert, daß jeder Teil für sich sowohl eine geschlossene Einheit bildet, als auch das Fundament für den darauffolgenden Abschnitt darstellt. Aufgabe der Phase 1 war eine ökonomisch-ökologische Bestandsaufnahme mit Schwerpunkt auf dem Problem der Arbeitslosigkeit. In einem allgemeinen Teil wurden wissenschaftliche Theorien und Vorstellungen gesellschaftlicher Gruppen und Institutionen zur Herstellung der Vollbeschäftigung aufgearbeitet. Neben den Problemkreisen Mikroelektronik und Arbeitszeitverkürzung lag der Schwerpunkt des speziellen Teils der Bestandsaufnahme in der Anfertigung von Studien zu einzelnen Wirtschaftssektoren — Landwirtschaft, Chemieindustrie, Rüstung, Verkehr etc. In Form eines hektographierten Typoskripts wurde die Phase 1 im Januar 1983 abgeschlossen. (Das Typoskript ist gegen Selbstkostenerstattung erhältlich am Öko-Institut, Schönauer Straße 3, 7200 Freiburg.) Der folgende Arbeitsabschnitt beschäftigt sich, ausgehend von der erstellten Bestandsaufnahme, mit der zentralen Frage: Was heißt ökologisch orientierte Wirtschaft? In einem ersten Teil wird dieser Begriff, wie er einerseits in der wissenschaftlichen Literatur, andererseits in den programmatischen Äußerungen etablierter und alternativer Gruppen vorkommt, einer von der Projektgruppe entwickelten konkreten Utopie der ökologischen Wirtschaft gegenübergestellt. In einem zweiten Teil werden Meßkonzepte der ökologischen Orientierung einer Wirtschaft vorgestellt und problematisiert mit dem Ziel, einen normativen Katalog ökologischer Kriterien zu erarbeiten, der einheitlich auf die bereits in Phase 1 untersuchten Sektoren angewendet werden soll. Die Phase 2 wird 1984 mit einer Sammelpublikation abgeschlossen sein. Die seit September 1983 in Projektierung befindliche Phase 3 besteht in der Untersuchung und Bewertung der verschiedenen Wirtschaftssektoren anhand des in Phase 2 aufgestellten ökonomisch-ökologischen Prüffrahmens. Dabei ist abzuschätzen, (a) wie der Übergang zu ökologisch orientiertem Wirtschaften geleistet werden kann und (b) welche Auswirkungen sich bei einer ökologischen Umorientierung erwarten lassen. Geleitet durch unseren Entwurf einer konkreten Utopie ökologischer Wirtschaft, wird damit *eine* der möglichen und gesellschaftlich erwünschten Entwicklungen in ihrer Komplexität antizipiert. Der Ansatz würde jedoch rudimentär bleiben, wenn es nicht gelänge, die Wechselwirkungen zwischen den einzelnen Wirtschaftsbereichen in einer Gesamtanalyse zusammenzuführen; außerdem muß jede Diskussion von Elementen einer alternativen Arbeitspolitik die durch unser herrschendes ökonomisches System vorgegebene sektorale Gliederung notwendigerweise verlassen. Eine zunehmende Reduktion der Lohnarbeit zugunsten eines Ausbaus selbstbestimmter Eigenarbeit ließe sich zum Beispiel im Rahmen von Sektoralanalysen nicht erörtern, ebensowenig eine Rückführung staatlich organisierter Wirtschaftstätigkeit in die Eigenverantwortung von Produzenten und Verbrauchern. Deshalb werden die sektoralen Folgeabschätzungen einer ökologisch orientierten Umstrukturierung zu einer gesamtwirtschaftlichen Perspektive hinzuführen haben. Der nächste Schritt ist die Untersuchung der Auswirkungen auf den Zwangsmechanismus der »internationalen Wettbewerbsfähigkeit«: Es gilt, dieser fragwürdigen Doktrin eine konkrete Analyse der Veränderungen in den

Außenhandelsbeziehungen entgegenzusetzen, die eine ökologische Umstrukturierung der Wirtschaft mit sich bringen würde. Leitende Fragen sind (a) die Auswirkungen der Reduzierung des Energie- und Ressourcenverbrauchs der Industrieländer, (b) die Möglichkeiten, über die Umstrukturierung entwickelter Volkswirtschaften eine eigenbedarfsorientierte Entwicklungsstrategie in Ländern der Dritten Welt zu fördern, und (c) die Chancen der Dritten Welt, die Fehler der industriekapitalistischen Entwicklung nicht wiederholen zu müssen.

Literaturverzeichnis

Eppler, E., 1981: Wege aus der Gefahr. Reinbek

I. Wirtschaftliche Entwicklung

Polanyi, K., 1978: The Great Transformation. Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen. Frankfurt/M.

1. Qualitatives Wachstum

Binswanger, H., W. Geissberger und T. Ginsburg 1979: Wege aus der Wohlstandsfalle. Der NAWU-Report: Strategien gegen Arbeitslosigkeit und Umweltzerstörung. Frankfurt/M.

Binswanger, H., H. Bonus und M. Timmermann 1981: Wirtschaft und Umwelt. Stuttgart

Binswanger, H., H. Frisch, H. Nutzinger u.a., 1983: Arbeit ohne Umweltzerstörung. Frankfurt/M.

DGB 1981: Neues Grundsatzprogramm. In: DGB report Nr. 21 — 1/1981, 10-22

Forrester, J.W., 1971: World Dynamics. Cambridge, Mass.

Frey, B.S., 1972: Umweltökonomie, Göttingen

Meadows, D.H., D.L. Meadows, J. Randers und W.H. Behrens 1972: Die Grenzen des Wachstums. Stuttgart

Simonis, U.E., 1982: Alternativen wirtschaftspolitischer Entwicklung. In: Leipert, Chr. (Hrsg.): Konzepte einer humanen Wirtschaftslehre. Frankfurt/M.

Solow, R.M., 1978: Resources and Economic Growth. In: The American Economist, Vol.22, 5-11

SPD, 1981: Materialien Umweltpolitik. Ökologiepolitische Orientierungen der SPD, verabschiedet am 9.11.

Ström, S., 1973: Economic Growth and Biological Equilibrium. In: Swedish Journal of Economics, Bd.75, 166ff.

Wicke, L., 1982: Umweltökonomie. München

2. Ökologisches Wachstum

d'Arge, R.C., und K.C. Kogiku, 1973: Economic Growth and the Natural Environment. In: Review of Economic Studies, Vol.40

Bender, D., 1976: Makroökonomik des Umweltschutzes. Göttingen

Böhme, G., 1980: Alternativen der Wissenschaft. Frankfurt/M.

Boulding, K.E., 1971: The Economics of the Coming Spaceship Earth. In: Johnson, W., und J. Hardesty (ed.): Economic Growths versus the environment. Balmont, Cal., 58-68

Daly, H.E. (ed.), 1973: Toward a steady-state economy. San Francisco

Die *Grünen*, 1983: Sinnvoll arbeiten — solidarisch leben. Das Bundeswirtschaftsprogramm, verabschiedet am 15./16.1.

Methe, W., 1981: Ökologie und Marxismus. Hannover

Moscovici, S., 1982: Versuch über die menschliche Geschichte der Natur. Frankfurt/M.

Siebert, H., 1981: Ökonomische Theorie natürlicher Ressourcen. Sonderforschungsbereich 5 der Universität Mannheim, Discussion Paper Nr. 176-81

- Steiger, A., 1979: Sozialprodukt oder Wohlfahrt? Diessenhofen (Schweiz)
 Uhlig, Ch.A., 1978: Ökologische Krise und ökonomischer Prozeß. Diessenhofen (Schweiz)
 Zellentin, G., 1979: Abschied vom Leviathan. Ludwigsburg

3. Wirtschaftsschrumpfung

- Jaeger, C., 1981: Das Konzept Wirtschaftsschrumpfung. In: Alemantschen Bd.1, Maintal

II. Ökologische Marktwirtschaft?

- Kapp, K.W., 1979: Soziale Kosten der Marktwirtschaft. Frankfurt/M.

1. Markt und Umweltschutz

- Bonus, H., 1981: Instrumente einer ökologieverträglichen Wirtschaftspolitik. In: Binswanger u.a.
 Bullinger, M., A. Oberhauser, R.B. Schmidt und G. Rincke, 1974: Das Verursacherprinzip und
 seine Instrumente. Berlin/West
 Schumann, J., 1980: Grundzüge der mikroökonomischen Theorie. Berlin/West, dritte Aufl.

2. Dualwirtschaft

- Berger, J., 1982: Zur Zukunft der Dualwirtschaft. In: Benseler, F., R.G. Heinze und A. Klönne
 (Hrsg.): Zukunft der Arbeit. Hamburg, 97ff.
 Evangelischer Pressedienst 1982: Jenseits der Vollbeschäftigung — über die Zukunft der Arbeits-
 welt Teil 1, Dokumentation Nr. 23-24
 Gretschmann, K., und H.-H. Kotz, 1982: Ökonomische Kreislauflogik und demokratische Wirt-
 schaftsreform: cum, versus oder was? In: Leviathan 2, 180ff.
 Heinze, R.G., und Th. Olk, 1982: Selbsthilfe, Eigenarbeit, Schattenwirtschaft. In: Benseler u.a.,
 13ff.
 Huber, J., 1979: Die Zukunft zwischen Dienst- und Dualwirtschaft. In: Huber, J. (Hrsg.): An-
 ders arbeiten — anders wirtschaften. Frankfurt/M.
 Vonderach, G., 1982: Eigeninitiativen — Beginn einer »kulturellen Mutation«? In: Benseler
 u.a., 31ff.

3. Sozialistische Ökologie

- Bischoff, J., und M. Menard 1982: Aufhebung der Entfremdung = Aufhebung der gesellschaft-
 lichen Arbeit? In: Benseler u.a., 85ff.
 Pfriem, R., 1982: Soziale und ökologische Produktionspolitik. In: Kongreß Zukunft der Arbeit
 — Materialienband. Bielefeld, 89ff.

III. Anders leben

- Gorz, A., 1980: Abschied vom Proletariat. Frankfurt/M.
 Illich, I., 1979: Das Recht auf schöpferische Arbeitslosigkeit. In: Huber, 78ff.
 Illich, I., 1978: Fortschrittsmythen. Reinbek
 Jonas, H., 1979: Das Prinzip Verantwortung. Frankfurt/M.
 Meyer-Abich, K.M., und B. Schefold, 1981: Wie möchten wir in Zukunft leben? München
 Schumacher, E.F., 1973: Small is beautiful. A study of economics as if people mattered. London
 (deutsch: Die Rückkehr zum menschlichen Maß. Reinbek 1977)
 Spaemann, R., 1979: Technische Eingriffe in die Natur als Problem der politischen Ethik. In:
 Scheidewege. Vierteljahresschrift für skeptisches Denken 9/4, 476-497

Dokumentation

»Gesellschaft für Medienpädagogik und Kommunikationskultur (GMK)« gegründet

Medienpädagogen, Medienwissenschaftler, Vertreter des Jugendschutzes und der Familienverbände, pädagogisch orientierte Journalisten, Mitarbeiter von Bildstellen und audiovisuellen Zentren, Medienarbeiter vor Ort, Sozialarbeiter, Lehrer, Erzieher und Mitglieder außerschulischer Bildungseinrichtungen gründeten die »Gesellschaft für Medienpädagogik und Kommunikationskultur (GMK)« am 13. April 1984 in den Räumen des Gemeinschaftswerks der Evangelischen Publizistik in Frankfurt.

Erhaltung und vor allem engagierte Förderung einer demokratischen Kommunikationskultur ist das Leitziel, das die unabhängige Gesellschaft all jenen entgegensetzen will, die die rasante Expansion des Medienmarktes und die forcierte Einrichtung von Informationstechniken und Datennetzen sowie die einhergehenden medien- und technologiepolitischen Entscheidungen ausschließlich unter wirtschaftlichen, technischen und parteipolitischen Gesichtspunkten betreiben. Dies meint vor allem Anwaltschaft für die große Mehrheit derer, die zu und vor den anstehenden Entscheidungen nicht gefragt werden; dies meint aber auch eine deutliche und geschichtlich belegbare Skepsis gegenüber all jenen Vorstellungen, die Kommunikation und Kultur nun gänzlich dem Marktgeschehen überlassen wollen. Frühzeitig soll auf drohende Gefahren und Verwerfungen von Kultur, Bildung und Kommunikation hingewiesen, kultur- und kommunikationsfördernde Maßnahmen entwickelt und durchgesetzt werden, ebenso aber sollen die zweifellos vorhandenen Potentiale der neuen Medien zur Entfaltung von Kultur und Kommunikation aller erprobt werden. Als bloß rechtfertigendes politisches Alibi kann sich Medienpädagogik nicht verstehen, und sie taugt auch nicht als Reparaturbetrieb für Fehlentscheidungen der Medienpolitik und des Marktes.

Als praktische Schritte will die GMK zunächst alle »mit und an Medien« pädagogisch arbeitenden Personen und Gruppen vereinen, ihren Austausch und ihre Qualifizierung fördern, ihre Aktivitäten dokumentieren und koordinieren sowie den Kontakt mit allen interessierten Ansprechpartnern pflegen. Dazu sollen inhaltlich arbeitende Sektionen wie regionale Vereinigungen gegründet werden. Berufspolitisches Ziel ist die Entwicklung medienpädagogischer Praxisfelder und Qualifikationsprofile für künftige Medienpädagogen, die nach der Überzeugung der GMK bald ebenso unentbehrlich sein werden wie alle anderen, die die neuen Medien vorwiegend wirtschaftlich und instrumentell nutzen. Kontakt: Dr. Wolf Wunder, Süddeutscher Rundfunk, Postfach 837, 7000 Stuttgart

Unterstützungs-Kampagne für die portugiesischen Landarbeiter(innen)

Was ist aus der portugiesischen Landreform geworden? 1976: 550 Kooperativen mit 70000 Arbeitsplätzen. 1983: 362 Kooperativen mit nur noch 22500 Arbeitsplätzen. Gegen die Zerschlagung der Landreform setzen sich die portugiesischen Landarbeiter inzwischen mit Hilfe der Gerichte zur Wehr. Sie brauchen politische Unterstützung, um ihr Recht auch durchsetzen zu können. Eine niederländische Solidaritätsgruppe bittet um Unterschriften für folgenden Aufruf:

»Unterzeichnete appellieren an die portugiesische Regierung, den portugiesischen Landarbeitern Gerechtigkeit zu verschaffen, die Urteile des Oberverwaltungsgerichts zu befolgen und der Offensive gegen die Landreform ein Ende zu machen. In den bisherigen mehr als 200 Gerichtsurteilen wird das portugiesische Landwirtschaftsministerium aufgefordert, das illegal beschlagnahmte Land und Vieh sowie die illegal beschlagnahmten Maschinen und Produkte den landwirtschaftlichen Genossenschaften zurückzugeben. Das Ministerium weigert sich aber, dieser Aufforderung Folge zu leisten.«

Unterstützungslisten und Informationen bei: Tulipa Vermelha, Postfach 120 39, NL 1100 AA Amsterdam ZO (Postcheckkonto Köln 2191 41-501).

Interventionen

Thomas Metscher: Die Kraft der besseren Argumente*

(1) In der Tat: Manfred Buhr hat seinen politischen Freunden in der Bundesrepublik einen Bärendienst erwiesen. So sehr man mit W.F. Haug in vielen wesentlichen Punkten — der Theorie, der konkreten Gegenstandsanalyse, der politischen Praxis — differieren mag, ihn umstandslos im »ideologischen Sumpf« der Bourgeoisie zu verorten, damit, zumindest implizit, zum blinden oder bewußten Funktionär des Kapitalinteresses und Wortführer antimarxistischer Strategien zu machen, geht nicht an. Zudem der Argumentationsgang mehr als brüchig ist. Aus Haugs Aussagen: heute sei »auf neue Art (...) die Auseinandersetzung mit dem Werk von Karl Marx (...) notwendiger denn je« und »alles Marxistische muß diesem Ziel dienen: Selbstvergesellschaftung der assoziierten Produzenten« die Folgerung zu ziehen, hier werde, in »Klartext übersetzt«, die Forderung nach Abschaffung des sozialistischen Staats und der marxistisch-leninistischen Partei erhoben, ist mehr als abenteuerlich (zumal diese Aussagen, zumindest ohne weiteren Kontext, für jeden Marxisten selbstverständliche Wahrheiten — im Grunde Trivialitäten — sein dürften). Buhrs Folgerung, zumindest an diesem Punkt, dürfte auch für den nicht mehr nachvollziehbar sein, der (wie ich selbst) in der Tat im *Argument* seit geraumer Zeit eine Tendenz zur Favorisierung antikomunistischer Positionen mit Bestürzung zur Kenntnis nimmt und den — verbal durchaus noch erhobenen — Anspruch, an der Einheit der Linkskräfte unter Einschluß der Kommunisten zu arbeiten, mehr und mehr zerbröckeln sieht.

So wie Buhr es tut, ist diesen Tendenzen jedoch nicht zu begegnen. Statt der Ex-Kathedra-Erklärung mit exkommunikativem Gestus müßte die sach- und textbezogene Analyse stehen. Mit Recht muß die Art und Weise, in der Buhr verfährt, von aufrechten Linken aller Couleurs als Anmaßung und Affront empfunden werden. So gehe auch ich — der ich mich unzweideutig und ohne aparte Einschränkung als Kommunist in der Bundesrepublik Deutschland, und das heißt »im Klartext«: als Mitglied der Deutschen Kommunistischen Partei bekenne — mit wesentlichen Argumenten von Erich Wulff konform (wobei es in diesem Zusammenhang unnötig ist, die Differenzen zu einzelnen Punkten zu notieren).

(2) Um nicht mißverstanden zu werden: Ich teile Wulffs Kritik an Gestus und argumentativer Form wie auch einzelnen — nicht abgeleiteten oder unzureichend begründeten — inhaltlichen Schlußfolgerungen. Ich teile die Haugsche Konzeption eines sogenannten »pluralen Marxismus« und der entsprechenden »ökumenischen Haltung« nicht, ja halte diese Orientierung für die marxistischen Kräfte wie auch die Arbeiterbewegung insgesamt für falsch. Der Grund kann hier nur angedeutet werden: Der Einheit des internationalen Monopolkapitals kann in langfristiger Perspektive nur eine organisatorisch-politisch und ideologisch *einheitliche* Arbeiterbewegung mit Aussicht auf Erfolg Widerstand leisten (ideologische Einheit der wissenschaftlichen Weltanschauung ist — bitte sehr — in keiner Weise zu verwechseln mit »dogmatisch geschlossenem System«, schließt Dissenz in vielen Einzelfragen überhaupt nicht aus). Die auch von Wulff beschworene »Vielstimmigkeit« der Bewegung scheint mir, verstanden als per se positiver politischer Wert, illusorisch angesichts der geballten, in der Tat vereinheitlichten Gewalt des Kapitals, das sich heute anschickt, den gesamten Erdball zu unterwerfen, unter Einschluß des Risikos, alles Leben auf ihm zu vernichten. Die faktische weltweite Zersplitterung sozialistischer Kräfte ist nicht dadurch aufzuheben (eine solche Aufhebung ist ja

* Stellungnahme zu Manfred Buhr, »Die Lehre von Marx und die bürgerliche Ideologie der Gegenwart«, in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie 6/1983, und zu den Buhr-Interventionen in *Argument* 142, 143 und 145

auch erklärtes Ziel des *Argument*), daß man ihr durch den Begriff des »Pluralen« noch die theoretische Weihe gibt. In diesem entscheidenden Punkt der notwendigen politisch-ideologischen Einheit der Bewegung vertrete ich prinzipiell keine andere Position als Buhr selbst, wende mich allerdings gegen dessen offenkundige Unterschätzung des realen Problems einer faktisch existenten *zerrissenen Vielgestalt sozialistischer Kräfte* und wende mich gegen jede Denunziation alternativer Strategien der Problemlösung (auch da, wo ich diese für einen Irrweg halte). Denn als eine solche Strategie sehe ich die Konzeption des *pluralen Marxismus* an; deutlich erkennbar in seinem sozialen Ursprung (wie auch der komplementäre Begriff des »Projekts Sozialismus«): nicht der Arbeiterbewegung entwachsen, sondern dem Boden der Universität — ein Marxismus des Philosophischen Seminars, ein keineswegs untypisches (und auch nicht sonderlich originelles) Intellektuellenkonstrukt.

In diesem entscheidenden Punkt des »pluralen Marxismus« also leidenschaftlicher Dissens mit Haug — ein Dissens, der gleichwohl *argumentativ* (und das heißt durchaus: unter Einschluß von Polemik) entschieden werden muß. In anderen Punkten allerdings notiere ich Konsens: So auch mit dem von Buhr inkriminierten Satz, daß der Marxismus nicht nur Sache von Parteien sei (wobei ich das Wörtchen nur unterstreichen möchte) — wenn auch die politische Organisation in einer Partei der Arbeiterklasse ein Essential des Marxismus ist und bleibt.

(3) Fraglos ist also auch über den *Begriff* des Marxismus zu streiten. Ich selbst möchte für einen möglichst *präzisen* (und das heißt aber auch relativ engen) Marxismusbegriff plädieren. Es gibt zu denken, daß Haug nirgendwo präzise (so weit ich sehe — ich lasse mich da gern belehren) den Marxismusbegriff expliziert. Ich vermute, daß hier einfach der gute, alte, weite Begriff des *Sozialismus* nun durch den (gegenwärtig stark emotional besetzten) Begriff des *Marxismus* ersetzt wird — wobei dann dieser auch noch als Inbegriff alles Guten, Wahren, Schönen und überhaupt Progressiven erhalten muß. In der Tat: Von einem *pluralen Sozialismus* zu reden ist durchaus historisch und aktuell sinnvoll; denn es gab immer deutlich unterschiedene (und sich selbstbewußt voneinander unterscheidende) Positionen in der Arbeiterbewegung mit sozialistischer Zielsetzung (Kriterium für diese: Aufhebung kapitalistischer Produktionsverhältnisse, Herstellung sozialistischer). Den Marxismusbegriff jedoch nur als vages Konzept zu handhaben zur Bezeichnung radikal sozialistischer oder sozialistisch-revolutionärer Positionen allgemein, halte ich für wissenschaftlich wie politisch wenig sinnvoll. Wenn Eric Hobsbawm (der in den zur Debatte stehenden Fragen sicher dem *Argument* näher steht als der DKP) in *Marxism Today* (März 1984) schreibt: »Marxists and other left-wing socialists — for many of them can hardly be regarded as Marxists, even when, as today, they advertise themselves as such (...)«, so trifft er eine Unterscheidung, die meines Erachtens völlig einleuchtend ist und sicher auch beim *Argument* auf wenig Widerspruch stoßen sollte (man kann doch nicht im Ernst sagen: Marxist ist, wer sich für einen Marxisten hält). Kommt diese Unterscheidung jedoch aus dem Munde eingefleischter Kommunisten, so wird sie sogleich als abschreckendes Beispiel des bornierten Dogmatismus rezipiert (wie auch in H. Ridders Kommentar zu H. Jung und W. Schwarz in *Argument* 143, 9).

Ich jedenfalls plädiere für einen präzisen und vergleichsweise engen Marxismusbegriff; einen Begriff, der — nach klaren Kriterien — eine erkennbare politische und wissenschaftliche Position *unter anderen* bezeichnet, *jedoch ohne dieser Position quasi automatisch irgendein Wahrheits- und Wertprivileg zuerkennen zu wollen*. Welche Position im »pluralen« Spektrum konkurrierender Auffassungen zu einem bestimmten historischen Moment die »wahrere«, »bessere«, adäquatere ist, *hat sich allein durch die Praxis zu beweisen*. Es ist auch dies, mit Marx, »keine Frage der Theorie, sondern eine praktische Frage« (*Feuerbach-Thesen*). Ich möchte dafür sprechen, den Begriff *marxistisch* an bestimmte, genau zu definierende Inhalte zu binden: an die politische Orientie-

rung an den Organisationen der Arbeiterbewegung, an eine prinzipielle theoretische Bindung an den dialektischen Materialismus als systematische wissenschaftliche Weltanschauung, an bestimmte Methodiken, Verfahrensweisen und Zwecksetzungen von Wissenschaft, die von der grundlegenden politischen Orientierung und ideologischen Einbindung dieser Wissenschaft abzuleiten sind (dies nur als Hinweis auf eine Liste von Kriterien, die weiter auszuarbeiten ist). Von der marxistischen wären weitere Positionen der sozialistischen Linken zu unterscheiden — in bezug auf das Gesamtspektrum dieser Linken mag man dann auch von einem »pluralen Sozialismus« sprechen.

(4) Über all dies sollte und muß diskutiert werden: leidenschaftlich, durchaus auch polemisch, doch von jedem denunziatorischen Gestus frei. In der Bundesrepublik, so scheint es mir, sind es wohl eher die Kommunisten als die Freunde im Umkreis des *Argument*, denen das Recht, ihre Meinung zu präsentieren, beschnitten oder bestritten wird, deren Position, gerade auch vom *Argument*, immer sehr schnell mit den (meist eben nicht analytisch, sondern denunziatorisch verwendeten) Vokabeln des »Ökonomismus«, »Klassenreduktionsimus« usw. versehen wird; die Rezension des IMSF-Bandes zum 100. Todestag von Marx ist nur ein Beispiel unter anderen eines im Grunde *denunziatorischen* Umgangs mit kommunistischen Positionen (und man komme mir hier nicht mit dem »Pluralismus«-Einwand: dies sei eben nur Thomas Heilmanns persönliche Meinung; als alter *Argument*-Redakteur weiß ich, wie Rezensionspolitik in dieser Zeitschrift gemacht wird).

Ich fasse die Diskussion mit Haug und dem *Argument* nach wie vor als *innermarxistische Kontroverse* auf (wie auch in meiner im *Argument* 135 veröffentlichten Kritik an bestimmten Teilen der Haugschen Position), als Kontroverse, in deren Verlauf sich die Grundpositionen klären sollten. Ich werde diese Kontroverse unbeirrt fortsetzen — jetzt auch als Mitherausgeber eines Bandes zur Position des *Argument*, der im Herbst dieses Jahres erscheinen wird (H.H. Holz, Th. Metscher, J. Schleifstein, R. Steigerwald [Hrsg.]: *Marxismus — Ideologie — Politik. Krise des Marxismus oder Krise des »Argument«?*, Verlag Marxistische Blätter, Frankfurt/M.). In diesem Band werden durchaus auch unterschiedliche Einschätzungen zu Worte kommen — die DKP gibt, man sollte es nicht für möglich halten, keine »einheitliche Linie« per Dekret für die Einschätzung des *Argument* vor, würde sich eine solche übrigens auch von niemandem vorschreiben lassen. In dieser Kontroverse sollen, auch hierfür bin ich nun mit großer Leidenschaft, niemand und nichts anderes entscheiden als die *Kraft der besseren Argumente*.

Michael Weingarten: Wie halten es die »Traditionsmarxisten« mit den »Alternativen«?

Nach der Lektüre des Berichtes von Karl-Ernst Lohmann über die IMSF-Tagung »Die Alternativen der Alternativen« (*Argument* 144, 286ff.) habe ich mich wirklich gefragt, ob wir auf derselben Veranstaltung waren. Sicher gab und gibt es Kommunikationsprobleme zwischen Alternativen und Kommunisten, aber es ist m.E. absurd, diese Schwierigkeiten *nur* den Kommunisten in die Schuhe zu schieben. — So ist zunächst von dieser Veranstaltung erwähnenswert, was Heinz Jung in seinem Einleitungsreferat sagte: Daß es nämlich vielleicht einen gewichtigen Fehler darstellt, wenn Kommunisten alle Widersprüche und Krisenerscheinungen des Kapitalismus vorschnell und abstrakt-analytisch auf den Grundwiderspruch kapitalistischer Gesellschaftssysteme festlegen. Weiter ist festzuhalten, daß gerade in dem Hauptdiskussionspunkt — Stahlkrise und Ruhrgebiet — von Seiten der Alternativen (Stratmann) »windelweiche« Positionen dargeboten wurden, die keinen Ansatzpunkt für eine auch kurzfristig wirksame Lösungsstrategie enthielten. Vielmehr wurde nur so dahin über den Widerspruch von Verstaatlichung und Vergesellschaftung räsonniert — ohne Rücksicht darauf, daß weder das eine noch das

andere gegenwärtig zur Realisierung ansteht. Und sicher gab es von marxistischer Seite den Einspruch, daß mit Verstaatlichung nicht nur die bloße Überführung der Stahlbetriebe in Staatseigentum gemeint ist (wobei auch gerade Stratmann nicht explizieren konnte, was er eigentlich mit Vergesellschaftung meint). Aber der von Lohmann (bezeichnenderweise?) nicht erwähnte *politische* Haupteinwand lautete: Egal, ob Verstaatlichung oder Vergesellschaftung, entscheidend ist, daß der jeweilige Widerpart beider Veränderungsstrategien der gleiche ist; eben »das Monopolkapital«. Was hier also eigentlich zur Diskussion anstand, war die Notwendigkeit eines gemeinsamen Handelns aller linken und demokratischen Kräfte zunächst unter Absehung solcher Differenzen, die in doch wohl erst viel späterer Zeit zur Verhandlung anstehen. Dazu aber kein Wort von Seiten der Alternativen. — Die wohl entscheidendste Differenz zwischen Kommunisten und Alternativen wird durch das markiert, was Lohmann als »Produktivismus« bezeichnet. Es wäre aber absurd, wollte man Kommunisten hier auf eine »ökonomistische« oder »technizistische« Position festnageln, wie es von Lohmann versteckt angedeutet wird. Vielmehr geht es um die Rolle der Arbeit, eben nicht nur als ökonomische Kategorie, sondern als eine Kategorie, die den Prozeß der Vermittlung auch und gerade zwischen Mensch und Natur überhaupt bezeichnet. Dabei gilt es sich klarzumachen, daß — wenn Menschen sich nur über Arbeit reproduzieren können — jede Form der Arbeit eine »Störung« eines natürlichen Gleichgewichtes bedeutet. In diesem Kontext war das Referat von Goldberg angesiedelt und hier hat vor allen Dingen Edgar Gärtner eine wichtige Diskussionsbemerkung gemacht. Er wies darauf hin, daß vielen Überlegungen der Alternativen implizit oder explizit (ich verweise nur auf Maren-Grisebach) Harmonievorstellungen zugrunde liegen, wie sie typisch für die Aufklärungsphilosophie waren, und wo eben abstrahiert wurde von jeglicher Form der Arbeit. Speziell im Zusammenhang mit der Arbeitskategorie wäre zu prüfen, ob hier nicht modellhaft eine identische Reproduktion gefordert wird. Dies wurde alles — teils in Form von Fragen, teils in direkter Kritik an den Alternativen — von Kommunisten vorgetragen. Insoweit ist also der Einschätzung Lohmanns über die Verlogenheit(!) und Oberlehrerhaftigkeit der Kommunisten entschieden zu widersprechen. Und es ist die Frage zu stellen, ob mit solchen Äußerungen die vom *Argument* programmatisch erhobene Forderung eines pluralistischen Diskussionszusammenhangs nicht ad absurdum geführt wird. Denn wenn man Kommunisten als verlogen abqualifiziert, grenzt man sie aus jedem politischen und wissenschaftlichen Kommunikationszusammenhang aus. Und dies ist eine Verfahrensweise, wie sie die Kommunisten schon seit eh und je von konservativer Seite gewöhnt sind.



»1984«

Zur Aktualisierung von Orwells Vision:
Staatstheorie, Ökologie, Arbeitskontrolle,
Frauen und Gentechnologie;
Orwell im Englischunterricht

Argument-Sonderband AS 105, 1984
17,60/f.Stud.14,60 DM (Abo: 14,60/12,60)

Kongreßberichte

Alternativen der Forschungs- und Technologiepolitik

Veranstaltet von den *Grünen im Bundestag*, der Zeitschrift *Wechselwirkung* und der *Arbeitsgemeinschaft Ökologischer Forschungsinstitute*, Heidelberg, 11. bis 13. Mai 1984

Experten aus dem Wissenschaftsbereich, aus Politik, Gewerkschaften, nicht zuletzt Kundige aus dem Arbeitsleben waren zusammengerufen, um ihr unterschiedliches Wissen in gesellschaftsverändernde Politik zusammenzufassen bzw. im Streit zu entwickeln. Etwa 400 waren gekommen. Voraussetzung für eine Teilnahme war eine kritische Haltung zur Neuen Technologie. Politikberatung also als großer Ratschlag. In elf thematisch unterschiedlichen Arbeitsgruppen (von EDV und ihren Folgen im allgemeinen über Rüstung, Gentechnologie, Wissenschaftsorganisation, neue Medien bis zu Ökologie) wurde acht Stunden diskutiert, wurden Informationen ausgetauscht, Politikvorschläge konsensuell zu sammeln versucht.

Aus den vorweg verschickten Thesen der eingeladenen Wissenschaftler waren politische Forderungen und Empfehlungen katalogartig zusammengestellt als Grundlage der Diskussion der Gruppen. Ziel sollte sein, einige Politikvorschläge für die Grünen im Bundestag zu entwickeln. Ich kann hier nur aus der Arbeitsgruppe 1, »EDV und Regelkreistechnik in Produktion und Verwaltung«, berichten. Hier war die Spannung auffällig, etwas Konkretes positiv herausarbeiten zu wollen bei vorherrschender Tendenz, nur Negatives zu diagnostizieren. Wie von selbst fand man sich immer wieder bei konkreten Projekten, die sich gegen eine Kontrolle durch Personalinformationssysteme richteten, als ob die gesamte Technologie nur aus ihnen bestünde. In dieser Bewegung, die über Roboter beim Schweißen, Programmiererverhalten, alternative Technikgestaltung bis hin zu Beratung linker Projekte beim EDV-Einsatz wieder und wieder zu Aktionen gegen staatliche und unternehmerische Kontrolle zurückkehrte, versuchten die Diskussionsleiter nachdrücklich, zu einem Minimalkonsens als Politikempfehlung zu gelangen. Dieses Politikverständnis einer Einheit bei einer so gemischten Versammlung konnte kaum zu großen Ergebnissen kommen. An und für sich halte ich es für zukunftsweisend, daß und wie hier Vertreter/innen unterschiedlicher Positionen und Erfahrung zusammengerufen worden sind. Freilich gehört dazu, daß die Anordnung bewußt so gestaltet wird, daß sie die Vielfalt der Teilnehmer produktiv macht, sie in einen Zusammenhang bringt, in dem sie sich wechselseitig stärken. Das bloße Zusammenwürfeln leistet dies nicht. Gegen Ende des Tages schien sich — in unserer AG zumindest — ein solches Konzeptverständnis herausgebildet zu haben. — Während die Arbeitsgruppen nicht öffentlich tagten, gab es am Vortag Vorträge von Ivan Illich und Ernest Sternglass zu Fragen von Industriegesellschaft und Wissenschaft schlechthin, die insoweit eine grün-populäre Öffentlichkeitsarbeit betrieben, als beide den Hauptakzent auf eine »Wissenschaft für das Volk« setzten.

Die allgemeine Berichterstattung über diese Tagung war gering. Erst aus einem giftigen Leserbrief in der TAZ erfuhr ich, daß die anwesenden Wissenschaftler (also wohl auch ich) gerne Forschungsaufträge für die Grünen übernehmen würden. Was hier als Verdacht denunziatorisch vorgebracht wurde, wäre in Wirklichkeit keine schlechte Fortsetzung wissenschaftlicher Beratung grüner Politik in Bonn. Frigga Haug (Berlin/West)

Women's Worlds — Strategies for Empowerment

Zweiter Interdisziplinärer Frauenkongreß, Groningen, 17. bis 21. April 1984

600 Frauen von allen Kontinenten und aus vielen Ländern waren gekommen: Sari und Jeans, Strickstrümpfe und Seidenkostüme wurden im Foyer der Groninger Kongreßhalle gezeigt. 300 Referentinnen sprachen zu Themen wie: Arbeit, Recht, Technik, Sexuali-

tät u.a. Wir sind uns unsicher geblieben, ob Kongresse dieser Art dazu beitragen, gemeinsame Merkmale von Frauenunterdrückung herauszuarbeiten, ob sie einen Rahmen bilden, Aktivitäten zu internationalisieren, indem sie vernetzt werden. Mit Sicherheit aber läßt sich sagen, daß eigene Problemkonstruktionen, die an den Landesgrenzen haltmachen, verschoben werden, daß eurozentrisches Denken aufgebrochen wird. So z.B. durch *Olivia Muchena* aus Zimbabwe, die über Machtstrategien der afrikanischen Frauenorganisationen sprach: Die gesellschaftliche Macht der afrikanischen Frauen sei gering und die Strukturen und Aktionen ihrer Organisationen nicht dazu geeignet, die Frauen zu weiteren gesellschaftlichen Eingriffen zu befähigen. Die Konzentration auf den sozialen Fürsorgebereich und das Fehlen ausgefeilter Strategien zur Durchsetzung ökonomischer Forderungen machten, daß die Frauenorganisationen relativ unsichtbar am Rande stehen und die Frauen in den entscheidenden gesellschaftlichen Machtstrukturen fehlen. Als wichtiges Moment dieser Machtlosigkeit bezeichnete Olivia Muchena die negative Einstellung vieler Frauen zur Macht, in der die Dominanz über andere und nicht die kanalisierte Kraft der Frauen zur Änderung ihres Lebens und der ganzen Gesellschaft gesehen werde. Sie schlug als Gegenstrategie ein System ökonomischer, politischer und erzieherischer Reformen vor samt einer Verknüpfung der Kämpfe in den verschiedenen Frauenorganisationen zu einer machtvollen Struktur — auch als Machtsymbol der Frauen gegenüber den Männern.

Zsuzsa Ferge aus Budapest stellte an der ungarischen Situation das Problem der Unvereinbarkeit von qualifizierter Berufstätigkeit und traditionellen Familienformen dar. Die weibliche Erwerbstätigkeitsquote sei in Ungarn sehr hoch. Identitätskrisen seien die Folge, die Probleme würden individuell ausgetragen und als Überforderung: Frauen könnten nicht zur gleichen Zeit perfekte Mütter, ideale Hausfrauen und Sexualpartnerinnen, Arbeitskräfte gleichen Werts und gleiche Partnerinnen im öffentlichen und politischen Leben sein. Sie müßten wählen, und jede Entscheidung gehe auf Kosten anderer wichtiger Aufgaben. Es sei verstärkt zu Ideologien gekommen, die Frauen in ihre »biologische Bestimmung«, in die privaten Räume von Familie und Ehe verweisen. Z. Ferge formulierte als Forschungsfrage eine neue Bestimmung von biologischem und sozialem Geschlecht. Zum ideologischen Aspekt von Frauenunterdrückung sprach auch *Else Bath*, Professorin für Logische und Analytische Philosophie in Groningen. Indem Denken und Handeln »für den Nächsten« in der Familie eingeübt werden, »vergäßen« die Frauen bei ihren Emanzipationsbestrebungen sich selbst und nähmen statt dessen den Standpunkt »aller Unterdrückten« ein. Zum Beispiel sähen Frauen sich dazu veranlaßt, ihre Forderungen damit zu begründen, daß diese nicht nur den Frauen, sondern auch allen anderen zugute kämen. E. Barth wertete dies als Zurücknahme der eigenen Interessen.

Neben den täglichen Hauptvorträgen (key-notes) gab es viele Arbeitsgruppen, in denen weitere Referate diskutiert werden konnten. Englisch war Kongreßsprache, und das sorgte anfänglich für eine starke Dominanz der US-amerikanischen Frauen. Die Qualität der Beiträge und die methodischen Herangehensweisen waren sehr unterschiedlich. Streng statistische Vorschläge standen neben mehr »einfühlenden« Beiträgen. Teilnehmerinnen berichteten uns, daß es oft die nicht zu ihrem Fachgebiet gehörigen Arbeitsgruppen waren, die neue Perspektiven eröffneten mit Forschungsfragen wie z.B. dieser: »Finden Sie Mannschaftssport unerlässlich für Ihre Tochter, wenn sie später eine Topposition innerhalb der Wirtschaft einnehmen soll?«

Auch Streit hatte es um den Kongreß gegeben — 400 Gulden (360 DM) mußten die Teilnehmerinnen bezahlen. Protestdemonstrationen von Groninger Frauen und empörte Briefe aus dem Ausland prangerten die hohe Kongreßgebühr als »Ausschluß der Frauenbewegung« und Beschränkung der Teilnahme auf eine finanzkräftige Elite an. In der Tat riefen die Wissenschaftlerinnen auf dem Kongreß vergeblich nach der Bewegung.

Da sie nicht dort war, wo sie waren, müssen sie wohl zu ihr gehen oder weniger versperrte Eingänge für die Bewegung in die Wissenschaften schaffen.

Gisela Heinrich (Hamburg) und Maria Meijvogel (Groningen)

Tagung zum 100. Geburtstag August Thalheimers

Stuttgart, 17.-18. März 1984

Die Tagung — vorbereitet unter der Federführung Theodor Bergmanns (vgl. dessen Beitrag in *Argument* 144) vom Sozialistischen Zentrum Stuttgart und weiteren Gruppen und Einzelpersonen aus dem süddeutschen Raum — wurde eröffnet mit Referaten zur Aktualität Thalheimers (Erhard Korn), zu seiner Biographie (Silvia Neuschl-Marzahn) und Klassenanalyse (Jürgen Kästner). August Thalheimer (1884-1948) war — das machten diese ersten Ausführungen deutlich — ein Sonderfall unter den Persönlichkeiten der deutschen Arbeiterbewegung der 20er Jahre. Als Sohn bürgerlicher, jedoch politisch aktiver sozialistischer Eltern hatte er schon als Kind und Jugendlicher Kontakt zur Arbeiterbewegung und deren Repräsentanten und blieb somit vom »Überläuferproblem« verschont, das die Biographien anderer linker Intellektueller bürgerlicher Herkunft prägte und diese oft in den Linksradikalismus bzw. später in einen blinden Antikommunismus trieb. Schon in der Anfangsphase seiner politischen Tätigkeit versuchte er, die Verhältnisse in Deutschland und die Erfahrungen der russischen Revolution in ihrer Allgemeinheit *und* Besonderheit zu verarbeiten (»Die deutsche Revolution entfaltet ihre eigenen Probleme«) und auf dieser Grundlage die verschiedenen Ebenen des politischen Kampfes miteinander zu verknüpfen. Daraus ergab sich als Schwerpunkt seiner Arbeit die Weiterentwicklung der Einheitsfronttaktik mit dem Ziel, durch praktische Bewußtwerdung in Alltagskämpfen die Arbeiterklasse zum politischen Subjekt heranzubilden, und die Kritik der Volksfrontpolitik, die einen instrumentellen Umgang mit der Arbeiterklasse beinhaltet. Angesichts der politischen Verhältnisse in den 20er und 30er Jahren war Thalheimer meist gezwungen, *zwischen* den festgefahrenen Fronten innerhalb der Linken zu leben und zu arbeiten. Seine theoretischen Bemühungen dienten dem Ziel, diese Fronten aufzubrechen und zu überwinden. Thalheimers Aktualität ergibt sich so zum einen aus seiner *Methode*, politische Situationen (selbst-)kritisch und differenziert zu beobachten, zum anderen aus der Kontinuität der von ihm analysierten politischen *Probleme*: Wirtschaftskrise, Faschismus, Strategie und Taktik der Arbeiterbewegung, Probleme des »realen Sozialismus«, die Frage der Parteiform waren die Themen, die nach den Referaten im Plenum entlang des Thalheimerschen Lebenslaufs diskutiert wurden.

In einer zweiten Runde wurden einzelne Themenbereiche in Arbeitsgruppen diskutiert. Eine AG beschäftigte sich — ausgehend von einem Beitrag Lothar Wentzels über den Berliner Metallarbeiterstreik 1930 — mit der Politik der Gewerkschaften in der Krise. Der Schwerpunkt der Diskussion lag, bedingt durch die Anwesenheit einiger aktiver Gewerkschaftskollegen, auf der aktuellen Auseinandersetzung um die 35-Stunden-Woche. In der zweiten AG wurde auf der Grundlage eines Referats von Udo Winkel, »August Thalheimers Analyse des Faschismus und der Selbsterstörung der bürgerlichen Demokratie«, hauptsächlich über die Relevanz traditioneller Faschismusanalysen diskutiert. Wie ist der Neofaschismus einzuschätzen; besteht heute eine unmittelbare faschistische Gefahr? Welche Formen könnte diese annehmen, welche latenten Potentiale sind vorhanden? Wird es überhaupt noch einmal Faschismus geben, oder wird das Kapital neue Herrschaftstechniken in der Krise entwickeln? Ein Diskussionsteilnehmer betonte, daß man gerade hier von Thalheimer lernen müsse: Neue Bewegungen (wie damals der Faschismus) dürften nicht nur aus der Vergangenheit erklärt, sondern müßten vorurteilslos und nüchtern analysiert werden. Nur so sei auch die Entwicklung von neuen Widerstandsformen möglich. Eine dritte Arbeitsgruppe beschäftigte sich mit »Thalheimers Kritik am Reformismus (SPD) und Linkssozialismus (SAP)« (Referat von Achim Ko-

walczyk). Zum Abschluß des Kongresses referierten Willy Buschak und Theodor Bergmann über »Arbeiterbewegung und Kriegsfrage zwischen den beiden Weltkriegen« und »Weltpolitische Kräfteverhältnisse und Entwicklungen nach dem zweiten Weltkrieg«. Auch hier mündete die anschließende Diskussion im Versuch einer Einschätzung der gegenwärtigen internationalen Lage und der Perspektiven der Friedensbewegung.

Hervorzuheben bleibt noch die lebendige und tolerante Atmosphäre der Tagung. Die Zusammensetzung der etwa 100 Teilnehmer — es waren nicht nur Wissenschaftler und Studenten, sondern auch Gewerkschafter und »Veteranen« der Arbeiterbewegung (u.a. Lisa und Wolfgang Abendroth) anwesend — sorgte für ein fruchtbares Spannungsverhältnis. Man hatte sich etwas zu sagen, konnte voneinander lernen.

Martin Grohmann (Backnang)

Der 12. Februar 1934. Ursachen — Fakten — Folgen

Internationales wissenschaftliches Symposium des Dr.-Karl-Renner-Instituts
Wien, 13. bis 15. Februar 1984

Anläßlich der »Februarereignisse«, wie man heute in Österreich oft verschämt zu den Kämpfen sagt, die Otto Bauer seinerzeit etwas übertrieben als »Aufstand der österreichischen Arbeiter« bezeichnete, fand eine Reihe von Gedenkveranstaltungen statt. Vor allem die Sozialistische Partei Österreichs war bemüht, durch eine breite Palette von Kundgebungen, Ausstellungen usw. an die verspäteten und zersplitterten Widerstandskaktionen zu erinnern, in denen der sozialdemokratische »Republikanische Schutzbund« drei Tage lang einer Übermacht von Militär, Polizei und faschistischen Wehrverbänden standhielt. Während sich die SPÖ im Rahmen dieser Veranstaltungen als (klassen-)kämpferische, traditionsbewußte Partei darstellte, die jede Gemeinsamkeit mit den clerikalfaschistischen Zerstörern der Demokratie und ihren Nachkommen im Geiste ablehnt, boten die Manifestationen des »offiziellen« Österreichs teilweise ein anderes Bild. Auf ihnen — z.B. einer Rekrutenvereidigung im Karl-Marx-Hof, welche die Integration des Bundesheeres in den demokratischen Staat symbolisieren sollte — gab sich die SPÖ eher als harmonisierende Regierungskraft und betonte den Grundkonsens mit den anderen Parlamentsparteien. Eine gewisse Sonderstellung hatte das Symposium, das vom Dr.-Karl-Renner-Institut, der Forschungs- und Bildungseinrichtung der SPÖ, abgehalten wurde. In drei Arbeitsgruppen fanden Referate und Diskussionen zu folgenden Themen statt: 1. Wirtschaftliche, soziale und politische Entwicklung Österreichs bis 1934; 2. Faschismus und Ständestaat/Die österreichische Arbeiterbewegung im Kampf für Republik und Demokratie; 3. Österreichs internationale Lage 1934/Illegalität und Emigration. Auf einige Beiträge, vor allem aus der Gruppe 2, soll hier eingegangen werden.

Francis L. Carsten (London) stellte die Frage »zwei oder drei Faschismen in Österreich?« und beantwortete sie zugunsten der zweiten Möglichkeit. Er unterschied: Erstens den Nationalsozialismus, dessen österreichische Variante durch das Fehlen des Führerprinzips in der Frühphase und durch parteipolitische Spaltung im Jahre 1926 gekennzeichnet war. Zweitens die großdeutsche Richtung der Heimwehren, die ihre Hochburg in der Steiermark hatte und später mit den Nationalsozialisten verschmolz. Drittens schließlich die katholische, am faschistischen Italien orientierte Heimwehrrichtung mit Schwerpunkt in Tirol. Dagegen betrachtete *Kurt Gossweiler* (Berlin/DDR) in seinem Referat über »Faschistische Bewegungen in Österreich« die austrofaschistischen Heimwehren als im wesentlichen einheitliche Strömung neben dem Nationalsozialismus. Er hob deren relative Schwäche hervor, die zum Teil daraus resultierte, daß die Monopolbourgeoisie vorrangig die Christlich-Soziale Partei unterstützte. Nach 1934 war die katholische Kirche und nicht die Heimwehr Hauptstütze des faschistischen Regimes. Gossweiler unterschied zwei Haupttypen des Faschismus: den totalitären (Beispiel Deutsch-

land) und den autoritären (Beispiel Ungarn). Den Austrofaschismus sah er als Mischform von deutschem und ungarischem Faschismus bei größerer Nähe zu letzterem.

Erika Weinzierl (Wien) beschäftigte sich mit »Kirche und Politik in der Ersten Republik«. Sie konstatierte eine zunehmende Distanzierung der katholischen Kirche von der Demokratie und eine Hinwendung zu ständestaatlichen Vorstellungen, wie sie der Soziologe Othmar Spann an der Wiener Universität vertrat. Die österreichischen Bischöfe nahmen in Hirtenbriefen Stellung gegen den Sozialismus und verwarfen das sozialdemokratische Motto, daß die Religion Privatsache sei. Kardinal Pacelli, der spätere Pius XII., lehnte es ab, sich bei Dollfuß für die Opfer der klerikalfaschistischen Verfolgung einzusetzen, da nach seiner Meinung der österreichische Bundeskanzler bei diesen Maßnahmen als »treuer Sohn der Kirche« handelte. *Wolfgang Maderthaner* (Wien) wies in seinem Vortrag über »Sozialdemokratie und Wehrprobleme« darauf hin, daß die »Sozialdemokratische Arbeiterpartei Deutsch-Österreichs« bereits in der ersten Hälfte der zwanziger Jahre jede wirksame Kontrolle über das Militär verlor. Die Gründung des »Republikanischen Schutzbundes« im Jahre 1923 konnte das Manko nicht ausgleichen. Von Anfang an war der Schutzbund nicht nur als Gegengewicht gegen die reaktionären paramilitärischen Verbände gedacht, sondern auch als Instrument zur Disziplinierung der Arbeiter. Die organisatorische Trennung von Partei und Schutzbund wirkte passivierend auf die Sozialdemokraten außerhalb der Verteidigungsorganisation und entpolitisiert auf die Schutzbündler.

Josef Hindels (Wien) ging unter dem Titel »Die Gewerkschaften im Kampf gegen den Faschismus« vor allem auf die Entwicklung nach 1934 ein. Er schilderte die Gründung von einheitlichen freien Gewerkschaften im Untergrund, die sich als überparteilich gegenüber Sozialisten und Kommunisten verstanden. Ferner beschrieb er die damalige Diskussion des Problems, wie sich die illegalen Gewerkschaften zu den offiziellen verhalten sollten. Hindels hielt die Position der Kommunisten, soweit wie möglich innerhalb der ständestaatlichen Gewerkschaften zu wirken, für richtig und sah sie durch das Ergebnis von Vertrauensleutewahlen bestätigt. In der Diskussion wurde unter anderem die Frage angesprochen, ob es sich bei den Februarkämpfen nur um eine Verteidigung der Demokratie oder auch um einen Kampf für den Sozialismus handelte. Dieser Aspekt erfuhr eine Ausweitung zu der Frage nach dem Sozialismusverständnis der österreichischen Sozialdemokratie einst und heute. Ferner kritisierte man die These von einer »Mitschuld« der Arbeiterbewegung am Untergang der Ersten Republik, die der Wiener Universitätsprofessor *Norbert Leser*, der ebenfalls am Symposium teilnahm, in einem Zeitungsartikel aufgestellt hatte. Hindels verwies auf den Unterschied zwischen den — teilweise gravierenden — Fehlern der Sozialdemokratie und der erklärten Absicht ihrer Gegner, Demokratie und Arbeiterbewegung zu zerschlagen. Überhaupt sei der aus Religion und Strafrecht entlehnte Schuldbegriff in der Politik unangebracht.

Bei einer Gesamteinschätzung ist positiv hervorzuheben, daß nicht nur Wissenschaftler eingeladen waren, sondern auch Zeitzeugen, deren Diskussionsbeiträge die Debatte auflockerten und manchen interessanten Aspekt enthielten. So erwähnte der Arzt und ehemalige Spanienkämpfer *Josef Schneeweiss* die ermutigende Wirkung, die vom Widerstand in Österreich ausging: In jedem katalonischen Dorf wußte man vom 12. Februar, und ein Bataillon der Internationalen Brigaden war nach diesem Datum benannt.

Gustav Auernheimer (Marburg)

5. Historikerinnentreffen

veranstaltet von einer (überwiegend) studentischen Initiativgruppe und dem Frauenreferat der HTU, unterstützt vom Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung und von der Österreichischen Hochschülerschaft. Wien, 16.-19. April 1984

Die Organisatorinnen standen vor einer mehrschichtigen Aufgabe: Sie übernahmen die Traditionsfortführung eines bisherigen BRD-Kongresses und zielten damit eben auf eine Traditionseinleitung an Frauenforschungsöffentlichkeit in Österreich, bei zusätzlicher internationaler Ausweitung. Im Spannungsfeld dieser Ungleichzeitigkeiten lag der ganze Tagungsverlauf, liegen auch die Gründe für unsere »nationale Lust« und unseren »internationalen Frust«. Im Sinne »feministischer Entwicklungspolitik« entschieden sich die Veranstalterinnen »für die Unterstützung aller vereinzelt unterschiedlichen Forschungsergebnisse und damit gegen ein Oberthema, das vor allem österreichische Beiträge auf ein Minimum reduziert hätte« (Reader). Dieses additive Tagungskonzept war der nationalen Situation durchaus angemessen: In Österreich ist historische Frauenforschung fast ausschließlich auf Privatinitiativen beschränkt, fehlt eine Verankerung an Universitäten und Forschungseinrichtungen, existiert noch kein Kommunikationsforum — auf diesem Hintergrund bedeutet eine erste, möglichst vielstimmige Darstellung schon einiges an Stellungnahme. Jedoch verhinderte dieselbe additive Tagungslogik auch weitertreibende Erarbeitungen, nämlich über Einzelberichte hinausgehend »Ansätze der historischen Frauenforschung gemeinsam weiterzuentwickeln, an den internationalen Diskurs anzuknüpfen und Grundlagen für weitere Forschungsarbeiten zu diskutieren« (Pressemappe).

Zum Eröffnungsplenum verschiedene Länderberichte zur historischen Frauenforschung: Der allgemeinen Randstellung, der Inselisolierung entspreche »repressive Toleranz«, Frauenforscherinnen bildeten eine wenig ernstgenommene Subkultur, frei von Finanzierungssicherheiten. *Barbara Duden* (BRD) sprach vom breiten Graben zwischen der »irgendwo« betriebenen Frauengeschichtsforschung und Enge, Abgeschlossenheit des Faches selbst an den Universitäten. Mit feministischer Werthaltung werde nach Frauen in der Vergangenheit gesucht, aber bis jetzt sei es nicht gelungen, die Frauensituation in große sozialhistorische Analysen wirklich einzubringen. Als doppeltes Problem von Frauenforschung resultierten daraus intellektuelle Schizophrenie und unzumutbare Doppelbelastung, notwendig sei vor allem grundsätzlichere Kategorienkritik (Kategorien als Frage der Machtverhältnisse) sowie die Führung der Institutionalisierungsdiskussion. In allen Länderberichten wurde die Ambivalenz der Institutionalisierungsfrage (lediglich) angestreift, hier zeigten sich Phasenverschiebungen: Während die einen vom andernorts Durchgesetzten (Holland, Dänemark) noch nicht einmal träumten (Österreich), fragten sich andere, ob sie überhaupt davon träumen wollen (Schweiz), warnten bereits Vereinnahmtere (Frankreich). Während alle Europäerinnen also Schwierigkeiten und Zweifel äußerten (bei manchen Frauenkampfschilderungen vermißten wir einen wirtschaftlichen und politischen Landesbezug), so verherrlichte abschließend die Etablierteste (*Gerda Lerner*, Professorin für Women's History, USA) das Etablierte: in den letzten fünfzehn Jahren sei ihnen, in Durchlaufung aller genannten europäischen Phasen, die Realisierung unserer hiesigen Utopie gelungen, heute mache das (in sich weitgehend konkurrenzlose) »women's network« erfolgreich dem »big boys network« Konkurrenz, Frauen seien so von der Spielwiese ins Zentrum der Ereignisse gekommen, »Women's Studies« sei das Licht in der Dunkelheit, eröffne den Weg in die feministische Revolution.

Spontan wurden Gerda Lernaler Beitrag »A Feminist Theory of History« und die von Herta Nagl-Docekal (Wien) formulierten »Fragen an Gerda Lerner« vom Arbeitskreis zum (einzigem) Grundsatzreferat umorganisiert. Lernaler »Dreizehn Thesen« zur feministischen Geschichtsrekonstruktion zielen auf eine Redefinition von Klasse: Jede Klasse

konstituiere sich in zwei getrennte Klassen von Männern und Frauen, die marxistische Bestimmung per Verhältnis zu den Produktionsmitteln gelte nur für Männer, Frauen hingegen sei die Klassenzugehörigkeit per sexueller Bindungen an Männer vermittelt, sie seien deren Produktionsmittel usw. Fällig sei eine kulturelle Revolution, Bewußtseinsveränderung, sei eine (vorübergehende) Frauenzentrierung: Frauen seien das Wesen an sich und möglicherweise die Männer »die Anderen« ... Lerner's Angebot mit den verheißungsvollen Aufmachern Geschlecht — Klasse — Rasse hält im Inhalt nicht, was die Verpackung verspricht: Letzten Endes wird Frauen die Produktionsmittelfrage als ökonomische enteignet, den Männern zum Preis (erhoffter) gesellschaftlicher Randstellung belassen. Mit missionarischem Optimismus vorgetragen, verführerisch klar, boten die Theorieversatzstücke in ihrer beliebig-blumigen Mischung, inneren Widersprüchlichkeit und Unkonkretheit alle und keine Identifikationsmöglichkeiten (»Genossinnen und Schwestern!«). Und fanden viel Plenumsbeifall. *Herta Nagl-Docekal* fragte nach dem Ort der Frauen in der Geschichte, warnte vor dem (auch bei Lerner vorhandenen) Reduktionismus der Frauenforschung auf den sogenannten weiblichen Lebenskreis, einer unausweichlichen Gefahr, wenn man den gesamten traditionellen Geschichtsforschungsbereich als männerspezifisch einschätze, obwohl dieser ja genau nicht nur die Lebenswelt der Männer erfasse. Und ob, so ein zweiter Verschränkungsvorschlag, nicht auch Männer Frauengeschichte schreiben könnten und sollten, bei nicht erlebnisorientierten Themen (zum Beispiel Rechtsstellung).

Den meisten Platz nahmen die Arbeitskreise ein. Durch den Mangel an formulierten verallgemeinerten Problemstellungen verliefen sie ziemlich konsumistisch, innerhalb der Tagung selbst arbeitsperspektivlos, mit ihrer (ermüdenden) Aneinanderreihung war die Zusammenhanglosigkeit auch feministischer Privatproduzentinnen kaum aufbrechbar. Der inhaltliche Schwerpunkt lag auf dem 19. und 20. Jahrhundert, neben rein deskriptiven, historischen Beiträgen standen auch theoretische Genüsse der Verknüpfung von Geschlechter- und Ökonomieverhältnissen, wie beispielsweise »Courtisane ou Ménagère? Zwei Pole des bürgerlichen Frauenbildes. Männliche Liebesideologie und Lebenswirklichkeit von Frauen in der Mitte des 19. Jahrhunderts in Frankreich« von *Dorothea Mey* (Berlin). Aufgrund zu großer Sprachprobleme müssen wir die uns besonders interessierende Auseinandersetzung mit den Referentinnen aus Bulgarien, Jugoslawien, Ungarn bis zum Erscheinen der Tagungsgesamtdokumentation verschieben (Herbst, Subskription bis Ende Juni, ca. 30 DM, Wiener Frauenverlag, Postfach 614, 1011 Wien). Ein bemerkenswerter Beitrag zum Verhältnis Sozialismus-Feminismus: *Iris Bubenik-Bauer* (Bremen), »Probleme der Frauenemanzipation in der VR China«. Erstaunlich wenig konkretisiert blieben in den Arbeitskreisen die im Eröffnungsplenum allgemein beklagten Forschungsbedingungen.

Unsere Konsequenzen aus der Tagung, die Voraussetzung für »internationale Lust«: eine lokale Initiativgruppe Innsbrucker Studentinnen (interdisziplinär) zu Grundsatzfragen der historischen Frauenforschung, als notwendige Basis von Vernetzungen, und ein österreichweites Treffen, das bereits in Planung ist — dort möchten wir dann auch die Wiener Organisatorinnen in liebevollem Lob baden: ihre Aktivitätslust, ihre Kollektivität sind ansteckend. (Gekürzte Fassung)

Anni Bell, Maria Steibl, Doris Wackerle und Kerstin Witt (Innsbruck)

Psychologie in der Mediävistik

Steinheim, 5. bis 8. März 1984

Im Rahmen der methodischen Neuorientierung der Germanistik erschien 1972 ein Sammelband »Literatur und Psychoanalyse«, in dem W. Beutin nicht nur Ansätze zu einer psychoanalytischen Literaturinterpretation von Freud, Sachs, Jung u.a. nachdruckte,

sondern auch in einer sehr instruktiven Einleitung die theoretische Diskussion umriß und für die Hinzuziehung psychoanalytischer und marxistischer Kategorien bei der Literaturinterpretation plädierte. Sein eigener Versuch, diesen Anspruch 1975 in einer Untersuchung mittelalterlicher Literatur einzulösen (in D. Richter [Hrsg.], *Literatur und Feudalismus*), beschränkte sich allerdings auf das Aufspüren beliebter Motive der psychoanalytischen Traumdeutung wie Vater-Sohn-Konflikt, Inzest, Kastration in mittelalterlichen Texten, so daß die Literatur des Feudalismus nur als Traum des bürgerlich deformierten Individuums erschien, ohne daß ihre historische Spezifik als Literatur einer vorbürgerlichen Gesellschaft in den Blick kam.

So konnte die Tagung in Steinheim mit ca. 40 Teilnehmer/inne/n (vorwiegend Literaturwissenschaftler, aber auch einige Psychologen) gleichzeitig eine Zwischenbilanz und einen Neuanfang bei einer methodischen Fundierung der Verknüpfung von Psychologie und Mediävistik versuchen. Deutlich wurden dabei jedoch vorwiegend die noch ungeklärten Probleme.

W. Schmitt (Heidelberg) führte eine Lektüre des *Iwein* von Hartmann von Aue vor, die die Passage über den »Wahnsinn« des Helden als eine Krankengeschichte las: Er übersetzte die Beschreibung Iweins in die Terminologie der modernen Psychiatrie und verglich die Schilderung von Krankheitssymptomen und Heilung mit dem Wissen der mittelalterlichen Medizin. Seine These, daß Hartmann über medizinische Kenntnisse verfügt habe, überzeugte zwar; doch wurde in der Diskussion eingewandt, daß sich zum einen im Bilde von Iweins Wahnsinn verschiedene Bilder der Isolation aus der höfischen Sozietät überschneiden und daß zum anderen mit dieser Aufdeckung erst die Frage nach der Funktion einer Verwendung psychologischer Motive im Text gestellt werden müsse: Iweins Wahnsinn sei so nicht als Krankengeschichte zu lesen, sondern als literarische Chiffre für die zentrale Aporie der höfischen Gesellschaft und den fiktiven Versuch ihrer Lösung.

Auf ähnliche Einwände stieß der Vortrag von J. Kühnel (Siegen), der — im Anschluß an Freuds Definition des Ödipuskomplexes — den Ödipusmythos, Sophokles' *König Ödipus* und Hartmanns *Gregorius* als analoge Realisationen des immer gleichen onto- und phylogenetischen Problems, der Vater-Sohn-Konkurrenz und des Inzestwunsches, beschrieb. Kritisiert wurde hier die In-Einssetzung von Mythos, Traumdeutung und Literatur, die — unter Absehung von historischen Differenzen — nur das Ewig-Gleiche hervorheben könne. Auch hier stand die Frage nach der Funktion von psychologisch interpretierbaren Motiven im literarischen Text und nach der Spezifik des literarischen Entwurfs im Mittelpunkt, um so erst das je besondere Angebot von Verarbeitung sozialer Probleme entschlüsseln zu können: Sophokles' mythische Erinnerung an die Ablösung der matriarchalen durch die patriarchalische Gesellschaft sei eben etwas anderes als Hartmanns Diskussion verschiedener Formen adliger Existenz und Landesherrschaft um 1200.

In anderen Vorträgen erwies sich die Aktualisierung der mittelalterlichen Literatur als noch problematischer: J. Margetts (Liverpool) etwa sah im US-amerikanischen Hite-Report (1976) und in den *Mären* des Spätmittelalters die identische Abbildung sexueller Frustrationen der Frauen und von männlichen Potenzängsten. Dagegen wurde nicht nur zu bedenken gegeben, daß empirische Sozialforschung anderes dokumentiert als (männliche) Imaginationen von Weiblichkeit, sondern auch der unterschiedliche historische Ort der beiden Quellen und die ihnen zugrunde liegende Verschiedenheit von sozialer Struktur und psychischer Verfassung der Individuen betont. Die *Mären* wären dann zu lesen als literarische Reflexion eben des Moments im »Prozeß der Zivilisation« und der »Dämpfung der Triebe« (Elias), in dem sich psychische Strukturen, wie sie heute empirisch beschrieben werden können, überhaupt erst herausbilden. Methodisch gilt auch hier, was E. Wulff in Auswertung seiner in Vietnam gemachten psychiatrischen Erfah-

rungen betont hat, daß vor jeder planen Übertragung der in der Analyse des bürgerlichen Individuums gewonnenen Kategorien auf Angehörige vor- respektive nicht-bürgerlicher Gesellschaften dringend zu warnen sei (*Transkulturelle Psychiatrie*, Argument-Studienheft 23). Insofern kann die Psychologie ihren Nutzen in bezug auf kollektiv organisierte Gemeinwesen weniger bei der Erforschung des Individuums beweisen, sondern vielmehr bei der Untersuchung von Mentalitäten (ein Unterfangen, das in der französischen *Annales*-Schule seit langem mit Gewinn betrieben wird).

Mit starker Betonung der Differenz zeigte P. Dinzelsbacher (Stuttgart) an historischem — den Visionen Sterbender im Mittelalter — und modernem Material — den »Erinnerungen« von reanimierten Patienten, die klinisch tot waren, aus den 70er Jahren dieses Jahrhunderts —, daß zwar gleiche Strukturen der Erinnerungsarbeit des Gehirns in dieser Grenzsituation feststellbar sind, diese aber durch die kulturell bedingten Interpretationen der Subjekte sich in gänzlich anderen Erscheinungsformen präsentieren: nicht Schreckensbilder von Höllenstrafen und Fegefeuerqualen wie im Mittelalter werden heute beschrieben, sondern eine rosarote Jenseitsidylle; nicht Engel und Teufel empfangen heute die Seele, sondern Freunde und Verwandte; und die Erinnerung an das eigene Leben gestaltet sich nicht in der Form einer Vorhaltung von guten Taten und Sünden, sondern vielmehr als »schnell ablaufender Film« etc.

Einen anderen methodischen Vorschlag machte W. Röcke (Berlin/West). In seinem Referat über den Witz im *Lalebuch* von 1597 versuchte er, mit Hilfe von Freuds Analyse der sprachlichen Techniken des Witzes die Struktur von Sprachspielen, von Infantilismus und Freude am Bösen in einem spätmittelalterlichen Text zu beschreiben und auf den historischen Stand komischen Erzählens einerseits, auf den Prozeß der Individuation andererseits zu beziehen. In einem solchen operativen Umgang mit psychologischen — hier sprachanalytischen — Kategorien, in Versuchen einer Übersetzung des manifesten Diskurses eines literarischen Textes in seine latente Bedeutung unter Zuhilfenahme der Vorschläge Freuds, das Verhältnis beider Diskurse (als »Verschiebung«, »Verdichtung«, »Kompromißbildung« etc.) zu fassen, ohne dabei in die vulgäre Form der Psychoanalyse zu verfallen, die »keinen Füllhalter sehen kann, ohne an einen Penis zu denken« (G. Duby/G. Lardreau), und schließlich in dem Anspruch auf konsequente Beachtung der »Alterität« mittelalterlicher Literatur und des in ihr reflektierten sozialen Zusammenhangs wurden dann auch in der Abschlußdiskussion nützliche Perspektiven für weitere Bemühungen gesehen, mit Hilfe der Psychologie Fortschritte in der Mediävistik zu erzielen. — Die (insgesamt 11) Vorträge erscheinen 1985 im Verlag Kümmerle.

Hans-Jürgen Bachorski (Berlin/West)

Das Jahr 2000 wird nicht stattfinden

Vortrag von Jean Baudrillard im Rahmen der Ringvorlesung »Theorie der Phantasie« an der FU Berlin, 24. Januar 1984

Ob den zahlreichen Zuhörern von Baudrillards Vortrag die Welt in einem neuen Licht erschien, als sie erfuhren: »Das Jahr 2000 wird nicht stattfinden«? Daß wir allen Grund haben, daran tatsächlich zu zweifeln, ist inzwischen bekannt genug. Daß dies aber der Entgrenzung des Sinns durch die ständige Beschleunigung des Informationsumlaufs einerseits und der Unmöglichkeit von Geschichte durch ihre Vermassung andererseits zu verdanken ist, kann nur den überraschen, der die fatale Nietzsche-Rezeption einiger (ehemaliger) französischer Intellektueller nicht kennt. Baudrillards Vortrag bietet alle Klischees auf, mit denen sich spätestens seit Deleuzes/Guattaris »Anti-Ödipus« alle enttäuschten »Revolutionäre« schmücken: die faule Metaphysik der puren Kraftentfaltung, wohlfeile Katastrophenmystik, »frenetisches Einverständnis mit der Wirklichkeit« (Manfred Frank) und schließlich eine Relativierung des eigenen Sprechens, das zu zirkulären Argumentationsmustern führt (und führen soll): »Ich bin nicht mehr imstande, et-

was zu reflektieren, ich kann meinerseits nur Hypothesen bis an ihre Grenzen vorantreiben, das heißt, sie ihrer kritischen Referenzzone entreißen und einen Punkt überschreiten lassen, nach dem sie nicht mehr umkehrbar sind; ich lasse auch die Theorie in den Hyperraum der Simulation übergehen — sie verliert darin jede objektive Gültigkeit, gewinnt aber vielleicht an Zusammenhang, das heißt, an wesentlicher Affinität zum System, das uns umgibt.«

Leicht zu erraten, warum Geschichte, Sinn und Referenz nur noch als Simulationsübung möglich sind: »Verlangsamung, Indifferenz und Erstarrung« lassen der Geschichte keinen Raum mehr, »sich abzuspielen, ihren Endzweck zu denken und ihr eigenes Ende zu träumen«, und die ständige »Intensivierung von Produktion und Revolution« in unserer Gesellschaft — zu der übrigens auch die Verbesserung der HiFi-Technik gehört, da sie die Musik in der Perfektionierung ihrer Wiedergabe verschwinden läßt — tut ein übriges, sie in Aktualität »implodieren« zu lassen. Die aktuelle weltgeschichtliche Entwicklung erspart es Baudrillard, nun den rituellen Verweis auf die große Persönlichkeit, die gewaltsame Aktion oder die erlösende Macht der Schizophrenie anzubringen: das lebensbedrohliche »Phantasma der globalen Katastrophe, die gegenwärtig über der Welt schwebt«, vermag ja einen »Abglanz jenes heftigen Verlangens nach Parusie«, nach der freiwilligen Zerstörung von Zeit und Geschichte durch Selbstmord, zu liefern, in dem sich die frühen Christen mit den späten Terroristen einig sein sollen. Offensichtlich gibt es sonst kein Ereignis mehr, das nicht zu einer »grausamen Routine« oder einer »rituellen Solidarität« erstarrt wäre — außer jenem legendären Mai 1968, der »mit seiner Kraft des Unsinn ... eine reine Wirkung plötzlicher Kristallisation (war) und kaum nennenswerte Folgen (hatte)« — »außer jener Verzögerung, die er für den Sozialismus bewirkte«! Derer dürfte man sich bei der atomaren Katastrophe sicher sein, wengleich auch dies kein Verlust wäre, denn: »Der Sozialismus präsentiert sich als illusionsloser Verwalter des Stands der Dinge.« Als solcher darf sich auch Baudrillard betrachten, dessen hysterisches Einverständnis mit der Katastrophe sich mit den bestehenden Verhältnissen verbündet: »Wir haben uns mit der Zeit zu arrangieren; die Geschichte aber ist beendet.«

»Gegen die hier stattfindende kollektive Erpressung und Faszination« — zu deren Opfer er sich bereitwillig macht — »kann nur moralisch etwas eingewendet werden, und das hat wiederum keinen Sinn mehr.« Baudrillard verdankt die Anregung zu seinen Überlegungen Canettis 1945 geäußelter Befürchtung, »die Menschheit (habe) die Wirklichkeit plötzlich verlassen; alles, was seither geschehen sei, wäre gar nicht mehr wahr« (Elias Canetti, Aufzeichnungen 1942-1972, Frankfurt/M. 1978, 69). Wenige Seiten weiter hätte er auch die Beschreibung seiner eigenen Absichten finden können: »Man will die Gefahr selber so vergrößern, bis es gar kein Mittel gegen sie gibt und dann wendet man eins nach dem anderen verzweifelt und vergeblich an.« (ebd., 74)

Claudia Albert (Berlin/West)

»No First Use«

Evangelische Akademie Loccum, 13.-15. April 1984

Auf westlicher Seite gibt es hauptsächlich innerhalb der US-amerikanischen Diskussion immer wieder Bestrebungen, die auf eine stärkere Konventionalisierung der Waffenarsenale und entsprechend der Militärdoktrinen drängen. Der jüngste Vorschlag unter dem Titel »No First Use« (NFU) wurde von der Union of Concerned Scientists am 1. Februar 1983 gleichzeitig in Washington, London und Bonn der Öffentlichkeit vorgestellt. Die Forderung, daß die NATO auf die Option des Ersteinsatzes von Atomwaffen verzichten möge (wie es die Warschauer-Pakt-Staaten in einer Erklärung vor den Vereinten Nationen am 16. Juni 1983 getan haben), wird in den USA inzwischen von 43 Nobelpreisträgern, rund 500 Mitgliedern der Akademie der Wissenschaften und den katholi-

schen Bischöfen unterstützt und spielt auch eine Rolle im Präsidentschaftswahlkampf 1984. Eine knappe Darstellung und Begründung dieser Forderung durch McGeorge Bundy, George F. Kennan, Robert S. McNamara und Gerard Smith findet man im *Europa-Archiv* (1982, Folge 7, 183-198), eine ablehnende Stellungnahme von Karl Kaiser, Georg Leber, Alois Mertes und Franz-Joseph Schulze ebenda (1982, Folge 12, 357-368). Mit ihrer Tagung organisierte die Evangelische Akademie Loccum in Kooperation mit der Union of Concerned Scientists die erste nennenswerte öffentliche Diskussion in Europa zu diesem Thema.

Brigadegeneral a.D. Christian Krause, Unterzeichner des No-First-Use-Reports, stellte zunächst dar, daß ein atomarer Erstschlag gegen das strategische Atompotential des Gegners angesichts der danach immer noch vorhandenen Zweitschlagskapazität für beide Seiten praktisch nicht in Frage komme. Hingegen sieht die NATO-Strategie einen »Erstgebrauch« von Atomwaffen gegen einen konventionell geführten Angriff ausdrücklich für den Fall vor, daß er konventionell nicht abgewehrt werden kann. Die Befürworter eines Verzichts auf diese Doktrin führen hauptsächlich zwei Argumente an. Erstens sei die NATO-Doktrin der flexiblen Erwidern in den letzten Jahren und Jahrzehnten durch die Entwicklung neuer Waffensysteme zunehmend obsolet geworden. Vor allem die einschlägigen Kriegsbilder, die von einem massiven konventionellen Angriff (insbesondere auf Westeuropa) ausgehen, seien aus politischen und aus militärischen Gründen unrealistisch. Die Doktrin selbst sei entweder ein Bluff (könne also gar nicht angewendet werden und wirke daher nicht abschreckend) oder Selbstmord (weil sie die weitere Eskalation bis zur beiderseitigen Vernichtung herausfordere). Zweitens sei die derzeit geltende NATO-Strategie notwendigerweise mit der Betonung der nuklearen Komponente verbunden. Dies habe zu einer Vernachlässigung der konventionellen Elemente geführt, was im Kriegsfall gegen alle Vernunft und Menschlichkeit eine wesentlich schnellere Überschreitung der Nuklearschwelle zur Folge habe, als das unter militärischen Gesichtspunkten grundsätzlich notwendig wäre. Bis in letzte Einzelheiten von Strategie, Planung, Ausrüstung, Anschaffung und Psyche der Beteiligten seien Konzeption und Wirklichkeit der NATO (vor allem bei der Luftwaffe, aber auch im Heer) von nuklearem Denken durchsetzt, das jeden Krieg in Europa alsbald in die nukleare Katastrophe führe. Denn jegliches Versagen im konventionellen Bereich sei praktisch durch die nukleare Option gedeckt.

Prof. George Rathjens (Massachusetts Institute of Technology) hielt es für außerordentlich unwahrscheinlich, daß die NATO einem konventionellen Angriff durch die Staaten des Warschauer Paktes konventionell nicht standhalten könnte. Ein Atomkrieg könne grundsätzlich nicht beherrscht (»managed«) werden. Der pensionierte Vice Admiral John Marshall Lee, Hauptverfasser des NFU-Reports, vertrat die Auffassung, daß die geltende Abschreckungsdoktrin nicht unbegrenzt erfolgreich sein könne, im Falle ihres Scheiterns aber die menschliche Kultur auslösche und insgesamt die westliche Seite mehr zum Narren halte als die östliche. Laut Gerard K. Smith, Leiter der US-Delegation bei den SALT-Verhandlungen von 1969-1972 und Mitunterzeichner des NFU-Reports, wird ohne wechselseitige Waffenbeschränkungen der Abschreckungseffekt der letzten Jahrzehnte erodieren. Daß die amerikanische Strategie unter bestimmten Umständen einen Nuklearkrieg vorsehe, der Präsident einen Atomkrieg aber für nicht führbar, jedenfalls nicht gewinnbar halte, offenbare einen Widerspruch, der nur durch Abkehr von der gegenwärtigen »nuclear addiction« (atomaren Abhängigkeit) überwunden werden könne.

»No First Use« setzt allein auf konventionelle Verteidigung. »Der konventionelle Kampf muß wieder in den Mittelpunkt des Denkens treten.« (Krause) Da ein Verzicht auf den Ersteinsatz von Atomwaffen die gesamte derzeitige NATO-Strategie berührt, müsse die geforderte NFU-Deklaration mit einer grundlegenden Umrüstung verbunden

werden. Der NFU-Report berechnet die sich daraus ergebenden Mehrkosten auf etwa 100 Milliarden Dollar über sechs Jahre (also jährlich zusätzlich 2% gegenüber dem gegenwärtigen NATO-Budget).

Die Kritik an dieser NFU-Konzeption kommt von zwei verschiedenen Seiten. Die Anhänger der gültigen NATO-Doktrin, in Loccum vertreten durch Oberst i.G. Volker Glatt (Leiter des Referats für Militärpolitik im Bundesministerium der Verteidigung), Oberst i.G. Dieter Kellein (Leiter des Referats für Abrüstung im Bundesministerium der Verteidigung), Dr. Wilfried A. Hofmann (Director of Information bei der NATO in Brüssel) und Paul Molineaux (1. Sekretär der politischen Abteilung der Botschaft der USA in Bonn), betonen vor allem, daß ein Verzicht auf die nukleare Option einen Krieg (insbesondere in Europa) »wieder möglich« (Glatt) mache: Denn eine rein konventionelle Abschreckung sei wesentlich weniger wirksam als eine nukleare; das Risiko für einen Angreifer werde kalkulierbar, insbesondere, wenn er auf konventionellem Gebiet ohnehin deutlich überlegen sei. Ein solcher Krieg könne allein mit konventionellen Waffen aber nicht zu dem wünschenswert schnellen Ende geführt werden. Außerdem könnte die Annahme einer No-First-Use-Doktrin zur Abkoppelung der USA von Europa führen, eine kriegerische Auseinandersetzung auf Europa begrenzen und damit wahrscheinlicher machen und die strategische Einheit der Allianz in Frage stellen. Deswegen müßten gerade die europäischen Länder und besonders die Bundesrepublik Deutschland auf der Beibehaltung der Flexible-Response-Doktrin bestehen. Das Ziel der Abschreckungsstrategie bestehe schließlich darin, jeden Krieg und nicht nur einen Atomkrieg zu verhindern. Deshalb habe die NATO am 10. Juni 1982 auch auf den Ersteinsatz von Waffen überhaupt (und nicht speziell von Atomwaffen) verzichtet.

Eine andere (in sich heterogene) Gruppe von Rednern schließlich unterstützte die Kritik an der flexiblen Erwiderung, ohne aber die Konzeption der Union of Concerned Scientists für hinreichend zu halten oder alle Konsequenzen zu teilen. Innerhalb der NATO bedenke man nicht oder nur völlig unzureichend den immer weniger auszuschließenden Fall, daß die Abschreckung versage (so z.B. Klaus Haefner, Informatik, Universität Bremen; unter medizinischen Gesichtspunkten Prof. Walfried Linden, Psychiatrische Universitätsklinik Hamburg). Dr. Lutz Unterseher (Studiengruppe Alternative Sicherheitspolitik, Bonn, Unterzeichner des NFU-Reports) argumentierte, es gebe keine konsistente Flexible-Response-Philosophie, gegen die man eine andere eintauschen könnte. Vielmehr seien drei untereinander unvereinbare Schulen einen unbehaglichen Kompromiß eingegangen. Das westdeutsche militärisch-politische Establishment wolle unter allen Umständen einen Krieg von westeuropäischem und insbesondere deutschem Boden fernhalten und habe sich für den Fall des Scheiterns ein Denkverbot auferlegt. Innerhalb des Pentagon stünden Befürworter der nuklearen Kriegsführung (Atomwaffen sollen handhabbar sein) Vertretern der konventionellen Vergeltung (Atomwaffen nur als ultima ratio) gegenüber, weshalb angesichts des Veraltens der deutschen Position (s. Kießling) die Doktrin der flexiblen Erwiderung praktisch bereits außer Kraft sei. An dem NFU-Vorschlag wurde durchweg die damit verbundene konventionelle Aufrüstung kritisiert, die politisch weder tragbar noch durchsetzbar sei und im übrigen auch nicht finanziert werden könne. Karsten D. Voigt (Außenpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion, Bonn) plädierte für eine langfristige gemeinsame Vertragspolitik zwecks Ausbau einer Sicherheitspartnerschaft, die durch einseitige Schritte nicht ersetzt werden könne. Otto Schily (Sprecher der Fraktion »Die Grünen«, Bonn) forderte demgegenüber den Abbau sämtlicher Waffensysteme, die zum Ersteinsatz geeignet, mindestens aber aus gegnerischer Sicht dazu bestimmt sind, und sah in der Existenz der beiden militärischen Blöcke keine Sicherheits-, sondern eine Aufrüstungsgarantie.

Die Diskussion unter gut 150 Tagungsteilnehmern — von pensionierten Generalen über aktive Angehörige der militärischen Administration, Soldaten, Vertreter verschie-

dener politischer Parteien (mit Ausnahme der regierenden Koalition, die sich nicht in der Lage sah, auch nur einen Beobachter oder gar Redner zu entsenden), Diplomaten und Wissenschaftler aus Ost und West bis zu Schülern, Studenten und Mitgliedern der verschiedenen beruflichen, weltanschaulichen und politischen Gruppen — akzentuierte die vielleicht unerwarteten Fronten, die eine NFU-Deklaration in der von der UCS vorgeschlagenen Form aus amerikanischer Sicht vielleicht nobel, aus europäischer Sicht aber jedenfalls unrealistisch erscheinen lassen. Die NFU-Befürworter und die Rüstungskritiker trafen sich in der Ablehnung der gegenwärtig geltenden NATO-Doktrin. Die Rüstungskritiker teilen hingegen mit den Vertretern des politisch-militärischen Establishments die (wenn auch verschieden pointierte) Ansicht, daß eine mit konventioneller Aufrüstung verbundene NATO-Erklärung, Atomwaffen nicht als erste einzusetzen, einen konventionellen Krieg in Europa eher wahrscheinlich macht als verhindern hilft. Es gälte also, einen Weg zu finden, der »No First Use« ohne Aufrüstung erlaubt. Die NFU-Unterzeichner fordern teilweise diesen Weg oder würden ihn gern, fände man eine glaubwürdige Alternative, unterstützen. Zahlreiche Diskutanten trafen sich in dem freilich nicht sehr exakten Wunsch, eine aufrüstungsfreie NFU-Deklaration möge in ein Geflecht weiterer einseitiger und/oder wechselseitiger abrüstungspolitischer und rüstungskontrollierender Initiativen eingebaut werden.

Ulrich Schmitz (Duisburg)

Kongreßankündigungen

Gesundheitstag 1984

Bremen, 1.-7. Oktober 1984

Aufruf zur Beteiligung: Der dritte Gesundheitstag ist wie der erste und zweite kein Kongreß im herkömmlichen Sinne: Sein Gelingen hängt von der Mitarbeit und Unterstützung vieler einzelner und Gruppen in der gesamten Bundesrepublik ab. Wir sind nachdenklicher als vor drei Jahren auf dem Hamburger Gesundheitstag. Es haben sich viele neue Initiativen, Projekte und Selbsthilfegruppen aus der eher optimistischen Gesundheitsbewegung heraus gebildet, aber teils sind sie auf einem Spezial-Trip oder Scheuklappen-Ritt, teils sind sie gescheitert, teils stromlinienförmig angepaßt, je nach Konjunktur und Mode, teils vereinnahmt worden von Politik und Wissenschaft. Unser Ziel ist, die fliehenden Kräfte aus der Resignation und den ökologischen Nischen heraus in Auseinandersetzungen zu verwickeln, die guten Ideen in gemeinsame Arbeit umzusetzen.

Anmeldung: Bremer Gesundheitsladen e.V., Braunschweiger Straße 53b, 2800 Bremen 1.

Teaching Peace

Friedensbewegung, Friedenserziehung und Friedensforschung: Herausforderungen des Faches Englisch? Einladung zu einem Kongreß vom 5.-7. Oktober 1984 in Bielefeld.

Informationen und Anmeldung (bis 31. August 1984): Rainer Schüren, Oberstufen-Kolleg, Universitätsstraße 23, 4800 Bielefeld 1.

Volksuni Hamburg

Terminänderung: 28.-30. September 1984

Informationen und Anmeldung: Jarrestraße 20-26, 2000 Hamburg 60.

Bitte die Anzeige auf S. 659 beachten!

Besprechungen

Philosophie

Marx, Karl: Le Capital. Critique de l'économie politique. (Quatrième édition allemande.) Livre premier. Hrsg. v. Jean-Pierre Lefebvre, übers. v. Etienne Balibar u.a. Messidor/Éditions Sociales, Paris 1983 (940 S., br., 290 FF)

Im 100. Todesjahr von Marx erschien in Peking eine Neuübersetzung von *Kapital I* auf Grundlage der französischen Übersetzung von Joseph Roy, an der Marx mitgewirkt hatte. Etwa gleichzeitig wurde in Frankreich die neue Übersetzung auf Grundlage der 4. deutschen Ausgabe (in Deutschland als MEW 23 verbreitet) herausgebracht. Der Germanist J.P. Lefebvre, unter dessen Leitung zuvor die *Grundrisse* und die *Manuskripte 1861-63* auf Französisch herausgebracht worden sind, hat sich durch dieses Unternehmen große Verdienste erworben. — Die Neuübersetzung von *Kapital I* kann ein Anlaß sein, sich Probleme der Textgestaltung sowie der Rezeption des *Kapital* vor Augen zu führen. Die Arbeit an der französischen Ausgabe — Marx revidierte die Übersetzung — überlappte und verschränkte sich einige Jahre lang mit der Vorbereitung der 2. deutschen Ausgabe (1873). Die Übersetzung erschien als eine Folge von Heften zwischen 1872 und 1875. Erst nach dem Tod von Marx erschienen weitere Ausgaben (die 3. deutsche Ausgabe 1883; die englische Übersetzung 1886; schließlich die seither immer wieder nachgedruckte 4. deutsche Auflage von 1890). Da die Arbeit an der französischen Ausgabe bis 1875 gedauert hat, stellt sie die letzte von Marx redigierte Fassung dar. Am 28.4.1875 schrieb Marx in seinem Nachwort: »Welches auch die literarischen Mängel dieser französischen Ausgabe sein mögen, sie besitzt einen wissenschaftlichen Wert unabhängig vom Original und sollte selbst von Lesern herangezogen werden, die der deutschen Sprache mächtig sind.« (MEW 23, 32) Worin besteht dieser eigne wissenschaftliche Wert? Wie verhält sich die neue Ausgabe dazu? (Vgl. dazu meinen Bericht vom Pariser Marx-Kongress, in: *Argument* 139, 427.)

Zweifellos ist die neue Übersetzung moderner, leichter lesbar. Und es ist wichtig, daß nun zum erstenmal eine Übersetzung des Textes der 4. deutschen Auflage vorliegt. Die Fassung von Roy/Marx ist in vieler Hinsicht ein anderer Text. Auch dürfte die neue Übersetzung terminologisch zumeist genauer und mit viel weniger Fehlern behaftet sein. Dennoch weist sie — wie schon flüchtige Stichproben zeigen — Schwächen auf, die zum Teil auf kaum überwindbare Übersetzungsschwierigkeiten verweisen, zum Teil aber auch nicht. Obwohl die (insgesamt 17) Übersetzer doch zweifellos ein gemeinsames Glossar angefertigt haben, ist der Text in seinen terminologischen Elementen nicht durchgängig vereinheitlicht. Einige Beispiele: »Sachen« und »Personen« bilden bei Marx ein strukturierendes Begriffspaar. Von jedem dieser Ausdrücke geht eine Kette verwandter bzw. verwandelter Begriffe aus (sächlich, Versächlichung; persönlich, Personifikation; damit artikuliert sind schließlich Charakter und Charaktermaske). Stichproben zeigen, daß die Ausdrücke in der Übersetzung auseinanderfallen: Person = personne (126) oder personne (167); sächlich = impersonnel (84) oder objectif (126) oder factuel (167); ökonomische Charaktere = caractères économiques (126) oder personne (126). »Versächlichung« wird mit demselben Terminus übersetzt, der (angemessen) für »Vergegenständlichung« benutzt wird: objectivation (129). Wo bei Marx »sächliche Verhältnisse der Personen und gesellschaftliche Verhältnisse der Sachen« gegeneinander gesetzt sind (MEW 23, 87), heißt es in der neuen Übersetzung: »rapports impersonnels entre des personnes et rapports sociaux entre des choses impersonnelles« (83f.). Die Gedanken tendieren offenkundig dahin, sich in den unterschiedlichen Sprachen unterschiedlich zu organisieren. Von den Übersetzungsschwierigkeiten wird dann der Status eines Begriffs betroffen, nicht nur seine Einbindung ins Bedeutungsnetz. Dies fällt auf,

wenn man das Register prüft: »Charaktermaske« fehlt ganz, während »Personifikation« nur einmal (129; = MEW 23, 128) nachgewiesen ist (es fehlt z.B. 97, 172). »Personnage« wiederum fehlt gänzlich, desgleichen »masques économiques« (167), womit gelegentlich »ökonomische Charaktermaske« übersetzt ist. Das Register verzeichnet dagegen »masques (déguisement)«, wo aber jene Stelle nicht nachgewiesen ist. Gegen den Gedanken von Marx rutscht die »Charaktermaske« zur verbergenden Maske der Verkleidung hinüber. Wo Marx von den »ökonomischen Charaktermasken der Personen« spricht (MEW 23, 100), heißt es in fast unmerklicher Verschiebung: »les masques économiques dont se couvrent les personnes« (97), wobei das Register vollends suggeriert, den Sinn als »Verkleidung« der Personen zu lesen.

Während bei vielen Begriffen der Sprachgebrauch der Übersetzung uneinheitlich ist, (z.B. »corps de la marchandise« oder »denrée matérielle« für »Warenkörper«), ist das engere Sprachspiel um Wert und Mehrwert vereinheitlicht. Der gewohnte Ausdruck »plus-value« wird durch »survaleur« ersetzt (siehe dazu XLIIIff.). Sorgfältig sind auch Begriffe wie Warenform, Warenproduktion und Wertform behandelt.

In der Einleitung gibt Lefebvre eine lange und detaillierte Darstellung der Geschichte der alten Übersetzung (während die neue mehr als diskret behandelt wird). Die Biographien des Übersetzers Roy und des Verlegers La Châtre werden ebenso berichtet wie das Hin und Her der Bearbeitung. Es folgt eine Geschichte der verschiedenen Vorarbeiten, die schließlich ins *Kapital* mündeten, sowie der folgenden Bearbeitungen des Buchs. Über die Richtung der sukzessiven Veränderungen wird nicht viel mehr gesagt, als daß hegelianische Begriffe in den Hintergrund treten. Die Beispiele (»Bestimmung« werde zu »Funktion«, »Moment« zu »Faktor«, XLIX) überzeugen nicht durchweg; es wird zum Beispiel übersehen, daß die »Bestimmung« (zum Beispiel des Gebrauchswerts einer Ware) der »Realisation« bedarf (Marx: »Der Gebrauchswert verwirklicht sich nur im Gebrauch ...«, MEW 23, 50), also in einen praktisch-materialistischen, durchaus nicht hegelianischen Diskurs eingebettet sein kann.

So fällt das Gewicht der Darstellung mehr auf die Tatsache der häufigen Umarbeitung als solcher. Das *Kapital* wird (wie schon 1975 vom Herausgeber-Übersetzer der ausgezeichneten spanischen *Kapital*-Ausgabe von Siglo XXI, P. Scaron, den Lefebvre aber nicht zitiert) zum »Palimpsest« erklärt, also zum ständig übermalten oder, Schicht um Schicht, neu beschriebenen Manuskript (XXXff.). »In dieser Hinsicht läßt sich *Das Kapital* eintragen in die Reihe der nie abgeschlossenen großen Werke, die gewissermaßen unabschließbar sind, und in dieser Hinsicht mit Goethes *Faust* vergleichen.« (XL) Nach denen ebenso originellen und anregenden wie oft gezwungenen interpretatorischen Zugriffen Althussers (etwa in der Einleitung zur Flamarion-Ausgabe des *Kapital* von 1969) fällt bei seiner Schülergeneration das Zurückweichen ins Reich der »Tatsachen« oder solcher konventioneller Vergleiche auf. — An der Frage der Überarbeitungsrichtung hängt die Einschätzung der alten französischen Ausgabe (welche ja die Ausgabe »letzter Hand« ist). Lefebvre folgt in dieser Hinsicht unkritisch der Einschätzung von Engels. Engels erklärt in seiner Notiz zur 3. Auflage (datiert vom 7.11.1883): »Nur das Nötigste sollte geändert, nur die Zusätze eingefügt werden, die die inzwischen erschienene französische Ausgabe ... schon enthielt ... Diese Änderungen ... beschränken sich, mit wenigen Ausnahmen, auf den letzten Teil des Buchs ...« (MEW 23, 33). Engels begründet diesen Sachverhalt so: »Hier folgte der bisherige Text mehr als sonst dem ursprünglichen Entwurf, während die früheren Abschnitte gründlicher überarbeitet waren. Der Stil war daher ... nachlässiger ..., stellenweise undeutlich; der Entwicklungsgang bot ... Lücken, indem einzelne wichtige Momente nur angedeutet waren.« (Ebd.) Wenn Engels' Erklärungen zutreffen, muß zweierlei gelten: *Erstens* betreffen die Veränderungen nur den Stil und den Grad der Expliziertheit der Gedankenentwicklung; *zweitens* sind alle Veränderungen in die deutsche Fassung seit der 3. Ausgabe übernommen. In Wahrheit hält keine

der beiden Behauptungen der Nachprüfung stand. — Als Illustrationsbeispiel kann eine Stelle aus dem Kapitel über die »sogenannte ursprüngliche Akkumulation« dienen. Dabei geht es um die Frage, ob der Kapitalisierungsprozeß in allen Ländern so verlaufen wird wie damals erst in England. Diese Frage wird schon bald zum Politikum unter Marxisten, zunächst in Rußland. Dort geht es um die — später in vielen Ländern der Dritten Welt spezifisch abgewandelte — Frage, ob Rußland den westeuropäischen Weg zum Kapitalismus nachgehen muß oder ob die Dorfgemeinschaft zum Stützpunkt für einen spezifisch russischen Weg zum Sozialismus werden könnte. Marx macht 1877 einen ersten Anlauf, in den Streit einzugreifen (siehe MEW 19, 107-112), schickt indes die Erklärung nicht ab (vgl. dazu MEW 19, 558f., Anm.69). 1881 erreicht ihn die Bitte von Vera Sassulitsch, Stellung zu nehmen. Nach ungemein skrupulösen Vorarbeiten antwortet Marx: »Die 'historische Unvermeidlichkeit' dieser Bewegung ist also *ausdrücklich* auf die *Länder Westeuropas* beschränkt.« (MEW 19, 242) »Ausdrücklich« heißt: im *Kapital*, das Marx hier wie schon 1877 (und in andern Arbeiten aus dem Kontext) nach der französischen (also weder der deutschen noch der russischen) Ausgabe zitiert. Einzig in der französischen Ausgabe sind die Zusammenhänge klipp und klar so dargestellt (vgl. den letzten Absatz von Kapitel XXVI der Ausgabe von Roy). Dort heißt es von der massenhaften Trennung der Bauern vom Boden: »In radikaler Weise ist sie erst in England vollzogen: dieses Land spielt daher zwangsläufig die Hauptrolle in unserer Skizze. Aber alle andern Länder Westeuropas durchlaufen die gleiche Bewegung, obwohl sie je nach Milieu verschiedene örtliche Färbung annimmt, sei es, daß sie sich in einem engeren Kreis zusammenzieht, daß sie einen weniger ausgeprägten Charakter aufweist, oder daß sie in anderer Reihenfolge verläuft.« (Übersetzt in enger Anlehnung an die französische Vorlage, W.F.H.) — In der ersten deutschen Ausgabe findet sich an der entsprechenden Stelle (siehe MEGA² II.5, 576) *erstens* keine Einschränkung auf Westeuropa, und *zweitens* heißt es, in England besitze die Entwicklung »klassische Form«. In der 2. Auflage hat Marx den Passus *in dieser Hinsicht* nicht bearbeitet. Engels hat weder in der 3. Auflage noch in der 4. Auflage die Veränderung aus der französischen Fassung übernommen. Die Veränderung ist zudem nicht stilistischer oder präzisierender Natur, sondern von prinzipieller Bedeutung. (Siehe dazu meine Darstellung in: »Krise oder Dialektik des Marxismus«, Argument-Sonderband 100, 26-29; dort hat allerdings eine Umstellung im Manuskript dazu geführt, daß die Kritik an Michailowski von 1877 und der Brief an Sassulitsch von 1881 fälschlich zu einem Vorgang zusammengezogen sind — der Sache nach handelt es sich freilich um die gleiche Problematik.) In der neuen französischen Fassung ist nun, aufgrund von Engels' Nachlässigkeit, diese enorm wichtige Säuberung des *Kapital* von eurozentristischer Geschichtsphilosophie rückgängig gemacht. — Das Beispiel zeigt, daß es wünschenswert ist, die 4. deutsche Ausgabe systematisch nachzuprüfen und eine kritische Ausgabe vorzubereiten, welche die Varianten verzeichnet. Solange dies nicht geleistet ist, bleibt Marx' Hinweis auf den wissenschaftlichen Wert der Ausgabe von Roy gültig.

Wolfgang Fritz Haug (Berlin/West)

Münkler, Herfried: Machiavelli. Die Begründung des politischen Denkens der Neuzeit aus der Krise der Republik Florenz. Fischer Taschenbuchverlag, Frankfurt/M. 1984 (506 S., br., 19,80 DM)

Auf der Schwelle des neuzeitlichen Staates hat Machiavelli eine Handlungslogik von Politik durchdacht, die allein an dessen Selbsterhaltung orientiert ist. Es könnte nützlich sein, sich heute, wo wir die Krise dieses Staates erleben, an seinen brutal-realistischen Analyseversuch zu erinnern — zumal er noch immer als Herrschaftswissen genutzt wird, wahrscheinlich nicht nur, wie Münkler bemerkt, bei der Schulung von Industriemanagern (13). — Machiavelli versucht als erster, historische Ereignisse aus dem Zusammenspiel von Gesetz und Handeln zu erklären (249). Als Gesetz gilt ihm der zyklische Auf-

und Abstieg der politischen Gemeinwesen, der aus der Triebkonstanz der menschlichen *ambizione* folgt: einem grenzenlosen, nicht stillbaren, unvermeidlich zu Feindschaft und Krieg treibenden Grundbedürfnis nach Ehre und Besitz (274). Je nachdem, ob im Gemeinwesen die *virtù* überwiegt — soziale Kohäsionskraft, die zur Selbstbeherrschung, zur Ablenkung der *ambizione* in auswärtige Expansionspolitik befähigt (275f., 322) — oder der blinde Zufall, die natürliche Tendenz zur Unordnung, die *fortuna* (303), befindet man sich in der Nähe des Scheitel- oder aber des Tiefpunkts der ewigen Kurve. Die *ambizione* ist permanent wirkende Struktur, die *virtù* dagegen eine kostbare Kraft, die mal in diesem, mal in jenem Volk auftaucht. Machiavelli will ihre Existenzbedingungen auffinden, damit man weiß, wie man sie hervorzaubert. Dadurch kann der Zyklus zwar nicht gebrochen, aber sein Zeitmaß beschleunigt oder verzögert werden. Im Höhepunkt des Aufstiegs steht die Republik, in der die *virtù* auf viele verteilt ist (322). Auf dem Tiefpunkt kommt alles darauf an, ob wenigstens ein großer einzelner über genügend *virtù* verfügt und das Volk, dann freilich diktatorisch, zu neuer Lebenskraft führen kann (363), wie Moses die Israeliten oder wie jener *principe*, auf den Machiavelli vergeblich hofft, die national zersplitterten Italiener. An dieser Führerfigur werden die Konsequenzen der reinen Selbsterhaltungslogik durchgespielt: sie soll stets den Handlungen anderer zuvorkommen, darf keinen Fehler machen, muß die sich bietende *occasione* »schlagartig« (wie die Nazis das nannten) und skrupellos ausnutzen (367). Denn »brandige Glieder«, wie Hegel abgebrüht kommentierte, »können nicht mit Lavendelwasser geheilt werden« (372). Die Diktatur großer Einzelner verspricht freilich keine Dauer, stabiler und expansionsfähiger ist die Republik (322). Sparta und Venedig demonstrieren, daß ein Gemeinwesen zu wenig angriffslüsternd ist, wenn es nicht namentlich die unteren Schichten in die Herrschaft einbindet (323). Dabei sind Parteigegensätze zwischen *grandi* und *popolo* unvermeidlich, selbst in Machiavellis historischem Vorbild, der römischen Republik, sie können aber durch Gesetze und Integrationsfiguren in Grenzen gehalten werden, ja, sie sind dann sogar produktiv, haben sie doch innere Freiheit und den Willen zur Expansion zur Folge (330, 333, 379). Die republikanische *virtù* kann auch durch religiöse Erziehung — es muß sich freilich um eine auf Kriegsfähigkeit zurechtmodellierte Religion handeln (297) — sowie durch geeignete Verfassung der Bürgerwehr gestärkt werden (386). Mit seiner bürgerlich-revolutionären Einsicht, daß es in dieser Wehr nicht so sehr auf Mut wie auf eiserne Disziplin ankommt (391), ist Machiavelli seiner Zeit um hundert Jahre voraus (niederländische Militärreform, dreißigjähriger Krieg).

In dem Versuch, diese Argumentation aus den ökonomisch-politischen Zeitbedingungen heraus zu begreifen und außerdem als neuzeitliche Antwort auf die ideologische Erbschaft des Mittelalters aufzufassen, stellt Münkler folgenden Zusammenhang her: »Angesichts der Wirren in der jüngsten Geschichte von Florenz« (nämlich im Ausklang des 15. Jahrhunderts) »ist es Machiavelli nicht möglich gewesen, alle die geschichtliche Entwicklung beeinflussenden Faktoren als rational überschaubare in der Diesseitigkeit der Welt zu sistieren. Alles Irrationale faßte er daher in der mythischen Gestalt der *Fortuna* zusammen, die in vielem an den nominalistischen Gott erinnert. Doch im Gegensatz zu Ockham, der die Rationalität der Welt verwarf, um die Allmacht Gottes zu retten, wollte Machiavelli, soweit dies nur möglich war, die Macht der *Fortuna* einschränken, um die politische Handlungsmöglichkeit der Menschen zu erweitern.« Deshalb habe er »die Antwort der Selbsterhaltung um jeden Preis« gegeben. (312)

Münklers sorgfältige Arbeit erschließt wichtige Aspekte ihres Themas und räumt mit vielen Einseitigkeiten der bisherigen Machiavelli-Literatur auf. Dennoch ist es noch nicht »die« Arbeit über Machiavelli. Dazu sind auch ihre Fragestellungen noch zu begrenzt. — Der Forschungsstand hat Münkler die Kontroverse vorgegeben, ob Machiavelli eine an Aristoteles orientierte, eher unpolitisch-utopistische Tugendlehre für Fürsten hinterlassen (Sternberger) oder vielmehr mit den antiken Texten in allzu eigensinniger Lektüre

gerade gebrochen habe (Mehmel). Gegen beide wendet er mit Recht ein, daß Machiavellis Problematik in der Krise von Florenz verwurzelt ist, die auch den selektiven Umgang mit der griechischen und römischen Literatur bedingt (259ff.). Im Windschatten dieses Urteils unterstellt er wie Sternberger, daß es jedenfalls Aristoteles sei, mit dem selektiv umgegangen werde. Das hängt mit einer anderen Kontroverse zusammen, in die sich Münkler auch einschaltet, derjenigen zwischen Löwith und Blumenberg um die »Säkularisationsthese«. Das Fortschrittsparadigma der Aufklärung und der Marxisten könne schon deshalb nicht als Säkularisierung der christlichen Eschatologie gelten, argumentiert Münkler, weil keine historische Kontinuität zwischen beiden sei, statt dessen sei das neuzeitliche Fortschrittsverständnis aus der Durcharbeitung von Machiavellis anti-eschatologischer Problematik des ewigen Auf und Ab hervorgegangen (51). Und dieses Auf und Ab ist bei *Polybios* vorgebildet, der seinerseits in *der aristotelischen Theorie der Verfassungsformen* entscheidende Anregungen findet, während Platons *Politeia* auf diesem Gebiet nur als Vorläufer gelten kann. Münkler gibt sich viel Mühe, das Fortschrittsparadigma vom Geruch christlichen Ursprungs zu befreien, es vielmehr als objektiv richtig zu erweisen (z.B. 312, 341ff., 373). Die angebliche Naturgrundlage des machiavellistischen Zyklus in der ambizione habe bereits *Kant* destruiert, indem er zeigte, daß ihr Sein bloß ein Gemachtsein sei (349); was gemacht wird, kann auch verändert werden. *Hegel* habe den Zyklus zur Fortschritts-Spirale umgebogen und ihm so den Charakter eines Gegenarguments genommen (373). *Marx* schließlich habe die Beherrschbarkeit und zunehmende Beherrschung der fortuna politökonomisch nachgewiesen (274, 331).

Diese Argumente kommen mir nicht stichhaltig vor. Es ist erstaunlich, daß die aktuelle Krise von Wachstumswirtschaft und Fortschrittsoptimismus in Münklers Buch keine Spuren hinterläßt. (In seinem später geschriebenen, sehr lesenswerten Aufsatz »Marx heute« ist das ganz anders geworden, vgl. aus politik und zeitgeschichte 10/83, 25-35, bes. 29.) Gut, wir müssen die Quacksalber-Psychologie der »ambizione« zurückweisen, aber was folgt denn schon aus dem Gemachtsein unseres Seins? Etwa, daß wir leere Blätter sind, auf die man alles Mögliche schreiben kann, wie Skinner annimmt? Soll ich die Fortschrittsgarantie der bürgerlichen Aufklärer nicht metaphysisch finden, nur weil man mir versichert, der Fortschritt werde durch Spiralbewegungen verlangsamt? Könnte nicht auch *beides* falsch sein, Fortschritts- wie Zyklusglauben? Und hat Marx wirklich schlechterdings die Beherrschbarkeit der fortuna gelehrt — hat er diese Lehre nicht vielmehr als bürgerliche Ideologie entlarvt und gezeigt, was ihre materielle Kehrseite ist: »fortschreitende« Zerstörung von Natur und Gesellschaft, vorangetrieben durch periodische Wirtschaftsdepressionen? Sie wird nämlich in der Form vorgetragen, daß alle Ökonomie auf dem rein außernatürlichen Tauschprinzip basiere; aber die Natur spielt nicht mit ... Und Münklers Argumente versperren den Blick auf Wesentliches. Sein Interesse an der »Säkularisations«-Frage führt auch zu jener einseitigen Zuordnung Machiavellis zur aristotelischen Tradition. Der Zusammenhang zwischen Machiavellis Theorie und dem *Politeia*-Modell Platons ist aber mindestens ebenso wichtig. Die historischen Verfassungsformen spielen in diesem nur eine marginale Rolle, da ist Aristoteles tatsächlich relevanter, aber es ist Platon gewesen, der zuerst Politik als *Selbsterhaltung eines kriegführenden Gemeinwesens* aufgefaßt und in allen logischen Konsequenzen (bis hin zu Euthanasie, Lebensborn und geplanten Erziehungslügen) durchdacht hat. Hier könnte die eigentliche Aktualität Machiavellis liegen. Eine andere Linie der Machiavelli-Interpretation ließe sich ziehen: von Platon, der ja auch sonst in vieler Hinsicht die Denkform der abendländischen Klassengesellschaften geprägt hat, über Machiavelli, der Platons Modell zur Entstehungszeit des frühbürgerlichen Staates modifizierte, bis zum »Integrationsparadigma« unserer Tage, in dessen Rahmen Autoren wie Seymour M. Lipset die *Parteiendemokratie* gar nicht so grund-anders beschreiben als Machiavelli das Gleichgewicht von *grandi* und *popolo*. Wobei diese Autoren freilich den Kriegskontext

ausblenden... Ebdieses kann man Machiavelli nicht vorwerfen. Er schreibt bündig: »Wenn (...) ein Land kriegerisch und von Parteien zerrissen ist, kann allein diese Einrichtung (regelmäßige Waffenübungen aller Bürger, H.M.) die Eintracht wiederherstellen.« (Vgl. 386) Machiavelli ist zwar kein »Militarist« (388), aber er erkennt, daß gerade in *Republiken* »alles (...) darauf ab(zieht), die Tapferkeit zu nähren, in den Monarchien, sie zu ersticken«. Denn: »Ein Volk, welches die Freiheit (...) erobert hat, braucht den Krieg.« (Vgl. 386)

Michael Jäger (Berlin/West)

Fischer, Klaus: Galileo Galilei. Verlag C.H. Beck, München 1983 (239 S., br., 19,80 DM) Offenbar eignet sich Galilei besonders als Projektionsfläche für die je eigene Sichtweise der neuzeitlichen Naturwissenschaft: Galilei als Vorkämpfer der Gedankenfreiheit gegen den Dogmatismus oder Galilei als Erbe der mittelalterlichen Bewegungslehre, Galilei als Vater der experimentellen Methode oder Galilei als Rationalist, der kaum je ein Experiment durchgeführt hat. Seit einigen Jahren führt man (u.a. Feyerabend) uns nun einen neuen Galilei vor: den listigen Propagandisten und Rhetoriker. Weil die Intellektuellen der 70er und 80er Jahre des 20. Jahrhunderts nicht mehr so recht ans rationale Argumentieren glauben mögen, wird nun also an Galilei besonders seine Fähigkeit hervorgehoben, seine Gegner durch geschicktes, wenn auch unsachliches Argumentieren ins Hintertreffen zu bringen. Fischer legt diese (nun schon nicht mehr so ganz neue) Galilei-Interpretation im Taschenbuchformat in deutscher Sprache vor; Galilei erhält schlechte Noten oder auch schmunzelnde Bewunderung für seine raffinierten Tricks und »Überzeugungsstrategien« (z.B. 111, 133). Mit einem vorwiegend auf Methodologie fixierten wissenschaftstheoretischen Ansatz läßt sich jedoch die Abhängigkeit der Argumentationen von einem Naturbild kaum angemessen erörtern.

Das Buch enthält einen knappen tabellarischen Lebenslauf (17 Seiten) und konzentriert sich im übrigen auf Galileis intellektuelle Biographie. Fischers Leitgedanke ist dabei durchaus interessant: Er möchte Galilei nicht lediglich von seinem Beitrag zur positiven Wissenschaft darstellen, sondern zeigen, daß neue Entdeckungen zumeist nicht Ursache, sondern Folge unkonventionellen theoretischen Denkens, neuer Problemstellungen und neuer Sichtweisen sind (34f.). Wenn Fischer freilich die Entdeckung der Jupitermonde als Beleg für diese These anführt (102), so steht dies im Gegensatz zu Galileis eigenem Bericht von der Entdeckung. Daß bei Fischer das Augenmerk nicht auf dem positiven Beitrag zur Wissenschaft liegt, führt dazu, daß die *Discorsi*, Galileis Hauptwerk zur Mechanik, nicht ausführlicher behandelt werden als *De Motu*, eine lediglich für Galileis biographische Entwicklung interessante Abhandlung.

Fischer (der übrigens zeitweilig Assistent bei Hans Albert war) ist Soziologe und Wissenschaftstheoretiker, doch gewiß nicht ohne physikalische Kenntnisse. Dennoch unterlaufen ihm einige merkwürdige Fehler: Er spricht auch dort von »freiem« Fall, wo zweifellos der Fall in einem Medium gemeint ist (45, 46), und er behauptet hartnäckig (45, 64, 66f., 202), daß man mit den klassischen Maschinen keine Kräfte sparen oder gewinnen könne — obwohl man diese Maschinen ja gerade deshalb benutzt (wenige Zeilen weiter findet sich denn auch die entgegengesetzte, richtige Feststellung).

Fischers gelegentliche Angriffe gegen die gesamte bisherige Galilei-Forschung (66, 95, 105, 114) sollte man ruhig etwas niedriger hängen. So führt er als Beispiel für »Unklarheiten und merkwürdige Argumentationen« (105) der Wissenschaftshistoriker einen Teil einer These von Feyerabend an und zitiert dann — offenbar als Widerlegung! — einige der stärksten Argumente für Feyerabends These. An anderer Stelle wirft Fischer der »bisherigen Forschung« (95) die Vernachlässigung eines Textes vor, der ausgerechnet von Stillman Drake, dem wichtigsten Repräsentanten der gegenwärtigen Galilei-Forschung, in die Diskussion gebracht und veröffentlicht worden ist. Wie sehr Fischer ganz im Gegensatz zu seinem Gestus nach der (meist englischsprachigen) Sekundärliteratur

gearbeitet hat, geht übrigens schon daraus hervor, daß Sätze der scholastischen Physik in englischer Sprache genannt werden (68) und die 1537 veröffentlichte und Euklid zugeschriebene Schrift *De levi et ponderoso* bei Fischer als *Book of Euklid on the Heavy and the Light* auftaucht (46, 60).

Als knappe deutschsprachige Darstellung einiger wissenschaftstheoretischer Probleme bei Galilei mag das Buch, das eine kurze Bibliographie sowie Personen- und Sachregister enthält, vielleicht für manchen einen gewissen Nutzen haben. Ein wichtiger Beitrag zur Galilei-Forschung — wie der Verlag auf dem Einband ankündigt — ist es jedoch gewiß nicht.

Herbert Breger (Hannover)

Ströker, Elisabeth: Theoriewandel in der Wissenschaftsgeschichte. Chemie im 18. Jahrhundert. Vittorio Klostermann, Frankfurt/M. 1982 (324 S., br., 48,- DM)

Die Autorin verfolgt jenen Konzeptualisierungsprozeß in der Geschichte der Chemie des 17. und 18. Jahrhunderts, der schließlich zur Ablösung der Verbrennungstheorie Stahl-scher Provenienz durch Lavoisiers Oxidationstheorie führte. Das Buch ist in vier Abschnitte gegliedert. Im I. Abschnitt wird der Übergang von der Alchemie zur Chemie im 17. Jahrhundert skizziert. Robert Boyle steht für den Anspruch, die Chemie zu einer neuzeitlichen Erfahrungswissenschaft, mithin das Experiment zur Instanz für die Geltung einer Theorie zu machen. Wieviel oder wie wenig damit für die eine Wissenschaft tragende Theorie erreicht ist, kommt im II. Abschnitt ausführlich an der mit Georg Ernst Stahl um die Wende vom 17. zum 18. Jahrhundert inaugurierten Phlogistontheorie zur Erörterung. Mit ihr war zum ersten Mal beansprucht, die chemischen Prozesse der Verbrennung und der Verkalkung (Oxidation) von Metallen unter einem einheitlichen Begriff zu denken, insofern beide als Dekompositionsvorgang gefaßt wurden, bei dem Phlogiston abgegeben wird. Der Rezeption, Verarbeitung und Modifizierung der Phlogistontheorie im 18. Jahrhundert in Deutschland, Frankreich und England wird in getrennten Kapiteln nachgegangen. Zwei Probleme ließen die Forschung nicht zur Ruhe kommen: 1) Das Phlogiston, postuliert als theoretisches Objekt, sollte als empirisch gegebener Stoff zu identifizieren sein. Hatte Stahl das Phlogiston als in der Kohle angereichert vermutet (vermittels derer ja aus Metallkalken durch Reduktion Metall zu gewinnen ist), so identifizierte die englische Gaschemie der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts mit Henry Cavendish das Phlogiston als jenes brennbare Gas, das frei wurde, wenn man verdünnte Säuren mit Metallen reagieren ließ (später als Wasserstoff bekannt). Als schließlich Joseph Priestley ein Gas darstellte, in dem brennbare Stoffe besonders gut brennen, das heißt Phlogiston abgeben, das sich gar mit Phlogiston selbst explosionsartig verbindet und das er demnach als dephlogistisierte Luft bezeichnete (später als Sauerstoff bekannt), schien der Kreis der Bewährung der Phlogistontheorie geschlossen. 2) Wenn die Verbrennung eine Dissoziation von brennbarem Stoff und Phlogiston war, wie ließ sich dann die zu beobachtende Gewichtszunahme des Verbrennungsprodukts erklären? Dies war der Punkt, an dem die Phlogistik sich mit ad-hoc-Hypothesen zu behelfen hatte. Dies war schließlich auch der Punkt, an dem Antoine Laurent Lavoisier, selbst zunächst Phlogistiker, erneut mit genauen Messungen ansetzte (III. Abschnitt). Lavoisiers Messungen, so können wir vielleicht sagen, unterschieden sich insofern von denen seiner Vorgänger, als sie nicht länger einfach seine Experimente begleiteten, sondern vielmehr dazu dienten, Hypothesen zu testen: die Messung wurde zum integralen Bestandteil des Experiments. Die Formulierung der Sauerstofftheorie der Verbrennung zeigte sich als zumindest gleichwertige Alternative zur Phlogistik. Als schließlich ihre systematisierende Kraft in eine neue Nomenklatur umgesetzt wurde, war die Durchsetzung der Theorie beschlossen (IV. Abschnitt), wenn auch keine einzige der speziellen Thesen Lavoisiers über den Sauerstoff das erste Jahrzehnt des neuen Jahrhunderts überlebte.

Nun sind es eigentlich mindestens *drei* Geschichten, die hier neben- und nacheinander erzählt, aber von der Autorin nicht immer analytisch auseinandergelassen werden. Die eine ist die Entdeckungsgeschichte von Stoffen mit ihren Eigenschaften, mit den zu ihrer Darstellung nötigen Vorrichtungen, Instrumentierungen und technischen sowie experimentellen Voraussetzungen. Die zweite ist eine im engeren Sinne als begrifflich zu bezeichnende Geschichte und betrifft Prämissen über die Beschaffenheit der Materie und das Wesen chemischer Prozesse: Hier geht es um die Ablösung des traditionellen Denkens in chemischen Prinzipien (Träger bestimmter Eigenschaften, die den verschiedenen Stoffen zugefügt bzw. weggenommen werden und die so deren Eigenschaften bestimmen) durch ein korpuskulartheoretisches, dann elementartheoretisches Denken. Die Geschichte des chemischen Elementkonzepts ist nicht die des physikalischen Atomismus! Die dritte ist die Geschichte der Konzeptualisierung des Verbrennungsvorgangs als Ausgangspunkt für die Systematisierung chemischer Prozesse. Das Ineinandergreifen *und* das Aneinandervorbeiziehen dieser drei Geschichten — wobei die begrifflich über weite Strecken eine *subversive* Geschichte bleibt — bestimmt insgesamt »die« Geschichte der Chemie dieser Zeit.

Die detaillierte und spannende Schilderung des später als Revolution der neuzeitlichen Chemie bezeichneten Übergangs zur Oxidationstheorie Lavoisiers führt mit aller Deutlichkeit ein Problem vor Augen, mit dem alle Wissenschaftsgeschichtsschreibung konfrontiert ist: »Was sich in der Statik nachträglichen Rückblicks auf einen längst vollzogenen Theoriawandel an 'fertig' sich anbietenden Systemen als vollständige Unvereinbarkeit zweier chemischer Perspektiven und mithin ihrer Ausdrucksweisen zu erkennen gibt, hat in der Dynamik geschichtlichen Hergangs keine Entsprechung« (257-258). Dennoch möchte man der Autorin nicht gerne zugestehen, sich dem, was Canguilhem einmal als das Problem der *Rekurrenz* für die Wissenschaftshistorie bezeichnet hat, nämlich aus der Perspektive dessen, was *geworden ist*, rekonstruieren zu müssen, ohne dies doch bereits in das, was *gewesen ist*, hineinzuverlegen, durch den schlichten Anspruch zu entziehen, daß die vorliegende Untersuchung »nur« behauptete, »daß es in der Chemie des 18. Jahrhunderts 'so gewesen sei', wie sie es darstellt, und nichts darüber hinaus« (10).

Hans-Jörg Rheinberger (Berlin/West)

Fabian, Bernhard, und Wilhelm Schmidt-Biggemann (Hrsg.): Das achtzehnte Jahrhundert als Epoche. (Studien zum 18. Jahrhundert, Bd.1) KTO Press, Nendeln/Liechtenstein 1978 (ab 1983 bei Felix Meiner, Hamburg) (156 S., 24 Abb., br., 48,- DM)

Fabian, Bernhard, Wilhelm Schmidt-Biggemann und Rudolf Vierhaus (Hrsg.): Deutschlands kulturelle Entfaltung / Die Neubestimmung des Menschen. (Studien zum 18. Jahrhundert, Bd.2/3) Kraus Int. Publ., München 1980, (ab 1983 bei Felix Meiner, Hamburg) (282 S., br., 48,- DM)

Schneiders, Werner (Hrsg.): Christian Wolff: 1679-1754. Interpretationen zu seiner Philosophie und deren Wirkung. Mit einer Biographie der Wolff-Literatur. (Studien zum 18. Jahrhundert, Bd.4) Felix Meiner, Hamburg 1983 (354 S., 1 Abb., Ln., 96,- DM)

»Wie Zecken immer auf Buttersäure, so kommen Begriffsgeschichtler immer auf 1750«, lautet eines der Bonmots, für die der Philosoph Odo Marquard (Bd.2/3, 194) inzwischen eine Art Berühmtheit besitzt. Und in der Tat ist das 18. Jahrhundert seit geraumer Zeit so etwas wie ein »Renner« unter den Saecula. Erst neuerdings mehrten sich Zeichen einer Interessenverschiebung auf die frühe(re) Neuzeit. Damit kommt aber auch die Stunde verdienstvoller Bestandsaufnahmen der geleisteten Forschung — hier institutionell gefördert durch die »Deutsche Gesellschaft für die Erforschung des 18. Jahrhunderts« (DGEJ, gegre. 1975).

Und wirklich lassen bereits die ersten drei Bände der Reihe kaum ein Thema aus, kaum ein Desiderat offen: ob nun zur historischen Semantik politischer Begriffe (R. Ko-

sellek), zum Historismus-Kritizismus-Problem bei Kant, Forster und Herder (M. Riedel) oder gar zur musikgeschichtlichen Stellung der Wiener Klassik (S. Kunze), zu Fragen der Wissenschafts- und Mentalitätsgeschichte oder des Konzeptwandels der Anthropologie. Während Band 1 vor allem Problemen der Epochenspezifität gewidmet ist und insofern auch programmatische Bedeutung für die Arbeit der DGEJ hat, geht der Band 2/3 mehr in die Details der interdisziplinären Forschung. B. Fabian liest aus Popes »Essay on Man« eine newtonianische Anthropologie als dynamische Theorie der »ruling passions« heraus, die der frühaufklärerischen Leitwissenschaft Physik Tribut zollt, J.v. Stackelberg sieht im Wandel des Frauenbildes im französischen Roman der Zeit einen Transformationsprozeß der verhaltensnormativen »Tugend« »von Resignation zu Affirmation« (2/3, 151), und Chr. Probst zeigt einen Zusammenhang von Konzepten der praktischen Medizin (der Iatromechanik Boerhaaves und des Epidemismus von Sydenham) mit den philosophischen Grundströmungen des Rationalismus und Empirismus auf.

Originell sind W. Schmidt-Biggemanns Ausführungen über das »Ende der Erbsünde«, der eine Konservierung der Theodizee in der Ästhetik »mutmaßt«, und — wie zu erwarten — O. Marquards Rhapsodien über geschichtsphilosophische Pseudomorphosen der Theodizee bis in eine kulturkritisch behauptete »Übertribunalisierung« des modernen Gewissens. Anknüpfend an seine These vom »Ende der Naturgeschichte« sieht Wolf Lepenies die disziplinäre Crux der Anthropologie in der Unmöglichkeit, die »Sonderstellung des Menschen« gegen die neuen Evidenzen einer evolutionistischen Logik des Kontinuums (Darwin: »Man is no exception«, 2/3, 224) systematisch zu begründen, und begrenzt deshalb ihre theoretische Konjunktur historisch mit dem Aufkommen des Evolutionismus.

Interessant ist auch G. Kleinheyers Nachweis markanter Wandlungen des Strafrechts anhand der Karriere des Delinquenten vom Sünder zum Verletzer der öffentlichen (staatlichen) Ordnung und Sicherheit im Zusammenhang der neuen Betonung der Willensmächtigkeit des Vergehens, der Abschaffung der Tortur als Ausdruck eines wachsenden Sinnes für Strafökonomie, der Betonung der auf das Individuum erzieherisch wirkenden Spezialprävention (gegenüber einer bloß generalpräventiven »Abschreckung«) usw. ... Den gewichtigen Schluß des Doppelbandes bildet H.-J. Schings sehr problemhaltige Studie über den Zusammenbruch der traditionellen Ontologie des Stufenkosmos (chain of being) und der prästabilierten Harmonie beim jungen Wieland sowie einer gegenläufigen Rehabilitation einiger Elemente des Leibnizianismus als Kompensation vulgärmechanistischer Effekte der Aufklärungsphilosophie bei Jean Paul. Aus der prekären Balance dieser heterogenen Elemente leitet Schings nicht ohne Plausibilität auch die starken inneren Spannungen und Stilbrüche der Prosa Jean Pauls ab. Der Bd.4 umfaßt die Materialien einer dem Aufklärungsphilosophen Chr. Wolff anläßlich seines 300. Geburtstags gewidmeten Tagung. N. Hinske faßt am Schluß des Bandes den Tenor der vielfältigen Beiträge zu Werk und Wirkung pronociert zusammen: »Die Frage nach 'Wolffs Stellung in der deutschen Aufklärung' ist kein Detailproblem. Sie ist bis zu einem gewissen Grade die Frage nach der deutschen Aufklärung überhaupt.« (310) Damit wendet sich Hinske explizit gegen neuere Versuche, die Bedeutung Wolffs etwa mittels einer behaupteten Antithese zwischen der modernen Form (Rationalismus) und dem konservativen Gehalt seiner Philosophie oder einer zum Beispiel von Mittelstrass hervorgehobenen »Mesalliance von Aufklärung und Metaphysik« zu schmälern. Unter Berufung auf Kant vermag Hinske dagegen zu zeigen, daß der Wolffianismus nicht nur die offizielle Schulphilosophie der Universitäten beeinflusste, sondern über die zumeist eine Generation jüngeren »Reformwolffianer« von Sulzer bis Platner prägenden Einfluß auf sehr unterschiedliche Bestrebungen und Disziplinen gewinnen konnte — nicht zuletzt auf Svarez' Schöpfung des Allgemeinen Preußischen Landrechts am Ende des Jahrhunderts. Selbst auf den als umstürzlerisch verschrienen Illuminatenorden blieb

Wolff nicht ohne Wirkung. Den Hauptgrund für die rasche Anerkennung des Wolffianismus erblickt Hinske in einer theologisch motivierten Emanzipation des philosophischen Denkens aus den Verschanzungen des konfessionellen Stellungskrieges mittels einer mathematisch orientierten Demonstrationsmethode und einer zumindest impliziten Abwertung des lutheranisch-orthodoxen Biblizismus. Wolff vermochte so zum Katalysator kritischer Impulse zu werden, die jedoch bald über seine noch relativ starken konservativen Schranken hinausgehen sollten. Diese Grenzen seiner allgemein-ideologischen Funktion erklären schließlich auch das verblüffend schnelle Veralten des engeren Wolffianismus nach 1740 — ein Schicksal, das im mehr ästhetischen Bereich auch dem älteren Wolffianer Gottsched nicht erspart blieb. Die einzelnen Beiträge des Sammelbandes bieten nicht nur neue Sichtweisen traditioneller Probleme der Frühaufklärung (»Cartesianismus«, »natürliche Theologie« etc.) und somit dem Spezialisten Anregung, sondern genügen auch allgemeineren Ansprüchen, so zum Beispiel der Beitrag von G. Mühlpfordt zum »radikalen Wolffianismus« von der rationalistischen »Wertheimer Bibel« des J.L. Schmidt bis zu Reimarus oder D. Kimpels umsichtiger Rekonstruktion von Wolffs Programm »literarischer Bildung« und seiner schließlichen Überwindung bei Lessing. So gilt für den Band, dessen Nutzen durch eine chronologische Bibliographie der Wolff-Diskussion seit 1800 vermehrt wird, im Hinblick auf eine kritische Auseinandersetzung mit der deutschen Aufklärungsphilosophie auch das, was Hinske für Wolff reklamiert: an ihm »führt kein Weg vorbei«. Martin Blankenbug (Berlin/West)

Regelmann, Johann-Peter: Die Geschichte des Lyssenkoismus. Rita G. Fischer Verlag, Frankfurt/M. 1980 (353 S. und 83 S. Bibliographie, br., 58,- DM)

Die Biologie Lyssenkos wird oft und gern als das stalinistische Gegenstück zur faschistischen »Deutschen Physik« zitiert; die gängigen Ansichten zum Lyssenkoismus können geradezu als das wissenschaftshistorische Pendant zur Totalitarismustheorie gelten. Regelmann zeigt, daß diese Sichtweise ideologisch ist. Dabei behandelt er die faktischen Ereignisse der 30er bis 50er Jahre in der Sowjetunion relativ knapp — nicht zu Unrecht, da es hierzu genügend Literatur gibt. In dieser Literatur pflegen jedoch die biologiehistorischen und biotheoretischen Zusammenhänge zu kurz zu kommen, und gerade hier setzt Regelmann an. Er rekonstruiert die Fragestellung des Lyssenkoismus, die heute zwar in dieser Form überwunden ist, als historische Fragestellung jedoch legitim war. Regelmann geht den zahlreichen Facetten und Verästelungen der Frage nach der Vererbung erworbener Eigenschaften bei Bonnet, Buffon, Lamarck, Mendel, Darwin, Weismann usw. nach und kommt zu dem Resultat, daß zur Zeit von Lyssenkos wissenschaftlichen Anfängen in den dreißiger Jahren die Hypothese von der Vererbung erworbener Eigenschaften noch ernsthaft »im Rennen« war. Diese Hypothese bezog ihre Legitimation »unter anderem aus der Eiweißkonzeption der Vererbung, die Lyssenkos Stoffwechselargument gegen eine isolierte Vererbungssubstanz plausibel ... machte« (293). Im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts lehnte im Grunde nur die Mehrzahl der Genetiker, eine kleine Gruppe innerhalb der akademischen Biologie, die Vererbung erworbener Eigenschaften ab; »die meisten anderen Biologen, besonders die reinen Evolutionsforscher, sahen in ihr die notwendige Ergänzung zur Darwinschen Konzeption der natürlichen Selektion« (294). Eine grundlegende Änderung der Situation erfolgte erst 1945, als Avery die DNS als Vererbungssubstanz identifizierte, bzw. 1953, als die Struktur des DNA-Moleküls aufgeklärt wurde. Außer diesem wissenschaftshistorischen Teil enthält Regelmanns Arbeit einen wissenschaftstheoretischen Teil, in dem er zeigt, wie mangelnde theoretische Reflexion biologischer Forschungsergebnisse zu den so häufig zu hörenden oberflächlichen Urteilen über Mechanismus, Vitalismus usw. führen.

Einer gängigen Interpretation zufolge ist der Lyssenkoismus ein unmittelbarer Ausfluß des Marxismus. Diese Interpretation pflegt durch Hinweise zum einen auf eine Be-

merkung von Engels (MEW 20, 529), zum anderen auf das in den 20er Jahren proklamierte Ziel der Oktoberrevolution, einen neuen Menschen zu schaffen, begründet zu werden. Doch Engels sagt lediglich, daß die Vererbung erworbener Eigenschaften in der Biologie gültige Lehre sei. Regelmann zeigt (282-293), daß sich aus den (ohnehin knappen) Äußerungen von Marx und Engels zur Biologie keine Argumente zur Unterstützung lyssenkoistischer Positionen herleiten lassen. Und was den neuen Menschen anlangt, so war der Enthusiasmus der Revolutionszeit in den dreißiger Jahren verraucht; vielmehr bekam Lyssenko vor allem deshalb staatliche Förderung, weil er schnelle Erfolge in der Züchtung neuer landwirtschaftlicher Sorten versprach.

Ein großer Teil der Publikationen über Lyssenko — dies gilt auch für so namhafte Autoren wie Huxley, Goldschmidt und Nachtsheim — kann nach Regelmann nicht eigentlich als Beitrag zur Lyssenko-Forschung gelten, weil diese Untersuchungen erst 1948 (also mit dem Beginn des massiven administrativen Drucks zugunsten von Lyssenko) einsetzen. Regelmann schlägt demgegenüber die Unterscheidung zwischen einer Lyssenko-Debatte (bis 1948) und einer mit dem Namen Lyssenko verbundenen Affäre (ab 1948) vor. — Es ist auffallend, daß diese fällige Untersuchung des Lyssenkoismus nicht in der DDR oder der Sowjetunion entstanden ist; offenbar gilt dort der Lyssenkoismus noch immer als heißes Eisen. Ein heißes Eisen mag die Affäre sein, nicht aber — wie Regelmann gezeigt hat — die Lyssenko-Debatte. Herbert Breger (Hannover)

Sprach- und Literaturwissenschaft

Link, Jürgen: Elementare Literatur und generative Diskursanalyse. Mit einem Beitrag von Jochen Hörisch und Hans-Georg Pott. Wilhelm Fink Verlag, München 1983 (187 S., br., 38,- DM)

»Hermeneutische Sinn-Fixierungen in eine Krise geraten zu lassen, indem man nicht gleich wie aus der Pistole geschossen 'Was bedeutet der Text?', sondern: 'Wie funktioniert der Text?' fragt, ist ein in jedem Sinne erfrischendes Geschäft. Denn es kann von vorschnellen und eingübten Verknennungsstrukturen befreien. Die erste Frage aber macht die zweite nicht überflüssig, sondern erst reizvoll.« (185) Dies ist die Konfliktlinie, die sich nach Hörisch/Pott zwischen einer »Literaturwissenschaft als Rationalitätskritik« (175) und Links Modell der »generativen Diskursanalyse« auf tut. Diese beansprucht, die Regeln, nach denen Texte produziert oder »generiert« werden, zu rekonstruieren, so daß zum Beispiel »Schüler die (sehr einfachen) Regeln begreifen lernen, nach denen sie massenweise Trivialknüller, Krimis eines bestimmten Typs, ja auch Gedichte verfertigen können.« (173) Die Koppelung von wissenschaftlichem Diskurs und schulischer Praxis ist nur *ein* Beleg dafür, wie Link versucht, gemeinsame Strukturen in verschiedenen Gesellschaftsbereichen aufzusuchen und anwendungsbezogen zu diskutieren. Dies gelingt ihm vor allem deshalb, weil er in der »elementaren Literatur ... jene spontan, anonym und kollektiv produzierten 'literarischen' Formen alltäglicher und praktischer Diskurse (ansiedelt), die ... die notwendigen 'Halbfabrikate' für die 'eigentliche' Literatur paratstellen.« (9) Es geht also um die »Produktionsgesetze der Sinnbildung« (10), um den materialen Charakter des Diskursiven; von vornherein scheidet Link »philosophische Extrapolationen und Überbauungen« (9), wie er sie in der poststrukturalistischen Analyse im Anschluß an Lacan und Derrida praktiziert sieht, aus seinem Untersuchungszusammenhang aus. Diese vorschnelle, als »Grenze der Arbeitsteilung« (10) deklarierte Ausgrenzung hermeneutischer Reflexion, die sich zum Teil von dem Vorurteil nährt, dort seien »Objektsprache und Metasprache ... notwendigerweise gleichen Typs« (10), erlaubt die Konstruktion eines sehr leicht applizierbaren Schemas von Kollektivsymbolen und »Inter-Diskursen« (12), die die ideologische Integration der

Sprecher regeln. Am Beispiel der diskursiven Rolle des Ballonsymbols im 19. Jahrhundert demonstriert Link, wie ein Kollektivsymbol in verschiedenen Bereichen gesellschaftlicher Praxis benutzt werden kann, an welche bereits vorhandenen Bildfelder es anschließt und wie es durch Opposition zu diesen, zum Beispiel der Eisenbahn, neue Perspektiven erschließt. Gerade die große Allgemeingültigkeit des Kollektivsymbols führt jedoch dazu, daß es von den verschiedensten politischen Richtungen zu gebrauchen ist, daß Unterschiede »nicht in der Struktur, nur in der Wertung« (61) erscheinen. Deutlich orientiert am »fröhlichen Positivismus« Foucaults kann Link so das Ballonsymbol in den verschiedensten gesellschaftlichen Bereichen nachverfolgen, selbst »Disparitäten, Grenzen der Struktur« (62) vermag er freizulegen, so zum Beispiel die Verknüpfung dieses Symbols mit Wahnsinn und romantischem Abenteuer bei Jules Verne oder mit sexueller Thematik bei Gutzkow. Gerade an diesen für die literarische Analyse interessanten Stellen aber ist der auch von Link postulierte »Rätselcharakter der Dichtung und ihres Themas« (176) für ihn nicht mehr erklärbar: die entsprechenden Stellen führen »notwendigerweise zu ungewollten konnotativen Nebeneffekten von surrealistischem Typ *avant la lettre*«, scheinen gar stellenweise »Robert Walser oder Kafka vorwegzunehmen« (63) — ein deutlicher (und hilfloser) Hinweis darauf, daß mit einer solchen generativen Theorie der Sinnbildung allein »das Desiderat einer funktional, nicht abbildtheoretisch fundierten materialistischen Literaturanalyse« gerade nicht »im wesentlichen erfüllt« (22) sein kann! — Daß Links Ansatz um so weniger greift, je mehr er ins Innere literarischer Theoriebildung und erst recht literarischer Texte vorstößt, zeigt sich in dem Aufsatz »Die mythische Konvergenz Goethe — Schiller als diskurskonstitutives Prinzip deutscher Literaturgeschichtsschreibung im 19. Jahrhundert« (73), in dem er die Wertung und Abgrenzung der beiden »Klassiker« bei Gervinus, Hettner, Hinrichs, Korff und Scherer rekonstruiert und in dem sich der Mythos des Ausgleichs der Extreme durch Vermittlerfiguren (vgl. Lévi-Strauss) als Konstruktionsprinzip dieser Literaturgeschichten erweist. Eine solche Analyse bleibt so lange ein Puzzle von Begriffen, wie die ihnen zugrundeliegende Tendenz zur »Totalisierung« von Widersprüchen (84) nicht konkret historisch und ideologiegeschichtlich analysiert ist. Andernfalls lebt das »Dioskurenpaar« — nun nicht mehr im geistesgeschichtlichen, sondern im strukturalistischen Gewande — weiter ungestört seine idealistische Existenz.

Kein Zweifel, daß Links Beobachtungen am »Universum der semantischen Alchimie« (10) oft überraschend, originell und perspektivenreich sind, und sie widerlegen in Gestus und Sprache auch das — vielleicht etwas zu sehr zum Feindbild aufgebaute — Vorurteil, daß der generative Ansatz etwas »Kahl- und Kalt-Rationalistisches, Technokratisches und Lustfeindliches ist« (137). Die zahlreichen Einzelbeobachtungen drohen aber — trotz der Versuche, Begriffs- und Personenkonstellationen in Matrices zusammenzufassen — auseinanderzufallen, da alle inhaltlichen Synthetisierungsversuche dem Verdikt des »metaphysizierenden Irrationalismus und der Hermeneutik« (158) unterliegen. Gerade damit aber überläßt Link das »ästhetische Surplus« (169) erst recht den von ihm so verachteten Hermeneutikern. »Indem er derart die Literaturwissenschaft technologisiert, ist er den gesellschaftlichen Verkehrs- und Verfahrensformen ... undurchsicht verhaftet« (178) — so Hörisch/Pott abschließend. »Unentschieden« im Kampf zwischen Links-Szientismus und Hermeneutik?

Claudia Albert (Berlin/West)

Wild, Reiner: Literatur im Prozeß der Zivilisation. Zur theoretischen Grundlegung der Literaturwissenschaft. J.B. Metzler, Stuttgart 1982 (239 S., Ln., 72,- DM)

Harth, Dietrich, und Peter Gebhardt (Hrsg.): Erkenntnis der Literatur. Theorien, Konzepte, Methoden. J.B. Metzler, Stuttgart 1982 (X + 358 S., Ln., 39,- DM)

Es zeugt zweifelsohne von Mut, in der gegenwärtigen Situation der Literaturwissenschaft, die von Ratlosigkeit (ihre gesellschaftliche Funktion betreffend) und Eklektizis-

mus (was ihre Methoden angeht) geprägt ist, ein Buch zu ihrer »theoretischen Grundlegung« vorzulegen. Sinnvoll scheint dies nur, wenn der Autor sich anheischig macht, sowohl eine plausible Möglichkeit zur Rekonstruktion der menschlichen Geschichte als auch der jeweils historisch-spezifischen Funktion, die Literatur in ihr innehat(te), anzugeben. Genau dies unternimmt Reiner Wild unter Rückgriff auf die Untersuchung von Norbert Elias *Über den Prozeß der Zivilisation* (11939, 21969, 31976), die ihm deshalb für sein Projekt so attraktiv erscheint, weil in ihr »die Vermittlung von [menschlichen] Verhaltensweisen und Bewußtseinsformen und der im engeren Sinne sozialgeschichtlichen, letztlich ökonomischen Entwicklung bereits geleistet ist« (50). Denn dies ermöglicht, begreift man (mit Wild) »Literatur als eine Äußerungsform menschlicher Verhaltensweisen und Bewußtseinsformen und zugleich als ein Medium ihrer Reflexion« (ebd.), die spezifische Qualität von Literatur und die Funktion(en), die sie ausübt, als integratives Moment des historisch-gesellschaftlichen Prozesses (der Zivilisation) zu verstehen.

Elias beschreibt in seinem Werk, daß (im Zeitraum von etwa 1100 bis 1800) das durchschnittliche Verhalten von Angehörigen der westeuropäischen Oberschichten — vermittelt durch die Tatsache, daß der gesellschaftliche Zwang »von außen« sich durch die allmähliche Ausformung einer »Selbstzwang-Apparatur« ins Innere der Individuen verlagert — zunehmend berechenbarer, geregelter, disziplinierter wird. Zur Erklärung verweist Elias auf den gleichzeitig ablaufenden Prozeß der Herausbildung von Gewalt- und Steuermonopolen, das heißt von zentralisierten Staaten: Dieser Prozeß impliziert eine Erweiterung und zugleich eine verstärkte Integration der jeweiligen Gesellschaft oder, aufs Individuum bezogen, eine Verlängerung und Verfestigung der »Interdependenzketten«, in die das Individuum einbezogen ist. Der Übergang der feudalistischen Gesellschaft in die bürgerlich-kapitalistische modifiziert die Anforderungen an die Individuen wie auch die Disziplinierungsformen wiederum grundlegend: Gewalt wird nun nicht mehr von einem einzelnen (dem absolutistischen Herrscher) über alle anderen ausgeübt, sondern (dem Anspruch nach) von der Gesellschaft bzw. der autonomen bürgerlichen Persönlichkeit über sich selbst.

Wild versucht, die möglichen Funktionen darzustellen, die Literatur bei der Ausbildung, Stabilisierung und — unter sich verändernden historischen Umständen — jeweils nötigen Modifikation dieser — zivilisierte Verhaltensweisen garantierenden — »Selbstzwang-Apparatur« (historisch im Laufe der menschlichen Geschichte, sozusagen phylogenetisch, und jeweils in der den Zivilisationsprozeß einholenden Sozialisation des je einzelnen Individuums, sozusagen ontogenetisch) haben kann. Er unterscheidet stabilisierende Funktionen (die didaktische, gesellige, sensibilisierende, entlastende, erfahrungserweiternde) und reflexive (die kritische, antizipierende), die sich in unterschiedlicher Kombination auf differente (Wild nennt in Anlehnung an Raymond Williams residuale, dominante und progredierende) Verhaltensweisen beziehen können. Daß Literatur diese Funktion(en) habe, sieht Wild — unter Rückgriff auf Kant — darin begründet, daß sie lustvoll ästhetische Erkenntnis vermittele und auf diese Weise — die menschliche Geschichte reflektiert erinnernd — die Möglichkeit von Sinn verbürge.

Kritisch ist einzuwenden, daß Wild Elias unkritisch rezipiert: Die menschliche Geschichte als eine von Klassenkämpfen wird zu einem Prozeß der Zivilisation. Trotz aller Einschränkungen wird der Gang der Geschichte bejaht. Klassengegensätze stellen sich als »Figurationen« dar; das Problem gleich bzw. ungleich verteilter »Machtchancen« verschwindet in einer Fußnote (199). Vollends harmonisiert Wild das Bild gesellschaftlicher Auseinandersetzungen, wenn er davon spricht, daß im Rahmen der sich immer stärker miteinander verflechtenden sozialen »Schichten und Klassen« ein »Ausgleich« (66, 80) der sozial differierten Verhaltensstandards stattfindet. Die tatsächlichen massiven Disziplinierungsprozesse der herrschenden Klassenallianzen, auf die sich Wild impli-

zit bezieht, verschwinden nahezu völlig. Ebenso unklar bleibt die Rolle von gesellschaftlichen Institutionen der Disziplinierung und ihre Rolle bei der Literaturvermittlung (91). Es ist von daher nicht verwunderlich, daß Wild unter den verschiedenen Funktionen, die er der Literatur zuschreibt, nicht die ideologische (beispielsweise als — unter bestimmten Umständen — mögliche Kombination der stabilisierenden Funktionen) aufführt und analysiert. Vor allem entgehen ihm die klassenspezifische Aneignung von Literatur und die mit ihr einhergehenden sozialen Ausgrenzungsprozesse. Wenn zum Beispiel umstandslos davon die Rede ist, die Literaturkritik finde ihre Maßstäbe in den »jeweils fortgeschrittenen [literarischen] Zeugnissen« (97), so wäre doch zunächst zu fragen, wer denn nun feststellt, welcher Text warum fortgeschritten bzw. gelungen ist. Statt eines idealistischen Rekurses auf Kant hätte dem Autor ein materialistischer auf Bourdieu gut angestanden (vgl. *La distinction. Critique social du jugement*, 1979, dt. 1982). Trotzdem: Wilds Untersuchung gehört zu den wenigen (im Entwurf und vielen Einzelbeobachtungen) anregenden Arbeiten selbstkritischer — allerdings idealistischer — Literaturwissenschaft der letzten Jahre. Sie muß bei dem noch ausstehenden Versuch einer materialistischen Funktionsbestimmung von Literatur »im Prozeß der Zivilisation« herangezogen werden.

Der Wert des zweiten zu besprechenden Buches ist weitaus geringer. *Erkenntnis der Literatur* — laut Verlagsmitteilung »in erster Linie als umfassendes Arbeitsbuch für fortgeschrittene Student/inn/en der literaturwissenschaftlichen Fächer konzipiert und geschrieben« — versammelt die folgenden Beiträge: »Unmaßgebliche Vorstellung einiger literaturtheoretischer Grundbegriffe«, »Ästhetische Erfahrung«, »Theorie der literarischen Produktion«, »Literarische Kritik«, »Textkritik«, »Textauslegung«, »Literatursoziologie/Textsoziologie«, »Literaturgeschichte/Literaturgeschichtsschreibung«, »Komparatistik«, »Literarische Kommunikation«, »Empirische Literaturwissenschaft«, »Literatur- und Medienwissenschaft« und »Fachgeschichte und Standortbestimmung«. Insofern ist der Band Symptom der »Tendenz zu Synthesen« (342), die er selbst diagnostiziert. Einem topisch gegliederten Handbuch, dessen Einzelbeiträge von verschiedenen Autoren gestaltet werden, vorzuwerfen, es präsentiere nicht eine durchgängige Methode, scheint müßig, ist allerdings in diesem Fall nicht überflüssig, weil hier der Pluralismus zwar einerseits zum Programm erhoben, jedoch andererseits nicht durchgehalten wird: Materialistische Ansätze werden entweder mit der Kennzeichnung »orthodox« (65, 208f.) oder dem Vorwurf »Interesse verstellt Erkenntnis« (224) abqualifiziert. Aber erreicht das Handbuch überhaupt das sich selbst gesteckte Ziel, »Teil des fachwissenschaftlichen Grundlagengesprächs und der literaturwissenschaftlichen Methodenlehre« (7) zu sein? Zweifel sind angebracht: Nicht nur wird das überwiegend hohe Abstraktionsniveau selbst fortgeschrittene Student/inn/en verschrecken, auch die mangelhafte Durchdringung und Aufbereitung komplexer Problemzusammenhänge durch die Autoren, ihr Schwanken zwischen (nicht Abwägen von) einzelnen theoretischen Positionen, ihr Sich-Verlieren in den Kontroversen, die sie doch transparent machen müßten, ist erschreckend (vgl. 56ff., 133ff.).

Zugegebenermaßen summarisch sei festgestellt: Brauchbar sind Teile der Artikel über »Literaturtheoretische Grundbegriffe« und »Literarische Kommunikation« (weil sie leisten, was der Buchtitel verspricht: »Erkenntnis der Literatur« wird ermöglicht). Auch das Kapitel über »Literarische Kritik« ist konzis und informativ; die Überlegungen zur »Literatursoziologie/Textsoziologie«, die ein präziseres Aufsuchen und -finden des Gesellschaftlichen in den Texten vorantreiben wollen, leuchten ein; der Abschnitt »Literaturgeschichte/Literaturgeschichtsschreibung« erfreut durch seine überlegte Strukturierung und weitgehend abwägende Argumentation; ausgesprochen ärgerlich dagegen ist der platte Antikommunismus im Beitrag »Literatur- und Medienwissenschaft« (301), der zudem Medienforschung literaturwissenschaftlich betreiben will — eine unzulässige

Einengung. Eine Lektüre des Bandes sollte mit dem letzten (und besten) Artikel »Fachgeschichte und Standortbestimmung« beginnen: Er ist, wenngleich wissenssoziologisch beschränkt, informativ, lesbar und sollte Pflichtlektüre für Germanistikstudent/inn/en sein.
Jürgen Kramer (Bielefeld)

Gramsci, Antonio: Marxismus und Literatur. Ideologie, Alltag, Literatur. Hrsg. und übers. v. Sabine Kebir. VSA-Verlag, Hamburg 1983 (350 S., br., 24,80 DM)

Die deutsche Ausgabe folgt der 1975 erschienenen, von Giuliano Manacorda herausgegebenen italienischen Originalausgabe: »Marxismo e letteratura«. Die zusammengestellten Texte sind im wesentlichen (mit Ausnahme des Abschnitts »Revolution und kulturelle Tradition«, der aus Zeitungsartikeln Gramscis aus den Jahren 1913 bis 1922 besteht, und einigen Briefen) den Gefängnisheften Gramscis entnommen, zu deren vollständiger Herausgabe sich bisher leider noch kein deutscher Verlag bereitgefunden hat. Es gibt einige erträgliche Überschneidungen mit dem schon lange vergriffenen, von Riechers herausgegebenen Band »Philosophie der Praxis« (Frankfurt/M. 1967) und dem von Guido Zamis zusammengestellten Auswahlband »Zu Politik, Geschichte und Kultur« (Frankfurt/M. 1980). Die Aufzeichnungen Gramscis bilden keine geschlossene Literatur- oder Kulturtheorie, sie tragen aufgrund ihres Entstehungszusammenhangs (Haftbedingungen etc.) skizzenhaften Charakter. Man findet oft Formulierungen wie »müßte ausgeführt werden«, »müßte noch einmal nachgelesen werden« und andere. In Zusammenhang mit Gramscis Hegemonietheorie gesehen (vgl. Sabine Kebirs Vorwort), sind die zusammengestellten Texte für die Diskussion um eine materialistische Kultur- und Literaturtheorie jedoch von großer Wichtigkeit.

Gramsci gelingt es, Kunst und Literatur in einen historisch-politischen Kontext einzuordnen, sie als eine »Funktion des Gesellschaftlichen« zu begreifen. Indem er das Konzept der Hegemonie entwickelt, d.h. vor allem indem er die Bedeutung von geistiger und moralischer Führung für die Aufrechterhaltung von Herrschaft aufzeigt, weist er Kunst und Literatur einen konkreten Raum innerhalb des Überbaus zu, nämlich die Sphäre der Kulturgesellschaft (*società civile*), in der die Kämpfe um die hegemonielle Vormacht ausgefochten werden. Die zentrale Frage ist bei Gramsci deshalb: Welche Funktion haben Kunst und Literatur im Gesamtzusammenhang der Kulturgesellschaft für die Bildung bzw. Aufrechterhaltung der Hegemonie einer bestimmten Klasse? Er zeigt, »daß jeder Revolution eine intensive kritische Arbeit voranging, eine kulturelle Imprägnierung, ein Eindringen von Ideen in Menschengruppen, die zuvor unzugänglich waren« (27), und er analysiert, welche Funktion Literatur für eine solche »intellektuelle und moralische Reform« hat. Seine Literaturkritik ist also eher Kulturkritik, für ihn muß Literatur »gleichzeitig ein aktuelles Element der Zivilisation und Kunstwerk sein« (202).

Bezogen auf die Problematik von Literatur und Kunst untersucht Gramsci vornehmlich die Fragen: Wie tragen sie zur »national einheitlichen Ausarbeitung eines homogenen kollektiven Bewußtseins« bei, wie korrespondieren Literatur und Alltagsverstand? Diese Fragen werden vor allem anhand der intellektuellen Tradition und der damals zeitgenössischen Literatur Italiens diskutiert. Wichtig für Gramscis Methode ist, daß er sich nicht nur mit der »hohen« Literatur beschäftigt. Er entwickelt als zu leistendes Programm: »Es bleibt nichts anderes übrig, als die systematische Durchsicht der verbreitetsten und vom Volk am meisten aufgenommenen Literatur, kombiniert mit dem Studium und der Kritik der ideologischen Strömungen der Vergangenheit« (86). Demgemäß bezieht er auch vor allem Kriminal- und Fortsetzungsromane mit ein. Für Gramsci zeigt »der Erfolg eines Buches der kommerziellen Literatur ..., was die Philosophie der Epoche ist« (127). Er zeigt am Beispiel Italiens den Bruch zwischen Schriftsteller und Publikum (faktisch als Sonderfall eines unorganischen Verhältnisses von Intellektuellen und Volk) und die daraus resultierende Bevorzugung der französischen Literatur durch das

italienische Publikum: »Jedes Volk hat seine Literatur, aber sie kann aus einem anderen Volk zu ihm kommen, d.h. das betreffende Volk kann der intellektuellen und moralischen Hegemonie anderer Völker unterlegen sein.« (206)

Gramsci entwickelt das Konzept einer »national-volkstümlichen« Literatur. Diese Konzeption steckt bereits den Rahmen einer progressiven Literaturkritik ab: sie muß die Verbindung herstellen zwischen der rein künstlerischen Seite eines Kunstwerks und der Herausbildung eines kulturellen Klimas, das fähig ist, den Alltagsverstand in aufklärerischer Weise zu verändern. »Sie muß den Kampf für eine neue Kultur, das heißt für einen neuen Humanismus, die Kritik der Sitten, der Gefühle und der Weltanschauungen mit der ästhetischen oder rein künstlerischen Kritik in leidenschaftlicher Glut verschmelzen« (107). Dieser Kampf für eine neue Kultur, »das heißt für ein neues moralisches Leben, das eng an eine neue Auffassung von Leben gebunden sein muß, bis es eine neue Art und Weise wird, die Realität zu fühlen und zu sehen« (109), ist gleichzeitig die notwendige Voraussetzung für das Entstehen einer neuen Kunst bzw. einer neuen Künstlergeneration.

Klaus Jochem (Frankfurt/M.)

Hartung, Günter: Literatur und Ästhetik des deutschen Faschismus. Akademie-Verlag, Berlin/DDR 1983 (314 S., br., 11,- M)

Hartungs Ziel ist, »jenes kulturelle Führungskonzept, das die kulturpolitischen Maßnahmen und repräsentativen Kunstprodukte bestimmte, in seinen Zusammenhang mit der politischen Strategie und Taktik des Hitlerfaschismus herauszuarbeiten« (140). Dabei will er Fehler älterer marxistischer Kritiken, die »zu einfach, zu monokausal konstruiert« (141) sind — gemeint ist Lukács' *Zerstörung der Vernunft* —, vermeiden, indem er sich für die »Umwandlungen und Einpassungen ins System« (141) interessiert. Neben einem Theorieteil enthält das Buch zwei umfangreiche Kapitel mit Materialstudien über nationalsozialistische Literatur und Lieder.

Die Ideologie des Faschismus faßt Hartung als nicht einheitlich auf, sondern als widerspruchsvolles »Sammelsurium von Affekten, Theoremen, Ideen und dergleichen ..., das zwar notwendig gebraucht wurde und seine eigene Macht entwickelte, das aber das gesellschaftliche Wesen des deutschen Faschismus nur sehr vermittelt bezeichnet« (67f.). Es gebe einen »ideologischen Überschuß«, der über die »eigentlich rationelle Tendenz zur staatsmonopolistischen Diktatur« (67) hinausgehe, und es sei zu beobachten, daß Elemente faschistischer Ideologie »sich ständig verschränkten, einander überlagerten oder auch — besonders seit 1938 — in Widerspruch zueinander treten konnten« (144). Für seinen Ideologiebegriff bezieht Hartung sich ausdrücklich auf Engels (»Ideologie, das heißt Beschäftigung mit Gedanken als mit selbständigen, sich unabhängig entwickelnden, nur ihren eigenen Gesetzen unterworfenen Wesenheiten«, MEW 21, 303). Wenngleich die Nazi-Ideologie »zum Überbau eines expansiven Machtstaates mit staatsmonopolistischem Charakter« (144) gehöre, lasse sich ihre »Gesamtfunktion nicht auf die objektive Interessenvertretung des deutschen Imperialismus beschränken« (144).

In den Materialstudien geht es um die Frage, wie die Elemente jenes ideologischen »Sammelsuriums« in die *faschistische* Ideologie eingebaut wurden und welche Effekte damit hervorgerufen wurden. Hartung stellt im Kunstbereich eine »Wertungshierarchie« (190) innerhalb des ideologischen Systems fest, an deren Spitze Musik und Architektur standen. Die Architektur war das »beste Mittel für indirekte Beeinflussung, Einschüchterung und Disziplinierung großer Massen« (193), in ihr sollte die Staatsmacht »unübersehbar in Erscheinung treten«, und sie hatte die Funktion der »disziplinierenden Ausrichtung des Volkes auf seine militärische 'Mission'« (193). Weitergehende Aussagen über die Wirksamkeit von Architektur macht Hartung nicht, dafür führt er vor, wie nationalsozialistische Ideologien selbst die Wichtigkeit der Baukunst begründeten. Alfred Baumler etwa, dessen »Ästhetik« laut Hartung das einzig systematische Werk des Fa-

schismus auf diesem Gebiet ist, beschreibt die Wirksamkeit der Architektur mit einem Zitat von Nietzsche als »eine Art Macht-Bereitschaft in Formen, bald überredend, selbst schmeichelnd, bald bloß befehlend (...) Die Macht, die keinen Beweis mehr nötig hat« (zit.n. 191). Den hohen Stellenwert erhielt die Baukunst allerdings erst nach 1933, als es zu einer »Umwertung« (191) innerhalb der nationalsozialistischen Kulturpolitik gekommen war, die nun statt direkter Propaganda »weiterreichende Mittel der Massenbeeinflussung« (191) anwendete. Fündig wird Hartung dazu wiederum bei Baeumler. Dieser beschrieb seine Ästhetik als »weder 'Schönheits'lehre noch 'Kunst'lehre (...), sondern schlechthin Ästhetik der *Ordnung*« (zit.n. 185). Hartung sieht darin die Forderung an die Kunst, »das Subjekt ... an absolute Gegebenheiten zu binden (...) Der Faschist will eine verpflichtende Gehaltsästhetik aufstellen und braucht dazu ein natürliches, jeder Geschichte und jeder Kritik entzogenes 'Sein'« (185).

Für die andere wichtige Kunstrichtung des Faschismus, die Musik, wird besonders ihre Funktion der Gemeinschaftsbildung hervorgehoben. Hartung zitiert dazu wieder einen der NS-Theoretiker, Ernst Krieck. Dieser erklärte Musik zum staatspädagogischen Mittel und erkannte in ihr eine »geheimnisvolle Urgewalt des Rhythmus« und eine »mytische Gemeinschaftseinung« (zit.n. 196). Die kollektive Musikausübung, das Singen in geschlossener Gruppe, war so »die bei weitem wichtigste Musikart faschistischer 'Organisationen'« (195). Den Materialstudien von NS-Kampfliedern wird in dem Buch deshalb ein eigenes Kapitel gewidmet, in dem Hartung untersucht, mit welchen Konstruktionen in diesen Liedern ideologische Elemente vermittelt wurden. In einem der frühesten Kampflieder, dem *Sturmlied* (»Deutschland erwache«), wird beispielsweise durch eine Reihe von Imperativen ohne Adressaten »nicht das Volk angerufen, sondern irgend jemand, der helfen könnte, das Volk aufzuwecken, und dieser Jemand ist nirgends zu erblicken« (203). Nach 1933 verlor dieses Lied, das zuvor an erster Stelle des NSDAP-Liederbuches stand, an Bedeutung. Denn so, wie es im Kunstbereich insgesamt zu einer Umwertung kam, gab es auch innerhalb der Gattungen einen Funktionswechsel: an die Stelle der »Verheißung einer künftigen 'Gemeinschaft'« trat in den Kampfliedern »die Apologie des neuen Staatswesens und vor allem seines 'Führers'« (227f.).

Als wesentliches Strukturelement faschistischer Lyrik sieht Hartung die »ideologischen Polaritätskonstruktionen« (237), zum Beispiel jung-alt, stürmend-starr, fühlend-rational. Diese Aufspaltung »eines widersprüchlichen Ganzen ... zum Zweck des gewaltsamen Zugriffs« (16) gelte nicht nur für die Kampflieder, sondern allgemein für die gesamte Literatur. Sie sei »für die faschistischen Erzeugnisse überhaupt so bezeichnend, daß (sie) zu ihrer Definition heranzuziehen ist« (16). Dieser Strang wird bei den Literatur-Materialstudien allerdings nicht konsequent weiterverfolgt, wie überhaupt das übergreifende Erkenntnisinteresse (ideologische Effekte faschistischer Kunst) bei den Materialanalysen nicht immer sichtbar ist. Denn oft bleiben die Interpretationen zu sehr aufs Detail beschränkt und sind nicht mehr verallgemeinerbar. Dem Mangel, daß das Material nicht immer in ideologietheoretische Zusammenhänge gebracht wird, steht als Pluspunkt die Fülle dieses Materials gegenüber. Hartung führt es vor, ohne es vorher dogmatisch ausgesiebt zu haben. Der Anspruch des Vorworts vom »work in progress« (7) kann somit noch eingelöst werden. Dieter Oßwald (Göppingen)

Kunst- und Kulturwissenschaft

Schivelbusch, Wolfgang: Lichtblicke. Zur Geschichte der künstlichen Helligkeit im 19. Jahrhundert. Hanser Verlag, München, Wien 1983 (229 S., zahlr. Abb., Ln., 48,- DM) Einmal mehr hat der Autor mit sicherem Gespür eine kulturhistorische Lücke entdeckt. Mag er auch nicht beanspruchen, sie bereits schon geschlossen zu haben, so hat er doch

mit seinem neuen Buch mehr als bloße Vorarbeit geliefert: Schivelbusch hat nicht nur teilweise obskures historisches Material erschlossen, sondern auch einige, mitunter gewagte, jedoch stets anregende Hypothesen formuliert, die das dunkle Kapitel einer anthropologischen »Beleuchtungspsychologie« etwas erhellen. Denn in der Tat handelt es sich um ein Thema von anthropologischer Relevanz: Sollte auch Leben »als solches« ganz ohne Licht genetisch und evolutionär denkbar sein — für *menschliches* Leben gilt dies sicher nicht. Deshalb bezieht sich Schivelbusch — inspiriert durch G. Bachelard — zu Recht und wiederholt auf ethnologische und anthropologische Befunde in dieser langen Geschichte der Erhellung des Dunkels, die ihm — orientiert an Freud und N. Elias — als Metapher des zivilisationsgeschichtlichen Triebchicksals dient. Darum wird pyrotechnischen Innovationen auch geradezu die Bedeutung humanspezifischer Fortschritts-sprünge zugesprochen: »Der Docht bedeutete in der Entwicklungsgeschichte der künstlichen Beleuchtung eine ähnliche Revolution wie das Rad in der Geschichte der Transporttechnik« (14). Eigentliches Thema ist jedoch der doppelte Übergang von der Kerze zum Gaslicht und vom Gas zur Elektrizität. Hier kann Schivelbusch sinnfällig zeigen, daß die traditionellen Beleuchtungstechniken vor allem den Herausforderungen der industriellen Revolution (Fabrikhallen!) nicht genügen konnten. Der extensiven zeitlichen Ausdehnung des Arbeitstages entsprach auch eine Extensivierung der Beleuchtung, die bald an die Grenzen des Mediums Kerze/Öl stieß. »Die moderne Gasbeleuchtung entstand als Industriebeleuchtung« (24). »Um 1800 waren die Grundlagen für die künftige Gasbeleuchtung fertig ausgebildet« (31). Die mit diesem Prozeß sich vollziehende Aufhebung der energetischen Selbstversorgung in der Hauswirtschaft sieht der Autor »im größeren Zusammenhang der Auflösung des 'ganzen Hauses' (Riehl/Brunner)« (34), das heißt, mit der kapitalismusgenerierten Entfaltung von Arbeitsteilung und Marktverhältnissen. Bei der detaillierten Analyse der Entwicklungsstufen der Gasbeleuchtung kann Schivelbusch Innovationsstrukturen kenntlich machen, die analog für viele andere Prozesse auch gelten. So bekräftigt sein Material die These des amerikanischen Wirtschaftshistorikers N. Rosenberg, »daß sogenannte 'alte', schon überwunden geglaubte Technologien noch einmal so weit verbessert werden könnten, daß sie eine Zeitlang zu ersten Rivalen für die 'neuen' Technologien würden« (53). Freilich wird hierdurch der Modernisierungsschub oftmals nur beschleunigt. Einer solchen Modernisierung 'alter' Technik korrespondiert andersherum jedoch auch die partielle »Regression« 'moderner' Technik hinter 'alte', wie Schivelbusch am Bogenlicht zeigen kann. Entsprechend wurde dem Gaslicht angelastet, worin einige Jahrzehnte zuvor seine Überlegenheit gegenüber dem Kerzenlicht bestanden haben sollte. »Dasselbe Gaslicht, das zu Beginn des 19. Jahrhunderts als Inkarnation von Sauberkeit und Reinheit gefeiert worden war, erschien siebenzig Jahre später als etwas Schmutzig-Unhygienisches, das die schönste Dekoration unerbittlich zerstörte« (55). Eine technikgeschichtliche Ironie bestand dabei darin, daß Edisons Kohlenfadenglühlampe eigentlich nur eine exakte Imitation der avanciertesten Gaslichttechnologie darstellte. Vielleicht zuviel Gewicht legt der Autor anläßlich der Zentralisierung der Energieversorgung auf die Analogie zwischen der »Transformation des liberalen Konkurrenz- in den korporativen Monopolkapitalismus« (76f.) und der Zersetzung der autarkie-wirtschaftlichen Einheit des »ganzen Hauses«. Der Übergang von der »oeconomia domestica« zur arbeitsteiligen Privatwirtschaft ist schließlich typologisch wie historisch etwas ganz anderes als der Transfer von der individualistischen in die monopolistische Phase des Kapitalismus.

Ein instruktives Kapitel ist der Entwicklung der städtischen Beleuchtung gewidmet. Hier gelingt es Schivelbusch allerdings, die staatlich-absolutistische Lichtzentralisierung mit der korrespondierenden Gewaltmonopolisierung zu vergleichen (97). Daß die Laterne somit zu Symbolträgern der verhaßten feudal-absolutistischen Zentralgewalt werden konnten, wird durch die notorischen volkstümlichen Übergriffe in Revolutionszeiten

auch ikonographisch gut belegt. Ein neueres Kapitel in der vielfältigen Geschichte des Beleuchtungswesens ist durch die Umwandlung der Straßenlaterne vom Positionslicht zum ausstrahlenden Leuchtkörper (113) gekennzeichnet. In diesem Prozeß wird das Gaslicht vom Schicksal so mancher Innovation ereilt: Erschien es zu Beginn des Jahrhunderts gegenüber den blakenden Öllampen noch rein und strahlend, so mutet es gegenüber dem elektrischen Licht nach der Jahrhundertmitte bereits nurmehr »roth und rußig« (113) an. Den humanitären Fortschrittsfreunden des Bürgertums war die zunehmende Erhellung des urbanen Milieus dabei der Garant sozialer Hygiene: als Beseitigung der Schlagschatten von Verbrechen und Prostitution, ebenjenes »darkest England« (Booth), dessen Beseitigung sich die Heilsarmee angelegen sein ließ.

Einige Exkurse und kulturhistorische Kabinettstücke behandeln, mitunter etwas zu gerafft, Einzelaspekte und wichtige Etappen im wahrnehmungspsychologischen Strukturwandel des Alltagslebens: von der Verschiebung der Vergnügungen in den (späten) Abend (»Nachtleben«) über die Öffnung des Ladens zur Straße durch das Schaufenster bis zur (langsamen) Eroberung auch des Wohnbereichs (Salon, »gute Stube«) durch das als unpersönlich empfundene Gaslicht. Dessen »Milderung« durch Lampenschirme setzt der Verfasser in eine sinnfällige Beziehung zum Fensterdekor, ja zum Musselin-Fieber in der zeitgenössischen Damenmode. Den noch stärker zum Vergleich mit kunstgeschichtlichen Entwicklungen in der Malerei anregenden Band beschließt ein weiteres Schaubild: die illusionistische Erhellung der Bühne und entsprechende Verdunkelung des Zuschauerraums. Hier freilich treten den künstlerischen Autonomiebestrebungen, die konzentrierteste Aufmerksamkeit verlangen, die sozialen Obligationen gesellschaftlicher Repräsentation (»Sehen und gesehen werden«) nachhaltig und hemmend in den Weg. Dennoch verdrängte der neue Hang zu »natürlicherer«, atmosphärischer Lichtgebung zumindest unwiderruflich die alte, gleichsam »barocke«, illusionistische Bühnenmalerei. Legitimerweise gibt Schivelbusch noch einen Ausblick auf jene »Lichtspiele« (Panorama, Diorama und *laterna magica*), die seit Ende des 18. Jahrhunderts bis zu unserer heutigen cineastischen Imaginationsindustrie immer plastischer in Szene gesetzt wurden.

Vielleicht hätte der Verfasser in seinen historischen Abschnitten die Rolle der Newtonschen Mechanik, deren optischer Teil die poetischen Inspirationen im 18. Jahrhundert so eindrucksvoll angeregt hat, deutlicher machen können, zumal einer jener »Newtoncinicos«, Algarotti, von Schivelbusch als Kronzeuge für die neue Theaterbeleuchtung herangezogen wird. Ebenso hätte der freilich selbst vom archäologischen Blick Benjamins übersehene sozialistische Mystiker Alphonse Esquiros, der verlangt hat, »daß das Gaslicht gleich dem Lichte der Sonne für Aller Augen leuchte«, es verdient, mit seinen enzyklopädischen Tableaus der Hauptstadt des 19. Jahrhunderts über bloße lyrische Stimmungsbilder (107) hinaus gewürdigt zu werden, zumal er auch über eine für Schivelbusch einschlägige »Philosophie der Eisenbahnen« spekuliert hat. Und schließlich wäre in einem Buch dieses Themas Faradays genial-einfache »Naturgeschichte einer Kerze« eine Erinnerung wert. Aber das sind eher Addenda für eine durchaus noch Entdeckungen versprechende Weiterarbeit auf einem fruchtbaren Forschungsfeld, der Schivelbusch durch seine hier vorgelegten hervorragenden Kapitel zu einer historischen Wahrnehmungspsychologie vielfältige Anregungen vermittelt hat.

Martin Blankenburg (Berlin/West)

Hübner, Irene: Kulturelle Opposition. Damnitz Verlag, München 1983
(266 S., br., 19,80 DM)

Das Buch enthält zehn Kapitel zur Entwicklung, Lage und Perspektive kultureller Opposition als Bewegungsform demokratischer Kultur in der Bundesrepublik. Es stellt eine rezeptionsfreundliche Mischform aus Analyse, Erfahrungsbericht und Informationsre-

vue dar. Unterstrichen wird diese Anlage durch zahlreiche eingebundene Bild- und Textdokumente, welche mitnichten nur Auflockerungs-, sondern vor allem Mitteilungsfunktion haben. Mitgeteilt wird der perspektivhaltige Sachverhalt, daß »die kulturelle Opposition mehr Farben als der Regenbogen (hat)« (14). Um dies anschaulich zur Darstellung zu bringen, bedient sich die Autorin eines exemplarisch-kaleidoskopischen Verfahrens, das freilich zu selten (vgl. 70f.) ausdrücklich reflektiert wird. Vorgestellt wird eine Reihe modellartiger Beispiele aus dem reich differenzierten Spektrum kultureller Opposition, die zu einem erheblichen Teil aus der Verteidigung und Erweiterung gewachsener und differenzierter gewordener Lebensansprüche hervorgegangen ist.

Hübner ist bemüht, mit ihrer Auswahl der Vielfalt der kulturellen Aktivitäten und Initiativbildungen gerecht zu werden. Zwar macht sie vor allem in Kapitel 1, worin unter kulturpolitischen und -theoretischen Gesichtspunkten die bundesdeutsche Kulturentwicklung nach 1969 skizzenförmig rekonstruiert wird, in ihren analytischen Bewertungen deutlich, daß für sie »eine gewerkschaftliche Orientierung der realistische Ansatz« und »die Hinwendung zur Arbeiterbewegung« (37) die tragfähige Entwicklungsperspektive für die Ausfaltung kultureller Oppositionsinitiativen bilden — nicht nur, weil Kulturfragen Machtfragen sind. Diese Positionsbestimmung wird jedoch keineswegs dahingehend ausgemünzt, vom politischen Katheder herab Zensuren zu verteilen. Vielmehr wird unter kulturgeographischen, soziodemographischen und Gesichtspunkten der in-between fein abdifferenzierten Skala der Kultur- und Kunstformen die lebendige Vielfalt kultureller Phantasie- und Kraftentfaltung als Entwicklungsqualität präsentiert. So werden, um einige wenige Beispiele herauszugreifen, kulturelle Initiativen vorgestellt, die in sozialen Bewegungen entstanden sind, etwa die Aktivitäten der »Grauen Panther« (58ff.); Initiativen, die aus einer kritischen Revitalisierung traditioneller kultureller Lebensformen hervorgegangen sind, etwa das Butjerfest in Hannover (109ff.); oder auch aktionskulturelle Ansätze, die im Verlauf gewerkschaftlicher Kämpfe gezündet haben, etwa in den Aktionen der »Heinze-Frauen« in Gelsenkirchen (165ff.).

Bewußt steuert das Buch unfruchtbaren Frontstellungen, etwa zwischen traditioneller Lebenskultur und spontaner Initiativkultur, professioneller Kunstpraxis und Laienkultur entgegen; darin liegt sein Wert als Beitrag zur Weiterverständigung innerhalb des Gesamtspektrums kultureller Oppositions- und Alternativbewegungen. Dieser mithin kulturstrategischen, politischen Intention, die Vielfalt der Kulturinitiativen als verteidigungs- und entwicklungswerten Gewinn zu betrachten, kommt das von Hübner gewählte Verfahren entgegen, nicht nur über exemplarische kulturelle Initiativbildungen zu berichten, sondern diese Initiativen, insbesondere durch Interviews, selbst zu Wort kommen zu lassen. So erfährt der Leser gleichsam aus erster Hand einiges über Entstehung, Selbstverständnis und Entwicklungsschwierigkeiten demokratischer Kultur in der Bundesrepublik. Drei Aspekte aus der gewiß nicht problemarmen Situation, mit der sich den Erfahrungsberichten zufolge die demokratische Kulturbewegung gegenwärtig konfrontiert sieht, scheinen mir besonders bedenkenswert, weil sie Grund- und Perspektivfragen von eminent praktischer Bedeutung berühren, die keineswegs zureichend gelöst sind: Erstens das Problem des Mißbrauchs kultureller Eigeninitiative und Selbsthilfe als Alibi für die Radikalrasur öffentlicher Kultursubventionen; zweitens die Frage nach der Kontinuitätssicherung kultureller Initiativen bzw. nach der Verstetigung der kulturellen Opposition insgesamt; und drittens die komplizierte, heikle Frage, wie kulturelle Breitenarbeit und Einlösung »höchster künstlerischer Ansprüche« (vgl. 190, 227) in einen praktischen Entwicklungszusammenhang gebracht werden können. Wohltuend schließlich, daß Hübner bei aller Vor-Ort-Problemnähe keinem Kultus reflexionsdistanzierter Betroffenheit frönt, sondern gerade auch im Blick auf die Probleme der Sammlung der kulturellen Oppositionskräfte anmahnt: »Theorie ist dringend nötig« (70).

Friedhelm Kröll (Nürnberg)

Kröll, Friedhelm, Stephan Bartjes und Rudi Wiengarn: Vereine. Geschichte, Politik, Kultur. Informationsbericht Nr.36. Institut für Marxistische Studien und Forschungen e.V., Frankfurt/M. 1982 (140 S., br., 15,- DM)

Das Interesse am vor einigen Jahren von den Linken neu entdeckten Verein ist in eine *praktische* Phase geraten: Souverän bedient man sich in den verschiedensten Formen des anpassungsfähigen *Instrumentes* Verein für die verschiedensten Zwecke, und selbst in den traditionellen Kultur- und Sportvereinen hat die neue Generation manche neuen Akzente gesetzt. Sicher gibt es immer noch Gruppierungen, die sich vor der starren Vereinsform fürchten und sich eine Zeitlang als informelle »Initiativen« führen, aber irgendwann ist dann meist doch die Rechtsform, möglichst gleich mit der amtlich bestätigten Gemeinnützigkeit, fällig. Warum auch nicht, ist der Verein doch ein universelles soziales Werkzeug, solange seine Form nicht zum Selbstzweck wird.

Daß »der Verein« gleichwohl eine nicht von seiner Erscheinungsform ablösbare historische, politische und soziale Dimension hat, zeigt die Vereinsstudie des IMSF: Sie interpretiert den Verein im Kontext von »Lebensweise« und betont die Prozeßhaftigkeit, die aufgrund der inneren Widersprüchlichkeit in der Lebensweise enthalten ist und sich auch im Verein wiederfindet. Bei der historischen Analyse wird herausgearbeitet, wie der Grundtyp »soziokultureller Verein« als Restkategorie übrig bleibt, nachdem sich in der Zeit um 1848 andere, zunächst ähnliche Formen (wie z.B. die Parteien) verselbständigt haben (12). Dargestellt werden (immer mit historischem Hintergrund) die Strukturmerkmale dieses Vereinstyps, zu denen neben vielen anderen auch seine »politisch-ideologische Doppeldeutigkeit« gehört (30): Er wird zwar in hegemoniale Funktionen einbezogen, geht aber nicht voll in diesen auf (33). Daraus resultiert nicht zuletzt das aktuelle Interesse am Verein (vgl. 42). Im Rahmen der Funktionsbestimmung des Vereins versuchen die Autoren eine Typologie nach dem Zweck und eine nach »gesellschaftspolitisch-organisationsstruktureller Bestimmtheit« (37/38), bei der auch Vereine und Bürgerinitiativen verglichen werden (40).

Wenn Vereine »im Herrschaftssystem der BRD« untersucht werden, dann geht es zunächst recht unpräzise um ihre Rolle in Rechtsdogmatik und Verfassung, dann um ihre Finanzen (wobei die Autoren aufgrund der von ihnen beklagten »dünnen Datendecke« auf die von W. Timm analysierten Sportvereine zurückgreifen, 50f.). Bei den »Vereinen im Lichte politischer Herrschaftsbeziehungen« (58f.) geht es um ihre Rolle in der Politik und ihre Bedeutung für Parteien und politische Sozialisation. Auch hier wieder wird mit dem »Hegemonie«-Konzept argumentiert (76f.). Daß Vereine auf dem Weg zur politischen Macht infiltriert werden sollen, gehört zur Strategie aller Parteien (82f.); wie weit sie aufsteigt, hängt nicht zuletzt von der Bewußtheit der Integration des Vereins in die Reproduktionstätigkeit ab (immerhin spielen »Bedürfnis und Interesse« eine so bedeutende Rolle, daß die meisten Vereine nicht beliebig manipulierbar sind, vgl. 121).

Bezüglich der besonderen Bedeutung der Vereine für die Lohnarbeiter historisch und gegenwärtig diskutieren die Autoren klassen- und soziallagenspezifische Unterschiede: Trotz tendenzieller Unterrepräsentation der Arbeiter sind die Vereine sowohl historisch für die Arbeiterbewegung (112) als auch in der Gegenwart für das Öffnen des Zugangs zu wenigstens einigen Bereichen gesellschaftlich-kulturellen Reichtums, zur Ausbildung neuer Fähigkeiten und Bedürfnisse (117), zur Identitätsfindung und als Beitrag zur Persönlichkeitsentwicklung (119) auch für die subjektive Kultur notwendig. Das Vereinswesen ist auch in seiner Gesamtstruktur »Ausdruck sozialkulturell differenzierter Lebensstile« (106), und trotz vorhandener (aber nicht dominierender) Elemente sozialer Durchmischung gibt es Zusammenhänge zwischen Qualifikationsprofilen und Vereinstätigkeit (100, vor allem beim Sport, 103). Die »tätige Geselligkeit«, aus historischen (und nicht prinzipiellen, 116) Gründen »politikfrei« organisiert, wird von den Autoren als Beleg dafür interpretiert, daß die Vereine kein Ausdruck von Privatismus sind (117, 89).

Daten und Zahlen, Literaturverzeichnis und eine übersichtliche Gliederung machen diese Studie zu einem brauchbaren Hilfsmittel; sie signalisiert ein neues, engagiertes wissenschaftliches Interesse an dem Verein, aber auch Forschungsdesiderata.

Dieter Kramer (Marburg)

Batz, Michael, und Horst Schroth: Theater zwischen Tür und Angel. Handbuch für Freies Theater. Rowohlt Taschenbuchverlag, Reinbek 1983 (315 S., br., 14,80 DM)

Harjes, Rainer: Handbuch zur Praxis des Freien Theaters. Lebensraum durch Lebensraum. DuMont, Köln 1983 (298 S., br., 16,80 DM)

Seit dem Ende der siebziger Jahre ist Freies Theater weithin zum Begriff und Bedürfnis geworden. Anfangs eher Mittel politisch gemeinter Straßenaktion, gehören Sketch und Pantomime, Stelzen und Masken, Clowns und Akrobaten inzwischen zum festen Repertoire einer Kleinkunst, die nicht nur von Vaganten und zahllosen einschlägigen Festivals gepflegt wird, sondern auch bei Bürgerinitiativen, Therapiezentren oder als privater Mummenschanz auf alternativen Feten. Von professioneller Seite gab es zunächst Anerkennung für die Amateure und ihre »Sehnsucht nach Produktivität« (Theater heute 1/78), wenig später jedoch den Hinweis auf einen »Niedergang der freien Gruppen in Deutschland« (7/79). Andernorts zeichnet sich dagegen ein ungeahnter Aufstieg ab: in den USA und England wirken bereits mehrere tausend Clownteams in der kirchlichen Sozialarbeit.

Einer seelsorgerischen Nutzenanwendung scheint das Freie Theater zumindest partiell entgegenzukommen. Michael Batz und Horst Schroth beabsichtigen, mit »Theater zwischen Tür und Angel« (so heißt auch eine von ihnen gegründete Hamburger Gruppe) »Mut zu machen: zum Aufbruch, zur Abweichung, zum Ausflippen, zu einem etwas anderen Leben. Und das auch ganz eigennützig — je mehr es gibt von diesen ernsthaften 'komischen Figuren', desto weniger Angst vor der Zukunft müssen wir haben« (10). Selbsthilfe also durch schauspielerische Befreiung von alltäglichem Zwang und gesellschaftlicher Konvention. Oder, nach der Losung von Rainer Harjes, »Lebensraum durch Lebensraum«. Die ersten Schritte sind leicht getan. »Es ist völlig egal, was ihr schon vom Theater wißt. Am besten, ihr vergeßt es«, empfehlen Batz/Schroth. »Alles ist Theater« (25f.). Jeder könne sich daher zum Akteur entwickeln, jede Situation, jeder Ort sei für Auftritte geeignet. Die Autoren raten zu einfachen Mitteln, handlichen vielseitig verwendbaren Requisiten, zu Improvisation und variabel angelegten Szenenabläufen. Entschlossen, die »Rebellion des Körpers ernstzunehmen«, opponieren sie gegen Sprechbühne, herkömmliche Dramaturgie, gegen das »Theater des Kopfes« (67). Ihr Buch gibt dazu in Form eines Taschenlehrgangs für Selbsterfinder die nötige praktische Anleitung, ausgehend von Lockerungsübungen über Ausdruckstechniken bis hin zur »Vierfach-Brücke« nach Art der Bremer Stadtmusikanten (234).

Dabei werden allerdings die Grenzen des zu Anfang beschworenen Aufbruchs bald deutlich. Um zu befriedigenden Ergebnissen zu kommen, bleibt handwerkliche Vervollkommnung unabdingbar, die unweigerlich mit fortschreitender Spezialisierung einhergeht. Je weiter sich Freizeitmimen zu Artisten mausern, desto stärker geraten sie unter Originalitäts- und Konkurrenzdruck, betrachten ihre Zuschauer als animationsbedürftige Masse (Batz/Schroth sprechen bezeichnenderweise von »Mitmachenlassen« des Publikums, 201). In mehrfacher Hinsicht ist deshalb das Freie Theater ein »Theater zwischen Tür und Angel«: es bewegt sich zwischen mühsam behaupteter ökonomischer Unabhängigkeit und tendenziellem Zwang zur »Professionalisierung« (297-307), zwischen emanzipatorischem Vorsatz und Anpassung an das, was gefällt, eine Karriere aufzubauen hilft, zwischen Protestgebärde und selbstgenügsamer Virtuosität.

Die meisten jüngeren Ensembles sind sich dieses Dilemmas kaum noch bewußt. Aus dem unerschütterlichen Glauben, etwas grundsätzlich anderes zu leisten als die etablier-

ten Bühnen, beziehen sie ausreichend Energie, um sich in neugeschaffenen kulturellen Nischen dauerhaft einzurichten, übersehen aber offenbar, daß sie ihrerseits nur eine geradezu klassische Funktion des bürgerlichen Theaters zu neuem Leben erwecken. Auf die Frage »Weshalb heute soviel Freies Theater?« antwortet Harjes: »Das Freie Theater ist Ventil für Beklemmungen und Psychosen, zu denen die heutige Welt genügend Anlaß bietet. (...) Das ganze Leben kann als eine einzige Absurdität dargestellt werden, man fühlt sich befreit und erhoben, ist von neuem Mut durchdrungen, sich diesem eigenartigen Leben zu stellen, man bejaht es neu, trotz der empfundenen Absurdität« (14f.).

»Freiräume beleben« in »einer aus den Fugen geratenen Zeit« (17, 173), so lautet denn auch das Programm, unter dem fast alle der über zwanzig bundesdeutschen Gruppen angetreten sind, die Harjes in kurzen Texten, Gesprächen und Fotos porträtiert (unter dem irreführenden Titel »Handbuch«: die Beiträge folgen keinem systematischen Konzept, außerdem fehlen, selbst im Abschnitt über Spielorte, Workshops etc. die für Interessierte sicher nützlichen Adressen). Schon deshalb kann sein Versuch nicht überzeugen, Futurismus, Dada, Happening, Kabarett oder gar das proletarische Agitprop der Zwanziger als »Vorläufer« der aktuellen Szene zu beerben (41-91). Denn abgesehen vielleicht von Ausnahmen wie der »Theatermanufaktur« (96-102) oder der »Roten Grütze« (185-197), deren Gründung noch in die Jahre der Studentenbewegung fällt, geben sich viele der späteren Gruppen betont antirationalistisch, stellen sich nicht gegen, sondern neben den überkommenen Kulturapparat, ohne als ästhetische Avantgarde aufzutreten.

Das Freie ist ein vorwiegend sprachloses Theater, Dialoge setzt es meist nur ornamental ein. Auffallend seine Vorliebe für die Pantomime: »Diese im Grunde uralte Sprache scheint ehrlicher als jedes Wort, weil sie aus tiefstem Grunde wahr ist« (86). Rede wird, da sie nicht immer wahr sein muß, von vornherein der Unehrlichkeit verdächtigt. Angesichts einer Wirklichkeit, für die ihnen oft die Worte fehlen, ziehen sich Akteure und Publikum auf täuschend echte Menschlichkeit und einen Jargon zurück, der ehrlich klingen soll. Das Freie Theater sucht nach Einfachem, um zur Vereinfachung zu finden, seine Produktionen schwanken zwischen leutseliger Possierlichkeit, leichter Muse für die Turnschuhgeneration und pathetischer Erhabenheit, kosmisch überhöhten Raum-Zeit-Meditationen zur Menschheitsgeschichte (Multimedia Theater »M²T«, 134-142). Seine Inspiration schöpft es, im Einklang mit gegenwärtigen intellektuellen Moden, aus Ethnologie (30), Schamanismus (50), Gestalttherapie (55), aus »unermeßlich alten rituellen Spielen« mit Maske und Kothurn (72). Es drängt auf eine Rückkehr zum Ursprünglichen — in den Freiräumen.

Andreas Altenhoff (Marburg)

Dülmen, Richard van (Hrsg.): Kultur der einfachen Leute. Bayrisches Volksleben vom 16. bis zum 19. Jahrhundert. Verlag C.H. Beck, München 1983 (265 S., br., 48,- DM) In der Einleitung wird im Blick auf das ausgewählte thematische Feld der Rahmen für die sozialgeschichtliche Forschung vorgestellt: Die Sozialgeschichte müsse von den subjektiven Erfahrungen her, aus dem alltäglichen Leben heraus formuliert werden; damit könne man der Alltagskultur des Volkes die Eigenständigkeit zugestehen, die dem Volk als dem Subjekt der Geschichte entspreche. Methodisch sind damit neuartige Schwerpunkte gesetzt. Es kommt darauf an, die Lebensbedingungen der einfachen Menschen in der ihnen typischen Logik aufzunehmen und die aktive Gestaltung des Alltags bis hin zur Ausarbeitung spezifischer Bräuche, Denkgewohnheiten usw. zu verfolgen. Im Ergebnis erhält man eine Rekonstruktion der Hauptelemente, die das Alltagsleben in der Geschichte hervorbringen. Im ausgewählten Untersuchungsfeld sind es drei Elemente, nämlich die autoregulative Kraft des Volkes im Kontrast zur Disziplinierung von Kirche und Staat, der Ehrenkodex im Sinn eines Regulativs innerhalb des sozialen Lebens und schließlich der Bereiche der Rituale, die das Korsett des Alltagslebens liefern und erst un-

ter dem Druck von Bürokratisierung und Industrialisierung ihre Leistungsfähigkeit einbüßen.

Der Beitrag von H. Heidrich über Grenzübergänge führt die rituelle Dramatisierung von Grenzen und deren soziale Produktivität vor, zum Beispiel in der Form von Ehrenarbeit. Am Fall der Grenzen, speziell ihrer Handhabung und Pflege, werden eine Fülle von Aussagen über die Besonderheiten der Lebenswirklichkeit, des subjektiven Horizontes der Menschen und des Umgangs mit der Umwelt gewonnen. Anhand der von W. Behringer untersuchten Unterlagen zum Scheitern von Hexenprozessen werden selbstregulative Prozesse herausgearbeitet. Sie betreffen aber hier nicht die einfachen Menschen, sondern das frühe städtische Bewußtsein, das anläßlich magischer Praktiken gegen die Obrigkeit und deren Ansprüche rebelliert. Bei dem von B. Müller-Wirthmann untersuchten Raufhändel und der von Beck untersuchten vorehelichen Sexualität wird deutlich, daß mancherlei Verhaltensweisen in der bearbeiteten Kultur der einfachen Leute spezifische Handlungsweisen meinen, die der Formulierung sozialer Beziehungsmuster, sei es der Hierarchie, sei es der Eheschließung, dienen. Die Untersuchung über das Haberfeldtreiben betont die rituell geordnete autoregulative Kraft einfacher Kulturen, die ohne eigene rechtliche Instanzen und oft noch dazu im Gegenzug zu feudalen Institutionen Normen und Werte des Kollektivs aufrechterhalten. Zu Recht wird die Aufmerksamkeit auf Rituale und ähnliche Regulierungen gelenkt, die nur deshalb bislang kaum berücksichtigt wurden, weil damit bestimmte Lebensformen fundiert werden, die der aufkommenden bürgerlichen Kultur von Beginn an widerstreben. Hier zeigen sich die Chancen und Grenzen einer von innen her argumentierenden Analyse. Sie bedarf eines zusätzlichen theoretischen Rahmens, um das Material wirklich auszuschöpfen. Freilich sind die Beiträge so gut aufbereitet und so leserlich, daß sie zu einer weiteren theoretischen Ausarbeitung geradezu einladen.

Wolf-Dietrich Bukow (Köln)

Soziologie

Eisenstadt, Samuel N.: Revolution und die Transformation von Gesellschaften. Eine vergleichende Untersuchung verschiedener Kulturen. Aus dem Amerikanischen übers. v. Hanne Herkommer. Westdeutscher Verlag, Opladen 1982 (304 S., br., 48,- DM)

Eisenstadt untersucht Komponenten unterschiedlichen sozialen Handelns auf ihre Kausalität für die klassischen Typen von Revolutionen. Sozialer Konflikt allein muß nicht zwangsweise zu einer Veränderung von Gesellschaft führen, auch nicht in Verbindung mit anderen Faktoren. Was Eisenstadt herausstellt, ist die historische und kulturelle Umgebungsbedingung, die es diesen Faktoren zuallererst ermöglichen, in solchem Maße zu kulminieren, daß von einer Transformation von Gesellschaften gesprochen werden kann. Der Verfasser setzt an bei der »Analyse von sozialem Wandel« (29), setzt sich mit Marx, Durkheim und Weber auseinander und faßt schließlich das Problem auf einer symbolisch-strukturellen Ebene. Eisenstadt zeigt an archaischen und historischen Gesellschaften in einer makrosoziologischen Betrachtung, daß *Protestinhalte* und *Symbole* persönlicher Identität angekoppelt sind (59), aber auch, daß in modernen, streng rationalen Gesellschaften der potentielle Protest vorwiegend mystische und gefühlige Bestrebungen begünstigt (59). Was an der gesamten Analyse so eindrucksvoll ist, ist nicht nur der Anmerkungsapparat, der wohl die gesamte neuere Literatur zu diesem Thema erschließt, sondern auch die Gründlichkeit, mit der der Verfasser zu Werke gegangen ist.

Da, wo Bereitschaft besteht, sich mit Unruhepotentialen in Gesellschaften intellektuell auseinanderzusetzen und sie nicht zu unterdrücken, ist die Chance größer, zu einer nicht-revolutionären Transformation zu gelangen. Eisenstadt weist dies auf an den »Trägern moderner revolutionärer Symbole« (204), an der Ausweitung internationaler Systeme

me (darunter versteht er Handelsverflechtungen, nicht zuletzt transnationale Konzerne) und des Sozialismus. Der Sozialismus hat da größere Chancen, sich (gewaltsam) durchzusetzen, wo er (gewaltsam) unterdrückt wird. Zu modernen Revolutionen kommt und kam es durch »das Zusammentreffen von äußeren, primär aus der Entstehung des modernen Staatssystems und der modernen, internationalen kapitalistischen Wirtschaft herrührenden Pressionen einerseits und inneren Zwängen sowie Unvereinbarkeiten zwischen diesen verschiedenen Entwicklungen andererseits« (209).

Klaus Neufert (Hamburg)

Luber, Burkhard: Bedrohungsatlas Bundesrepublik Deutschland. Jugenddienst-Verlag, Wuppertal 1982 (141 S., br., 12,80 DM)

Während sich im Weißbuch der Bundesregierung »Zur Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland und zur Entwicklung der Bundeswehr« aus dem Jahr 1973/74 noch der Hinweis findet, daß die Sicherheits- und Verteidigungspolitik für die Mehrheit der Bevölkerung kein Thema sei, müssen die Repräsentanten des Militär-Industrie-Komplexes in der BRD seit der Mitte der 70er Jahre verstärkt zur Kenntnis nehmen, daß ein stetig wachsender Teil der Bevölkerung dieses Landes nicht mehr gewillt ist, sich von den offiziellen Experten in Sachen Verteidigung als sicherheitspolitische Laien disqualifizieren zu lassen. Zur Qualifizierung der Friedensbewegung an ihrer Basis — vor Ort — handlungsorientierend beizutragen, ist Anliegen von Luber, nach eigenen Angaben »SPD-Mitglied und engagierter Christ« (11). Die Publikation, die über den Weg zahlreicher »Konkretisierungen des wachsenden Bedrohungspotentials« (139) den Versuch unternimmt, Anregungen zur Entwicklung und Gestaltung des »praktischen gewaltlosen Widerstand(es)« (137) zu geben, gliedert sich in fünf Teile. Einleitend wird das Ausmaß der aktuellen Aufrüstung und Bedrohung in leicht verständlicher Sprache umrissen und die Notwendigkeit zur Entwicklung einer kompetenten friedenspolitischen Gegenmacht engagiert begründet. Der zweite Teil, von der Konzeption des Buches als 'Atlas' her als Hauptteil zu betrachten, visualisiert die regionale Präsenz der verschiedenen Teilstreitkräfte der Bundeswehr und der übrigen NATO-Truppen auf dem Boden der BRD und ergänzt diese Darstellung der globalen Friedensdislokation der in der BRD stehenden Streitkräfte durch zahlreiche, das gesamte Bundesgebiet erfassende Detailkarten, die Aufschluß über die Stationierung bestimmter Einheiten und Verbände an bestimmten Orten und in bestimmten Stadt- und Landkreisen geben. Diese übersichtlich aufbereitete Darstellung des in der BRD nahezu omnipräsenten Militärs wird ergänzt durch informative Materialien zum Rüstungswesen in der Bundesrepublik.

Der dritte und vierte Teil versuchen, entsprechend der angestrebten Basisorientierung und exemplarisch demonstriert am regionalen Raum Minden/Bückeburg/Lübbecke und Umgebung, in dem der Verfasser lebt, mögliche Techniken und Praktiken für eine dem demokratischen Widerstand gegen die wachsende Militarisation nützliche »lokale Militäranalyse« (76) vorzustellen und Tips zur Erfassung militärischer Aktivitäten und Strukturen im konkreten Lebensbereich zu geben. So erhält der Leser für seine konkrete Friedensarbeit vor Ort zum Beispiel Hinweise dafür, wie sich auf dem Wege der Auswertung der Lokal- und Regionalpresse und amtlicher Verlautbarungen etwa über geplante Baumaßnahmen für die Bundeswehr einerseits und durch »pazifistische Erkundungsfahrten« durch den regionalen Lebensbereich andererseits zahlreiche Einblicke in militärische Präsenz, Verbindungen und Infrastrukturen gewinnen lassen, die dann Eingang in die antimilitaristische Aufklärungstätigkeit der örtlichen Friedensbewegung finden können. Ergänzt werden diese Ausführungen durch eine detaillierte Darstellung der Auswirkungen eines atomaren Angriffs auf das durch eine extrem hohe Militärdichte gekennzeichnete »Land und Bevölkerung rund um Minden/Bückeburg« (121).

Die wegen ihrer Anschaulichkeit und Übersichtlichkeit für die Arbeit der Friedensbe-

wegung verdienstvolle Publikation endet mit einem aus dem Jahr 1961 stammenden und trotz einiger utopischer Momente bedenkenswerten Vorschlag des schweizerischen Schriftstellers Arnold Künzli für eine von möglichst vielen Menschen nach basisdemokratischem Muster zu realisierende »Abrüstungskontrolle durch das Volk« (139). Für die Friedensarbeit an der Basis wäre es nützlich, im Anhang eine kommentierte Liste weiterführender Literatur zur Vertiefung anzufügen. Rolf Schellhase (Münster)

Zoll, Ralf (Hrsg.): Sicherheit und Militär. Genese, Struktur und Wandel von Meinungsbildern in Militär und Gesellschaft. Westdeutscher Verlag, Opladen 1982 (217 S., br., 24,- DM)

Die in einem Beitrag zum Sonderband »Soziologie und Praxis« der Zeitschrift »Soziale Welt« (1982) von zwei Mitarbeitern des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr rhetorisch aufgeworfene Frage, ob Militärsoziologie eine Soziologie »nur für den Dienstgebrauch« sei (so eine bundeswehrinterne Bezeichnung für die unterste Einstufung von Verschlusssachen), ist angesichts der verschiedenen Beiträge in dem von Ralf Zoll, Direktor des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr, herausgegebenen Band ein weiteres Mal weitgehend positiv zu beantworten.

Alle Aufsätze — sie wurden von in der Community der internationalen westlichen Militärsoziologen zum Teil sehr reputierten Wissenschaftlern wie C. Moscos und R. Segal, je einem spanischen und niederländischen und einigen, von wenigen Ausnahmen abgesehen, an die bundeswehrorientierte Sozialforschung angebundenen Sozialwissenschaftlern verfaßt und in Referatform auf dem 4. Jahreskongreß der International Society of Political Psychology präsentiert — spiegeln nicht nur die Tatsache wider, daß die Streitkräfte der NATO-Staaten USA und BRD im Zuge der Intensivierung der öffentlichen Diskussion um die sogenannte Nachrüstung unter erheblichen Legitimationsdruck geraten. Darüber hinaus leisten die durchweg auf empirischen Untersuchungen basierenden Beiträge ein Zweifaches: Einmal verdeutlichen sie das Bemühen des militärischen Managements, die Außendarstellung der Streitkräfte ebenso professionell zu realisieren, wie über den Weg der Verwissenschaftlichung die Voraussetzungen für eine möglichst »zeitgemäße Menschenführung« von Wehrpflichtigen, Zeit- und Berufssoldaten in den 80er Jahren zu schaffen. Weiterhin verweisen die Aufsätze auf die Tatsache, daß das Militär in der BRD sich ein eigenes, allen professionellen Standards entsprechendes sozialwissenschaftliches Observatorium geschaffen hat, das ihm — von der kritischen Öffentlichkeit kaum wahrgenommen — nicht nur erlaubt, militärkritische soziale Bewegungen bereits im Entstehen zu entdecken und zu beobachten, sondern auch Bewegungen und Veränderungen in verschiedenen politisch-sozialen Schichten der sogenannten öffentlichen Meinung hinsichtlich sicherheitsrelevanter Fragen zu analysieren und handlungsorientierte Expertisen in die verschiedenen Bereiche des militärischen Managements hineinzufüttern.

Beispiele für die Möglichkeit der Realisierung von gesellschaftlicher Dauerbeobachtung durch einen Stab von »militärischen ... Sozialwissenschaftlern« (207) stellen die Beiträge von Segal und Zoll dar, in denen Einstellungen sowohl von Soldaten als auch von Zivilisten zum Militärdienst in den USA in den 70er Jahren bzw. ein Vergleich der Einschätzungen der Sicherheitspolitik durch die öffentliche Meinung in den USA und der BRD referiert werden. Ähnliche Intentionen verfolgt auch die Studie von Räder, der die Veränderungen von Meinungen unter dem Eindruck weltpolitisch relevanter Ereignisse zu beschreiben versucht und zu dem Ergebnis gelangt, daß zu einer erfolgreichen »Begründung der Sicherheitspolitik« (92), die unvermeidliche materielle und personelle Folgelasten für weite Kreise der Bevölkerung nach sich zieht, eine »gekonnte«, wissenschaftlich angelegte Legitimationsstrategie erforderlich sei.

Diese mehr auf das externe Umfeld des Militärs gerichteten Untersuchungen werden

ergänzt durch solche, die das interne Milieu der Truppe bzw. von Teilen derselben auf dort existierende Moralen, Ideologien und eventuelles Protestpotential gegen das Militär zu durchleuchten versuchen. Lipperts Studie, die vor dem Hintergrund zum Beispiel sich abzeichnender Rekrutierungsprobleme der Bundeswehr (ausgehend von theoretischen Annahmen Piagets und Kohlbergs) nach den Motiven für die Ableistung bzw. Ablehnung des Wehrdienstes fragt, verfolgt das Ziel, über Hinweise zur richtigen Handhabung der soldatischen Manpower zur Bewältigung des »Problem(s) der Effizienz« (168) beizutragen und Anhaltspunkte zur Bewältigung der noch bestehenden Hemmungen gegenüber einer »Konvergenz von Militär und Gesellschaft« (168) zu geben. Die Schwierigkeiten, diese Konvergenz von militärischen und zivilen Normen und Werten in der Konzeption der sogenannten »Inneren Führung« zu realisieren, belegt die Studie von Senger/Wakenhut: Sie stellen deutlich heraus, daß insbesondere Wehrpflichtige vielfache Veranlassung haben, »militärische und nicht-militärische Lebensbereiche getrennt wahrzunehmen und nach unterschiedlichen moralischen Kriterien zu bewerten« (180). Wenngleich die »innere Führung« und der »Staatsbürger in Uniform« angesichts des von den Verfassern diagnostizierten Auseinanderklaffens von ziviler und militärischer Moral eine Utopie darstellen, so wird diese gleichwohl weiterhin als Ideologie zur Verwendung anempfohlen, da sie »sinnvoll und unverzichtbar« (180) sei zur »Kommunikation über die Unverträglichkeiten zwischen demokratischen Idealen und militärischem Alltag« (180).

Die Spannweite der militärspezifischen Problemlösungsperspektiven bei der Integration von Militär und Gesellschaft angesichts des wachsenden Legitimationsdrucks, dem verschiedene nationale Streitkräfte innerhalb des NATO-Bündnisses unterliegen, wird in den Beiträgen von Alvira und Moscos deutlich. Während Alviras Studie zur Rekrutierung des spanischen Offizierskorps die extrem konservative bis reaktionäre politische und gesellschaftliche Orientierung des durch eine hohe Selbstrekrutierung charakterisierten spanischen Offizierskorps eindringlich belegt, diskutiert Moscos die Frage, welche sozialisatorischen Konsequenzen und organisatorischen Maßnahmen für das Management der US-Army aus der Tatsache abzuleiten sind, daß eine steigende Anzahl von Soldaten ihre Tätigkeit eher als Berufstätigkeit oder Job (occupation) denn als »Berufung« (institution) versteht.

Dieser informative Sammelband zeigt, daß der »militärischen« Militärsoziologie entschieden mehr Aufmerksamkeit entgegengebracht werden sollte als in der Vergangenheit. Schließlich ist sie eine der wenigen »praktischen« Soziologien.

Rolf Schellhase (Münster)

Held, Karl, und Theo Ebel: Krieg und Frieden. Politische Ökonomie des Weltfriedens. Suhrkamp Verlag, Frankfurt/M. 1983 (325 S., br., 16,- DM)

Die Autoren legen eine umfassende Studie zur gegenwärtigen Weltlage vor. Ausgangspunkt ist eine Polemik gegen das in der hiesigen Öffentlichkeit verankerte »Sachzwang«-Argument, welches westlichen Politikern bescheinigt, ihre Entscheidungen gälten der »Lösung« von »Problemen«, die ohne ihr Zutun entstanden seien. Im Gegensatz dazu gehen Held und Ebel, bisher bekannt als Autoren der Reihe »Abweichende Meinungen« des Münchner Resultateverlags, den politischen und ökonomischen Interessen nach, die eine Zuständigkeit der NATO »für die ganze Welt« (Haig) begründen. Wenn es dabei ständig zu Kriegen kommt, obwohl jedermann den Krieg »bannen möchte«, dann müssen, folgern die Autoren, *im* aktuellen Frieden die Gründe für den Krieg gelegt werden.

Schlüsselbegriff ihrer Analyse der kriegsträchtigen »Politischen Ökonomie des Weltfriedens« ist der *Staatsmaterialismus* der westlichen Demokratien. Wer bislang zur Erklärung moderner Kriege vergeblich nach einer Rechnung suchte, bei der eine eingesetzte Summe auf ihren Überschuß hin befragt wird, und kopfschüttelnd die »Sinnlosigkeit«

etwa des Falkland-Kriegs konstatierte, wird hier mit einer verblüffenden neuen Schlußfolgerung konfrontiert: Gerade weil es den »Staatsgewalten des demokratischen Westens« auf den »weltweiten Erfolg derjenigen unter ihren Bürgern« ankomme, »von denen ihre Volkswirtschaft unmittelbar praktisch abhängt«, sei die *Freiheit* der politischen Gewalt von den ökonomischen Erfordernissen des Geschäftslebens »notwendig«. Wegen seines »Dienstes am privaten Geschäft« sei »die *Erhaltung der Nation*«, das heißt seiner politischen Handlungsfähigkeit, oberstes Ziel des Staates. Die Autoren rekurrieren auf Marx' Auffassung, der Staat sei »ideeller Gesamtkapitalist«, dessen erfolgreiche Gewalt zur »ökonomischen Potenz« werde: »Geschäft« im politischen Sinn ist demnach die »Sicherstellung der 'Kooperationswilligkeit' fremder Souveräne, die prinzipielle Garantie der Benutzbarkeit *ihrer* hoheitlichen Gewalt im *eigenen* Interesse« (71).

So schlicht diese Ausgangsüberlegung erscheinen mag, die Unterscheidung des Gewinns, der den Materialismus eines *politischen* Vertreters der nationalen Ökonomie befriedigt, von dem Gewinn eines *Kapitalisten* erschließt eine — im Vergleich zum additiven Verfahren multifaktorieller Analysen — *systematische politökonomische Erklärung der internationalen Beziehungen*. Staaten bilanzieren keine Profite, sondern Währungsüberschüsse: Von dieser Warte aus analysieren die Verfasser den Weltmarkt als Ensemble zwischenstaatlicher Erpressungsverhältnisse, deren Instrumentarium mit den wichtigsten Verlaufsformen von Währungs- und Handelspolitik, Kapitalexport, Kreditvergabe und Entwicklungshilfe ausführlich zur Sprache kommt — bis hin zur De-facto-Regierung des Internationalen Währungsfonds über Drittweltländer und militärischer Gewaltandrohung gegen geschädigte Staaten zur Verhinderung von Sanktionen bzw. Abbruch der wirtschaftlichen Beziehungen.

Zwischen den Weltmarktkonkurrenten von Gewicht betrachten die Verfasser den Einsatz des Militärs als storniert: Sie hätten sich in der NATO zusammengeschlossen zu dem ihrer nationalen Politik übergeordneten Zweck, *die* Ausnahme vom Weltmarkt, den »Ostblock«, den Prinzipien freiheitlicher Herrschaft zu subsumieren. Der »defensiven Weltmacht« UdSSR wird vorgehalten, daß sie angesichts der ökonomischen, diplomatischen und militärischen »Erpressungsmanöver« der Staaten des Freien Westens den idealistischen Wunsch nach einem friedlichen Nebeneinander mit den »imperialistischen Demokratien« durch die ausgedehnte Praktizierung von Handel und diplomatischen Beziehungen hochhalte. Daß auch in der UdSSR das Volk die Kosten trägt — wenn auch ironischerweise für eine Politik des guten Willens — steht für die Autoren außer Frage. — In gewisser Weise löst »Krieg und Frieden« den programmatischen Anspruch von Lenins Schrift »Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus« (der ein ganzes Kapitel gewidmet ist) theoretisch ein, insofern die über die westlichen *Staaten* vermittelte weltweite Tätigkeit analysiert wird, ohne daß zu agententheoretischen Argumentationsmustern von übermächtigen Kapitalfraktionen gegriffen würde. »Krieg und Frieden« ist ein Buch für zeitgeschichtlich und ökonomisch Interessierte, für Politologen und Drittwelttheoretiker, vor allem aber für alle, die wissen wollen, *was* ökonomisch und politisch, militärisch und diplomatisch *im* Frieden geschieht, so daß in ihm schon beständig mit dem Krieg kalkuliert wird.

Martin Loiperdinger (Kassel)

Silbermann, Alphons: Sind wir Antisemiten? Ausmaß und Wirkung eines sozialen Vorurteils in der Bundesrepublik Deutschland. Verlag Wissenschaft und Politik, Köln 1982 (231 S., br., 26,- DM)

Auch wenn er die weltanschaulich-marxistischen Prämissen Adornos und seiner zeitgenössischen Mitarbeiter nicht teilt: der streitbare Kölner Soziologie und Massenkommunikationsforscher Alphons Silbermann ist wohl der einzige, der in der Bundesrepublik die Tradition des einstmals berühmten Frankfurter Instituts für Sozialforschung fortsetzt, im Hinblick auf die Untersuchung des *sozialen Vorurteils* Antisemitismus in unse-

vor der betroffenen jüdischen Minorität selbst: »So wie andere ethnische Minderheiten in der Bundesrepublik, in Frankreich, in England oder in den Vereinigten Staaten, auf ihren Rechten bestehend, eine *militante Haltung* gegenüber sie betreffenden gefährvollen Vorurteilen einnehmen, müßten sich darauf auch die jüdische Minoritätengruppe und ihre Funktionäre besinnen. Schließlich dürften die Juden und ihre Vertreter nur allzu bitter gelernt haben, daß schnell auf die andere Seite der Straße gehen, wenn einem auf der eigenen Seite ein SA-Mann entgegenkommt, noch nie vor tödlicher Gefahr bewahrt hat.« (142)

Siegfried Zielinski (Berlin/West)

Cabral, Amilcar: Die Theorie als Waffe. Schriften zur Befreiung in Afrika. CON Medien- und Vertriebsgesellschaft m.b.H. (edition con), Bremen 1983 (324 S., br., 19,80 DM) Amilcar Cabral muß zu den bedeutendsten Theoretikern Afrikas gerechnet werden. Als er am 20. Januar 1973 in Conakry durch Agenten des portugiesischen Geheimdienstes PIDE ermordet wurde, verlor die nationale Befreiungsbewegung Guinea-Bissaus und der Kapverden (PAIGC) damit nicht nur ihren Präsidenten, sondern die nationalen Befreiungsbewegungen in Afrika einen ihrer artikuliertesten Vertreter. In über zwanzig Jahren des politischen Unabhängigkeitskampfes verfaßte Cabral eine Reihe wichtiger theoretischer Arbeiten, deren Aussagen nicht nur für die Analyse der sozialen und politischen Lage in Guinea-Bissau sowie die daraus resultierenden Konsequenzen des Befreiungskampfes von grundlegender Bedeutung waren. Über die Klassenanalyse, die Rolle der Kultur im Kontext nationaler Befreiung und viele andere Aspekte eines antikolonialen Transformationsprozesses machte Cabral Aussagen, die für die Emanzipation in vielen Ländern der Erde eine Rolle spielen.

Die vorliegende Zusammenstellung seiner Schriften wurde zuerst 1974 in Französisch und 1976 in Portugiesisch publiziert. Daß die Amilcar-Cabral-Gesellschaft sich mit Erfolg um die Rechte zur Verbreitung von Cabrals Werk in deutscher Sprache bemühte, ist ihr Verdienst.

Eine kritische Randbemerkung richtet sich gegen die mangelnde herausgeberische Sorgfalt dieser Ausgabe. Es ist gewiß notwendig und sinnvoll, ein über Formalitäten hinausgehendes Vorwort aufzunehmen, das sich mit den Theorien Cabrals auseinandersetzt und diese im zeitgeschichtlichen Kontext behandelt. Der Versuch hierzu wird von Christian Sigrist und Ralf Syring unternommen (9-17), vermag aber nicht zu überzeugen. »Es wäre abwegig, Cabral als Etatisten im Sinne Kemal Atatürks zu bezeichnen« (16). Sätze wie dieser lassen darauf schließen, daß sich die Verfasser durchaus Gedanken gemacht haben. Da aber der türkische Querverweis nicht weiter erläutert wird, kann ihm kaum Gehaltvolles entnommen werden. Sigrist und Syring unterstellen Cabral eine Absolutheit und Rigorosität in der Betonung der autochthonen Kultur, die ich so nicht zu teilen vermag: Auch Völker, deren kulturelle Identität unter dem Joch des Kolonialismus brüchig geworden ist, beweisen dennoch in alltäglichen Formen des Protestes gegen ein solches Regime, daß ihnen dadurch die Fähigkeit zum Widerstand nicht abhanden gekommen ist. »Nur unter der Bedingung, daß sich das Volk seine kulturelle Identität erhält, erhält es sich auch die Fähigkeit zum Widerstand« (14), meinen dagegen die Verfasser des Vorwortes unter Verweis auf Cabral, der meines Erachtens derart ausschließlich nicht argumentiert. Zweifel dürfen auch angemeldet werden, ob Cabrals Aufforderung an das Kleinbürgertum, »Selbstmord zu begehen«, tatsächlich ironisch gemeint ist, wie Sigrist und Syring behaupten (13). Ich halte es für naheliegender, daß Cabrals eigene soziale Herkunft ihn zu optimistisch stimmte.

Zusätzlich zu diesen Interpretationsfragen stört leider eine gehörige Portion Satzfehler die Lektüre. So sollte ein Hinweis auf die Seitenzahl eines nachfolgenden Beitrags von Cabral nach dem Umbruch ergänzt werden, oder aber der sonst nutzlose Klammernvermerk entfallen. Enttäuschend ist die Scheuklappen-Mentalität der Herausgeber: Wenn

rer Gesellschaft. Mit der auch für das Institut typischen Kombination kritischer Soziologie und sozialwissenschaftlich-empirischen Erhebungsmethoden sucht er beizutragen zu dem Aufklärungsprozeß, der 38 Jahre nach dem Ende des faschistischen Massenmordes an den Juden notwendiger ist denn je.

Die Untersuchung Silbermanns unterscheidet methodisch zwischen zwei Präsenzformen des antisemitischen Vorurteils, dem *latenten* Antisemitismus und dem *manifesten* Antisemitismus, die in zwei getrennten Erhebungsschritten eruiert wurden. Der latente Antisemitismus wurde bei denjenigen erhoben, die faktisch oder potentiell seine Träger sind. In einer persönlichen Befragung wurde eine für die soziologische Struktur der Bundesrepublik repräsentative Stichprobe von 2084 Personen mit 38 Fragen und Statements konfrontiert, die sowohl klassische historische Vorurteiltwürfe enthalten als auch Kombinationen derselben mit aktuellen gesellschaftlichen Vorgängen. Für die Untersuchung des manifesten Antisemitismus befragte Silbermann nicht die Gruppe seiner Träger, sondern Betroffene. In Tiefeninterviews und einer schriftlichen Befragung konnten 462 Juden (von insgesamt 1183 aufgeforderten) dazu bewogen werden, ihre Erfahrungen mit jüdenfeindlichen Vorfällen dazulegen.

Die Anlage der beiden Erhebungen reflektiert die zwei zu unterscheidenden Konzeptionen des Vorurteilsbegriffs, die der Untersuchung zugrundeliegen. Unter manifestem Antisemitismus faßt Silbermann diejenigen Präsenzformen des Vorurteils, die den Juden und uns als Beobachtern in Gestalt von Bombenanschlägen, Hetze und sichtbaren Diffamierungen gegen jüdische Persönlichkeiten und Einrichtungen aus der rechten Szene unserer Gesellschaft nahezu alltäglich begegnen — in letzter Zeit wieder verstärkt, was die Untersuchung nicht zuletzt motiviert hat. Dieser manifeste Antisemitismus kann durchaus aus der ersten Präsenzform, dem latenten, entstehen. Er hat zumindest eine seiner Ursachen in denjenigen Vorurteilsstrukturen, die *tradiert, sozialisiert, gelernt* sind und nach wie vor von großen Teilen der bundesdeutschen Bevölkerung getragen werden — auch wenn hier nur noch knapp dreißigtausend Juden leben, die gemeinhin außerhalb der einschlägigen Gedenktage in der veröffentlichten Meinung kaum wahrgenommen werden. Wichtig in diesem Zusammenhang ist die immer wieder betonte Feststellung, daß das Objekt der latenten Form des sozialen Vorurteils nicht unbedingt die jüdische Minorität sein muß, sondern daß diese unter gegebenen Umständen durchaus austauschbar ist gegen andere die »Bundesrepublik bevölkernde minoritäre Gruppen« (z.B. 75).

Das Ergebnis in bezug auf die Verbreitung der latenten Form des Antisemitismus ist frappant. Die Studie weist nach, »daß in der Bundesrepublik Deutschland ein Bevölkerungsanteil von etwa zwanzig Prozent mit ausgeprägt antisemitischen Vorurteilen lebt und daß bei weiteren dreißig Prozent Antisemitismus in Latenz mehr oder weniger stark vorhanden ist« (73). Damit bestätigen sich die Befürchtungen, die allemal bei spektakulären jüdenfeindlichen Aktionen der organisierten Rechten laut werden, in einem Ausmaß, wie ich es nicht für möglich gehalten hätte. Was sicher nicht zuletzt wegen des brisanten Themas besonders wichtig ist: Anlage und Durchführung der Studie sind ausführlich dargelegt, und die Untersuchungsinstrumente, die verwendeten Fragebögen, sind vollständig dokumentiert. Desweiteren enthält die Studie eine eindrucksvolle Sammlung von Ereignissen, die für den manifesten Antisemitismus stehen.

Daß sich sozialwissenschaftliche Akribie und kritisches Engagement nicht ausschließen müssen, beweist der Schlußteil des Buches. Hier schlägt Silbermann den Bogen zu den Ursachen und Bedingungen des antisemitischen Vorurteils und entwickelt auf der Folie der festgestellten sozialen Defizite acht Vorschläge, wie ihm auf den verschiedensten Ebenen von Gesellschaftlichkeit mit Strategien der Aufklärung zu begegnen sei: in der Familie, in der Ausbildung, in der Öffentlichkeit, in der Art und Weise, wie bei uns der Faschismus verarbeitet wird, etc. Er macht dabei in seinen Forderungen nicht halt

im Jahre 1983 ein Band mit den Werken Cabrals erscheint und ein Vorwort mit politischen Ansprüchen den Texten vorangestellt ist, dann darf der militärisch erzwungene Machtwechsel in Guinea-Bissau gegen Ende des Jahres 1980 nicht ausgespart bleiben. Daß es einen solchen Putsch gegeben hat und dieser nicht zuletzt das Resultat interner Widersprüche in der Führung der PAICC war, ist aber aus diesem Buch nicht zu erfahren.

Henning Melber (Kassel)

Geschichte

Kuhn, Annette, und Gerhard Schneider (Hrsg.): Frauen in der Geschichte I. Frauenrechte und die gesellschaftliche Arbeit der Frau im Wandel. Fachwissenschaftliche und fachdidaktische Studien zur Geschichte der Frauen. Pädagogischer Verlag Schwann, Düsseldorf 1982 (318 S., br., 28,- DM)

Kuhn, Annette, und Jörn Rüsen (Hrsg.): Frauen in der Geschichte II. Fachwissenschaftliche und fachdidaktische Beiträge zur Sozialgeschichte der Frauen vom frühen Mittelalter bis zur Gegenwart. Pädagogischer Verlag Schwann, Düsseldorf 1982 (320 S., br., 32,- DM)

Kuhn, Annette, und Jörn Rüsen (Hrsg.): Frauen in der Geschichte III. Fachwissenschaftliche und fachdidaktische Beiträge zur Geschichte der Weiblichkeit vom frühen Mittelalter bis zur Gegenwart mit geeigneten Materialien für den Unterricht. Pädagogischer Verlag Schwann, Düsseldorf 1983 (280 S., br., 32,- DM)

Brehmer, Ilse, Juliane Jacobi-Dittrich, Elke Kleinau und Annette Kuhn (Hrsg.): Frauen in der Geschichte IV. »Wissen heißt leben ...« Beiträge zur Bildungsgeschichte von Frauen im 18. und 19. Jahrhundert. Pädagogischer Verlag Schwann, Düsseldorf 1983 (428 S., br., 32,- DM)

Die Herausbildung einer geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung in der Subsistenzwirtschaft des 19. Jahrhunderts war noch nicht zwangsläufig an konkrete »männliche« und »weibliche« Tätigkeitsfelder gebunden — so jedenfalls eines der Ergebnisse in dem Aufsatz von *Barbara Duden* und *Karin Hausen* »Gesellschaftliche Arbeit — Geschlechtsspezifische Arbeitsteilung« im ersten Band. Im Übergang zur kapitalistischen Warenproduktion wurden durch die »biologisch fundierte Festschreibung der Frauen auf die neue Hausarbeit« sowohl die »Balance familialer Ökonomie« zerstört als auch die Frauenarbeit minderbewertet (32f.). Dieser — zunächst nur vermutete — Zusammenhang werde in Untersuchungen über die Frau in der Dritten Welt bestätigt. *Herrad-Ulrike Bussemer* gibt einen Überblick über die »Bürgerliche und proletarische Frauenbewegung 1865-1914« und kritisiert beide Richtungen gleichermaßen. Bei August Bebel und Clara Zetkin stellt sie — trotz aller Emanzipationsbemühungen — ein Festhalten am tradierten Weiblichkeitsbild heraus (48f.). Letztendlich sei die Frauenbewegung aber am Klassenantagonismus, der den gemeinsamen »weiblichen Aufbruch von Bürgerfrauen und Arbeiterinnen« verhinderte, gescheitert (34). Den stärksten Aktualitätsbezug zur Gegenwart bietet der hervorragend recherchierte Beitrag von *Marielouise Janssen-Jurreit* »Sexualreform und Geburtenrückgang — Über die Zusammenhänge von Bevölkerungspolitik und Frauenbewegung um die Jahrhundertwende«. Sie räumt mit der so gerne auf die Zeit des Faschismus begrenzten Vorstellung vom rassistischen Ausrottungskonzept auf. Sozialdarwinistische Theorien fanden seit dem letzten Drittel des 19. Jahrhunderts (!) rasche Verbreitung — auch auf sozialdemokratischer Seite und in der Frauenbewegung. Eine auf Erhalt der weißen Rasse ausgerichtete Familienpolitik war vor allem auf die aktive »Mitarbeit« von Frauen angewiesen. Besonderes Schwergewicht erhält die Frage: »Wie progressive Reformbewegungen zur Sexualreform und für eine Mutterschutzgesetzgebung mit der rassenhygienischen und eugenischen Bewegung verschmolzen« (57). Die Rassen- und Bevölkerungspolitik des Nationalsozialismus setzte lückenlos

an der über Jahrzehnte entwickelten und von namhaften Persönlichkeiten der Geistes- und Naturwissenschaften und von Künstlern verfeinerten Rassenlehre an, wie der Beitrag von *Gisela Bock* »Frauen und ihre Arbeit im Nationalsozialismus« eindringlich belegt. Die Frage nach dem »Verhältnis von Sexismus und Rassismus einschließlich des Widerstandes dagegen« dürfe — so G. Bock — in einer Untersuchung über die Frau im Faschismus nicht fehlen, weil nur so auch der Nachweis historischer Kontinuität geführt werden könne (142). Weibliche Angestellte in ihrer realen sozioökonomischen Lage einerseits und in einer realitätsfernen Film- und Romandarstellung andererseits — dies ist grob umrissen das Thema bei *Ute Frevert* (»Vom Klavier zur Schreibmaschine — Weiblicher Arbeitsmarkt und Rollenzuweisungen am Beispiel der weiblichen Angestellten in der Weimarer Republik«). Ob die hier vorgenommene Typisierung weiblicher Verhaltensweisen unter heutigen Verhältnissen wesentlich anders ausfiele, muß bezweifelt werden. Fraglich ist, ob eine Bewußtwerdung bezüglich der zugewiesenen Rolle Entscheidendes im patriarchalischen Ausbeutungsverhältnis ändern würde, wie es bei U. Frevert anklängt. Unter den fachdidaktischen Beiträgen von *Stefanie Schweitzer u.a.*: »Die Forderung der Frauen nach Gleichberechtigung in der Französischen Revolution — Ein Unterrichtsmodell für die Sekundarstufe I«, *Bärbel Gudelius*: »Proletarische Lebenserfahrung und sozialistische Frauenbewegung« im Deutschen Kaiserreich, *Bodo von Borries*: »Frauen im alten China« (1500 v. bis 500 n.u.Z.) soll abschließend der Beitrag von *Hans Müller* »Frauen und Faschismus« erwähnt werden. Obwohl im vorliegenden Band bereits zahlreiche Hinweise auf Frauenarbeit im außerhäuslichen Bereich geliefert werden und mindestens mit Annemarie Trögers Aufsatz in Band II die These von der ausschließlichen Hausfrauen- und Mutterrolle der Frau im Nationalsozialismus widerlegt ist, formuliert H. Müller eines von drei Lernzielen so: »Die Schüler sollen erkennen, daß die Nationalsozialisten versuchten, die Frauen aus allen Bereichen der Öffentlichkeit auszuschalten und auf den Bereich von 'Hausfrau und Mutter' einzuschränken« (207). Jede weitere Bemerkung hierzu erübrigt sich.

Band II zeichnet sich durch die Aufarbeitung einer breiten Quellenbasis und die Veröffentlichung zahlreicher historischer Texte aus. *Peter Ketschs* Beitrag »Aspekte der rechtlichen und politisch-gesellschaftlichen Situation von Frauen im frühen Mittelalter 500-1150« bietet eine fundierte Darstellung der Macht- und Rechtsposition von Frauen. Die rechtliche Basis für den Übergang von partieller gesellschaftlicher Verantwortung/Tätigkeit hin zum Abdrängen der Frauen aus relevanten gesellschaftlichen Bereichen wird bereits Ende des 11. Jahrhunderts deutlich. *Barbara Kroemers* Beitrag »Von Kauffrauen, Beamtinnen, Ärztinnen — Erwerbstätige Frauen in deutschen mittelalterlichen Städten« ist als Ergänzung des oben genannten Beitrags zu sehen. Sie wendet sich ebenso wie Ketsch im letzten Teil seiner Untersuchung der sozioökonomischen Lage in unterschiedlichen Berufen zu. Da auch der Beitrag von *Brigitte Rauer* »Hexenwahn — Frauenverfolgung zu Beginn der Neuzeit — Ein Beitrag zur Frauengeschichte im Unterricht« zeitlich ähnlich gelagert ist, bleiben Wiederholungen der Inhalte nicht aus (hier allerdings überwiegen Quellen zum Thema, die als Unterrichtsmaterial herangezogen werden können). Umfangreiches Quellenmaterial bietet auch *Bodo von Borries*: »Im 'Paradies der Frauen?' Weibliches Leben in den dreizehn Kolonien und den frühen USA«. Der Versuch aber, aus möglichst vielen Lebensbereichen (ökonomische, soziale, politische, rechtliche, religiöse, rassen- und klassenspezifische Fragen) amerikanischer Frauen Texte (z.B. Briefe, Reiseberichte, Tagebuchnotizen, amtliche Dokumente) zu einem umfassenden Geschichtsbild anzuordnen, gerät notwendigerweise in die Kürze zum Streiflicht. Die Folge ist, daß einzelne Bereiche nur unzureichend quellenmäßig abgedeckt sind. Das betrifft beispielsweise die Existenzbedingungen und -weisen von Pionierfrauen und Indianerinnen (unberücksichtigt bleiben Carolyn Niethammers »Daughter of the earth« von 1977 zum Leben von amerikanischen Indianerinnen und Joanna L. Strattons »Pio-

neer Women« von 1981). Die didaktische Aufbereitung mißlingt völlig. Lassen sich die von Borries aufgeworfenen Sachfragen oft schon nicht aus der zitierten Quelle erschließen, so wirkt die Fragestellung selbst manchmal »naiv« (z.B. zur Gegenüberstellung zweier Texte wird gefragt: »Wer hat Recht?« oder »Wer war primitiver, wer menschlicher?«). *Ute Frevert* (»Frauen und Ärzte im späten 18. und frühen 19. Jahrhundert — Zur Sozialgeschichte eines Gewaltverhältnisses«) weist nach, wie die heilkundigen Frauen — zunächst aus bevölkerungspolitischen Gründen — seit dem 18. Jahrhundert systematisch von der männlichen Ärzetzunft aus ihrer Funktion gedrängt und zur geduldeten — weil vom Arzt kontrollierten — Krankenpflegerin degradiert wurden. Mit unvorstellbarer Brutalität übernahmen männliche Geburtshelfer das Metier. In den seit 1750 eingerichteten staatlichen Entbindungsanstalten (die überwiegend ledige Frauen aufnahmen) übertraf die Säuglings- und Müttersterblichkeit aufgrund neuer technischer »Geburtswerkzeuge« die Sterblichkeitsrate der mit Hilfe von Hebammen durchgeführten Hausgeburten bei weitem. Weiblicher Widerstand war die Folge, wenn auch noch nicht mit der gleichen Rigorosität wie heute. Den Abschluß dieses Bandes bildet *Annemarie Trögers* Aufsatz »Die Planung des Rationalisierungsproletariats. Zur Entwicklung der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung und des weiblichen Arbeitsmarktes im Nationalsozialismus«. Die Autorin stützt mit ihrer Untersuchung die These von der ökonomischen Notwendigkeit der Ausschöpfung weiblicher Produktivkraft außerhalb des Reproduktionsbereichs und der gleichzeitigen Konsolidierung geschlechtsspezifischer Berufe im Nationalsozialismus.

Im III. Band werden als Beitrag für den Geschichtsunterricht folgende Zusammenstellungen angeboten: *Heide Lauterer-Pirner*, »Vom 'Frauenspiegel' zu Luthers Schrift 'Vom ehelichen Leben'. Das Bild der Ehefrau im Spiegel einiger Zeugnisse des 15. und 16. Jahrhunderts«; *Elisabeth Freier u.a.*, »Frauen suchen nach neuen Formen der Selbstverwirklichung und des menschlichen Zusammenlebens. Überlegungen zur Kontinuität von Ehe und Familie nach 1945« und *Jürgen Osterhammel*, »Frauengeschichte als Sozialgeschichte — Skizze eines Unterrichtsprojektes in der Sekundarstufe II«. Im Sinne eines »Geschichtspluralismus« empfiehlt J. Osterhammel jedoch, »Frauengeschichte nicht nur als Spezialität weniger Kenner(innen) und Enthusiasten, sondern als maßvoll dosierten, aber selbstverständlichen Bestandteil historischer Bildung in der Unterrichtswirklichkeit zu verankern« (220). Keineswegs sollte Frauengeschichte — so denkt auch der Kollege Borries in Band I (223) — anderen, ebenfalls lange vernachlässigten Gebieten, wie der »Geschichte außereuropäischer Gesellschaften« oder der historischen Friedensforschung, vorrangig sein (ebd.). Die übrigen Beiträge wenden sich in einem ausgewogenen Verhältnis dem ideologiegeleiteten Frauenbild in verschiedenen Gesellschaftsformationen und der Frauenbewegung des 19. und frühen 20. Jahrhunderts zu. *Friederike Höher* (»Hexe, Maria und Hausmutter. Zur Geschichte der Weiblichkeit im Spätmittelalter«) weist auf die Bedeutung des Marien- und des Hexenbildes für die Herausbildung des neuzeitlichen Mutter- und Frauenideals hin, betont aber meines Erachtens zu wenig, daß die sogenannten Hexen sowohl für die Bevölkerungspolitik der Herrschenden und des Klerus als auch für die Naturwissenschaftler eine Bedrohung darstellten (dieser kritische Einwand gilt übrigens auch für den Beitrag von Brigitte Rauer in Band II). *Friederike J. Hassauer Roos* (»Das Weib und die Idee der Menschheit. Überlegungen zur neueren Geschichte der Diskurse über die Frauen«) möchte die »Defizite des gegenwärtigen Diskussionsstandes« in der neueren Frauenforschung durch Untersuchung der Konstitution und der Tradition der »Wissensvorräte und der Diskurse über Geschichte und Identität der Frau« überwinden helfen (87). Nach ihrer Meinung feiert der Eklektizismus fröhliche Urständ in der jetzigen Frauenforschung. Konsens bestehe nur in einem Punkt, dem der feministischen Parteilichkeit (89). Konstatiert wird ein »methodologisch unkontrollierter Einsatz des anthropologischen Diskurses, zum Teil

auch seine Vermischung mit dem historiografischen Diskurs (92). Die in der traditionellen Anthropologie — in der »menschlich« mit »männlich« gleichgesetzt wird — konstitutierte »Leerstelle« Frau werde in der gegenwärtigen Diskussion nur neu thematisiert (103), aber nicht gefüllt. Eine positive Verquickung der nicht geschlechtsspezifischen mit der geschlechtsspezifischen Anthropologie sieht die Autorin in dem methodischen Ansatz von Irigaray, Cixous und Clement gegeben (das Weibliche als Imaginäres gedacht) (106). Durch eine Metamorphose von Marxismus und Lacan könnten »bislang marginalisierte Wahrnehmungs- und Erfahrungsbereiche der Frauen« entdeckt werden (107). Auch *Anna-Elisabeth Freier* (»Dimension weiblichen Erlebens und Handelns innerhalb der proletarischen Frauenbewegung«) übt Kritik an der Frauengeschichtsschreibung, wenn auch auf einer anderen Ebene. So werde von der »streng« marxistischen Richtung der »proletarische Antifeminismus innerhalb der Sozialdemokratie negiert« (196). Auch der »Opfer/Täter-These« Frigga Haugs mag sich die Autorin nicht anschließen, da hier allzuleicht die »Selbsterdrückung« der Frau als Frage individueller Schuld gesehen werde (200). Am Beispiel der »Gleichheit« untersucht sie die »aktive Selbstbeschränkung von organisierten Frauen (202ff.) und enthüllt damit die widersprüchliche Politik von Frauen, die sowohl einem tradierten, verinnerlichten Weiblichkeitsbegriff anhängen als auch über proletarisches Bewußtsein verfügen.

Band IV präsentiert Beiträge einer Tagung, die unter dem Titel »Von der Polarisierung der Geschlechtscharaktere bis zur formalen Gleichstellung der Frau — Weibliche Bildung vom Ende des 18. Jahrhunderts bis 1920« im Zentrum für interdisziplinäre Forschung der Universität Bielefeld stattfand. Nicht »heroische« Geschichte, nicht das Aufspüren »angeblicher Vorkämpferinnen einer besseren Frauenwelt« interessiert die Autorinnen, sondern die »Widersprüchlichkeit von Frauenleben« (11). Diese Aussage relativiert zugleich die im Untertitel auf Bildungsgeschichte eingeschränkte Fragestellung. Das gemeinsame Interesse an der Geschichte der Frauen vereint die Wissenschaftlerinnen verschiedener Disziplinen. Dies widerspricht sicherlich nicht der Intention der vorhergehenden Bände, nur wird hier klarer, daß zuvor ein Verständigungsprozeß abgelaufen ist, der sich in einer Problematisierung der Fragestellung niederschlägt. Den drei Schwerpunkten »Die bürgerliche Frau — eine unmögliche Konstruktion«, »Befreiung durch Bildung?« und »Von der Muse zur Künstlerin« ist eine Einleitung vorangestellt, in der die Beiträge (insgesamt 19) in ihren wesentlichen Aussagen bzw. Fragestellungen zusammengefaßt sind. Einen Vorstoß in Richtung wissenschaftstheoretischer und forschungsleitender Fragestellung unternimmt *Annette Kuhn* (»Das Geschlecht — eine historische Kategorie? Gedanken zu einem aus der neueren Geschichtswissenschaft verdrängten Begriff«). Ihre zentrale Frage lautet: »Warum konnte, warum mußte die Frau als historisches Subjekt aus der neuzeitlichen Geschichte verdrängt und durch die Ideologie des Geschlechtscharakters ersetzt werden?« (32) Sie plädiert für eine feministische Ideologiekritik. Mit der Herausbildung der »dualen Ökonomie« (»frauenzentrierter Familienökonomie und einer marktorientierten Ökonomie kapitalistischer Provenienz«) manifestieren sich sowohl die »Spezifik der weiblichen Lebens- und Arbeitsweisen« wie eine neue Ideologie der Weiblichkeit (39/40). In der Familienökonomie — die selbst den Bedingungen des Marktes untergeordnet ist — stabilisiere sich das Prinzip weiblicher Abhängigkeit/Selbständigkeit (41). Der Rückgriff auf die Theorie der dualen Ökonomie soll — so A. Kuhn — »für die gegenwärtige Kontroverse um das Verhältnis Marxismus-Feminismus und die historische Einschätzung der Hausarbeit« zum »fruchtbaren Ansatz« gedeihen (47). Um die Frauen in der neuzeitlichen Geschichte vor dem Status eines überhistorischen Geschlechtswesens(s) zu bewahren, müsse empirische Forschungsarbeit den genannten Ansatz begleiten. Jeder der nachfolgenden Beiträge versucht auf seine Weise das gesteckte Postulat einzulösen. So wendet sich *Lieselotte Steinbrügge* der anthropologischen Bestimmung der Frau bei Diderot, *Christine Garbe* der Konzeption

des Weiblichen bei Rousseau und *Ilse Brehmer* dem Begriff von Mütterlichkeit bei Helene Lange zu. Von *Helga Grubitzsch* erfahren wir etwas über den Kampf der Frauen um Bildung im Frankreich des 19. Jahrhunderts und von *Dagmar Grenz* über die Widersprüchlichkeit des Frauenbildes am Beispiel von Mädchenliteratur. Im dritten Abschnitt widmet sich *Ellen Spickernagel* der weiblichen Körpersprache im 18. Jahrhundert, *Regula Venske* den Widersprüchen im Emanzipationsverständnis bei Fanny Lewald und *Eva Rieger* der musikalischen Bildung von Mädchen und Frauen.

Insgesamt bieten die vier Bände ein buntes Sammelsurium an Themen. Ein qualitativer Sprung — mal davon abgesehen, daß der letzte Band mit einem einheitlichen Ansatz arbeitet, ihm aber andererseits die fachdidaktischen Elemente fehlen — ist nicht erkennbar. Die Geschichte der Frauen wird allein schon durch die verschiedenen Varianten, in denen sie gedacht wird (Sozialgeschichte, Bildungsgeschichte, Geschichte der Frauenbewegung oder Alltagsgeschichte) unterschiedlich begriffen. Auffällig ist die Themenhäufung zum Beispiel für das Mittelalter und die Zeit des Nationalsozialismus. Überschneidungen der Inhalte (Rousseau erfreut sich da gewisser Beliebtheit, ebenso wie verschiedene Aspekte aus mittelalterlicher Geschichte, Übersichten zur Frauenbewegung bringen auch nicht mehr in jedem Fall das Aha-Erlebnis) bleiben nicht aus. Sehr wenig gibt es an (feministischer) Theorie. Hat Hassauer-Roos nicht recht mit ihrem Einwand: Was bringt uns »Die Frau im Werk von ...«? mehr, als daß wir schwarz auf weiß lesen können, was wir ja schon immer (?) wußten: herrschendes Frauenbild wird von Herrschenden gemacht und hat seine Wurzeln in der Geschichte. Aber was ist das Imaginäre, was wir suchen sollen? — Positiv ist — neben einigen theoretisch und methodisch gut fundierten Beiträgen — die Ausstattung hervorzuheben. Aufgrund der vielen Bilder kann schon das Angucken Spaß machen. Nützlich sind auch die (unkommentierten) Bibliographien zu verschiedenen zeitlichen Phasen und inhaltlichen Fragen. Mit ihren zahlreichen Quellen/-auszügen bietet sich die Sammlung geradezu der Interpretation im Sinne einer »parteilichen« Geschichtsforschung an.

Dagmar Burgdorf (Bremen)

Beier, Rosmarie: Frauenarbeit und Frauenalltag im Deutschen Kaiserreich. Heimarbeiterinnen in der Berliner Bekleidungsindustrie 1880-1914, Campus-Verlag, Frankfurt/M., New York 1983, (246 S., br., 48,- DM)

Nicht um Frauenerwerbsarbeit an sich, sondern um die »Doppelbelastung verheirateter Frauen in der industrie-kapitalistischen Gesellschaft« geht es in der vorliegenden Untersuchung (9). Wie Frauen in der Zeit von 1880-1914 diese Aufgabe bewältigten, welche Lösungsmöglichkeiten sich ihnen boten, wie Ehemänner und Kinder auf die Erwerbsarbeit der Ehefrau/Mutter reagierten und ob die im Zusammenhang damit auftretenden Probleme kollektiv im Familienverband gelöst wurden, versucht die Autorin zu ergründen. Heimarbeit sei — so R. Beier — bisher sowohl von der bürgerlichen als auch von der marxistischen Gschichts- und Sozialwissenschaft vernachlässigt worden (10). Sie begibt sich in zweifacher Hinsicht auf ein unsicheres Feld. Wie der ausführlichen Beschreibung der Quellen- und Literaturlage zu entnehmen ist (15-21), kann das Quantifizierungsproblem durch das vorhandene statistische Material nur unzureichend gelöst werden. Ein weiteres Problem taucht bei der Überprüfbarkeit der Kommunikationsstrukturen innerhalb des Familienalltags auf. Hier greift die Autorin auf die oral history zurück (Interviews mit Kindern von Heimarbeiterinnen). Die Studie ist in fünf Kapitel untergliedert. Im ersten Kapitel wird die Entwicklung von Konfektionsheim- und Konfektionsindustriearbeit in der expandierenden Großstadt Berlin dargestellt; im zweiten Kapitel stehen Lohnsituation, Lebenshaltungskosten und Anteil des Frauenlohnes am Gesamtfamilienlohninkommen im Vordergrund; Bewältigung der Doppelbelastung und Reaktion und Kooperation der übrigen Familienmitglieder werden im dritten Kapitel untersucht; über Ausmaß und Form der Mithilfe geben im vierten Kapitel die ausge-

werteten Interviews Auskunft; das fünfte Kapitel ist dem Organisations- und Streikverhalten der Konfektionsarbeiterinnen gewidmet. R. Beier kommt zu folgenden Ergebnissen: »Die Notwendigkeit, eine Erwerbsarbeit aufzunehmen, erwies sich als eng gekoppelt an die Höhe des Lohnes des Mannes und die saisonalen und konjunkturellen Schwankungen seiner Beschäftigung, denn auf diesem Einkommen basierte das Familienbudget primär« (167). Je höher die Kinderzahl, desto stärker war der ökonomische Druck für die Mitarbeit der Frau. Während vom Mann die Freizeit zur individuellen Reproduktion genutzt wurde (politische, gewerkschaftliche und sonstige Vereinstätigkeit eingeschlossen), benutzte die Heimarbeiterin ihre freie Zeit, um Mann und Kinder zu versorgen, obwohl auch sie analog den Fabrikarbeiterinnen durch Lohndruck, feste Liefertermine und vorgegebene Arbeitsquanta einem Produktionsdruck unterlag. Bei den Näharbeiten fand die Frau keine Unterstützung durch den Mann. Ältere Kinder entlasteten sie durch Beaufsichtigung der kleineren Geschwister. Im Gegenteil stellt R. Beier fest: »Die Reproduktionsansprüche der Familie, besonders des Mannes, erhielten Priorität gegenüber der Erwerbsarbeit« (170). Unter diesen Gesichtspunkten ist es nicht verwunderlich, daß Konsequenzen für die Organisierbarkeit von Heimarbeiterinnen nicht ausblieben.

Dagmar Burgdorf (Bremen)

Frauengruppe Faschismusforschung: Mutterkreuz und Arbeitsbuch. Zur Geschichte der Frauen in der Weimarer Republik und im Nationalsozialismus. Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt/M. 1981 (368 S., br., 13,80 DM)

Die Begriffe »Mutterkreuz und Arbeitsbuch« im Titel sollen die Spannweite des privat-öffentlichen Lebens deutscher Frauen im Faschismus symbolisieren. Das Mutterkreuz war der Orden, den Frauen für das Gebären besonders vieler Kinder bekamen. Das Arbeitsbuch dagegen galt nicht als Ehrenmedaille. Es war Kontrollinstrument. Jeder Arbeitende erhielt ein solches Büchlein, in dem die Ausbildung und alle Arbeitsstationen peinlich genau registriert werden mußten. Gemäß der Nazi-Propaganda sollte jede »arische« Mutter ein Mutterkreuz anstreben, während die außerhäusliche Arbeit als das Unweibliche galt. Arbeitsbuch und Mutterkreuz gehörten also der Nazi-Ideologie nach *nicht* zusammen: Mutter sein sollte »dienen«, helfen, unterstützen bedeuten, außerhäusliches Arbeiten dagegen galt als Ausdruck des *männlich*-tätigen Prinzips. Daß die faschistische Wirklichkeit mit dieser Ideologie nicht übereinstimmte, ist Gegenstand des Buches.

Fast alle der insgesamt elf Aufsätze beschäftigen sich mit der Erwerbsarbeit von Frauen. Es geht um die erwerbslosen Frauen, die im Rahmen des »Frauenarbeitsdienstes« zeitweilig Arbeit hatten (Lore Kleiber); um Frauen als die Reservearmee der großen Rationalisierungswelle in der Industrie der 20er und 30er Jahre (Annemarie Tröger); um den Zusammenhang von Frauenerwerbstätigkeit und »Fremdarbeitereinsatz« (Ingrid Schupetta); um Frauen als »Hausgehilfinnen« (Ingrid Wittmann); als Beamtinnen (Claudia Hahn); als Lehrerinnen (Doris Kampmann/Erika Said); schließlich auch um Frauen als Studierende und Akademikerinnen (Irmgard Weyrather). Die weiteren Aufsätze haben den »Bund deutscher Mädel« (BDM) zum Gegenstand (Dagmar Reese), handeln von der NS-Frauenschaft (Susanna Dammer) und schließlich von Frauen, die in vielfältigen Formen des Widerstands gegen den Faschismus ihr Leben riskierten (Gitte Schefer).

Bezogen auf die Situation der Frauen sehen die Autorinnen in der faschistischen »Machtergreifung« eine Kontinuität am Werke, die weit in die Geschichte zurückreicht, die sie jedoch nur bis in die Weimarer Zeit verfolgen. Daß Frauen die Geschobenen sind (sei es hinein in die Familie, sei es auf diesen oder jenen, in der Regel schlechten Arbeitsplatz) — dies sei durchgängig zu beobachten. »Nuancenhaft« unterschiedlich seien allein die ideologischen Rechtfertigungen »dieses gesellschaftlichen Musters« (vgl. 8). Zugleich

betonen die Autorinnen aber, daß der Faschismus nicht allein das Werk von Männern gewesen sei und daß Frauen nicht unterschiedslos als die Objekte einer frauenfeindlichen Politik gesehen werden müßten. »Es ist nicht möglich, über 'die Frauen im allgemeinen' Aussagen zu treffen. Was der Faschismus für eine Frau in Deutschland jeweils bedeutete, hing unter anderem von ihrer Religion, ihrer ethnischen Herkunft, ihrer sozialen Situation und ihrer politischen Überzeugung ab.« (9).

Diesem differenzierenden Anspruch folgen jedoch die meisten Autorinnen nicht. Insbesondere die Frauen der unteren Berufsgruppen werden de facto doch als eine in sich unterschiedslose Gruppe von Opfern des Faschismus und seiner Vorgeschichte beschrieben. I. Schupetta etwa kommt zu folgendem »Fazit«: »Der zweite Weltkrieg, den die Nazis unter dem Vorzeichen eines chauvinistischen Wahns angezettelt hatten, dessen zwei Grundlagen das als Sexismus zu bezeichnende Überlegenheitsgefühl aller Männer über alle Frauen und das zum Rassismus verkommene Überlegenheitsgefühl des deutschen Volkes (minus wesentlicher Bestandteile desselben) über alle anderen Völker waren, konnte sich unter anderem auf zwei Grundlagen bis 1945 hinziehen: der systematischen Ausbeutung der Arbeitskraft aller Frauen in Haushalt und Fabrik, Büro und Landwirtschaft und der systematischen Ausbeutung der Arbeitskraft aller überfallenen Völker.« (316) — Wesentlich differenzierter argumentiert I. Weyrather in ihrem Beitrag über Studentinnen und Akademikerinnen im Nationalsozialismus. Sie beschreibt nicht nur die widersprüchliche Politik der Nazis, die in bezug auf das Frauenstudium zunächst ihrem Antiintellektualismus, ihren Vorurteilen gegenüber wissenschaftlich arbeitenden Frauen und der männerorientierten Rücksicht auf die gespannte Arbeitsmarktsituation für Akademiker freien Lauf ließen, so daß die Zahl studierender Frauen rigoros gesenkt wurde. Sie beschreibt vielmehr auch, in welcher widersprüchlicher Weise die »Betroffenen« selbst agierten — seien es jene Frauen, die bereitwillig ihr Studium aufgaben, oder jene, die freiwillig in die nationalsozialistische Studentinnenorganisation (Arbeitsgemeinschaft nationalsozialistischer Studentinnen [ANStJ]) eintraten. Sie zeigt, daß es auch erheblichen Widerstand gegen unterdrückende Beschränkungen gab — aber auch, wie sich Studentinnen durch Karteiarbeit im »Rassenpolitischen Amt« oder durch organisatorische Vorbereitung von Zwangssterilisationen an den Vernichtungsaktionen der Faschisten beteiligten.

Die wichtige Frage jedoch, warum viele Frauen sich — obwohl der Faschismus sie in entscheidenden Bereichen ihres Lebens einschnürte — dennoch mit ihm *identifizierten*, wird *explizit* nur selten verfolgt. Immerhin gibt es dazu an einigen Stellen Hinweise. D. Reese zum Beispiel macht in ihrem Aufsatz über den BDM zum einen darauf aufmerksam, daß die Jugendlichen, das heißt auch die Mädchen, einem ständigen Aktivitätsdruck ausgesetzt waren; zum anderen darauf, daß im Rahmen der Mädchen- und Frauenorganisationen »Karrieren« möglich waren »wie niemals zuvor und auch niemals später« (184). An solchen Stellen wird nicht nur etwas von der spezifischen »Attraktivität« des Nationalsozialismus, sondern auch etwas von der Widersprüchlichkeit sichtbar, die dessen ideologischer Praxis eigen war: Von aktiven, engagierten und selbstbewußten Frauen hielten die Nazis nämlich grundsätzlich nichts, aber die faschistische Praxis erlaubte, ja erforderte dann noch ständige Aktivität, durchgehendes Engagement. Die den Mädchen in dieser Praxis abverlangten außerordentlichen Leistungen und die von ihnen selbst erbrachten Identifikationen mit dem Nationalsozialismus waren im übrigen häufig in das Schreckenssystem ganz unmittelbar eingebunden. Man denke zum Beispiel an die BDM-Mädchen, die mit 16, 17, 18, 19 Jahren im »Osteinsatz« die »Spuren der Gewalt in den von SS geräumten polnischen Dörfern zu beseitigen ... , die Häuser zu säubern und für die volksdeutschen Siedler vorzubereiten (hatten)« (180). Ihre anschließende Aufgabe war es, die Aussiedler zu betreuen, ihnen Sprachunterricht zu geben, sie in neuen Anbaumethoden zu unterweisen. Die unterschiedlichen Formen der *widersprüchli-*

chen (nämlich passiven *und* aktiven, erzwungenen *und* freiwilligen) Lebensaktivitäten von deutschen Frauen im Faschismus werden in diesem Buch nicht systematisch untersucht. Das hängt vor allem damit zusammen, daß der Blick vorrangig auf die Frauen als *Opfer* fällt. Die Vorstellung von der historischen Kontinuität von Frauenunterdrückung und -benachteiligung drängt hier die Frage nach dem, was die spezifische Situation und das spezifische Verhalten von Frauen im Faschismus ausmachte, in den Hintergrund. Der deutsche Faschismus ist hier allenfalls begriffen als »höchstes Stadium des kapitalistischen Patriarchats«. Daß das ausgebreitete Material sich dieser interpretatorischen Sicht nicht völlig fügt, macht das Buch interessant. Brita Rang (Amsterdam)

Soziale Bewegungen und Politik

Frei, Daniel: Der ungewollte Atomkrieg. Eine Risiko-Analyse. Verlag C.H. Beck, München 1983 (136 S., br., 14,80 DM)

Der Schweizer Autor legt die gekürzte deutsche Fassung einer ursprünglich englischen Studie im Auftrag des 1980 gegründeten Instituts der Vereinten Nationen für Abrüstungsforschung (UNIDIR) vor; eine umfangreiche Literaturlauswertung und zahlreiche Interviews mit unter anderem amerikanischen und sowjetischen Politikern und Fachleuten bilden die empirische Grundlage.

Freis Ausgangspunkt für die Risikoanalyse eines unbeabsichtigten Atomkriegs läßt sich beschreiben mit dem Bild von Pulverfaß und Funke, d.h. die Gegebenheiten des Systems (atomares Arsenal und strategische Doktrin) und ein Auslöser können in die Katastrophe führen. Der Verlust der strategischen Stabilität kann durch das einzelne oder verbundene Wirken von Rüstungswettlauf, Veränderung strategischer Doktrinen und Weiterverbreitung von Atomwaffen hervorgerufen werden; die internationale Krise als Auslöser kann entstehen durch Fehlentscheidungen im Krisenstreß und die künftige Heftigkeit und Häufigkeit von Krisen. — Jedem dieser einzelnen Risikoelemente widmet Frei ein analysierendes Kapitel, an dessen Ende jeweils eine zusammenfassende Risiko-beurteilung die verstärkenden und mindernden Faktoren gegenüberstellt und daraus die Folgerung zieht. Im vorletzten Kapitel beurteilt er den bisherigen Beitrag von Rüstungskontrollvereinbarungen zur Verminderung des Risikos eines ungewollten Atomkriegs und trägt schließlich einen eigenen pragmatischen Ansatz vor, dessen Erfolgsaussichten er in der Verringerung von Teilrisiken sieht.

Die publizistisch wirkungsvollsten und demgemäß verbreitetsten Szenarien wie Anwendung einer Bombe durch Terroristen, verrücktgewordene U-Boot-Kommandanten, die ihre Raketen abfeuern, oder auch Fehlalarme durch Radarirrtümer sieht Frei als nebensächlich an, da die nacheinander geschalteten Sicherungsmaßnahmen, die zentrale politische Kontrolle aller Atomwaffen und »das rote Telefon« zur Information über eine unabsichtlich ausgelöste Atomexplosion ein Ausufern partieller Katastrophen zur apokalyptischen globalen Vernichtung verhindern. Freis Geringschätzung des Risikos menschlichen und technischen Versagens entspricht — übrigens bis in die Begründung hinein — der aktuellen Position der Bundesregierung (vgl. Frankfurter Rundschau v.3.2.84), bemerkenswerterweise auch in der Kennzeichnung der westeuropäischen Friedensbewegung als »Friedensbewegung«, die sich die sowjetischen Überlegungen »zu eigen gemacht« habe (58). — Im Gegensatz zu dieser technikgläubigen Einschätzung räumt das US-Verteidigungsministerium selbst in einer Studie vom März 1983 ein katastrophales Versagen der militärischen Systeme aufgrund unzulänglicher Computer-Programme und zum Teil »fast chaotischer« software als Möglichkeit ein, als dessen Folge durchaus ein Atomkrieg ausbrechen könne.

Die Lektüre der Studie hinterläßt — zumindest in bezug auf die politischen Aussagen

— einen zwiespältigen Eindruck. Einerseits ist es durchaus richtig, daß die Beschäftigung mit dem Atomkrieg aus (technischem) Zufall von dem viel größeren Risiko ablenkt, das aus der Fehlbeurteilung einer Krisenlage durch die politischen Kommandostellen entsteht: die Über- oder Unterschätzung der gegnerischen Absichten ist rational nicht auszuschalten, zumal die Aussagen der strategischen Doktrinen auf nichts weiter als politischen Lageeinschätzungen und Werturteilen beruhen (41). Besser gesagt: die sogenannte »worst-case-analysis«, die dem Gegner die schlimmsten Absichten unterstellt und die eigenen Kräfte immer als die relativ schwächeren annimmt, gehört zum Standardreservoir militärstrategischen Denkens und provoziert tendentiell Über- und Präventivreaktionen.

Andererseits hat im Gegensatz zu Freis Annahme die historisch-kritische Forschung auch mit Fakten nachweisen können, daß es kein »Hineinschlittern« in den Ersten Weltkrieg gab, wo »die beteiligten Regierungen nach wenigen Tagen bereits nicht mehr (verstanden), warum und wozu sie eigentlich kämpften« (19). Die absichtsvolle Kriegsführungs- und Annektionspolitik des deutschen Kaiserreiches ist in der sogenannten »Fischer-Kontroverse« (Fritz Fischers neueste Publikation »Wir sind nicht hineingeschlittert« erschien 1983 als Rowohlt-Taschenbuch) detailliert aufgedeckt worden. Insofern ist eine Festlegung dessen, was »ungewollt« und was »bewußt« geschieht, in der historischen Konkretion schwierig und verbietet auf jeden Fall die immer wieder anzutreffende Anführung des Ersten Weltkriegs als Beispiel eines unabsichtlichen Kriegsausbruchs.

Freis Ansatz, in einer Synopse die risikoe erhöhenden und -vermindernden Einflüsse auf die *ungewollte* Auslösung eines globalen Atomkriegs gegeneinander abzuwägen, bringt dem Leser aufgrund der Vielzahl der einbezogenen Aspekte eine vollständig zu nennende Aufzählung und Einschätzung der *Anlässe*, die zur atomaren Apokalypse führen können; viel weniger aber findet man über die *Ursachen*, die zunächst in der Macht- und Herrschaftsstruktur des internationalen Systems zu suchen sind, sofern — und das fehlt bei Frei als traditionellem Politikwissenschaftler — man dieses System nicht nur als Tummelplatz nationalstaatlicher Akteure sieht, sondern als primär sozialökonomischen Zusammenhang der Verflechtung von Weltwirtschaft und Weltpolitik. Die »Systemkonkurrenz als Strukturpolitik der internationalen Politik« (U. Schmieder) muß ernstgenommen werden, gerade angesichts messianischer Töne über die »Verichtung des Bösen«, die sich als ideologisches Hauptziel Reaganscher Außenpolitik darstellt: die Eindämmung des konkurrierenden *Sozialsystems* ist zumindest eines von mehreren Motiven des führenden Staates im kapitalistischen Weltsystem und keineswegs Produkt paranoider Phantasie kommunistenfreundlicher Wissenschaftler.

Reinhard Körner (Berlin/West)

Halliday, Fred: *The Making of the Second Cold War*. Verso Editions and New Left Books, London 1983 (280 S., br., 5.95 £)

Um mit der Schlußfolgerung anzufangen: es ist mehr als begrüßenswert, daß die deutsche Übersetzung demnächst im Verlag »Neue Kritik« herauskommt — denn dies ist eine aktuell-politische Bestandsaufnahme und Ortsbestimmung, wie sie dringend notwendig war und glänzend gelungen ist. Ich würde sagen: »Pflichtlektüre«. Und das aus zwei Gründen: erstens wegen der Fülle des verarbeiteten und auch in den Einzelheiten übersichtlich präsentierten Materials, und zweitens wegen der Klarheit und Durchsichtigkeit des politisch-analytischen Rahmens, der ebenso zwingend ist, wie er Differenzierungen und Widersprüchlichkeiten im einzelnen zuläßt, ja auch immer wieder offen ausspricht.

Halliday gibt eine Art Zeitgeschichte der 70er Jahre mit ihrem empirischen Höhe- und analytischen Bezugspunkt in der Präsidentschaft Reagan, die für jedermann sichtbar eine deutliche Verschärfung des sogenannten internationalen Klimas gebracht hat; das versucht Halliday zu erklären und auf den Begriff des Zweiten Kalten Krieges zu brin-

gen. Als allgemeinste Bestimmung geht er von einer alt-neuen, aber erstaunlicherweise fast vergessenen und verdrängten Wahrheit aus, nämlich daß der Ost-West-Konflikt keine Erfindung, kein Phänomen der sogenannten »Erscheinungsebene«, sondern vielmehr seit nunmehr fast siebzig Jahren eine historische Realität ist, nämlich die des — wie immer seitdem verzerrten und verkehrten — großen sozialen Konfliktes zwischen Kommunismus und Kapitalismus; Halliday beruft sich dabei unter anderem auf eine zu Unrecht vergessene kleine Schrift des großen Trotzisten Isaac Deutscher vom Ende der 50er Jahre, nämlich »The Great Contest«. Nur dieser historisch-globale Systemkonflikt machte den Ersten Kalten Krieg (1945-53) möglich (wenn auch nicht notwendig) und ist die Bedingung der Möglichkeit auch des Zweiten Kalten Krieges.

Daß es zur Neuauflage des Kalten Krieges kommen konnte, dazu bedurfte es mehrerer Faktoren. »Hauptverantwortlich« ist der relative Hegemonieschwund der USA im Gesamtkontext und das Erstarren autonomer Kräfte und Bewegungen in der »Dritten Welt«, die den zeitweise stabilisierten Ost-West-Konflikt wieder in Bewegung gebracht haben (seit den 70er Jahren). Der Rüstungswettlauf ist dabei ein wichtiger Faktor mit einer eigenständigen politischen Logik — sei es der Rückgewinnung amerikanischer Hegemoniepositionen im Weltmaßstab, sei es der sowjetischen Entscheidung (Ende der 60er Jahre), auf »Parität« zu drängen, was ihr tatsächlich nichts als den verschärften Rüstungsschub eingebracht bzw. den USA den willkommenen Vorwand zum Weiterrüsten gebracht hat. Überhaupt hält Halliday mit großer Überzeugungskraft fest: es war und ist der »Westen, der für die Verschärfung des Konfliktes in der heute dramatischen Form verantwortlich ist, aber es war und ist zugleich der »Osten«, der schwere politische Fehlentscheidungen traf und den USA den willkommenen Vorwand für ihre aggressive Politik lieferte. Und solche »Vorwände« haben ihr spezifisches politisches Gewicht, geben die notwendigen Legitimationen ab, ohne die auch eine so eindeutige Klassenpolitik wie die der heutigen USA-Führungsklasse nicht auskommen kann. Insofern ist die heutige Kalte-Kriegs-Krise auch von der sowjetischen Führungsgruppe nicht unwesentlich mitverschuldet. Auch übrigens, wie Halliday belegt, von der opportunistischen Globalpolitik der VR China, die den USA gewissermaßen den Rücken freigemacht hat für ihren Versuch, das »Rad der Geschichte zurückzudrehen«, das heißt zu einer Situation reiner und unbestrittener Hegemonie, wie sie nur für wenige Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg bestand, zurückzukehren.

Halliday ist auch da überzeugend, wo er in synthetischer Manier das globale ökonomisch-militärische Gewicht im Weltmaßstab vergleichend vorführt und zeigt, daß die faktische Vorherrschaft zu keiner Zeit und auf keinem relevanten Gebiet je ernsthaft in Frage gestanden hat — es ist nur das relative Gewicht der USA zurückgegangen, vor allem aber ist die innere ideologisch-politische Legitimation der herrschenden Klasse gefährdet, genug, um eine demagogisch umgesetzte Paranoia zu produzieren, an deren vorläufigem Ende der Reagansche Wahlsieg und die Re-Ideologisierung der amerikanischen Innen- und Außenpolitik stand und steht. Aber er ist auch nicht ohne Hoffnung, wenn er die großen Widerstände darstellt, die dem Reagan-Projekt innen- und weltpolitisch entgegenstehen; die Friedensbewegungen sind nicht der geringste. Die kritischen Fragen wiederum, die er abschließend an die westeuropäischen Friedensbewegungen stellt — ihre Verweigerung vor allem von Organisationen und Machtpolitik — sind als kritische Denkanstöße mehr als nur beherzigenswert: sie verdienen diskutiert zu werden.

Ekkehart Krippendorff (Rom)

Bergmann, Theodor, Ulrich Menzel und Ursula Menzel-Fischer (Hrsg.): Liu Shaoqi. Ausgewählte Schriften und Materialien Bd.1 und 2. Edition cordeliers, Stuttgart 1982 (345 und 391 S., br., zus. 25,- DM)

Der ehemalige chinesische Staatspräsident Liu Shaoqi wurde während der Kulturrevolu-

tion als »Machthaber in der Partei, der den kapitalistischen Weg geht«, zum Parteifeind Nummer Eins erklärt und starb 1969 unter bisher ungeklärten Umständen. Seine posthume Rehabilitierung im Frühjahr 1980 gab den Anstoß für die Herausgeber, eine Auswahl von Liu Shaoqis Reden und Schriften zu publizieren. Die sorgfältig aufbereitete Auswahl wird eingeleitet mit einer Einführung zu Leben und Werk Lius von U. Menzel und mit dem Versuch einer »politisch-historischen Einordnung« von Th. Bergmann abgeschlossen. Eine ausführliche Bibliographie der in englischer und deutscher Sprache erschienenen Schriften Lius wurde von U. Menzel-Fischer zusammengestellt. Abgerundet wird die zweibändige Ausgabe mit einem Bilddokumententeil zum Leben Liu Shaoqis. Mit ihrer Textzusammenstellung verfolgen die Herausgeber zwei Ziele: »Erstens sollen die wichtigsten seiner ... Schriften und Reden dokumentiert werden. Zweitens soll ein Überblick über die vielfältigen Aspekte seines Werkes ... vermittelt werden.« (1/8) Die Bücher sind an ein nichtsinologisches Publikum gerichtet, das an chinesischer Parteigeschichte und sozialistischer Theoriebildung interessiert ist.

Der erste Band umfaßt eine Auswahl der Schriften Lius aus der Zeit vor Gründung der Volksrepublik (1939-1948) und enthält neben so bekannten Schriften wie zum Beispiel »Internationalismus und Nationalismus«, »Über die Partei«, »Über den innerparteilichen Kampf« und »Wie man ein guter Kommunist wird« auch weniger verbreitete Beiträge wie zum Beispiel »Selbstschulung in Organisation und Disziplin« oder »Der Klassencharakter des Menschen«. Zeitgleich mit der deutschen Ausgabe erschien in Peking der erste Band einer insgesamt auf zwei Bände angelegten chinesischen Ausgabe der »Ausgewählten Werke Liu Shaoqis«, der ebenfalls die Arbeiten Lius aus der Zeit vor 1949 zum Inhalt hat. Die Herausgeber der deutschen Ausgabe weisen darauf hin, daß in der chinesischen Ausgabe mehrere Texte fehlen, die bei ihnen aufgenommen wurden. »Offenbar ist die Auswahl des Volksverlages durch das Bemühen bestimmt, auf alle mit dem neuen Kurs nicht vereinbaren Äußerungen Lius zu verzichten.« (1/8) Diese Begründung ist plausibel: Mit der Schrift »Internationalismus und Nationalismus« (1948) beispielsweise schloß Liu sich nach dem Bruch zwischen Jugoslawien und der Sowjetunion der Verurteilung Titos durch das Kominform an. Eine solche Position widerspricht der aktuellen Politik ebenso wie etwa Lius besondere Hervorhebung der Bedeutung des Klassenstandpunktes in »Der Klassencharakter des Menschen«. Die Herausgeber der deutschen Ausgabe intendieren, den Zusammenhang zwischen gesellschaftstheoretischem Gehalt der Schriften Liu Shaoqis und der jetzigen Politik deutlich zu machen (1/7); wenn sie daher Widersprüche in den Äußerungen Lius bzw. zwischen einzelnen Positionen Lius und der aktuellen Modernisierungspolitik dokumentieren, so hätte gerade diesen in den editorischen Beiträgen besonderes Augemerk geschenkt werden müssen. So aber bleibt der Leser mit diesen Widersprüchen allein. Ein Vergleich mit der chinesischen Textauswahl läßt zudem fragen, warum überhaupt kein Beitrag aus der Frühphase, in der Liu Shaoqi als führendes Mitglied der Gewerkschaftsbewegung tätig war, aufgenommen wurde, zum Beispiel »Über die Änderung von Slogans« (1928) oder »Kritik an der Taktik 'Aus den gelben Gewerkschaften austreten'« (1932).

Im zweiten Band ist eine Auswahl von Schriften und Materialien Liu Shaoqis aus der Zeit nach Gründung der Volksrepublik versammelt. Sie umfaßt sechs Beiträge Lius aus den fünfziger Jahren, die unter anderem die gegensätzlichen Positionen des VIII. Parteitags 1956 und des 2. Plenums des VIII. Parteitages 1958 (auf dem die Gründung der Volkskommunen beschlossen wurde) dokumentieren. Außerdem enthält der zweite Band eine Zusammenstellung der wichtigsten Materialien zum »Fall Liu Shaoqi« während der Kulturrevolution. U. Menzel problematisiert zu Recht, daß eine Beurteilung der Schriften Lius nach Gründung der Volksrepublik schon allein deshalb schwierig sei, weil er sich in der Öffentlichkeit immer als Sprecher von Partei- oder Staatsgremien geäußert hat (1/26). Diese Schwierigkeit der Auslegung drückt sich in den Beiträgen der

Herausgeber zum Teil in ganz entgegengesetzten Interpretationen der Position Lius aus. Während U. Menzel etwa die Auffassung vertritt, daß Liu in der Frage des sowjetisch-chinesischen Konfliktes keine von der Parteilinie abweichende Haltung einnahm (1/29), impliziert »Lius Linie« für Th. Bergmann den Verzicht auf eine weltpolitische Konfrontation mit der Sowjetunion (2/312, 313).

Aufgrund solcher Ungereimtheiten trägt leider der interpretative Teil nur wenig zum genaueren Verständnis der gesellschaftstheoretischen Position Liu Shaoqis und ihrer Einschätzung als einer möglichen Alternative gegenüber dem Mao-Zedong-Denken bei. Vielleicht hätte hierzu auch eine detailliertere Einordnung der einzelnen Texte Lius nützlich sein können. Hiervon abgesehen, ist es sehr verdienstvoll von den Herausgebern, eine Textauswahl der Arbeiten Liu Shaoqis in deutscher Sprache zusammengestellt zu haben.

Bettina Gransow (Berlin/West)

Lucas, Erhard: Vom Scheitern der deutschen Arbeiterbewegung. Verlag Stroemfeld/Roter Stern, Basel und Frankfurt/M. 1983 (202 S., br., 19,80 DM)

Vielleicht hätte diesem aus der »Perspektive der Subjekte« (177) geschriebenen Buch ein anderer Titel gut getan, denn wenig verbindet es mit den allfälligen und überfälligen »Abschieden vom Proletariat«. Wer es auf dieser Ebene zu verstehen sucht, wer eine die objektiven Tatbestände des Scheiterns der Arbeiterbewegung erklärende Antwort im Sinne des Titels erwartet, kann nur enttäuscht werden wie V. Ulrich kürzlich in der Frankfurter Rundschau. Dieses Buch handelt vielmehr, auf eine sehr persönliche Weise, vom Scheitern eines Bewußtseins über die und in der Arbeiterbewegung. Die Stereotype organisierten proletarischen Arbeiterbewußtseins haben ja von Beginn an auch Wissenschaft und Geschichtsschreibung orientiert; und umgekehrt. »Fortschritt, Emanzipation, Sozialismus«, in der Arbeiterbewegung als Glaubensgewißheiten an die Stelle religiösen Bewußtseins getreten, organisierten Analyse der Gegenwart und Perspektive der Zukunft. Aber in der Lebenserfahrung der Arbeiter klaffen Alltagsgeschehen und objektiviertes Geschichtsbild der Bewegung unweigerlich auseinander. Politische Entwicklung des einzelnen, Sexualität und Tod gehorchen, wenn überhaupt, anderen Gesetzen. Diesen Diskrepanzen geht das Buch auf drei Ebenen mit großem Spürsinn und — hinsichtlich der eigenen Biographie des Verfassers — einer produktiven Schamlosigkeit nach.

Vielleicht ist dieses Wort unangemessen; jedenfalls soll es nichts Negatives sagen. Es hat nichts von jenem Exhibitionismus der »Neuen Subjektivität« an sich, wenn der Autor von sich, vom Aufbrechen seiner eigenen Stereotype, schließlich auch von seiner Verzweiflung, seiner Hoffnung, seinem Glauben berichtet. Seine Biographie, der Weg aus dem evangelischen Pfarrhaus über die Theologie, den Sozialismus des SDS bis zu einem geschichtsphilosophischen Skeptizismus auf der Basis eines in seiner Naivität anrührenden Glaubens an die Möglichkeit »einer Welt des Friedens, des Glücks und der Gerechtigkeit« (188) ist, mehr als es dem Verfasser vielleicht bewußt wird, in seine Analysen der objektiven Geschichte verwoben. Lucas berichtet über Gespräche mit dem pensionierten Steiger S., dessen Vater in der Niederschlagung der »März-Revolution« wie viele andere kaltblütig vom »Weißen Terror« ermordet wurde, darüber, daß er und seine Frau ein Leben lang unter einem Schweigen litten, das sie selbst auch nicht, nicht einmal gegenüber dem eigenen Sohn, zu brechen vermochten. Mit achtundsiebzig Jahren begehrt die Frau des S. Selbstmord: »nach fast fünf Jahrzehnten ereilt sie das Schicksal von 1920« (40), die Angst, der Mann möge vor ihr »abgeholt« werden. Das alles ist mit großer Eindringlichkeit empfunden und ohne Pathos erzählt.

Auf der dritten Ebene und das Zentrum des Buches ausmachend die Darstellung und Analyse von »Sozialismus als gesetzmäßigem Fortschritt«, »Wissenschaft als Gegenkonzept zur Religion« (71ff.), erfolgt eine mit den soliden Mitteln des Fachhistorikers

erarbeitete Entfaltung der zentralen These über einen Sozialismus, der versucht, »die Religion zu beerben« (89), und den Konsequenzen, die das im Alltagsleben und -bewußtsein von Arbeitern angesichts der Niederlagen der Bewegung haben mußte: »Wenn der Mensch zum ausführenden Organ eines kosmisch-menschheitlichen Entwicklungsgesetzes wird, verlangt das auf der Gefühlsebene einen totalen Zukunftsoptimismus. Dieser Optimismus bewirkt, daß niemand sich traut, die Empfindung der Vergeblichkeit des Kampfes oder gar der Vergeblichkeit des eigenen Lebens im öffentlichen Gespräch zuzulassen. In jener Niederlage aber und angesichts des Todes wird diese Erfahrung unabweisbar.« (100) Deshalb müssen also beide verdrängt werden; auf der Ebene der Traditionsbildung von Organisationen und Bewegungen ebenso, wie vom Steiger S. und seiner Frau und jedem einzelnen Arbeiter im individuellen Leben. Und in einer bestimmten Art von Wissenschaft, in der jede Niederlage der Arbeiterbewegung als eine vorläufige, ja als ein Schritt zum endlich doch unbezweifelbaren (End-)Sieg erscheint, allemal. Für Lucas' eigene Stellung als Historiker und Sozialist mußte deshalb die Verbindung der drei Ebenen unvermeidlich werden, seine persönliche Entwicklung für ihn selbst (und den Leser) zu einem objektiven Faktum, das bei einer Darstellung der Geschichte nicht ausgeklammert werden konnte.

Auch da, wo es nicht dessen eigene Geschichte wiedergibt, wird dieses Buch den Leser berühren. Auch wo die Entwicklung seines Verfassers kein allgemeines Muster abgeben kann, es auch gar nicht versucht, diesen Eindruck zu erwecken, wird doch die Frage nach einer geschichtlichen Auflösung des angesprochenen »Schweigens«, der permanenten Verdrängung der Erfahrungen der Menschen aus der »offiziellen« Ideologie und Geschichtsschreibung ein Problem für uns alle. Das Ziel, daß der Mensch seine Geschichte eines Tages in Freiheit selbst und bewußt gestalten werde, bleibt ja an die Voraussetzung gebunden, daß bewußtes Sein der Individuen und objektives Bewußtsein als gelebte und gemachte Geschichte nicht mehr auseinanderklaffen. Michael Th. Greven (Marburg)

Seibel, Wolfgang: Regierbarkeit und Verwaltungswissenschaft. Ideengeschichtliche Untersuchung zur Stabilität des verwaltenden Rechtsstaates. Campus Verlag, Frankfurt/M. und New York 1983 (341 S., br., 58,- DM)

Der Autor setzt sich in seiner bereits 1982 als Dissertation vorgelegten Studie zwei Ziele: Zum ersten sollen Krisenerscheinungen wie Bürokratisierung, Gesetzesflut und Legitimationsverlust auf ihren politisch-soziologischen Gehalt hin erhellt und unter dem Begriff der Regierbarkeit zusammengefaßt werden. Zum zweiten stellt der Autor die Frage, »welche Beiträge die Verwaltungswissenschaft zur Verringerung der hier angelegten 'Regierbarkeits'-Risiken leisten kann« (9). Die vorgelegte Studie soll hierbei »einen Beitrag zur Integration der Verwaltungswissenschaft selbst« (23) leisten.

Regierbarkeit wird interpretiert als »ein soziologisches Grundproblem« (69); als »der Zusammenhang von *Komplexität und Identität in sozialen Ordnungen*« (69). Die Grundfrage lautet für den Autor (im Anschluß an Marx und Weber): »wie 'entfremdete' nicht-identitäre soziale Ordnungen sich stabil halten« (69). Als Zugang zur Klärung dieser Frage verwendet der Autor das *Erklärungsmodell des Integralen Staates*, das er unter Bezugnahme auf »so unterschiedliche Theoretiker wie Rudolf Smend und Antonio Gramsci« (9) entwirft. Können in weniger komplexen Gesellschaften Probleme des sozialen Wandels durch Anpassungen sozialer Institutionen gelöst werden, so ist dies in komplexen Gesellschaften nicht mehr möglich. In ihnen muß vielmehr der Staat »die institutionellen Anpassungsleistungen ... 'überwachen'« (88) oder sogar »selbst als Agent sozialen Wandels auftreten« (88). Der Staat wird zum Zentrum der Systemintegration und muß zur Wahrnehmung dieser Funktion »hinreichend differenzierte Bearbeitungsformen« (93) ausbilden. Dies erfolgt über den Mechanismus der strukturellen Differenzierung organisatorischer (bürokratische Verwaltung) wie rechtlicher Art (Rechtsstaat).

Doch stößt zunehmende Differenzierung an Grenzen: Die Komplexität staatlichen Handelns wird sowohl für die Staatsleitung als auch für die Bürger und durchschaubar, was sich zum einen als Steuerungsverlust und zum anderen als Legitimationsverlust staatlichen Handelns manifestiert. Der Staat kann sich diesen Risiken der Überdifferenzierung — so die These des Autors — nur entziehen, wenn er seine Formalstrukturen ideologisch überlagert, wenn er mithin zum *Integralen Staat* wird. »Die Alternative zur Differenzierung staatlicher Steuerungsinstrumente kann ... nur in der Stärkung ideologischer Integration liegen« (277). Dieser Staat ist nicht mehr zweckhafte Organisation allein, er stellt sich auch als selbstzweckhafte Institution dar. Der Integrale Staat wird zur Quasi-Institution, indem er seiner strukturellen Differenzierung einen quasi-natürlichen Charakter verleiht. Die »Kunst des Regierens« besteht im Ausbalancieren »von selbstzweckhaften und zweckgerichtet-instrumentellen Handlungsorientierungen« (153). Diese Kunst wird in dem Maße erschwert, in dem »einem) *Übermaß an Differenzierung ... ein Defizit an ideeller Integration gegenübersteht*« (171). Für die Bundesrepublik Deutschland stellt der Autor hierbei fest, daß »das Fehlen eines ideologischen Integrationssystems offenkundig« (172) ist, und daß deshalb sich das Interesse verschiebt hin zur »strukturelle(n) Ursache von Schwerregierbarkeit ...: im *Apparat* des Staatshandelns, in der öffentlichen *Verwaltung*« (175). Hier ist die Verwaltungswissenschaft als jene Disziplin angesprochen, die sich systematisch mit Verwaltungshandeln beschäftigt. Dabei will der Autor die Verwaltungswissenschaft unter dem Aspekt diskutieren, inwieweit sie »in der Lage [ist], die Risiken für die staatliche Handlungsfähigkeit zu erfassen, die im Spannungsverhältnis von struktureller Selbstdifferenzierung des Staates und seiner Eigenschaft als Zentrum ... ideologischer Integration angelegt sind« (175).

Bei dieser Diskussion »der wichtigsten rechts- und sozialwissenschaftlichen Ansätze« (9) der Verwaltungswissenschaft(en) unterscheidet der Autor zwei Grundtypen: *monistische Ansätze*, »die die Stärkung des staatlichen Entscheidungs- und Handlungszentrums 'Regierung' gegenüber der Gesellschaft *und* gegenüber dem strukturell differenzierten Geflecht des Staatsapparats zum Anliegen haben« (189); und *pluralistische Ansätze*, »die die strukturelle Differenzierung des Staates als Chance für die Handlungsfähigkeit des Staates in komplexen Gemeinwesen begreifen« (211). Dabei kommt der Autor zu dem abschließenden Urteil, daß keiner der beiden Ansätze (wie auch ihre verschiedenen Varianten) in der Lage ist, das Problem der Regierbarkeit im Integralen Staat adäquat zu erfassen. So ignorieren die monistischen Ansätze im allgemeinen das Risiko instrumenteller Überdifferenzierung und unterschätzen die ideologische Entlastung des Staatshandelns bzw. sind, wie im Falle des Dezisionismus, nicht in der Lage, »das Risiko der ideologischen Einschränkung staatlicher Handlungsfähigkeit (zu) berücksichtigen« (297). Aber auch die pluralistischen Ansätze »ignorieren den Faktor der ideologischen Integration ganz« (293) und lassen auch »die naheliegende Frage (...) unberücksichtigt ..., wie denn diese strukturelle Differenzierung des Staates re-integriert wird« (294). Die unterschiedlichen Ansätze der Verwaltungswissenschaft können somit die Regierbarkeitsrisiken des Integralen Staates kaum erfassen, da sie die Ideologieproduktion durch den Staat nicht thematisieren bzw. im Falle einer solchen Thematisierung die Gefahr einer möglichen »Über-Ideologisierung« in Form der Negation von Handlungsalternativen aus dem Auge verlieren. So bleibt dem Autor abschließend nur noch der Vorschlag, Verwaltungswissenschaft als deskriptive zu konzipieren, wobei diese »*Empirie des Integralen Staates ...* Anschluß finden (müßte) an eine Ideologietheorie des Staatshandelns« (299). Eine solche Verwaltungswissenschaft stellt die *Implementationsforschung* dar, die »die Wirkungsweise staatlicher Steuerungsinstrumente unbefangen analysieren« (298) und damit gerade deren Grenzen aufzeigen kann. Verwaltungswissenschaft wird in ihren Möglichkeiten erst dann ausgeschöpft, »wenn sie in eine *Theorie der 'Regierbarkeit'* und das bedeutet ... letztlich auch in eine *Theorie der Innenpolitik* eingebunden ist« (299).

Die Untersuchung leistet zweierlei: Sie gibt einen gelungenen, materialreichen (43 Seiten Literaturverzeichnis) und benützerfreundlichen (zahlreiche Zusammenfassungen) Überblick über die Fähigkeit verwaltungswissenschaftlicher Ansätze, eine soziologische Thematisierung aufzunehmen. Zum zweiten wird eine Forschungsperspektive aufgezeigt, die nachdrücklich betont, daß der Staatsapparat »immer auf ideologische Rückbindung angewiesen ist« (296). Damit gewinnt der Stellenwert der Ideologiekonstruktion im Zusammenhang mit dem Problem der Regierbarkeit erhöhte Bedeutung, auch und gerade, wenn man die Renaissance konservativer und populistischer Ideologien berücksichtigt. Nicht nur einen Überblick über bereits Gedachtes zu liefern, sondern auch Denkanstöße für Noch-Nicht-Gedachtes zu geben, darin dürfte der vorrangige Verdienst dieser Studie liegen.

Gerd-Uwe Watzlawczik (München)

Zweites Lernfest Gesamtschule Steilshoop

Noch mehr als beim 1. Lernfest werden Aktive aus den sozialen Bewegungen selbst, Praktiker und Betroffene ihre Erkenntnisse und Erfahrungen vermitteln und zur Diskussion stellen. Es geht in den Vorträgen und Podiumsdiskussionen, Werkstattgesprächen und Workshops um die Linken und die Medien – historisch (Münzenberg) und aktuell (Medienpolitik in Hamburg, Kultur im elektronischen Zeitalter, Kinder und neue Medien), und um avantgardistische Kunst und Politik (Luigi Nono, eine antimilitaristische Oper). Automatisierung in der Arbeit und ihre Folgen: Forschungsprojekte und der Werkkreis Literatur der Arbeitswelt diskutieren. 'Ästhetik des Widerstands' und widerständiges Handeln: Gegner des Faschismus (Gewerkschafter, Kommunisten, Christen und Angehörige von Jugendbewegungen) vermitteln und kritisieren ihre Erfahrungen. Geschichte der Zauberei und Zauber der Wende: Faszination der Täuschung: Ideologie der Privatisierung; Gebärpolitik und Frauenunrecht; u.v.a.m.

Dabei sind u.a.: Inge Ammonn, Anne Albers, Hartmut Fladt, Freundschaftsgesellschaft BRD-CUBA, Greenpeace, W.F.Haug, Jost Hermand, Heinz Hengst, Wolfgang Jantzen, Kaspar Maase, Wittulf Malick, Thomas Metscher, Regine Meyer, Barbara Nemitz, Neuer Chor Hamburg, Schülertheater Steilshoop, Rolf Suhrmann, Tuten und Blasen, Erich Wulff.

TERMINÄNDERUNG 28. – 30. SEPTEMBER 1984

Kontaktadresse: **Gemeinsam Lernen e.V.**
(VOLKSUNI Hamburg)
Jarrestraße 20-26
2000 Hamburg 60
Telefon: 040/270 32 09

**Volks.
uni
Hamburg**

Gegen Vorkasse auf unser Konto
Postscheckamt Hamburg
Knt.Nr.: 547 57 - 209
versenden wir für
DM 20.- die Gesamtkarte
DM 6.- das Programm buch

Bürozeiten ab 20. August 1984 täglich 14-18 Uhr

Druck-, Arbeits- und Mietkosten fallen vor Beginn des Lernfestes an. Deshalb brauchen wir Spenden und Vorauszahlungen der Teilnehmerbeiträge. Helft mit, das 2. Lernfest durch eure Spenden zu finanzieren!

Verfasser/innen

A: = Arbeitsgebiete; **V:** = Veröffentlichungen; **M:** = Mitgliedschaften

Albers, Detlev, 1943; Dr.phil., Hochschullehrer im Studiengang Politikwiss. an der Univ. Bremen; Mithrsg. der spw. V: *Demokratie und Sozialismus in Italien* (1978); *Kapitalistische Krise und Strategien der Eurolinken* (Mithrsg., 1982); *Versuch über Otto Bauer und Antonio Gramsci: Zur politischen Theorie des Marxismus* (Argument-Verlag 1983).

Albert, Claudia, 1953, Dr.phil., Wiss. Mitarbeiter an der FU Berlin. V: *Der melancholische Bürger* (1983). A: 18. Jh., Exil, Literaturtheorie, Ästhetik. M: GEW.

Alienhoff, Andreas, geb. 1954; M.A. (Germanistik/Philosophie).

Anders, Günther, 1902; promoviert 1923 bei E. Husserl; Mitinitiator der internat. Anti-Atom-Bewegung. V: *Der amerikanische Krieg in Vietnam oder philosophisches Wörterbuch heute*, in *Argument* 45 (1967); *Die Antiquiertheit des Menschen*, Bd.1 (1956) u. 2 (1980); *Ketzereien* (1982).

Auernheimer, Gustav, 1951; Dipl.-Soz., Doktorand. A: Kritische Theorie, Parteiensoziologie, Geschichte der deutschen und österreichischen Sozialdemokratie

Bachorski, Hans-Jürgen, 1950; Dr.phil., wiss. Mitarbeiter an der FU Berlin. V: *Geld und soziale Identität im »Fortunatus«* (1984). A: Literaturgeschichte 12.-16. Jh.

Bell, Anni, 1951; Dipl.-Sozialarbeiterin. M: Frauenreferat der Österreichischen Hochschülerschaft.

Blankenburg, Martin, 1949; M.A.phil., Übersetzer, Lehrbeauftragter. V: Aufsätze zu Saint-Simon, Dietzgen und Mesmer. A: Historische Wissenschafts- und Mentalitätsforschung, politische Ideengeschichte.

Breger, Herbert, 1946; Dr.phil., Wiss. Angestellter am Leibniz-Archiv. V: *Die Natur als arbeitende Maschine* (1982); A: Wissenschaftsgeschichte, -theorie und -soziologie.

Bukow, Wolf-Dietrich, 1944; Dr.phil., Priv.Do. an der Univ. Köln. V: *Ritual und Fetisch in fortgeschrittenen Industriegesellschaften* (1984); *Subjektivität und freie Wissenschaften* (1980). A: Alltags-, Kultur- und Religionssoziologie.

Burgdorf, Dagmar, 1948; Dr.rer.pol. A: Arbeiterbewegung, Frauenbewegung. M: GEW, DFI.

Fried, Erich, 1921; floh 1938 nach der Besetzung Österreichs nach England, seit 1946 freier Schriftsteller, lebt in London. Letzte V: *Lebensschatten. Gedichte* (1981); *Das Unmaß aller Dinge. Erzählungen* (1982); *Beunruhigungen. Gedichte* (erscheint 1984).

Gransow, Bettina, 1949; Dr.phil., Lehrbeauftragte am Ostasiatischen Seminar der FU Berlin. V: *Soziale Klassen und Schichten in der VR China* (1983). A: Wirtschaft und Gesellschaft des modernen China; Vergleich soz. Gesellschaften. M: ÖTV.

Greven, Michael Th., 1947; Dr.phil, Prof.f.Politikwiss. und Soziologie an der Univ. Marburg. V: *Systemtheorie und Gesellschaftsanalyse* (1974); *Parteien und politische Herrschaft* (1977); *Essays on History and Policy of Science* (1982).

Grohmann, Martin, 1954; Studium der Geschichte und Germanistik; Lehrer. A: Geschichte der Arbeiterbewegung.

Haug, Frigga, 1937; Dr.phil.habil., Wiss. Mitarbeiterin an d. Hochschule f. Wirtschaft u. Politik Hamburg; Hrsg. d. *Argument*, Mitglied der Frauenredaktion. V: *Argument-Sonderbände zur Automationsforschung* 7, 19, 31, 43, 55, 67 (zus. mit Projekt Automation und Qualifikation, 1975ff.); *Frauenformen*, AS 45 (Hrsg., 1980), AS 90 (Hrsg., 1983). M: BdWi, ÖTV, SFB Westberlin und Hamburg.

Haug, Wolfgang Fritz, 1936; Dr.phil., Prof. f. Philosophie an der FU Berlin. V: *Kritik der Warenästhetik* (1971, ¹1983); *Bestimmte Negation* (1973); *Vorlesungen zur Einführung ins »Kapital«* (1974, ²1976); *Theorien über Ideologie* (Mitautor, ²1982); *Warenästhetik und kapitalist. Massenkultur I* (1980); *Der Zeitungsroman oder Der Kongress der Ausdrucksberater* (Realsatire, 1980). A: Projekt Ideologietheorie. M: GEW.

Heinrich, Gisela, 1954; arbeitslose Lehrerin. V: *Geschlechterverhältnisse und Frauenpolitik*, AS 110 (Mitautorin, 1984). A: Frauenpolitik, Erziehung und Frauen. M: GEW, SFB Hamburg.

Heller, Peter W., 1957; Dipl.-Volkswirt, Doktorand. A: Umweltökonomie, Theorie des informellen Sektors. M: Öko-Institut Freiburg e.V.

Hermund, Jost, 1930; Dr.phil., Prof. f. deutsche Literatur an der University of Wisconsin; Mithrsg. der AS-Reihe *Literatur im historischen Prozeß*. V: *Konkretes Hören. Zum Inhalt der Instrumentalmusik* (Argument-Verlag 1981); *Orte. Irgendwo. Formen utopischen Denkens* (1981); *Die Kultur der Bundesrepublik*, Bd.1 (1984).

Jäger, Michael, 1946; Dr.phil., z.Zt. arbeitslos. V: *Über Macht und Parteien*, in: *Marxismus und Theorie der Parteien*, AS 91 (1983). A: Parteien, Neokorporatismus, Wissenschaftstheorie. M: GEW, DVPW.

Jochem, Klaus, 1958; Studienreferendar (Germanistik/Politik). V: *Widerstand und Ästhetik bei Peter Weiss*, SH 60 (1984). A: Materialist. Literaturwiss. M: GEW.

Körner, Reinhard, 1946; Dipl.-Sozialwirt. A: Militär- und Rüstungsanalysen.

Kramer, Dieter, 1940; Dr.phil., Wiss. Mitarbeiter im Dezernat für Kultur und Freizeit der Stadt Frankfurt. A: Freizeit, Kulturtheorie, Kulturgeschichtliches Museumswesen, Kulturpolitik. M: GEW, Naturfreunde, Kulturpolitische Gesellschaft.

- Kramer, Jürgen**, 1946; Dr.phil.habil.; Wiss. Mitarbeiter der Univ. Bielefeld. V: *English Cultural and Social Studies* (1983); *Curriculum Englisch* (Mitautor, 1984); *Englisch-alternativ*, AS 115 (Mithrsg., 1984). A: Literatur-/kulturwiss. Theoriebildung (Cultural Studies); Fachdidaktik Englisch.
- Krippendorff, Ekkehart**, 1934; Dr.phil., Hochschullehrer an der FU Berlin. V: *Reisebuch Italien* (Mitautor, 1979/81); *Staat und Krieg. Zur Genesis und Logik politischer Unvernunft* (1985). A: Internat. Politik, Geschichte, Friedensforschung.
- Kröll, Friedhelm**, 1945; Dr.phil.habil.; Soziologe. V: *Gruppe 47* (1977); *Rechtspopulistischer Kommunalismus*, in: AS 51 (1980); *Vereine* (1982). A: Literatur- und Kultursoziologie, Biographie-Forschung.
- Loiperdinger, Martin**, 1952; Wiss. Mitarbeiter am FB Gesellschaftswissenschaften der GH Kassel. V: *Hessen unterm Hakenkreuz* (Mitautor, 1983). A: Polit. Theorien, Öffentlichkeiten, Filmanalyse.
- Meijvogel, Maria**, 1951; Dipl.-Päd.; Koordinatorin für Frauenstudien an der Univ. Groningen (NL). A: Schulpädagogik, Frauenstudien.
- Melber, Henning**, 1950; Dr.rer.pol., Wiss. Mitarb. an der GH Kassel. V: *Our Namibia - A Social Studies Textbook* (1984). A: Südl. Afrika, Entwicklungssoziologie. M: SWAPO of Namibia.
- Metscher, Thomas**, 1934; Dr.phil., Prof. f. Literaturwiss. an der Univ. Bremen. V: *Kunst — Kultur — Humanität* (1982); *Ideologie, Literatur, Philosophie*, in: *Argument* 137/1983; *Der Friedensgedanke in der europäischen Literatur* (1984). M: BdWi, DKP, GEW, Naturfreunde.
- Neufert, Klaus**, 1956; Dipl.-Sozialwirt, Doktorand. A: Sozialphilosophie und Gesellschaftstheorie, Sozialökonomie, Systemforschung.
- Obwald, Dieter**, 1960; Studium der Emp. Kulturwiss. und Politikwiss. Mitarbeiter im Jugendzentrum »Club Remise« in Göppingen.
- Radkau, Joachim**, 1943; Dr.phil., Prof. f. Neuere Geschichte an der Univ. Bielefeld. V: *Deutsche Industrie und Politik von Bismarck bis heute* (zus. m. G.W.F. Hallgarten); *Die deutsche Emigration in den USA; Aufstieg und Krise der deutschen Atomwirtschaft*. A: Zeitgeschichte, Wirtschafts- und Technikgeschichte.
- Rang, Brita**, 1941; Dr.phil.; V: *Pädagogische Geschichtsschreibung in der DDR* (1982). A: Wissenschaftsgeschichte und Geschichte der Mädchenausbildung.
- Rehmann, Jan**, 1953; Studienreferendar (Französisch/Geschichte). V: *Theorien über Ideologie*, AS 40 (Mitautor, 21982); *Faschismus und Ideologie* AS 60/62 (Mitautor, 1980); *Die Kirchen und der deutsche Faschismus*, in: *Ideologische Mächte im deutschen Faschismus*, AS 80 (erscheint 1984).
- Rheinberger, Hans-Jörg**, 1946; Dr.rer.nat., M.A.phil., Dipl.-Biochemiker. A: Molekularbiologie, Wissenschaftsgeschichte.
- Schellhase, Rolf**, 1951; Dr.phil., Lehrbeauftragter am Inst. f. Soziologie der Univ. Münster. V: *Soziologie im Arbeitnehmerinteresse* (1977); *Die industrie- und betriebssoziologischen Untersuchungen der Sozialforschungsstelle Dortmund in den 50er Jahren* (1982). A: Geschichte der Soziologie, Industriesoziologie, Militärsoziologie.
- Schmitz, Ulrich**, 1948; Dr.phil., Akad. Rat für Germanistik/Linguistik an der Uni/GH Duisburg. V: *Gesellschaftliche Bedeutung und sprachliches Lernen* (1978). A: Psycholinguistik, Semantik, Gegenwartssprache.
- Seyffarth, Anne**, 1958; Dipl.-Volkswirtin. M: Öko-Institut Freiburg.
- Steibl, Maria**, 1960; Studium der Geschichte/Kunstgeschichte. A: Geschichte des Frauenstudiums. M: Frauenreferat der Österr. Hochschülerschaft.
- Wackerle, Doris**, 1962; Studium der Romanistik/Geschichte. M: Frauenreferat der Österr. Hochschülerschaft.
- Watzlawczik, Gerd-Uwe**, 1956; Dipl.-Soz., Doktorand, Wiss. Mitarb. an der Univ. München. V: *Soziologie des Wohnens* (Mitautor, 1981). A: Arbeits- u. Berufssoziologie; Staats- und Verwaltungstätigkeit; Stadtsoziologie.
- Weingarten, Michael**, 1954; Studium der Germanistik, Philosophie und Soziologie in Marburg. A: Geschichte der Physik und Biologie, Wissenschaftstheorie.
- Weyer, Johannes**, 1956; Dr.phil., z.Zt. Lehrbeauftragter. V: *Die Entwicklung der westdeutschen Soziologie von 1945 bis 1960* (1984). A: Soziologiegeschichte, Wissenschafts- und Technologiepolitik. M: BdWi, GEW.
- Witt, Kerstin**, 1960; Studium der Erziehungswissenschaft/Psychologie. A: Frau und Sexualität.
- Wolf, Frieder O.**, 1943; Priv.Do. an der FU Berlin, Mitglied der »Grünen im Europäischen Parlament«, Redakteur der »Modernen Zeiten«. V: *Wissenschaftskritik und sozialistische Praxis* (Mithrsg., 1972); *Umwege* (1983); *Für eine subversive Praxis der Philosophie*, in *Argument* 137 (1983). A: Philosophie, Politik.
- Zielinski, Siegfried**, 1951; M.A., Wiss. Mitarb. an der TU Berlin. V: *Veit Harlan* (1981), *Holocaust zur Unterhaltung* (zus. m. F. Knilli, 1982), *Tele-Visionen — Medienzeiten* (Hrsg., 1983).

Demokratie und Recht

2 '84

M. Breitbach: Über politische und rechtliche Legitimitätskriterien von Amnestien

G. Offczors: Die Parteispendenaffäre und ihre (steuer-)rechtliche Behandlung

U. Heinemann: Kriegsschuldfrage und politische Justiz — Der Staatsgerichtshof für die Kriegsschuldigen 1919/20

S. Weil: Polizeikostenerstattung bei Demonstrationseinsätzen

G. Platzdasch: Juristen bei Friedensbewegungen beobachtet ...

H.-J. Friehe: Nochmals: Anwendbarkeit von § 25 Abs. 1 BSHG bei Verweigerung gemeinnütziger Arbeiten im Sinne von § 19 Abs. 2 BSHG

Entscheidungen:

Ausgabe von Warengutscheinen an Asylbewerber nach § 120 BSHG

Befassungsrecht der Gemeindeparlamente mit Anträgen zu »atomwaffenfreien Zonen«

Verunglimpfung der Bundesflagge (§ 90 a StGB) durch eine Fotomontage (»Laßt mich bloß in Frieden«)

12. Jg. 1984

Redaktion: Prof. Dr. Helmut Ridder — vierteljährlich — Einzelheft im Jahresabo 7,60 DM, für Studenten 6,55 DM zuzüglich Versandkosten. Pahl-Rugenstein Verlag, Gottesweg 54, 5000 Köln 51

Kommune

Forum für Politik und Ökonomie

7 '84

M. Kundera: Un Occident kidnappé oder Die Tragödie Zentraleuropas

R. Cantzen: Libertäres zur Gründungserklärung der Ökolibertären

G. Falkenberg und E. Müller: Thesen für eine systemüberwindende Realpolitik

Aus Fehlern lernen? Wie die westdeutsche Atomindustrie mit der Krise der Atomenergie in den USA umgeht

Südafrikanische Schachzüge. Begleitet von amerikanischen Initiativen ordnet Südafrika die Region ganz in seinem Interesse

6 '84

R. Fücks: Haushaltspolitik am Beispiel Bremen: Zwischen Sachzwängen und Utopie

R. Buche: Vom Future-Shock zum Ja zur 3. industriellen Revolution. Zur Technologie- und Industriepolitik der SPD

R. Hoffmann: »Sesam öffne dich. Ich möchte hinaus.« Gedanken nach der Lektüre von Rudolf Bahros Artikel »Kommunewagen«.

J. Schmierer: Rational und radikal. Seiteneinstieg in die grüne Strategiedebatte

A. Biesecker und H. Heide: Alternativökonomie und Restrukturierung des Kapitals
2. Jg. 1984

Redaktion: M. Ackermann, F. Bleicher, C. Falter, G. Heinemann, Th. Mehlem, J. Schmierer. — Monatszeitschrift. — Einzelheft 5 DM, Jahresabo 60 DM, Halbjahresabo 30 DM. — Kommune-Redaktion, Mainzer Landstraße 147, 6 Frankfurt 11. — Vertrieb: Buchvertrieb Hager GmbH, Postf. 11 11 62, 6 Frankfurt 11

links

Sozialistische Zeitung

7 '84

Kommentare

H. Göppner: Maximumtaktik!

A. Demirović: Die Arbeit der Zuspitzung

»links«-Interview

N. Chomsky: Gestern Vietnam, heute Mittelamerika

Schwerpunkt: Ruhrpott

P. Ciupke, M. Wienemann: Neue Technologien — neue Zukunft?

M. Krummacher: Niedergang der Region

Th. Rommelpacher: Bewohnergenossenschaft Rheinpreußen

H. Estermann: Liverpool zum Vergleich

D. Rieser: 150 Jahre Ruhrgebiet

R. Brückner: Rassentrennung in Südafrika

B. Schoch: Zum Tod Enrico Berlinguers

Grün-rote Ehe in Hessen

Interview mit Paul Leo Giani (SPD)

T. Koenigs (Grüne): Wir sind noch viel schlimmer!

D. Claussen: 20. Juli 1944

A. Blume: Personalinformationssysteme

E. Schudlich: Streikuniversität in Betrieb

Leserbrief von André Gorz

16. Jg. 1984

Herausgeber- und Redaktionsadresse: Arbeitsgruppe Sozialistisches Büro, Postfach 591, Ludwigstr. 33, 6050 Offenbach 4. Redaktion: N. Apostolidou, H. Burgwinkel, M. Brumlik, D. Diner, R. Detobel, D. Claussen, J. Esser, H. Grün, J. Hirsch, J. Huhn (presserechtlich verantwortlich), J. Klein, P. Lindloff, D. Maier, L. Lodovico, R. Pusch, F. Schneider, B. Sughoff, R. Roth. — Erscheinungsweise monatlich. Einzel Exemplar DM 3,-, Jahresabo DM 35,- einschl. Versand. Verlag 2000 GmbH, Postfach 591, 6050 Offenbach 4.

mehrwert

beiträge zur kritik der politischen ökonomie

24 '84

S. Bowles, H. Gintis: Probleme mit der Theorie des Humankapitals. Eine marxistische Kritik

F. Huiskens: Kritik der bürgerlichen Schule — nebst Kritik der »Erlanger Bildungsökonomie«

K. Türk: Qualifikation und Compliance

V. Ronge: Restriktionen der Bildungspolitik

M. Pleitner, F. Strikker: Entschulung der Gesellschaft und autonomes Lernen. Überlegungen zur Praxis von »Freien Schulen«

M. Hartmann: Die Widersprüchlichkeit des kapitalistischen Rationalisierungsprozesses

Verein zur Herausgabe des mehrwerts e.V.: H. Arndt, Oldenburg; R. Dombois, Bremen; G. Famulla, Bielefeld; H.-U. Foerderreuther, Berlin; L. Heiligenstadt, Berlin; H. Heseler, Bremen; S. Hundt, Bremen; D. Ipsen, Darmstadt; R. Künzel, Osnabrück; J. Mendner, Berlin; G. Ortmann, Oldenburg; W. Rammert, Göttingen; H. Riese, Berlin; T. Siegel, Berlin; I. Steinfeld, Berlin; D. Timmermann, Bielefeld; H. Wiemann, Bielefeld. — Erscheint unregelmäßig. - Redaktion u. Verlag: H.-U. Foerderreuther, Herderstr. 21, 1 Berlin 41

MODERNE ZEITEN

7 '84

MOZ-Magazin

R. Spiss: Nachruf auf Berlinguer
F. Bumm: Zum Ergebnis der Europawahl in der BRD
R. Oppermann: Sieg der Rechtsextremen in Frankreich

MOZ-Dossier: Alternativen zu Reagan

Jesse Jacksons programmatische Aussagen
R. Oppermann zu M. Lucas
M. Lucas: Gary Hart, die Friedensbewegung und die Krise der amerikanischen Wirtschaft

MOZ-Thema: Umweltvergiftung

Bohringer — Gespräch mit Thea Bock
E. Brüning: Luftverschmutzung und Gesundheitsschäden
G. Reichelt: Der Wald stirbt jetzt!
B. Geier: Bioprodukte nur für die Reichen?
Ökologische Energiepolitik
N. Sönnichsen: Das Kieler NWK-Modell
H. Kautzky: Umweltschützer für KKW's
NATO-Reformismus oder »Raus aus der NATO«

W. Biermann: Verhältnis der BRD zur NATO

Böge/Horlohe/Nassauer/Schülert: Konventionalisierung und NATO-Austritt

A. Borgmann: Friedenspolitik links von der CDU?

W.F. Haug: Arbeitszeitverkürzung als Gebot der elektronisch-automatischen Produktionsweise

4. Jg. 1984

Hrsg. von der Initiative Sozialistische Politik. Redaktion: R. Ascheberg, M. Barg, Th. Ebermann, R. Fenchel, W.K. Goltermann, D. Hollloh, K. Nolle, J. Reents, P. Rieckmann, Chr. Schmidt, R. Schiller-Dickhut, M. Stamm, F.O. Wolf. — Erscheint monatlich im SOAK-Verlag, Hannover. — Preis: 5,- DM, Jahresabo: 60,- DM. — Anschrift: Moderne Zeiten, Pablo-Neruda-Haus, Am Taubenfelde 30, 3000 Hannover 1

Die Neue Gesellschaft

*Zeitschrift für den
demokratischen Sozialismus*

6 '84

Essener Parteitag der SPD 17.-21.5.84

H. Rapp: Godesberger Erneuerung
D.J. Weder: Wirtschaftspolitik auf dem Essener Parteitag
W.H. Glöckner: Auf dem Weg zu einem Sozialpolitischen Programm
R. Diehl: Unter veränderten Verhältnissen
J. Hofmann-Göttig: Die jungen Wähler 1983 - ein Stimmungsbarometer

Außenpolitik

Th. Abt: Argumente zum Rüstungsexport am Beispiel Frankreichs
W. Merkel: Die neue Partei des Bettino Craxi
K. Reiff: Polen - Europas Prügelknabe?

Geschichte der Arbeiterbewegung

I. Fetscher: Reif für die Revolution, aber nicht für den Sozialismus
R. Rürup: Der 20. Juli war nicht alles
M. Scholing/F. Walter: Klassenkampf und Lebensreform

Theorie

S. Papcke: Der vielzitierte Max Weber
H. Theisen: Plädoyer für linken Skeptizismus

Berichte aus europäischen Ländern

Frankreich, Griechenland, Großbritannien, Irland, Niederlande

31. Jg. 1984

Herausgegeben für die Friedrich-Ebert-Stiftung von Johannes Rau, Heinz O. Vetter, Hans-Jochen Vogel, Herbert Wehner. Redaktion: Peter Glotz (Chefredakteur), Rainer Diehl, Hans Schumacher (verantwortl.). — Erscheint monatlich. Einzelheft 7,- DM, Jahresabo 57,- DM zzgl. Versand. — Verlag Neue Gesellschaft, Godesberger Allee 143, 5300 Bonn 2.

Prokla

Zeitschrift für politische Ökonomie
und sozialistische Politik



psychologie heute

55 '84

Neue Techniken — Umstrukturierung von Arbeit und Gesellschaft

A. Gorz: Ins Paradies — aber nur mit den Gewerkschaften!

N. Beckenbach: Zukunft der Arbeit und Beschäftigungskrise — Zu den gesellschaftlichen Rahmenbedingungen der Neuen Techniken

H.J. Dahmer/B. Huber/M. Morschhäuser/K. Wagenhals: Arbeitsteilung, Qualifikation, Kooperation — Entwicklung neuer Konfliktfelder bei der Einführung neuer Technologien in der Automobilindustrie

A. Blume: Wir haben keine Chance — Nutzen wir sie! Einige Bemerkungen zu Personalinformationssystemen

L. Hieber: Technisierung von Umwelterfahrungen

O. Negt: Was ist und zu welchem Zweck benötigen wir heute die Erneuerung des Marxismus?

R. Doleschal: Neue Gewerkschaften in Brasilien — eine Hoffnung?

14. Jg. 1984

7 '84

Titel: Moral

J. Rossbroich: Die Neue Moral: Nehme sich, wer kann!

A. Hillmer, J. Goergen: Jedermann als Laddendieb

Antisemitismus

F.-W. Baer-Kaupert: Asche auf wessen Haupt?

Datenschutz

H. Spinner: Freiheit und Gleichheit vor dem Computer?

Arbeit

W. Körner/H. Zygowski: Arbeit — um jeden Preis?

»Wenn die Leute nachdenken würden, müßten sie feststellen, daß sie unglücklich sind.« Ein Gespräch mit O. Neuberger

Familie

»Zur Familie gibt es keine Alternative.« Ein Gespräch mit Brigitte Berger

Frauen

H. Wiesendanger: »Vergewaltigt werden wir alle«

11. Jg. 1984

Herausgegeben von der »Vereinigung zur Kritik der politischen Ökonomie e.V.« — Redaktion: E. Altva-
ter, G. Gensior, S. Heimann, K. Hübner, J. Hoff-
mann, Th. Hurtienne, U. Jürgens, B. Mahnkopf, W.
Spohn, W. Süß, Ch. Watkinson, F.O. Wolf. — Er-
scheint viermal im Jahr. — Einzelheft 12,- DM, im
Jahresabo 8,- DM. — Rotbuch Verlag, Potsdamer Str.
98, 1000 Berlin 30. - Redaktionsadresse: Postfach 100
529, 1000 Berlin 10

Redaktion: H. Ernst (verantwortlich), Michaela Hu-
ber, Monica Moebis, Rüdiger Runge; Redaktionsassi-
stentz: Karin Quick-Oest, Brigitte Bell. — Monatlich.
— Einzelheft 5,80 DM. Jahresabo 58,- DM. — Beltz
Verlag, Postfach 1120, 6940 Weinheim

rote blätter

7/8 '84

Hochschule

HRG-Novellierung

Semesterbilanz

Studentenwerke: Von Mangel und Mängeln

Strategiedebatte: Der Aktionismus des MSB

Titel

Erste Streikbilanz: Die Wende wackelt

Arbeitskämpfe: Mehmed F.

Frauen

Frauenalltag: Was uns gelingt

Internationales

China-Reisebericht

Weltraumrüstung

NATO-Ratstagung: Der Rat der Götter

D-Day: Der längste Tag

Kultur

Tango: Sidestep halbrechts

H.R. Kunze: Wider die Subjektivität der Bierdeckel

L. Feuchtwanger: Gegen Dummheit und Gewalt

14. Jg. 1984

Herausgeber: Bundesvorstand des MSB Spartakus. — Redaktion: J. Sommer (verantwortlich), E. Eckhardt, B. Hummler, H. Haller, D. Riechert (Gestaltung), O. Weber. — Erscheint monatlich. — Einzelheft 2,- DM. Jahresabo 19,50 DM — Redaktionsanschrift: rote blätter, MSB Spartakus, Postfach 2006, 5300 Bonn 1, Telefon (0228)222054. — Verlag: Weltkreis-Verlags-GmbH, Brüderweg 16, 4600 Dortmund.

vorgänge

Zeitschrift für Bürgerrechte
und Gesellschaftspolitik

68 '84

Zeitfragen, Kommentare

S. Ott: Zum Recht auf informelle Selbstbestimmung — Folgerungen aus dem Zensus-Urteil des Bundesverfassungsgerichts

Zweites Gespräch mit K. Vack: Friedensbewegung - wie weiter?

B. Loff: Härlein, Klöckner — Gefängnis für was eigentlich?

H. Pross: Alfred Webers »Freier Sozialismus. Ein Aktionsprogramm«

B. Klees: Der 1. Senat des BAG und die »Wende«

K. Vack: Rede für Martin Niemöller

Kritische Presse? — Pressekritik

A.A. Guha: Hat die Presse Kritikfähigkeit und Kompetenz verloren?

H. Pross: Publizistische Orientierung 1984

E. Spoo: Innere Pressefreiheit nützt dem Leser

H. Groß: Ist nur der Lokaljournalismus langweilig?

K. Wienert: Die Friedensbewegung, öffentlich-rechtlich gefiltert

W.P. Schnetz: Was soll das Feuilleton?

Kritik

S. Papcke: Bindungslust als politische Gefahr. Zu Richard Sennett

23. Jg. 1984

Herausgegeben vom Vorgänge e.V. in Zusammenarbeit mit der Gustav-Heinemann-Initiative, der Humanistischen Union und dem Komitee für Grundrechte und Demokratie. — Redaktion: Gerd Hirschauer, Anton-Andreas Guha. — Erscheint in der Regel zweimonatlich. Einzelheft 12,- DM (Doppelheft 18,- DM); Jahresabo 52,- DM zuzgl. Versand. — Verlag: Vorgänge e.V., Bräuhausstr. 2, 8000 München 2

wiener tagebuch

marxistische
monatsschrift

7/8 '84

Zum Tod von Enrico Berlinguer

L. Spira: Das Grundproblem der kommunistischen Parteien: Die Autonomie

G. Denicoló: Zum Parteitag der PSI

Chr. Reinprecht: Junge Neonazis: Adolf Hitlers neue Fans?

G. Friedler: Ende des kommunalen Wohnbaus in Wien?

M. Wagner: Ende der Vollbeschäftigung. Exemplarischer Fall Norwegen.

Z. Hejzlar: Die innere Spaltung der KP Finnlands

M. Pollack: Jugoslawien in der Krise

A. Ferrer: Lateinamerika im Würgegriff

I. Pollack: Lusitanisches Tagebuch

K.-M. Gauß: J. Weidenheimer: Ein pannonischer Schriftsteller

6 '84

M.L. Kaltenegger: Die Minen des CIA

R. Vogelsberg: Sowjetische Schulreform

L. Spira: Das Unbehagen in der politischen Kultur

E.P. Thompson: Jalta — Die Heilige Kuh

B. Gelautz: Die problematische »Reconversion Industrial«

M. Molyneu / F. Halliday: Marxismus, die Dritte Welt und der Nahe Osten

Herausgeber: Verein »Freunde des Wiener Tagebuch«.
— Geschäftsführender Redakteur: Leopold Spira —
Erscheint monatlich — Einzelpreis ÖS 20,—; Jahresabo ÖS
200,— (Ausland ÖS 260,—/DM 38,—); Studenten ÖS
130,— (Ausland ÖS 200,—/DM 28,—). — Verlags- und
Redaktionsadresse: Belvederegasse 10, A-1040 Wien

Zeitschrift für Soziologie

3 '84

A. Bohnen: Handlung, Lebenswelt und System in der soziologischen Theorie des kommunikativen Handelns von Jürgen Habermas

H. Meulemann: Meinungswandel und Bedeutungswandel. Ein Problem der Analyse kulturellen Wandels

W. Jagodzinski: Wie transformiert man labile in stabile Relationen? Zu den Problemen der Minderungskorrektur mit LISREL

D. Grunow/N. Wohlfarth: Methodenanwendung in der empirischen Organisationsforschung: Ergebnisse einer empirischen Realanalyse

H. Grundhöfer: Ähnlichkeit von Interviewer- und Befragteneinstellung — unbewusste Angleichung im Interviewprozess oder bloßer Scheineffekt?

L. Viehoff: Zur Entwicklung der Soziologie an den Hochschulen der Bundesrepublik Deutschland von 1960-1981

C. Sawicki: Kritische Anmerkungen zum »Florian-Znaniacki-Werksverzeichnis« (ZfS Oktober 1983)

H. Lübke: Prinzip Erfahrung. Zum Gedächtnis von Helmut Schelsky

ZA-Nachrichten

Einstellung zum technischen Fortschritt. Aus den Datenbeständen des Zentralarchivs für empirische Sozialforschung

13. Jg. 1984

Hrsg.: Fakultät für Soziologie, Universität Bielefeld. -
Herausbergremium: Chr. v. Ferber, Th. Harder, R.
Klima, Th. Luckmann, K.v. Mayer - Redaktion: R.
Klima. - Erscheinungsweise: Vierteljährlich. - Einzel-
heft 28,80 DM, Jahresabo 90,- DM, Studentenabo
49,80 DM. Ferdinand Enke Verlag Stuttgart, Postfach
1304, 7000 Stuttgart 1

Canadian Journal of POLITICAL AND SOCIAL THEORY

Special Themes 1984/85

JEAN BAUDRILLARD

- Post-Structuralism and Cultural Critique
- Representation: Baudrillard's Challenge
- Sign/Commodity: Cultural Politics of Late Capitalism
- Baudrillard, Critical Theory and Psychoanalysis
- Dead Power

FEMINISM NOW

- Pornography/Power/Sexuality
 - Textual/Sexual Strategies
 - Québec Feminism
 - Virginia Woolf Revisited
 - Gender/Class/Power
 - Eco-Feminism
-

also

Rethinking Raymond Williams/Technology and Culture in Canadian Thought/Japanese Perspectives on Technology/Post-Modernism/Reviews/Exchanges/Theory Workshops.

Subscriptions: **CJPST**, 7141 rue Sherbrooke ouest, Montréal, Québec H4B 1R6
\$8.00 ea/\$15.00 yr/\$10.00 yr std/\$25.00 yr inst. Outside Canadian please add
\$2.00 per year to cover postage.



**TAZ hat,
was anderen fehlt**

die taz 0220
zum Kennenlernen
24 Ausgaben
für 15 Mark

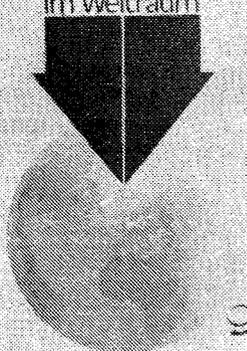
Ich abonniere die taz für einen Monat zum
Sonderpreis
Inuz Vorauszahlung oder Verrechnungsscheck
oder bar:

Name _____
Adresse _____
Datum/Unterschrift _____

an taz Abo-Abteilung, Wanzstr. 11/12, 1000
Berlin 65

Verlag J.H.W. Dietz Nachf.

Hans Günter Brauch
**ANGRIFF AUS
DEM ALL**
Der Rüstungswettlauf
im Weltraum



etwa 160 Seiten
ca. 16,- DM

Dietz Taschenbuch 6
Originalausgabe
224 Seiten, 12,80 DM



Jürgen Brauch
**SCHLACHTFELD
EUROPA ODER
AMERIKAS
LETZTES
GEFECHT**

Gewalt und Wirtschaftsimperialismus
in der US-Außenpolitik seit 1890

NEUERSCHEINUNG IN DER DGVT-VERLAGSABTEILUNG

Reihe »Forum für Verhaltenstherapie
und psychosoziale Praxis«

Forum 5

Bernie Zilbergeld

Männliche Sexualität

Was (nicht) alle schon immer über Männer wußten . . .

Nachdem sich so viele der weiblichen Sexualität angenommen haben, ist im DGVT-Verlag das längst überfällige Handbuch der männlichen Sexualität für den deutschsprachigen Leser erschienen.

Der Band, der sich sowohl dem Laien als auch dem professionell Interessierten anbietet, beschränkt sich in seinen Informationen und Anleitungen nicht auf bloße Regieanweisungen, sondern stellt mit teilweise drastischen Veranschaulichungen gängige Stereotypen in Frage, konfrontiert den Leser mit den überraschend durchsetzungsstarken Leistungsnormen der pornographischen Literatur und versucht, denen ein differenziertes (Manns-)Bild der sexuellen Genußfähigkeit entgegenzusetzen.

Ein Buch, das verständlich geschrieben ist und sich so auch als therapiebegleitende Lektüre eignet.

Tübingen 1983, 280 Seiten, DM 29,- ISBN 3-922686-64-8

Forum 6

Redaktion »Verhaltenstherapie und psychosoziale Praxis« (Hrsg.)

Erziehungsberatung in der Krise. Analysen und Erfahrungen.

Nicht allein die staatlichen Mittelkürzungen im Sozialbereich entziehen der institutionellen Erziehungsberatung zunehmend die Grundlage. Auch Konzepte und Methoden der Erziehungsberatung bedürfen einer kritischen Überprüfung. Die Beiträge des neuen Bandes der Forum-Reihe

- geben einen Überblick über Geschichte, Funktion und Organisationsstruktur institutioneller Erziehungsberatung;
- analysieren Beratung, Testdiagnostik und Familientherapie;
- vermitteln Hintergründe zu den Zugangsproblemen von Unterschichtfamilien, dem Fehlen politischer Zielsetzungen und der »Verkrankung« abweichender Verhaltensweisen von Kindern;
- stellen Überlegungen zur konzeptuellen Weiterentwicklung von Erziehungsberatungsstellen und zur Neustrukturierung dieses Versorgungsbereiches an.

Tübingen 1984, 250 Seiten, DM 25,-
ISBN 3-922686-65-6

Sie können die Ausgaben über die dgvt-Geschäftsstelle
(gegen Vorkasse - Deutsche Bank Tübingen
Kto. 154 777 710) oder über den Buchhandel
beziehen.



anabas



Klaus Wolbert

**DIE NACKTEN UND DIE TOTEN
DES 'DRITTEN REICHES'**
Folgen einer politischen
Geschichte des Körpers
in der Plastik des deutschen
Faschismus

Im ‚3. Reich‘ erschien Nacktheit als überhebliches Ideal, das ästhetisch begründeten Abstand vom realen Menschen zu bekunden hatte. Dies zeigt sich besonders in der NS-Plastik, die hier erstmals kritisch und umfassend analysiert wird. Paperback, 270 S., 150 Abb. DM 39,-

Bernd Meurer und Hartmut Vinçon

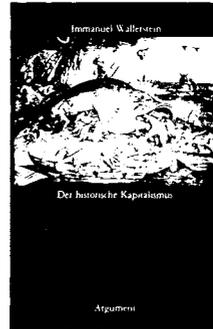
INDUSTRIELLE ÄSTHETIK
Zur Geschichte und Theorie
der Gestaltung
Werkbund Archiv Band 9

Ein Grundlagenwerk zur Geschichte des Entwurfs und Gestaltens: Die Funktion des Entwurfs und die konkrete Entwurfstätigkeit werden mit vielen Dokumenten und Bildern anschaulich gemacht. Exkurse zur heutigen Praxis des Entwurfs, zum Berufsbild und zur Ausbildung wie zur subjektiven Lage des Designers schließen diesen aspektreichen Band ab.

Paperback, Großformat 22x29 cm, 367 S., über 700 Abb. DM 88,-

Anabas-Verlag Günter Kämpf KG
Unterer Hardthof 25, 6300 Gießen

Neue Argumente



Immanuel Wallerstein:

Der historische Kapitalismus

Die Verwandlung aller Dinge in Waren: Die Produktion von Kapital. Die Politik der Akkumulation: Der Kampf um die Vorteile. Wahrheit als Opium: Rationalität und Rationalisierung.

110 Seiten, Franz. Broschur, 18,- DM



Rethinking Marx

Positionen und Kontroversen im internationalen Marxismus: das Ringen um einen Marxismus des Computerzeitalters (englisch).

Argument-Sonderband AS 109, 1984
17,60/f.Stud.14,60 DM (Abo: 14,60/12,60)

Argument

Sprach- und Literaturwissenschaft

<i>Link, Jürgen</i> : Elementare Literaturtheorie und generative Diskursanalyse (<i>C. Albert</i>).....	625
<i>Wild, Reiner</i> : Literatur im Prozeß der Zivilisation. Zur theoretischen Grundlegung der Literaturwissenschaft (<i>J. Kramer</i>).....	626
<i>Harth, Dietrich, und Peter Gebhardt (Hrsg.)</i> : Erkenntnis der Literatur. Theorien, Konzepte, Methoden (<i>J. Kramer</i>).....	626
<i>Gramsci, Antonio</i> : Marxismus und Literatur. Ideologie, Alltag, Literatur (<i>K. Jochem</i>)....	629
<i>Hartung, Günter</i> : Literatur und Ästhetik des deutschen Faschismus (<i>D. Oßwald</i>).....	630

Kunst- und Kulturwissenschaft

<i>Schivelbusch, Wolfgang</i> : Geschichte der künstlichen Helligkeit im 19. Jahrhundert (<i>M. Blankenburg</i>).....	631
<i>Hübner, Irene</i> : Kulturelle Opposition (<i>F. Kröll</i>).....	633
<i>Kröll, Friedhelm, u.a.</i> : Vereine (<i>D. Kramer</i>).....	635
<i>Batz, Michael, und Horst Schroth</i> : Theater zwischen Tür und Angel (<i>A. Altenhoff</i>).....	636
<i>Harjes, Rainer</i> : Handbuch zur Praxis des Freien Theaters (<i>A. Altenhoff</i>).....	636
<i>Dülmen, Richard van (Hrsg.)</i> : Kultur der einfachen Leute (<i>W.-D. Bukow</i>).....	637

Soziologie

<i>Bergmann, Waltraud, u.a.</i> : Soziologie im Faschismus 1933-1945 (<i>J. Weyer</i>).....	566
<i>Jaeggi, Urs, u.a.</i> : Geist und Katastrophe. Studien zur Soziologie im Nationalsozialismus (<i>J. Weyer</i>).....	566
<i>Eisenstadt, Samuel N.</i> : Revolution und die Transformation von Gesellschaften (<i>K. Neufert</i>).....	638
<i>Luber, Burkhard</i> : Bedrohungsatlas Bundesrepublik Deutschland (<i>R. Schellhase</i>).....	639
<i>Zoll, Ralf (Hrsg.)</i> : Sicherheit und Militär (<i>R. Schellhase</i>).....	640
<i>Held, Karl, und Theo Ebel</i> : Krieg und Frieden. Politische Ökonomie des Weltfriedens (<i>M. Loiperdinger</i>).....	641
<i>Silbermann, Alphons</i> : Sind wir Antisemiten? (<i>S. Zielinski</i>).....	642
<i>Cabral, Amilcar</i> : Die Theorie als Waffe. Schriften zur Befreiung in Afrika (<i>H. Melber</i>)...	643

Geschichte

<i>Kuhn, Annette, u.a. (Hrsg.)</i> : Frauen in der Geschichte (<i>D. Burgdorf</i>).....	645
<i>Beier, Rosmarie</i> : Frauenarbeit und Frauenalltag im Deutschen Kaiserreich (<i>D. Burgdorf</i>)	649
<i>Frauengruppe Faschismusforschung</i> : Mutterkreuz und Arbeitsbuch. Zur Geschichte der Frauen in der Weimarer Republik und im Nationalsozialismus (<i>B. Rang</i>).....	650

Soziale Bewegungen und Politik

<i>Frei, Daniel</i> : Der ungewollte Atomkrieg (<i>R. Körner</i>).....	652
<i>Halliday, Fred</i> : The Making of the Second Cold War (<i>E. Krippendorff</i>).....	653
<i>Bergmann, Theodor, Ulrich Menzel und Ursula Menzel-Fischer (Hrsg.)</i> : Liu Shaoqi. Ausgewählte Schriften und Materialien (<i>B. Gransow</i>).....	654
<i>Lucas, Erhard</i> : Vom Scheitern der deutschen Arbeiterbewegung (<i>M.Th. Greven</i>).....	656
<i>Seibel, Wolfgang</i> : Regierbarkeit und Verwaltungswissenschaft (<i>G.U. Watzlawczik</i>).....	657

Summaries

Joachim Radkau: *The Ambiguity of Capital versus Fascism*

The comparison between German and Italian Fascism is an approach of which too little use has been made until now; theoretical framework which can encompass the masses of empirical data discovered in the course of recent decades still remains to be worked out. This approach is appropriate as a means of preventing a too deterministic view of the development towards Fascism and an over-ambitious concept of its identity. An idea of Fascism arises via this approach as a phenomenon possessing deep-rooted contradictions stemming from long-term characteristics of capitalism. The comparison between Germany and Italy particularly throws light on the role of agrarian capitalism at the beginning of the Fascist movements.

Jost Hermand: *All Power to the Women. Fascist Concepts of Matriarchy*

Although German Fascism was basically a strictly patriarchal ideology which emphasized male leadership on all levels, it also utilized certain parts of older theories of matriarchy, especially in the field of eugenics. The Nazis were able to do this by making selective and tendentious use of concepts first advanced by Bachofen and later appropriated by Klages, Schuler, Baeumler and Bergmann, representatives of the neo-conservative movement of the 1920's. Various views by leaders of Nazi women's organisations are also presented.

Jan Rehmann: *The Churches and German Fascism*

At the end of the Weimar Republic the churches hoped that the religious instance would become dominant within ideological socialisation. Hitler promised them the reinforcement of ecclesiastical positions in the *società civile*. The success of this church policy cannot be explained by mere demagogical manipulation, but lies in the hegemonial intervention into the normal ideological functioning of the church. The church resistance first began as the government abandoned its hegemonial church policy. The resistance of Catholicism is widely interclassistic and therefore developed an important popular power. The specific achievement of the Protestant resistance lies in the ideological reorientation within the bourgeoisie: the radical wing of the »Bekennende Kirche« claimed the exclusive subjection under the Holy Scriptures and cut off connections to other ideological state powers. After 1945 this »fanatism« was considered dangerous to the normal ideological functioning of bourgeois society.

Johannes Weyer: *Sociology in Fascism. A literary review*

In the last few years, the fascist period has been rediscovered by West German historians of Sociology. On the one hand, knowledge about the ideologically affirmative character of an adjusted sociology is constantly growing — a sociology by the way which has never been suppressed at all. On the other hand Schelsky et al. are trying to rehabilitate the traditions of the so called »Leipziger Schule« (Hans Freyer et al.) and utilize them for modern sociology.

Frieder O. Wolf: *Chances of Success and Illusions of »Green« Economic Policy*

It is tried to determine what are the specific problematics of a »green« economic policy in an extra-statal (and not antistatist) perspective. For that purpose, the movement-generated concepts of »getting out« (of the system) and of »decentralization« are criticized. The thesis is argued, that economic policy in a green perspective is not an object of pragmatic »real-politics«, but of an ideological struggle that includes acting for real changes within the present system of growth, domination and exploitation.

Peter Heller and Anne Seyfferth: *Theories and Strategies of Ecological Economy*

The Ecological view of economics has recently gained considerable regard, both on a theoretical and a political level. The essay outlines three major aspects: the linkage of economic development and preservation of nature; the shaping of an economic-ecological system between state, market, and underground economy; the approach of environmental ethics to new ways of economic *and* social conduct. Finally, the authors give a short report on their project »Labour in ecologic economy«, implemented at the Institute of Applied Ecology, Freiburg.

Buchhandlungen

die das Argument-Verlagsprogramm vollständig am Lager haben

- Aachen: babula Buchhandlung, Pontstr. 133; Tel.: 0241/27555
- Augsburg: »probuch« GmbH, Gögginger Str. 34; Tel.: 0821/579173
- Berlin 12: Buchladen am Savignyplatz, Carmerstr. 9; Tel.: 030/3134017
das europäische buch, Knesebeckstr. 3; Tel.: 030/3135056
Buchhandlung Kiepert, Hardenbergstr. 4-5; Tel.: 030/310711
- Berlin 19: Buchhandlung G. Zimmermann, Schloßstr. 29; Tel.: 030/3417432
- Berlin 33: das europäische buch, Thielallee 32; Tel.: 030/8324051
Jürgens Buchladen, Königin-Luise-Str. 40; Tel.: 030/8315089
- Berlin 41: Wohlthat'sche Buchhandlung, Rheinstr. 11; Tel.: 030/8511509
- Berlin 62: Elwert & Meurer, Hauptstr. 101; Tel.: 030/784001
- Bielefeld: Buchhandlung Wissen und Fortschritt, Feilenstr. 10; Tel.: 0521/63518
- Bochum: Politische Buchhandlung, Unistr. 26; Tel.: 0234/300266
- Bonn: Buchladen 46, Kritische Politik, Kaiserstr. 11; Tel.: 0228/223608
- Bremen 1: Georg-Büchner-Buchhandlung, Vor dem Steintor 56; Tel.: 0421/72073
- Dortmund: Buch International, Königswall 22; Tel.: 0231/140880
- Duisburg: buchladen kollektiv gmbh, Oststr. 194; Tel.: 0203/372123
- Essen: Heinrich-Heine-Buchhandlung, Viehofer Platz 8; Tel.: 0201/231923
Karl-Liebkecht-Buchhandlung, Viehofer Platz 15; Tel.: 0201/232014
- Frankfurt: Buchladen Verlag 2000 GmbH, Jügelstr. 1; Tel.: 0611/775082
Wiss. Buchhandlung Theo Hector, Gräferstr. 77; Tel.: 0611/777303
- Fulda: SOFA, Friedrichstr. 24; Tel. 0661/74934
- Göttingen: Buchladen Rote Straße, Rote Straße 10; Tel.: 0551/42128
- Hamburg: ARGUMENTE, Rappstraße 2; 040/443871
Heinrich-Heine-Buchhandlung, Grindelallee 26; Tel.: 040/449778
Buchladen Gegenwind, Grindelhof 45; Tel.: 040/453801
Internationale Buchhandlung, Johnsallee 67; Tel.: 040/4104572
- Hannover: Internationalismus Buchladen, Königsworther Str. 19; Tel.: 0511/17173
- Heidelberg: Buchhandlung kollektiv, Plöck 64a; Tel.: 06221/12633
- Kassel: Buchhandlung Wissen u. Fortschritt, Werner Hilpert Str. 5; Tel.: 0561/15642
ABC-Buchladen, Goethestr. 77; Tel.: 0561/77704
- Köln 41: Der Andere Buchladen, Zulpicher Str. 197; Tel.: 0221/420214
- Mainz: Anna Seghers Buchhandlung, Bilhildisstr. 15; Tel.: 06131/24916
- Marburg: Politische Buchhandlung Roter Stern, Am Grün 28; Tel.: 06421/24787
Collectiv-Buchhandlung Wilhelm Liebknecht, Wettergasse 19; 06421/63662
- München 40: BASIS, Sozialwiss. Fachbuchhandlung, Adalbertstr. 41b; Tel.: 089/2809522
- Münster: Collectiv Buchhandlung, Roggenmarkt 15-16; Tel.: 0251/51414
ROSTA-Buchladen, Spiekerhof 34; Tel.: 0251/44926
- Oldenburg: Carl v. Ossietzky Buchhandlung, Kurwickstr. 14/15; Tel.: 0441/13949
- Schwerte: Buchhandlung Hubert Freistühler, Holzener Weg 31; Tel.: 02304/80033
- Stuttgart: Buchhandlung Wendelin Niedlich, Schmale Str. 14; Tel.: 0711/223287
- Tübingen: aktion politischer buchladen, Nauklerstr. 20; Tel.: 07071/212929
- Schweiz: Bern: Münstergass-Buchhandlung, Münstergasse 41; Tel.: 031/228218
Zürich: Limmatbuchh., Pinkus-Genossenschaft, Froschaugasse 7; Tel.: 01/2512674
- Niederlande: Den Haag: E.R. Ruward B.V., Noordeinde 122; Tel.: 070/658755
- Österreich: Wien 1: Buchhandlung Heinz Kolisch, Rathausstr. 18; Tel.: 0222/433221
Wien 10: Karl Winter OHG, Landesgerichtstr. 20; Tel.: 0222/421234